

Die Pontosgriechen in Geschichte und Gegenwart

Loukas Lymperopoulos

Die Pontosgriechen — in Geschichte und Gegenwart

Loukas Lymperopoulos

Die Pontosgriechen — in Geschichte und Gegenwart

Loukas Lymperopoulos

Landeszentrale für politische Bildung, Hamburg

Die Landeszentrale für politische Bildung ist Teil der Behörde für Schule und Berufsbildung der Freien und Hansestadt Hamburg. Ein pluralistisch zusammengesetzter Beirat sichert die Überparteilichkeit der Arbeit.

Zu den Aufgaben der Landeszentrale gehören:

- Herausgabe eigener Schriften
- Erwerb und Ausgabe von themengebundenen Publikationen
- Koordination und Förderung der politischen Bildungsarbeit
- Beratung in Fragen politischer Bildung
- Zusammenarbeit mit Organisationen und Vereinen
- Finanzielle Förderung von Veranstaltungen politischer Bildung
- Veranstaltung von Rathausseminaren für Zielgruppen
- Öffentliche Veranstaltungen

Unser Angebot richtet sich an alle Hamburgerinnen und Hamburger. Die Informationen und Veröffentlichungen können Sie während der Öffnungszeiten des Informationsladens abholen. Gegen eine Bereitstellungspauschale von 15 € pro Kalenderjahr erhalten Sie bis zu 5 Bücher aus einem zusätzlichen Publikationsangebot.

Die Landeszentrale Hamburg arbeitet mit den Landeszentralen der anderen Bundesländer und der Bundeszentrale für politische Bildung zusammen. Unter der gemeinsamen Internet-Adresse www.hamburg.de/politische-bildung werden alle Angebote erfasst.

Die Büroräume befinden sich in der
Dammthorstraße 14, 20354 Hamburg;
Ladeneingang Dammthorwall 1

Öffnungszeiten des Informationsladens:

Montag bis Donnerstag: 12:30 Uhr bis 17:00 Uhr,
Freitag: 12:30 Uhr bis 16:30 Uhr

In den Hamburger Sommerschulferien:

Montag bis Freitag: 12:00 Uhr bis 15:00 Uhr

Erreichbarkeit: Telefon: (040) 4 28 23-48 08
Telefax: (040) 4 28 23-48 13

E-Mail: PolitischeBildung@bsb.hamburg.de
Internet: www.hamburg.de/politische-bildung

Diese Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung der Landeszentrale für politische Bildung dar. Für die inhaltlichen Aussagen trägt der Autor die Verantwortung.

Der Autor dieser Publikation hat die Bildrechte eingeholt. Sollte dies nicht in allen Fällen möglich gewesen sein, bitten wir die Rechteinhaber, sich an die Landeszentrale zu wenden.

© Landeszentrale für politische Bildung; Hamburg 2020. Alle Rechte vorbehalten, insbesondere die der Übersetzung, der Sendung in Rundfunk und Fernsehen und der Bereitstellung im Internet.

Wissenschaftliche Betreuung/Redaktion:
Abut Can

Gestaltung, Illustrationen und Landkarten:
Anat Frumkin

Lektorat: Ingrid Albertsen

Druck: Kauffeldt, Ahrensburg

ISBN: 978-3-946246-28-2

Danksagung

An dieser Stelle möchte ich mich bei den Menschen, die bei der Entstehung dieses Buches hilfreich beigetragen haben, recht herzlich bedanken. Einige unterstützten meine Arbeit als Privatpersonen, andere in ihrer Eigenschaft als Vertreter von Organisationen, Vereinen oder Verbänden.

Das „Archeion Pontou“ (Pontosarchiv) in Athen schickte mir die gewünschte Literatur umgehend elektronisch zu und genehmigte mir, Fotos aus seinem Archiv zu verwenden. Das „Kentro Mikrasiatikon Spoudon“ (Zentrum für Studien Kleinasiens KMS) stellte mir drei Bände zur Verfügung mit den Berichten von ca. 450 überlebenden Pontosgriechen der ersten Generation. Außerdem gestattete der Vorstand freundlicherweise die Verwendung einiger Bilder aus seinem umfangreichen Fotoarchiv. Ebenfalls Fotos sandte mir der Vorsitzende des „Vereins der Griechen aus Pontos in München e.V.“, Herr Charalambos Fotiadis. Der „Verband der Pontischen Vereine in Südgriechenland“, der „Pangriechische Verband Pontischer Vereine“, der „Panpontische Verband Griechenlands“ sowie Herr Professor Dr. Konstantinos Fotiadis gaben mir Auskünfte über die Pontosgriechen in Griechenland und in der Diaspora. Der Vorsitzende des „Verbandes der Vereine der Griechen aus Pontos in Europa“ (OSEPE), Herr Anastassios Ossipidis, half mit Informationen über die Pontosgriechen in der Bundesrepublik. Auskünfte erhielt ich auch vom „Verein der Griechen aus Konstantinopel“, vom „Verein der Griechen aus Imvros“ und von der „Vereinigung der Griechen aus Smyrna“. Der Vorsitzende der Vereinigung, Herr Georgios Ath. Archontakis, sandte mir entsprechendes Material zu. Ebenfalls stellten mir das „Lyzeum der Griechinnen“ in Athen und die „Griechische Gemeinde in Hamburg e.V.“ Material zur Verfügung. Frau Dr. Monika Müller von der Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg Carl von Ossietzky half mit Informationen über eine Homer-Handschrift, die im Besitz der Bibliothek ist. Herr Dimitrios Konstantinidis aus Köln brachte netterweise einige schwere Bücher aus Griechenland für mich mit. Die Zusammenarbeit mit Herrn Abut Can von der Landeszentrale für politi-

sche Bildung in Hamburg ist immer sehr angenehm, produktiv und effektiv. Wir haben manche Veranstaltung bei der Landeszentrale gemeinsam bestritten. Ein ganz besonderer Dank gebührt Frau Erika Arndt. Sie hat das Manuskript übertragen, Erstkorrektur gelesen und konstruktive Hinweise gegeben.

Loukas Lymperopoulos
Hamburg, im September 2019

Einführung

Ende der 1950er Jahre brauchte die Wirtschaft in Deutschland viele Arbeitskräfte. Die einheimischen Arbeitnehmer reichten nicht aus, um den Bedarf zu decken. Die deutsche Regierung schloss mit den Regierungen mehrerer Mittelmeerländer, darunter im März 1960 auch mit Griechenland, Verträge über die Anwerbung von Arbeitskräften ab. In den Jahren danach kamen Tausende Griechen nach Deutschland, auch nach Hamburg. Etliche der Arbeitsmigranten stammten aus Nordgriechenland und waren Nachfahren der Griechen aus Pontos.

Als Pontos wird in Griechenland seit der Antike das Gebiet an der Südküste des Schwarzen Meeres im Nordosten der heutigen Türkei bezeichnet. Aufgrund der politischen Entwicklung Anfang des 20. Jahrhunderts vereinbarten die griechische und die türkische Regierung im Januar 1923 den Bevölkerungszwangs austausch zwischen den beiden Staaten. Als Kriterium galt die Religionszugehörigkeit: Die griechisch-orthodoxen Griechen der Türkei gegen die muslimischen Türken Griechenlands. Es wird heute angenommen, dass etwa 1 500 000 Griechen und 500 000 Türken davon betroffen waren.

Vor diesem Austausch waren im Osmanischen Reich von 1916 bis 1922 etwa 353 000 Pontosgriechen der Türkisierungspolitik zuerst der Jungtürken und später der Regierung Mustafa Kemals zum Opfer gefallen. Das griechische Parlament, die Parlamente manch anderer Staaten, einige Bundesstaaten in den USA, Australien sowie die International Association of Genocide Scholars haben diese Massentötungen als Völkermord anerkannt. Der ehemalige Bundespräsident Joachim Gauck sprach in seiner Rede vom April 2015 von „geplanten und systematischen Mordaktionen und von einer kalkulierten verbrecherischen Tat gegen die Armenier, die Pontosgriechen und die Assyrer oder Aramäer“.

In diesem Buch wird die Geschichte der Griechen aus Pontos vorgestellt. Es ist eine Zeitreise durch ca. 2600 Jahre. Sie beginnt in der Antike mit den griechischen Kolonien in der Region und endet in Hamburg im

Jahr 2019. Nach der Kolonisation folgen die hellenistische, die römische, die byzantinische, die seldschukische, die osmanische und die türkische Zeit. Jeder Zeitabschnitt hat seine eigenen Schwerpunkte und Besonderheiten. In der byzantinischen Zeit hat sich z. B. das orthodoxe Christentum durchgesetzt und wurde zur Staatsreligion erhoben. Die Kirche war enorm wichtig für die Identität der Menschen. Über Jahrhunderte definierten sie sich nicht über ihre ethnische Zugehörigkeit, sondern über ihre Religion. Die Pontosgriechen gehörten auch dazu. Um dies besser nachvollziehen zu können, war es notwendig, etwas ausführlicher darauf einzugehen. Außerdem waren die Kirchenvertreter oft nicht nur das religiöse, sondern auch das politische Oberhaupt der Gläubigen. Dies war auch im Pontos der Fall.

Die Herrschaft der Seldschuken und später der Osmanen war von immenser Bedeutung für das Wwksal des Christentums in Kleinasien. In dieser Epoche fand die Islamisierung des Landes statt. Auch etliche Pontosgriechen nahmen den Islam an. Viele konnten aber im Landesinneren, in den Bergregionen, ihre Sprache und ihren Glauben bewahren.

Entscheidend für das Schicksal der Pontosgriechen waren die letzten Dekaden des Osmanischen Reiches, als die Großmächte der damaligen Zeit wegen des „Erbes“ des Reiches im Konkurrenzkampf miteinander standen. Der türkische Nationalismus warf den Christen Landesverrat vor, sie hätten mit Russland bzw. mit Großbritannien oder Frankreich paktiert, um Separatismus zu betreiben und das Reich zu zersetzen. Damit waren sie zum inneren Feind erklärt worden und es galt sie zu beseitigen. Opfer dieser Politik wurden auch die Pontosgriechen.

Pontos war in seiner Geschichte niemals eine Großmacht. Es war ein Gebiet, das genau wie viele andere Regionen immer wieder zwischen die Machtkämpfe der Großmächte geriet. Ich habe es als notwendig erachtet, die Hintergründe und die Zusammenhänge der Interessenkonflikte der Großmächte etwas umfangreicher darzustellen. Die Auswirkungen dieser Machtkämpfe haben schließlich die Christen im Osmanischen Reich sehr schmerzhaft zu spüren bekommen. Fand z. B. ein Krieg zwischen Russland und dem Reich statt und die russischen Truppen hatten Teile des Pontos

besetzt, so kam es bei deren Rückzug zu massiven Übergriffen der Osmanen gegen die Pontosgriechen. Wenn letztere ihr Leben retten wollten, hatten sie keine andere Wahl als die Flucht nach Russland. Im 19. und 20. Jahrhundert sind Tausende Griechen von Pontos aus nach Georgien oder Russland geflohen.

Nach dem Bevölkerungszwangsaustausch kamen die Pontosgriechen nach Griechenland mit dem, was sie am Leib trugen. Sie hatten alles verloren. Die griechische Regierung siedelte die überwiegende Mehrheit in Nordgriechenland in der Provinz Makedonien an. Dort hatten die meisten Türken gewohnt, die ihrerseits Griechenland verlassen mussten. Es war sehr mühsam für die Ankömmlinge, eine Existenz aufzubauen. Das Land war nicht reich und die Ressourcen waren sehr knapp. Die Pontosgriechen hatten mit vielen Widrigkeiten zu kämpfen und wurden nicht überall freundlich aufgenommen. Manche sprachen nur Türkisch. Deswegen waren sie in den Augen der Einheimischen keine „echten“ Griechen. Auch die politische Einstellung spielte eine Rolle. Sie waren Anhänger der republikanischen Partei von Venizelos und deshalb ein rotes Tuch für seine politischen Gegner, die Royalisten.

Kaum hatten sie in der neuen Heimat Fuß gefasst, brach der Zweite Weltkrieg aus. Deutschland, Italien und Bulgarien besetzten von April 1941 bis Oktober 1944 das Land. Tausende Griechen starben an Hunger, Krankheiten oder wurden als Geiseln erschossen. Auch die materiellen Schäden waren immens. Die Infrastruktur war fast völlig zerstört, die Wirtschaft ruiniert und Tausende Griechen waren obdachlos, nachdem ihre Häuser von der Besatzungsmacht niedergebrannt worden waren. Nach einer kurzen kriegsfreien Zeit kam es von 1946 bis 1949 zu einem Bürgerkrieg zwischen den Royalisten und den Kommunisten. Die Regionen in Nordgriechenland haben besonders hart darunter gelitten.

Nach dem Bürgerkrieg begann die Auswanderung. Es war die dritte große Auswanderungswelle in der neugriechischen Geschichte. Ziele waren die USA, Kanada, Australien und Westeuropa. Von allen westeuropäischen Ländern nahm Deutschland mit Abstand die meisten griechischen Arbeits-

migranten auf. Etwa 30 bis 35% von ihnen waren Pontosgriechen. Die genaue Zahl der Pontosgriechen in Hamburg kann nur geschätzt werden. Nach dem Statistischen Bundesamt lebten Ende 2017 etwa 7000 Griechen in der Hansestadt. Deutsche Staatsbürger mit griechischen Wurzeln sind in dieser Statistik nicht berücksichtigt. Die Zahl der Pontosgriechen dürfte zwischen 2000 und 2500 gelegen haben.

Überhaupt war es problematisch, genaue und zuverlässige statistische Daten über die verschiedenen Gruppen in unterschiedlichen Zusammenhängen und Zeitepochen zu ermitteln. Dies hat mehrere Ursachen. In älteren osmanischen Volkszählungen wurden z. B. nicht einzelne Personen, sondern Häuser bzw. Familien oder steuer- und militärpflichtige Männer gezählt. In der neueren Zeit versuchten einige Regierungen wiederum, ihre territorialen Ansprüche mit Hilfe der tatsächlichen oder angeblichen demografischen Mehrheit des eigenen Bevölkerungsanteils zu legitimieren. Die von ihnen angegebenen Zahlen entsprachen dabei nicht immer der Realität.

Die im Buch verwendeten statistischen Daten stammen aus verschiedenen Quellen wie z. B. den Erhebungen der griechischen oder osmanischen Regierungen, des griechischen Patriarchats, von Privatpersonen, Einschätzungen von Botschaftern oder Konsuln. Die Angaben weichen manchmal, je nach Interessenlage und Quelle, erheblich voneinander ab. In diesem Fall werden beide divergierenden Zahlen genannt.

Eine weitere Schwierigkeit war die in der Literatur uneinheitliche Schreibweise von Ortsnamen (z. B. Trapezous, Trapeounta, Trapezounta, Trapezunt, Trabzon) sowie die Zuordnung der ursprünglich griechischen Bezeichnung zur heute türkischen. Wenn ein Ortsname im Text zum ersten Mal vorkommt, wird neben dem ursprünglichen bzw. dem gebräuchlichsten Namen auch die heutige Bezeichnung angegeben, z. B. Kerasounta/Giresun. Fortwährend wird dann – je nach Zeitabschnitt – der griechische oder der türkische Name verwendet. Eine Tabelle am Ende des Buches mit der Zuordnung der Namen in beiden Sprachen kann im Zweifelsfall Klarheit schaffen.

Die Pontosgriechen waren im Osmanischen Reich ein Teil der Griechen und diese wiederum ein Teil der Christen in besagtem Reich. Die anderen christlichen Gruppen waren die Aramäer/Assyrer, im Folgenden aramäischsprachigen Christen, und die Armenier. Alle Christen waren der Türkisierungspolitik zum Opfer gefallen. Es wird auch auf das Schicksal der anderen christlichen Gruppen kurz eingegangen, denn auch diese Opfer dürfen nicht vergessen werden.

Um mit dem erlittenen Unrecht Frieden schließen zu können, sind für die Opfer eines Völkermordes das Schuldeingeständnis der Täter, deren Bestrafung und die Frage der Entschädigung von fundamentaler Bedeutung. Alle diese Bereiche sowie die Bemühungen der Pontosgriechen um die Anerkennung des Völkermordes sind berücksichtigt worden.

Die schlimmste Zeit in der Geschichte der Pontosgriechen war der Zeitraum von 1916 bis 1923, als die Verfolgung, die Flucht, die Zerstörungen, die Deportationen, die Verbannung, die Zwangsislamisierung, die Massaker und danach die Entwurzelung stattfanden. Die anonyme Geschichte bekommt ein Gesicht, wenn die betroffenen Menschen über ihre Erlebnisse berichten. Einige Augenzeugenberichte von Überlebenden vermitteln ein sehr anschauliches Bild von dem erfahrenen Leid.

Nach dem Bevölkerungszwangs austausch blieben um die 125.000 Griechen in der Türkei. Die überwiegende Mehrheit von ihnen lebte in Istanbul. Auch über deren Schicksal wird im Exkursteil berichtet.

In den ersten fünf Kapiteln des Buches geht es allgemein um die Geschichte der Pontosgriechen. Im sechsten und letzten Kapitel geht es um die griechische Community und die Pontosgriechen in Hamburg. Lange bevor die ersten griechischen Arbeitsmigranten in die Hansestadt kamen, gab es viele Beziehungen zwischen Hamburg und den Griechen. Ein historischer Überblick und eine Beschreibung der aktuellen Situation geben einen Einblick in das Leben der Hamburger Griechen. Ein Bericht über die Pontosgriechen in Hamburg beendet deren lange Zeitreise durch die Jahrhunderte.

Die deutschsprachige Literatur über die neuere Geschichte der Pontogriechen bzw. der Griechen in Kleinasien und Ostthrakien fällt recht bescheiden aus. In den letzten Jahren sind einige Bücher und Aufsätze auf Englisch erschienen. Sie sind in der Literaturliste angegeben.

Aufgrund des Buchumfangs wurde auf ein Personen- und Ortsregister verzichtet.



Karte 1: Kleinasien in der Antike

Inhalt

Danksagung — V

Einführung — VII

Karte: Kleinasien in der Antike — XIV

1 Die Antike von der Kolonisation

bis zum 4. Jahrhundert nach Christus — 1

1.1 Geografie, Name und Mythologie — 1

1.2 Die griechischen Kolonien — 4

1.3 Die Mithradatesdynastie ca. 337-63 v. Chr. — 9

1.4 Die Römer in Kleinasien. Die Politik von Pompeius — 10

2 Die byzantinische Zeit von Kaiser Konstantin dem

Großen bis zum Fall Trapezunts 1461 — 13

2.1 Kaiser Konstantin der Große — 13

2.2 Die drei Kappadokier und das Christentum im Pontos — 14

2.3 Die Kaiser Theodosius I., Justinian, Herakleios und
die Perser — 15

2.4 Die Araber, die Paulikianer und die makedonische
Dynastie — 17

2.5 Themenorganisation und Wirtschaft — 18

2.6 Die Kirche — 20

2.7 Der Niedergang des Byzantinischen Reiches. Die inneren
Konflikte — 22

2.8 Der Westen. Italien und die Kreuzfahrer — 23

2.9 Der Osten. Die Seldschuken und die Gavraden — 25

2.10 Das Kaiserreich der Großkomnenen von Trapezunt — 27

2.11 Der Aufstieg der Osmanen — 32

3 Der Pontos unter den Osmanen bis zum Militärputsch der Jungtürken 1908 — 35

- 3.1 Die Türkisierung und Islamisierung Kleinasiens — 35**
 - 3.1.1 Teilislamisierung und Bergbau im Pontos — 40
 - 3.1.2 Die Klöster und die Kryptochristen — 48
- 3.2 Die Schwächung des Osmanischen Reiches — 51**
 - 3.2.1 Die Reformen (Tanzimat) im 19. Jahrhundert — 55
- 3.3 Die Kryptochristen von Stavri/Ugurtas — 59**
- 3.4 Der Pontos und die Vertreibung der Tscherkessen aus dem Kaukasus — 61**
- 3.5 Die Zeit nach den Reformen und die griechische Einwanderung in das Osmanische Reich — 63**
- 3.6 Gesellschaft, Kirche, Wirtschaft und Schulwesen im Pontos — 66**
- 3.7 Sultan Abdülhamid II. und der Berliner Kongress 1878 — 74**
- 3.8 Das Kaiserreich Deutschland und das Osmanische Reich — 77**
- 3.9 Das Komitee Einheit und Fortschritt — 79**
- 3.10 Der griechisch-osmanische Krieg von 1897 — 80**
- 3.11 Die Jungtürken und der Militärputsch von 1908 — 81**

4 Von den Jungtürken bis zum Friedensvertrag von Lausanne 1908-1923 — 85

- 4.1 Die Politik der Jungtürken — 85**
 - 4.1.1 Die Balkankriege 1912/13 und die Lage der Griechen im Osmanischen Reich — 89
 - 4.1.2 Die Deportation und Vertreibung der Griechen aus Ostthrakien und Ionien 1913/14 — 94
 - 4.1.3 Die deutsche Militärmission und Liman von Sanders — 98
 - 4.1.4 Die Unterbringung der muslimischen Flüchtlinge im Pontos — 100
- 4.2 Der Ausbruch des Ersten Weltkrieges 1914 und die Arbeitsbataillone — 101**
 - 4.2.1 Die Sonderorganisation (Teskilat-i Mahsusa) — 104
 - 4.2.2 Weitere Vertreibung der Griechen und Völkermorde an den Armeniern und den aramäischsprachigen Christen 1915-1918 — 106

4.3 Der Völkermord an den Pontosgriechen. Die erste Phase 1916-1918 — 111

- 4.3.1 Die politische Entwicklung in Griechenland bis Sommer 1917 — 123
- 4.3.2 Die politische Entwicklung in Russland 1917/18 und der Pontos — 124
- 4.3.3 Der Waffenstillstand von Moudros im Oktober 1918 — 127
- 4.3.4 Die Bilanz der griechischen Opfer im Pontos von 1913-1918 — 128
- 4.3.5 Das Kaiserdeutschland und die Völkermorde an den Christen im Osmanischen Reich 1915-1918 — 129

4.4 Die strafrechtliche Verfolgung der Täter — 133

- 4.4.1 Das Ende von Talaat, Enver und Cemal — 136

4.5 Die Rückkehr der Pontosgriechen, die Deportation und Verbannung überlebt hatten — 138

4.6 Der Versuch, eine Pontische Republik zu gründen — 140

- 4.6.1 Die Friedenskonferenz in Paris von Januar bis Juni 1919 — 142
- 4.6.2 Die Lage der Pontosgriechen in Russland 1919 — 144
- 4.6.3 Pontos als autonome Provinz einer Armenischen Republik — 145

4.7 Das Sykes-Picot-Abkommen von 1915/16 — 147

- 4.7.1 Die Landung griechischer Truppen in Smyrna im Mai 1919 — 148
- 4.7.2 Mustafa Kemal 1881-1938 — 152
- 4.7.3 Der Friedensvertrag von Sèvres im August 1920 — 156
- 4.7.4 Die politische Entwicklung von August 1920 bis Frühjahr 1921 — 159

4.8 Die zweite Phase des Völkermordes an den Pontosgriechen 1919-1922 — 161

- 4.8.1 Die Zerstörung Smyrnas im September 1922 — 167
- 4.8.2 Flucht und Bevölkerungszwangs austausch 1922-1925 — 170
- 4.8.3 Der Friedensvertrag von Lausanne 1923 — 172

5 Von der Entwurzelung bis heute — 179

- 5.1 Die Ansiedlung in Griechenland — 179
- 5.2 Die Integrationsschwierigkeiten — 185
- 5.3 Die Frage der Privatentschädigungen — 187
- 5.4 Die Zeit bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges — 189
- 5.5 Die türkischsprachigen Pontosgriechen in Makedonien während des Zweiten Weltkrieges und des Bürgerkrieges 1940-1949 — 191
- 5.6 Die Pontosgriechen in Griechenland nach dem Zweiten Weltkrieg — 195
- 5.7 Berichte einiger Überlebender des Völkermordes — 217
- 5.8 Die griechische Auswanderung nach dem Zweiten Weltkrieg — 227
- 5.9 Die Pontosgriechen in Deutschland — 229

6 Die Griechen in Hamburg — 239

- 6.1 Hamburg und Griechenland bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges — 239
- 6.2 Die Griechen in Hamburg nach dem Zweiten Weltkrieg — 253
- 6.3 Die Pontosgriechen in Hamburg — 265

Exkurs — 269

Literatur — 277

Griechisch-türkische und türkisch-griechische Ortschaftsbezeichnungen — 287

Autor — 289

1

Die Antike von der Kolonisation bis zum 4. Jahrhundert nach Christus

1.1 Geografie, Name und Mythologie

Als Pontos wurde in der Antike das Gebiet im Nordosten der heutigen Türkei am Schwarzen Meer bezeichnet. Die Grenzen waren nicht eindeutig festgelegt und variierten je nach Zeit und Herrschaftsverhältnissen. Eine natürliche geografische Grenze bilden nach Norden das Schwarze Meer und nach Süden das Bergmassiv der Pontischen Alpen mit einer Höhe von knapp 4000 Metern. Die Westgrenze wurde entweder bei der Stadt Sinope/Sinop oder noch westlicher bei der Stadt Herakleia Pontiki/Eregli angesiedelt. Als östliche Grenze galt die Gegend von Kolchis (heute in Westgeorgien, in der Nähe der Stadt Batum). Es ist nicht genau bekannt, wann und wie Pontos ursprünglich zu seinem Namen kam. Gesichert ist der Name erst seit Beginn des 3. Jhs. v. Chr. Nach dem Tod Alexanders des Großen (323 v. Chr.) kam es während der Diadochenkämpfe zu der Schlacht bei Ipsos. Danach wurde die Verwaltung von Kappadokien in zwei Provinzen unterteilt: Im Süden Großkappadokien und im Norden Kappadokien am Pontos oder Pontisches Kappadokien oder nur Pontos. Es umfasste das Gebiet von Sinope im Westen über Kolchis im Osten und reichte bis Armenien im Südosten. Die Länge betrug etwa 500 km, die maximale Breite ca. 150 km. Die Fläche insgesamt lag zwischen 50 000 und 70 000 Quadratkilometern. Das Gebiet ist sehr gebirgig, regenreich und üppig an Vegetation. Das Klima an der Küste ist mild und feucht. Jahrhundertlang wurde dort Bergbau (Silber, Blei, Kupfer, Gold usw.) betrieben.

Pontos bedeutet auf Griechisch das Meer. Es mutet etwas seltsam an, dass ein Festlandstreifen so benannt wurde. Vermutlich hängt es damit zusammen, dass die Griechen das Schwarze Meer Pontos Euxeinos

nannten. Denkbar ist, dass sie irgendwann die Bezeichnung Pontos auch auf den Küstenstreifen übertrugen. Schon während der mykenischen Zeit kamen die Griechen in Berührung mit dem Schwarzen Meer. Archäologische Funde aus der Zeit vom 14. bis zum 11. Jh. v. Chr. in Rumänien und Bulgarien belegen die Handelsbeziehungen, die die Griechen über den Wasserweg mit den damals dort ansässigen Völkern unterhielten (Koromila 2001, S. 34). Die Küstenbevölkerung um das Schwarze Meer herum haben sie als ungastlich und das Wasser als bedrohlich empfunden. Die gefährlichen Strömungen der Meerenge am Bosphorus, die plötzlichen und starken Stürme, die Steilküste im Süden und schließlich die Größe des Schwarzen Meeres (maximale Ausdehnung 980 km mal 530 km) ohne Inseln machten den griechischen Seefahrern zu schaffen. In der Ägäis brauchten sie nur wenige Stunden segeln, um eine andere Insel zu erreichen.

Es ist nicht sicher, wie das Wort Euxeinos zustande kam. Vor 700 v. Chr. hieß es bei den Griechen häufig Axeinos. Vermutlich haben sie das iranische Wort Aksaëna übernommen. Es bedeutet „schwarz“ oder „dunkel“ und damit war das Meer gemeint. Im übertragenen Sinn verwendeten die Griechen diesen Ausdruck als eine andere Bezeichnung für rau, unheimlich und barbarisch. Damit meinten sie nicht nur die Stürme und die schwierigen Navigationsbedingungen, sondern auch die Küstenbevölkerung. In den Augen der Griechen waren die dortigen Völker kulturell unterentwickelt. Aus Axeinos machten sie vermutlich irgendwann euphemistisch Euxeinos, was so viel wie „der gute Fremde“ bedeutet.

Da das Schwarze Meer den Griechen aufgrund der Handelsbeziehungen und später der Kolonien vertraut war, haben sie einige ihrer Mythen dort angesiedelt. Die Argonauten und das Goldene Vlies, Medea, die Amazonen, die Reise des Herakles nach Pontos, Iphigenie auf Tauris, der Eingang in die Unterwelt bei Herakleia Pontiki, Odysseus im Land der Kimmerier, die Symplegaden (zwei Felseninseln an der Einmündung des Bosphorus in das Schwarze Meer) sind einige davon (Ranke-Graves 1985). Sicherlich ist es auch zum Austausch mit den indigenen Völkern gekommen. So gibt es die Prometheussage auch im Kaukasus. Dort heißt er Amirani und bei der Oralüberlieferung der Tscherkessen Pharmat (Quiring 2013, S. 42f). Alle

drei Eposhelden haben das Feuer vom Gottvater heimlich entwendet und den Menschen gegeben, weil diese froren. Die Strafe war grausam. Prometheus wurde an einen Felsen im Kaukasus gefesselt. Ein Adler kam jeden Tag und fraß ihm die Leber weg. Über Nacht wuchs sie aber nach. Prometheus wurde später von Herakles befreit. Ob der Ursprung des Mythos in Griechenland oder im hethitischen Kulturraum liegt, ist nicht bekannt. Auch welche Ursache der Mythos haben könnte, ist nicht eindeutig belegt.

Manche Mythen haben vermutlich einen realen Hintergrund. Der heutige Fluss Rioni in Westgeorgien hieß in der Antike Phasis. Phasis lag in der Region Kolchis. An der Mündung des Flusses gründeten die Griechen eine Stadt, die sie entsprechend Phasis nannten. In der Gegend kam Gold vor. Die Einheimischen holten Gold aus dem Fluss, indem sie Schaffelle in das Wasser hielten. Die Goldteilchen blieben im Fell hängen. Daraus ist wahrscheinlich die Sage um das Goldene Vlies entstanden.

Kein Mythos ist Folgendes: In der Gegend von Phasis wurde ein Vogel gejagt, der auch in Griechenland verkauft wurde. In Athen galt er als Delikatesse. Er wurde nach der Herkunftsgegend Fasan benannt.



Atlas, Adler und Prometheus. Trinkschale, um 550 v. Chr.
Koromilla, S. 287

1.2 Die griechischen Kolonien

Aus Attika wanderten im 11. und 10. Jh. v. Chr. massenweise Griechen vom Stamm der Ionier aus. Sie gründeten an der Ägäissee von Kleinasien viele Kolonien wie Milet, Ephesos, Priene, Kolophon, Erythrai. Seitdem hieß die Mitte dieses Küstengebiets samt den Inseln Chios und Samos Ionien. Später, im 7. und vor allem im 6. Jh. v. Chr., erlebten diese Städte eine wirtschaftliche, kulturelle und geistige Blüte. Durch die Nachbarschaft zu und den Austausch mit den Völkern des Orients profitierten die griechischen Städte sowohl wirtschaftlich als auch kulturell. Von den Babyloniern übernahmen sie z. B. astronomische und mathematische Kenntnisse, von den Lydern das Münzgold, von den Lydern und Phrygern Musikelemente, von den Phöniziern das Alphabet usw. Das 6. Jh. v. Chr. gilt als das Goldene Zeitalter der Griechen in Kleinasien. Die Städte waren reicher als auf dem griechischen Festland. In die Zeit fiel der Neubau des Artemis-Tempels von Ephesos, der zu den sieben Weltwundern der Antike zählt. In diese Zeit fällt auch der Tunnelbau von Eupalinos auf Samos. Im Auftrag des Tyrannen Polykrates baute Eupalinos von Megara einen ca. 1050 Meter langen Tunnel, der als Wasserleitung und Fluchtweg dienen sollte, durch einen Berg. Um den Bau zu beschleunigen, fing er ihn von zwei einander gegenüberliegenden Seiten des Berges an (Gegenortvortrieb). Die Treffgenauigkeit war enorm; der Tunnel eine technische Meisterleistung.

Auch die Künste, wie z. B. die Dichtkunst, erlebten einen Höhepunkt. Der Dichter Homer hat vermutlich im 8. Jh. v. Chr. gelebt. Mit ihm begann die griechische und somit die europäische Literatur. Seine Heimat war sehr wahrscheinlich Smyrna/Izmir oder die Insel Chios. Sappho, Alkaios und Anakreon waren später im 6. Jh. v. Chr. auch große Vertreter dieser Literaturgattung. Sappho wurde in der Antike sogar als die zehnte Muse verehrt.

In Ionien fand auch eine Revolution des Denkens statt. Eine Revolution, die sowohl die Geschichte Griechenlands als auch die der Menschheit entscheidend prägen sollte. Zum ersten Mal unternahmen Menschen den Versuch, die Naturphänomene und die Entstehung der Welt rational zu erklären und nicht mehr nur mit Hilfe der Mythologie, des Aberglaubens

oder der Magie, wie bis dahin üblich. Die Philosophie war geboren (Bengtson 2009, S. 43). Milet gilt als Geburtsort der Philosophie, Thales von Milet, Anaximandros und Anaximenes wirkten dort. Heraklit lebte in Ephesos und Pythagoras stammte von Samos.

Von 800 bis 500 v. Chr. erreichte die griechische Kolonisation ihren Höhepunkt. Vom Kaukasus bis Spanien und von Südrussland bis Nordafrika gründeten die Griechen Hunderte Städte. An der Südküste Thrakiens waren es z. B. Abdera, Maroneia, Ainos, Mesimvria und rund um den Propontis/Marmarameer Chalkedon, Byzanz, Artaki, Kios, Kyzikos, Silymvria (heute Silivri) und weitere. Auch auf beiden Seiten des Hellesponts/Dardanellen entstanden neue Städte.

Milet wurde die wichtigste und reichste Stadt in Ionien und gründete jetzt selbst an der Küste des Schwarzen Meeres Handelsniederlassungen und Kolonien. Nach den antiken schriftlichen Quellen war die erste Niederlassung Sinope um das Jahr 785 v. Chr. Es folgten Trapezunt/Trabzon um 756 v. Chr. und vermutlich auch Amisos/Samsun. Bis heute gibt es aber keine archäologischen Funde, die diese Daten bestätigen.

Historisch belegt sind die Überfälle der Kimmerier auf die griechischen Städte Kleinasiens um 675 v. Chr. Die iranstämmigen Kimmerier waren ein bis heute wenig bekanntes Volk, dessen Siedlungsgebiet am nördlichen Schwarzen Meer im Steppengebiet Südrusslands lag. Sollten die griechischen Niederlassungen bereits davor existiert haben, sind sie in der Zeit während der Überfälle verlassen worden. Nach den archäologischen Funden begann die Kolonisation durch Milet erst ab Mitte des 7. Jhs. v. Chr. Historisch belegt und namentlich bekannt sind etwa 30 Kolonien, die Milet am Schwarzen Meer gründete. Gesprochen wurde der ionische Dialekt. Einige Elemente dieses altgriechischen Dialekts sind bis heute in der Sprache der Pontosgriechen erhalten.

Das Schwarze Meer war für die Griechen wirtschaftlich sehr attraktiv. Das Hinterland lieferte Getreide, Holz für den Schiffbau, Wolle und Flachs. Das Kaukasusgebiet war reich an Erzvorkommen, das Meer reich an Fischen. Der Fischfang wurde geräuchert oder gesalzen und in die Ägäis exportiert. Athen konnte sich mit Getreide nicht selbst versorgen; entsprechend wurde

ein großer Teil des Bedarfs durch Getreideimporte vom Schwarzen Meer gedeckt.

Die erste Kolonie, die Milet im Pontos gründete war, wie erwähnt, Sinope. Die Lage war strategisch sehr gut ausgesucht. Sie lag zentral und war einer der wenigen Naturhäfen entlang der Pontosküste. Dies begünstigte die Handelsbeziehungen sowohl mit dem Landesinneren als auch mit anderen Küstenstädten. Sinope als Handelsumschlagplatz wurde wohlhabend und gründete selbst weitere Pflanzkolonien, u. a. weiter östlich Trapezunt.

Sehr wichtige und wertvolle Informationen über die Menschen der damaligen Zeit im Pontos und am Schwarzen Meer, ihr Leben, ihre Sitten und Bräuche, ihre Religion usw. erhalten wir von verschiedenen Autoren der Antike. Über die Griechen im Pontos berichtet Xenophon in seiner Monografie *Kyros Anabasis*. Er stammte aus Athen und unterstützte zusammen mit 13000 anderen griechischen Söldnern Kyros den Jüngeren, den persischen Vizekönig von Kleinasien und Besitzer der Satrapien von Kappadokien, Lydien und Großphrygien, im Krieg gegen dessen Bruder Artaxerxes II., den Großkönig von Persien. Nördlich von Babylon, in der Nähe des Dorfes Kunaxa, fand im September 401 v. Chr. die Schlacht statt. Kyros verlor dabei sowohl die Schlacht als auch sein Leben. Nach seinem Tod machten sich die übrig gebliebenen 8600 Söldner noch im selben Monat vom Südirak aus in einem gewaltigen Marsch auf den Weg durch das Karduchenland (heutiges Kurdengebiet) und Armenien bis nach Trapezunt am Schwarzen Meer (Bengtson 2009, S. 235). In 150 Tagen legten sie im Winter 1700 Kilometer durch hohe Berge zurück, eine logistische Meisterleistung. In Trapezunt wurden sie sehr gastfreundlich aufgenommen. Sie blieben dort einen Monat. Außer Trapezunt erwähnt Xenophon auch die Städte Sinope, Amisos, Kerasounta und Kotyora/Ordu, die er als „griechische Städte“ bezeichnet. Xenophons Beobachtungen sind sehr genau und detailliert.

Der Historiker Herodot bereiste Mitte des 5. Jhs. v. Chr. Vorderasien, Ägypten, Nordafrika, Zypern, den Hellespont, Thrakien, Makedonien, Pontos, die Krim usw. Er wiederum berichtet über die Skythen. Ihr Siedlungsraum waren die Steppen zwischen Donau und Don. Sie galten als aus-

gezeichnete Pferdezüchter, Reiter und Bogenschützen. Die Griechen unterhielten viele Beziehungen zu ihnen. In der südrussischen Steppe haben die Archäologen viele Hügelgräber des skytischen Adels erforscht. Sie fanden etliche griechische Erzeugnisse wie kunstvolle Goldschmiedearbeiten und Vasen.

Herakleia im Westpontos wurde um 550 v. Chr. als Hafenstadt gegründet. Nördlich der Stadt befand sich das Acheron-Tal mit vielen Höhlen. Nach einer Version der griechischen Mythologie soll Herakles hier in die Unterwelt hinabgestiegen sein, um den riesigen dreiköpfigen Hund Kerberos, der den Eingang bewachte, mit bloßen Händen zu fangen, lebend an die Oberwelt zu bringen, ihn dem König Eurystheus zu zeigen und ihn wieder zurück in die Unterwelt zu befördern (Ranke-Graves 1985, S. 77).

Durch den Handel wurde die Stadt reich. Fast drei Jahrhunderte lang, vom 4. Jh. bis zum 1. Jh. v. Chr., gab es hier ein reges geistiges Leben. Philosophie und Geschichtsschreibung wurden gefördert. Herodoros schrieb viele Monografien, die bekannteste über Herakles. Herakleides Pontikos hielt sich einige Zeit in Athen auf. Er war auch Schüler oder Mitarbeiter von Platon und Zeitgenosse von Aristoteles. Als er in seine Heimatstadt zurückkehrte, gründete er dort eine eigene Philosophenschule. Er befasste sich u. a. auch mit der Astronomie. Nymphis verfasste ein umfangreiches Geschichtsbuch, vermutlich bis Mitte des 3. Jhs. v. Chr. Viele spätere Autoren haben ihn zitiert. Memnon schrieb die Geschichte seiner Stadt vom Beginn der Tyrannis 364 bis 47 v. Chr. auf. Auch andere Ereignisse wie z. B. die Kämpfe der Nachfolger Alexanders des Großen untereinander werden von ihm erwähnt. Klearchos war ein Tyrann, aber auch ein Förderer der Wissenschaften. Er gründete Mitte des 4. Jhs. v. Chr. in Herakleia die erste umfangreiche Bibliothek der Antike.

Andere bekannte Persönlichkeiten aus dem Pontos waren Diogenes, Diphilos und Strabon. Diogenes und Diphilos stammten beide aus Sinope und lebten im 4. Jh. v. Chr. Diogenes war ein Anhänger der kynischen Philosophie. Er verbrachte die meiste Zeit seines Lebens in Athen und starb in Korinth. Diphilos war ein Dichter und lebte auch zeitweilig in Athen. Zusammen mit Menander und Philemon gehörte er zu den bedeutendsten

ten Vertretern der Neuen Komödie. Strabon entstammte einer sehr angesehenen griechischen Familie aus Amaseia/Amasya, wo er im Winter 64/63 v. Chr. geboren wurde. Sein Name bedeutet auf Griechisch „der Schieler“ (in der Medizin gibt es entsprechend heute den Fachausdruck Strabismus). Er studierte u. a. in Rom Geografie. Er war Geograf und Historiker. Er reiste viel und verfasste wichtige Werke über verschiedene Regionen und Länder wie z. B. über die Nordküste Kleinasiens, Kappadokien, Armenien und den Kaukasus. Er war auch in Germanien. So gibt es einen Bericht von ihm über die Insel Borkum, die er Byrchanis nannte.



Karte 2: Die griechische Frühzeit 2000 bis 500 v. Chr.

Die hellenistische Zeit wurde durch Alexander den Großen (356-323 v. Chr.) eingeleitet. Sie dauerte etwa 300 Jahre. Die Verkehrssprache der gebildeten Menschen im gesamten östlichen Mittelmeerraum war Griechisch. Die verschiedenen Kulturen und Religionen beeinflussten sich gegenseitig. Diese Zeit ging zu Ende, nachdem das letzte hellenistische Königreich, das ptolemäische Ägypten, 30 v. Chr. auch formell und administrativ eine römische Provinz geworden war.

1.3 Die Mithradatesdynastie ca. 337-63 v. Chr.

Alexanders Armee kam nicht nach Pontos, somit gab es auch keinen Krieg gegen die dortigen Lokalfürsten. Sie konnten ihre Macht behalten. Nach den Siegen Alexanders gegen den persischen König Dareios zerfiel das persische Reich. Die Lokalfürsten im Pontos nutzten die Gelegenheit, um ihre Unabhängigkeit zu erklären.

Als erster nahm Mithradates I. Anfang des 3. Jhs. v. Chr. den Königstitel an. Später wurde die Hauptstadt von Amaseia nach Sinope verlegt.

Als wichtigster Vertreter dieser Dynastie wird der König Mithradates VI. Eupator Dionysos angesehen (Bengtson 2009, S. 488f). Er wurde um 132 v. Chr. in Sinope geboren. Er war zwölf Jahre alt, als sein Vater ermordet wurde. Zusammen mit seiner Mutter und seinem Bruder sollte er die Herrschaft ausüben. Da er aber befürchtete, von seiner Mutter vergiftet zu werden, damit sie allein herrschen könne, flüchtete er aus dem Palast und hielt sich auf dem Land oder in den Bergen auf, wo er unerkannt blieb. Etwa acht Jahre später kehrte er in den Palast zurück und ließ seine Mutter und seinen Bruder töten. Er war nun der alleinige Herrscher.

Politisch betrieb er eine starke territoriale Expansion. Niemals hatte das Königreich eine so große Ausdehnung wie unter seiner Herrschaft. Die Grenze reichte über das östliche Schwarze Meer bis zur Krim. Der Preis dafür waren viele Kriege.

Im Westen aber war Rom inzwischen zu einer Großmacht aufgestiegen und bestimmte die Politik sowohl im Westen als auch im Osten mit. Rom betrachtete Mithradates' Expansionsbestrebungen in Kleinasien und Griechenland mit Argwohn. Seine Vorgänger waren bei den verschiedenen Kriegen oft Roms Verbündete gewesen; er aber wollte die innenpolitischen Konflikte Roms ausnutzen, um weiter zu expandieren. Das war eine Fehleinschätzung. Knapp 20 Jahre lang führte er mit wechselnden Allianzen Krieg gegen die römischen Legionen in Kleinasien und in Griechenland. Von dem römischen Feldherrn Pompeius wurde er 63 v. Chr. besiegt; er floh daraufhin in die Krim. Als seine Lage aussichtslos wurde, befahl er einem keltischen Söldner, ihn zu töten.

Kulturell kam es unter Mithradates Herrschaft verstärkt zu einer Verschmelzung der griechischen und der persischen Kultur und Religion, weil er eine griechische Bildung erhalten hatte, griechisch sprach, sein Hof hellenisiert war und auch seine Berater und Feldherren Griechen waren.

1.4 Die Römer in Kleinasien. Die Politik von Pompeius

Pompeius, von Rom mit enormen Vollmachten ausgestattet, kam 67 v. Chr. nach Kleinasien. Er galt als ausgezeichneter Organisator sowohl für militärische als auch für politische Fragen. Bekannt war er für seine Milde den Besiegten gegenüber. So sorgte er z. B. dafür, dass Mithradates in Sinope ehrenhaft bestattet wurde.

Administrativ ordnete Pompeius die Provinzen neu. Der Pontos wurde in Ost- und Westpontos aufgeteilt. Der Westpontos wurde der Provinz Bithynien angeschlossen. Lucullus war Pompeius Vorgänger im Krieg gegen Mithradates. Gegen seinen Willen plünderten römische Soldaten einige griechische Städte wie Amisos, Herakleia, Amastris/Amasra, Sinope im Pontos. Herakleia und Amisos wurden sogar zerstört.

Pompeius verfolgte eine Aufbaupolitik. Der Überlieferung nach gründete er in ganz Kleinasien und Syrien 39 neue Städte, in denen er Griechen und Veteranen der Legionen ansiedelte. Von Bithynien bis Armenien ließ er entlang der Handelsstraße z. B. Neapolis, Magnopolis, Diospolis und Nikopolis/Sebinkarahisar bauen. Im Westpontos befanden sich die größeren Städte an der Küste. Im Hinterland gab es kleinere Siedlungen. Bei manchen erweiterte er das Siedlungsgebiet und erhob die Orte zu Städten. Ihm zu Ehren bekamen einige dieser neuen Städte seinen Namen, wie z. B. Pompeiopolis/Tasköprü. Sinope und Amisos durften sich selbst regieren. Einigen wenigen Städten wurden sogar die Steuern erlassen. Verwaltungsmäßig unterstand die Provinz Westpontos dem Senat in Rom.

Durch die Urbanisierung und den Anschluss an Bithynien ermöglichte Pompeius den Pontosgriechen den Zugang zu den anderen Regionen Kleinasiens und somit auch zu deren Wirtschaft und hellenistischer Kultur.

Eine Folge der Politik von Pompeius war die Verdrängung der persischen Lokalfürsten und damit verbunden auch deren Lebensform und Religion aus dem pontischen Binnenland. Es war der Beginn der endgültigen Hellenisierung dieser Gebiete. Die breite Verwendung der griechischen Sprache war schon damals in Zentral- und Ostkleinasien üblich. Das Griechische hatte das Aramäische im öffentlichen Leben ersetzt (Bengtson 2009, S. 492). Im Ostpontos setzte Pompeius als Lokalfürsten mit dem Titel eines Königs Deiotaros ein. Dieser stammte aus der Provinz Galatien und hatte verschiedene römische Feldherren, u. a. auch Lucullus und Pompeius, im Krieg gegen Mithradates unterstützt. Nach seinem Tod folgte ihm die Lokaldynastie von Polemon, die im Ostpontos weiter regierte, auf den Thron. Ein Nachkomme dieser Dynastie war der berühmte Sophist Polemon von Laodikeia. Einige Jahrzehnte später wurde der Ostpontos ein Teil der Provinz Kappadokien und unterstand dem Kaiser in Rom. Pompeius Neuordnung Kleinasiens prägte für Jahrhunderte die Entwicklung dieser neuen römischen Provinz positiv.

Von 49 bis 48 v. Chr. kam es zu einem Bürgerkrieg zwischen Pompeius und Julius Caesar. Der König von Pontos, Pharnakes, nutzte den Bürgerkrieg und versuchte, das Gebiet seines Königreiches zu erweitern. In der pontischen Ebene von Zila/Zile kam es zu einer Schlacht zwischen ihm und Caesar. Der letztere soll den berühmten Spruch: *Veni, vidi, vici* (ich kam, sah und siegte) gesagt haben. Die Römer setzten das alte Straßennetz aus der Zeit des Persischen Reiches wieder instand und bauten die Infrastruktur aus. Wichtig waren die Verbindungen zwischen West und Ost und zwischen Nord (Pontos) und Süd (Kilikien), erstens wegen der Handelswege und zweitens aus militärischen Gründen. Die Mobilität der Militäreinheiten sollte gewährleistet sein.

In der römischen Zeit herrschte überwiegend Frieden. Durch den Handel erlebten die Städte im Pontos eine wirtschaftliche Blüte: Sie kamen zu Wohlstand. Kaiser Hadrian besuchte Anfang des 2. Jhs. v. Chr. Trapezunt. Im Zusammenhang mit seinem Besuch wurden der Hafen ausgebaut und viele öffentliche Gebäude verschönert. Jäh wurde diese Entwicklung durch die Goti unterbrochen. Sie waren ein germanischer Stamm; ihr Stammge-

biet lag vermutlich in Südschweden. Sie wanderten nach Süden aus und waren Anfang des 3. Jhs. v. Chr. in der Gegend von Dnjepr am nördlichen Schwarzen Meer angekommen. Einige Jahrzehnte später überfielen sie fast 20 Jahre lang immer wieder Kleinasien. Mitte des 3. Jhs. v. Chr. wurde auch Trapezunt angegriffen. Es fanden massive Zerstörungen statt; Tausende Menschen wurden in die Sklaverei verschleppt. Aus den Goti sind später die Ost- und die Westgoten hervorgegangen.



Karte 3: Kleinasien in der Römischen Kaiserzeit.

2

Die byzantinische Zeit von Kaiser Konstantin dem Großen bis zum Fall Trapezunts 1461

2.1 Kaiser Konstantin der Große

In den ersten Jahren nach Christi Geburt bestand die christliche Gemeinde in Jerusalem aus aramäisch sprechenden Juden und aus hellenisierten Juden, die griechisch sprachen.

Die hellenisierten Juden wurden aus Jerusalem verjagt und kamen nach Antiochia/Antakya. Antiochia wurde das Zentrum der Missionierung. Von hier aus starteten die Apostel ihre Reisen in die verschiedenen Provinzen des Römischen Reiches. Petrus und Andreas gelten als die Apostel, die im Pontos missioniert haben.

Die Ausbreitung des Christentums in Kleinasien wurde durch die griechische Sprache und die Haltung Roms den Christen gegenüber begünstigt. Zwar hatte es immer Christenverfolgungen gegeben, wie z. B. unter Nero Mitte des 1. Jhs., aber Rom hat es oft den einzelnen Statthaltern überlassen, wie sie mit den Christen umgehen sollten.

Das Christentum hatte am Ende des 2. Jhs. in Kleinasien breite Bevölkerungsschichten erreicht. Seine Ausbreitung setzte sich in den nächsten Jahrzehnten erfolgreich fort.

Staatlich angeordnete massive Christenverfolgungen fanden ab Mitte des 3. Jhs. statt. Besonders grausam war die Verfolgung in der Zeit von Diocletian und Maximianus zu Beginn des 4. Jhs.

Die Verfolgungen wurden erst unter dem ersten christlichen Kaiser, Konstantin dem Großen, beendet. Das Christentum wurde nun toleriert (Leppin 2010, S. 21). Konstantin ließ u. a. um 330 die neue Hauptstadt des Oströmischen Reiches, Konstantinopel, bauen und gliederte das Reich neu. In diesem Zusammenhang wurde Pontos administrativ gedrittelt in

einen westlichen, einen östlichen und einen südlichen Teil. Der westliche Teil wurde Elenopontos nach Konstantins Mutter Helena (größere Städte: Amaseia, Sinope, Amisos) und der östliche Teil Polemoniakos Pontos nach dem Statthalter Polemon (größere Städte: Neokaisareia/Niksar, Kerasounta, Trapezunt) benannt. Der südliche Teil hieß Kolonia (größere Städte: Nikopolis, Sevasteia/Sivas).

2.2 Die drei Kappadokier und das Christentum im Pontos

Kappadokien wurde im 4. Jh. das Zentrum des christlichen intellektuellen Lebens (Koimisoglou 2005, S. 85f). In diesem Jahrhundert prägten gleich drei Kirchenmänner die griechische Orthodoxie entscheidend. Zwei von ihnen, Basileios und Gregor von Nazianz, sind als Kirchenväter (Hierarchen) in die Geschichte eingegangen. Der dritte war Gregor von Nyssa, ein jüngerer Bruder von Basileios. Basileios der Große gilt als der bedeutendste. Aufgewachsen war er in Neokaisareia im Pontos. Er absolvierte seine Studien u. a. in Athen. Er war rhetorisch geschult und empfahl auch für Christen eine Auswahl der antiken griechischen Literatur als Lektüre. Nach den Lehrjahren in Athen kam er nach Kaisareia/Kayseri zurück, wo er auch getauft wurde. Danach reiste er nach Syrien, Palästina und Ägypten, wo das Mönchtum im 3. Jh. entstanden war. Dort lernte er es kennen. Später ging er zurück und schloss sich in der Nähe von Neokaisareia einer Asketengemeinschaft an. Er wurde 370 Bischof von Kaisareia. In seiner Bischofsstadt organisierte er sehr erfolgreich ein Sozialsystem der Fürsorge für Arme und Kranke. Als Theologe reorganisierte er den Gottesdienst. Bedeutend waren seine Ansichten über die Askese und das Mönchtum. Er bevorzugte das gemeinsame Leben der Mönche im Kloster (beten und arbeiten) und war entsprechend eher ein Gegner der Einsiedelei. Seine Schriften bilden bis heute die geistige Basis des Klosterlebens (Mönchsregeln) in der orthodoxen Kirche. Er führte eine umfangreiche Korrespondenz und hinterließ viele Briefe theologischen Inhalts. Er ist heute in der gesamten Kirchenwelt sehr angesehen (Leppin 2006, S. 26f).

Wie schon erwähnt, fand die christliche Missionierung im Pontos recht früh statt. Die Apostel Petrus und Andreas missionierten zuerst in Amisos. Andreas predigte anschließend in Trapezunt. Dank dem tatkräftigen Einsatz einiger Bischöfe konnte das Christentum sich später im Pontos ausbreiten und Fuß fassen. Einer von ihnen war Gregor der Wundertäter. Er wurde in Neokaisareia geboren und wirkte im 3. Jh. Als Jugendlicher bekannte er sich zum Christentum. In Kaisareia absolvierte er seine theologischen Studien. Danach war er etwa dreißig Jahre lang Bischof in seiner Geburtsstadt. Er prägte die Christianisierung des Pontos nachhaltig. Die Gebirgslandschaft der Region, die dünne Besiedlung und die Abgeschiedenheit waren ideale Bedingungen für die Entstehung und Entwicklung des Mönchtums im Pontos.

Eusthathios war in der zweiten Hälfte des 4. Jhs. Bischof von Sevasteia. Er war ein überzeugter Anhänger des Asketismus und ließ einige Klöster gründen. Basileios der Große ging bei ihm in die Lehre und übernahm viele Regeln von seinem Lehrer, die das Zusammenleben der Mönche betrafen.

Während der Christenverfolgungen unter Diocletian und Maximianus fanden im Pontos Eugenios von Trapezunt, Aquilas, Valerian und Kanidios den Tod. Eugenios wurde später der Schutzpatron seiner Stadt. Alle vier gelten als Märtyrer in der griechischen Orthodoxie.

2.3 Die Kaiser Theodosius I., Justinian, Herakleios und die Perser

Gegen Ende des 4. Jhs. war das Christentum die herrschende Religion im Oströmischen Reich. Kaiser Theodosius I. unterstützte die orthodoxe Lehre. Auf dem zweiten Ökumenischen Konzil in Konstantinopel 381 wurde u. a. das Christentum zur Staatsreligion erklärt (Ostrogorsky 1980, S. 28). Während der Herrschaft von Kaiser Theodosius I. soll etwa 45 km südlich von Trapezunt das Kloster der Gottesmutter in Soumela gegründet worden sein. Dieses Kloster erlangte später, wie auch die anderen Klöster im Pontos, beim Erhalt der Orthodoxie der Pontosgriechen große Bedeutung.

Anfang des 3. Jhs. ergriff die Dynastie der Sassaniden die Macht in Persien. Bis Mitte des 7. Jhs. lieferten sich das Oströmische Reich bzw. Byzanz und Persien zahlreiche Kriege. Pontos war während der Perserkriege strategisch sehr wichtig für Byzanz. Denn wären die Perser an die Pontosküste am Schwarzen Meer gelangt, hätten sie von dort aus mit einer Flotte die Hauptstadt Konstantinopel schnell erreichen und angreifen können. Es galt also, die Grenze zu sichern.

Theodosius II. ließ ca. 300 km südöstlich von Trapezunt eine Festung und eine Stadt errichten. Die Stadt wurde nach ihm Theodosiupolis benannt. Später in der Seldschukenzeit wurde der Name der Stadt in Erzurum (Land der Griechen) umbenannt.

Justinian setzte in seiner Zeit u. a. ein ehrgeiziges Bauprojekt um. Viele zerstörte Städte und Befestigungsanlagen wurden instand gesetzt. Auch neue Festungen ließ er sowohl an der Küste als auch im Landesinneren bauen, wie beispielsweise bei der Stadt Vaiverdon/Bayburt. Vaiverdon lag zwischen Trapezunt und Theodosiupolis entlang dem Grenzverlauf (Koromila 2001, S. 258). Die Hafenstadt Rizaion/Rize, 70 km östlich von Trapezunt gelegen, wurde befestigt. Trapezunt als größere Hafenstadt war ökonomisch und strategisch sehr wichtig. Die zweite römische Legion war hier stationiert. Kirchenrechtlich war die Stadt durch den Erhalt des Bischofssitzes aufgewertet worden. Umfangreiche Bauarbeiten am Hafen und an der Stadtmauer hatten bereits in der Vergangenheit stattgefunden. Unter Justinian wurde ein Aquädukt gebaut.

Justinian ordnete die Provinzen im Osten des Reiches neu. Sie hießen jetzt Armenien I, Armenien II, Armenien III und Armenien IV. Teile der Provinzen Kappadokien und Galateia wurden mit den Pontosprovinzen zusammengeführt. Eine Chronik, vermutlich von Ende des 5. oder Anfang des 6. Jhs., erwähnt, dass Kleinasien in 22 Provinzen aufgeteilt war. Von den 427 Städten im gesamten kleinasiatischen Raum befanden sich etwa 20 in den Pontosprovinzen.

Herakleios führte mehrere Kriege gegen die Perser. Auf dem Weg in den Kaukasus kam er nach Trapezunt. Er drang mit seiner Armee in das Reich der Sassaniden ein und fügte ihnen empfindliche Niederlagen bei.

Die Kriege wurden durch den Friedensvertrag von 629 beendet. Byzanz bekam die Provinzen Ägypten, Palästina und Syrien zurück (Ostrogorsky 1980, S. 73).

Die Auseinandersetzungen haben gut 300 Jahre gedauert. Beide Reiche waren am Ende so geschwächt, dass sie der Expansion der neuen Macht in Vorderasien, dem arabischen Kalifat, keinen ernsthaften Widerstand mehr entgegensetzen konnten.

2.4 Die Araber, die Paulikianer und die makedonische Dynastie

Mit dem Propheten des Islams, Mohammed (570-632), begann der Aufstieg der arabischen Welt zu einer Großmacht. Bis Mitte des 7. Jhs. hatten die Araber das persische Reich und Armenien unterworfen und die byzantinischen Provinzen Ägypten, Palästina und Syrien erobert.

Unterstützung bekamen die Araber bei ihren Feldzügen gegen Byzanz von den Paulikianern. Sie waren christliche Häretiker. Ihren Ursprung hatten sie in Armenien (Hofmann 2006, S. 39f). Wann diese Bewegung genau entstand, lässt sich nicht mit Sicherheit sagen. Sie hatte Elemente aus verschiedenen Religionen übernommen. Byzantinischen Quellen zufolge verließen einige Paulikianer in der zweiten Hälfte des 7. Jhs. Armenien und kamen nach Pontos, wo sie sich in der Gegend von Nikopolis niederließen. Später gingen sie nach Armenien zurück und Anfang des 9. Jhs. kamen sie wieder nach Pontos und ließen sich dieses Mal in der Nähe von Neokaisareia nieder.

Unter der Kaiserin Theodora gab es Mitte des 9. Jhs. Staatsverfolgungen gegen die Paulikianer im Pontos. Etwa 5000 Paulikianer zogen weg aus dem Pontos, gingen nach Armenien und vereinigten sich dort mit den anderen Paulikianern. In den folgenden 20 Jahren führten sie entweder allein oder zusammen mit den Arabern Krieg gegen Byzanz. Sie fühlten sich so stark, dass sie zurück nach Pontos kamen und dort in der Nähe von Sevasteia eine eigene Stadt, Tefriki/Divrigi und einen kleinen Staat gründeten.

Der Staat der Paulikianer wurde Ende des 9. Jhs. aufgelöst, nachdem Tefriki vom byzantinischen Heer erobert worden war.

Im 7. und 8. Jh. fanden viele arabische Feldzüge und Überfälle gegen Kleinasien statt. Auch der Pontos blieb davon nicht verschont. Etliche Städte wie z. B. Sinope, Sevasteia, Amaseia und Neokaisareia wurden erobert, geplündert und z. T. zerstört. Das gleiche Schicksal ereilte später auch Nikopolis.

Der Emir von Melitene, Omar, plünderte Mitte des 9. Jhs. die Pontoprovinz Armeniakon und eroberte die Stadt Amisos. Auf dem Rückweg wurde er vom byzantinischen Heer vernichtend geschlagen. Dieser Sieg leitete eine Wende in den Machtverhältnissen zwischen Byzanz und den Arabern ein. Die Byzantiner gingen jetzt an der Ostgrenze in die Offensive.

Mit Kaiser Basileios begann die Ära der makedonischen Dynastie. Sie gilt als Blütezeit in der Geschichte des Byzantinischen Reiches und wird auch als die „Makedonische Renaissance“ bezeichnet. In der zweiten Hälfte des 10. Jhs. wurden Kreta, Kilikien, Nordsyrien und Teile Mesopotamiens und Armeniens zurückerobert. Byzanz konnte nicht das Territorium entsprechend der Zeit vor der arabischen Expansion wiederherstellen, aber die politische Stabilität und die wirtschaftliche Macht trugen dazu bei, dass es wieder ein mächtiger Staat wurde. Als Höhepunkt der makedonischen Dynastie gilt die Kaiserzeit (976-1025) von Basileios II.

2.5 Themenorganisation und Wirtschaft

Unter Themen sind die Provinzen als große Verwaltungseinheiten zu verstehen. Im Pontos gab es fünf Themen: Im Westen Paphlagonien mit Verwaltungssitz in Amastris, in der Mitte Kolonia mit Nikopolis und Chaldia mit Trapezunt, im Osten Theodosiupoli mit Verwaltungssitz in der gleichnamigen Stadt und im Süden Sevasteia auch mit der gleichnamigen Stadt (KMS 2015, Bd. 4, S. 64).

Die Themen wurden von einem Gouverneur, der den Namen Strategos (General) trug, verwaltet. Er hatte sowohl die Militär- als auch die Zivilge-

walt. Das Heer wurde aus den lokalen Bauern (Soldatenbauern) rekrutiert. Die Soldatenbauern tauchten im 6. Jh. in der Zeit Justinians als so genannte limitanei (Grenzsoldaten) auf. Den Soldatenbauern wurde Ackerland zur Verfügung gestellt. Sie waren von Fronarbeit und Sondersteuer befreit, waren aber im Gegenzug verpflichtet, eine eigene Rüstung zu besitzen und ein Reitpferd zu unterhalten. Im Kriegsfall wurden sie eingezogen. Das Soldatenbauerntum war erblich.

Die Einrichtung der Soldatenbauern/Grenzsoldaten lieferte die Grundlage für die Entstehung des Epos von Digenis Akritas. Akri oder akra heißt auf Griechisch u. a. Ende oder am Rande. Da die Grenzsoldaten am äußeren Rand des Reiches eingesetzt waren, hießen sie Akrites.

Der historische Hintergrund für die Entstehung des Epos sind die Niederlagen der Paulikianer und der Araber gegen die Byzantiner Ende des 9. Jhs. Das Epos begann mit der Entführung einer Christin durch einen arabischen Emir. Ihre fünf Brüder befreiten sie, und nachdem der Emir zum Christentum konvertiert war, kam es zur Heirat. Aus dieser Ehe ging Basileios Digenis Akritas (oder Akritis) hervor. Digenis bedeutet derjenige, der aus zwei Völkern stammt (Koimissoglou 2005, S. 119f). Bereits mit zwölf Jahren vollbrachte dieser seine ersten Heldentaten. Als Erwachsener war er mutig, tapfer, religiös, anständig, großzügig und dem Kaiser treu ergeben. Er half den Schwachen, bekämpfte die Ungerechtigkeit und kämpfte siegreich gegen die Eindringlinge und den Drachen. Sogar den Tod hat er bei einem Ringkampf niedergelassen. In der freien Zeit waren seine Lieblingsbeschäftigungen die Jagd und das Musizieren bei gutem Essen mit Freunden. Eine Liebesgeschichte gehörte auch dazu.

Im 9. und 10. Jh. entstand eine mündliche Eposüberlieferung. Bereits im 12. Jh. war Digenis Vorbild für die Kaiser. Die schriftliche Fixierung erfolgte erst im 12. und 13. Jh. Die Entstehungsgebiete des Epos waren Pontos und Kappadokien. Von der Zeit an breitete sich diese literarische Gattung auch in anderen Regionen des Byzantinischen Reiches aus. Viele Lieder sind erhalten geblieben und werden auch heute noch bei verschiedenen Anlässen in Griechenland gesungen.

Generäle und Großgrundbesitzer hatten durch die Kriege gegen die Araber und Armenier Landgewinne erzielen können. Im 11. Jh. entstand ein mächtiger Landadel. Zu dem Landadel gehörten im Pontos in der Provinz Armeniakon die Familie Dalasinos und in der Provinz Chaldia die Familien Gavras und Xilifinos. Johannes Xilifinos gehörte zu den Intellektuellen seiner Zeit und wurde im 11. Jh. Patriarch von Konstantinopel.

Während der makedonischen Dynastie blühte der Handel und damit die Wirtschaft. Die Stabilität im Reich war eine wichtige Voraussetzung dafür. Die Ostgrenze war stabil und der byzantinische Einfluss reichte sogar bis zum Kaukasus. Trapezunt wurde zum bedeutendsten Hafenumschlagplatz vor Hafenstädten wie Amisos, Sinope und Amastris. Die Karawanen aus Indien, Persien, Armenien, Mesopotamien, Syrien, Kilikien und z. T. auch Ägypten kamen nach Trapezunt. Importiert wurden Duftstoffe, Gewürze, Seide usw. In die islamische Welt gingen hauptsächlich Stoffe. Von Trapezunt aus wurden die Waren über das Meer nach Konstantinopel oder an das nördliche Schwarzmeer gebracht. Aus Kerasounta wurden Leinenstoffe exportiert und aus Sinope und Amisos Getreide.

Von großer Bedeutung für den Handel waren auch die religiösen Feste. Jede Stadt hatte ihren eigenen Schutzpatron; in Trapezunt z. B. war es der Hl. Eugenios, in Sinope der Hl. Phokas, in Sevasteia waren es die Vierzig Märtyrer usw. Mehrmals im Jahr fanden zu Ehren der Schutzheiligen kirchliche Feste statt. Diese Feste waren auch gleichzeitig ein Treffen für Händler aus verschiedenen Ländern. Waren wurden ausgetauscht, ge- und verkauft, Verträge geschlossen usw. Die Städte hatten durch diesen Waren- und Geldtransfer erhebliche Steuer- und Zolleinnahmen.

2.6 Die Kirche

Die Kirche spielte während der ganzen byzantinischen Zeit durchgehend eine sehr wichtige Rolle. Der Kaiser war nicht nur das politische Oberhaupt, sondern er hatte auch bei Unstimmigkeiten in religiösen bzw. kirchlichen Fragen das letzte Wort. Die Bevölkerung hatte ebenfalls maßgeblichen Ein-

fluss auf die Entscheidungen des Kaisers oder des Patriarchen. Sie mischte sich sehr aktiv in die Konflikte ein und unterstützte die eine oder andere Seite. Es kam manchmal zu gewalttätigen Auseinandersetzungen, was zeitweise die Stabilität des Reiches gefährdete.

Seit der Gründung der Kirche erlangten einige Bischofssitze wie Konstantinopel, Rom, Alexandria, Antiochia und Jerusalem besondere Bedeutung in Fragen der Christologie. Zwischen den fünf Patriarchaten kam es oft zu Meinungsverschiedenheiten und Konflikten bezüglich der Auslegung religiöser Fragen. In weltlicher Hinsicht gab es Konkurrenz zwischen Konstantinopel und Rom. Seit Anfang des 6. Jhs. trug der Patriarch von Konstantinopel den Titel „Ökumenischer Patriarch“ (Tamcke 2004, S. 15). Rom hatte dagegen protestiert, weil die Päpste das Primat in der kirchlichen Hierarchie für sich beanspruchten. Konstantinopel aber betrachtete den Papst nur als „Primus inter Pares“. Es hatte immer wieder kurze Trennungen der beiden Kirchen gegeben. Mitte des 11. Jhs. kam es erneut zu einem Konflikt, der zur endgültigen Trennung der beiden Kirchen führte. Im Jahr 1054 exkommunizierten sich beide Kirchen gegenseitig.

In der Hauptstadt jeder Provinz war der jeweilige Sitz des Metropoliten. Ihm unterstanden die Bischöfe. Trapezunt hatte zehn, Amaseia fünf, Sevasteia vier und Neokaisareia drei Bischofssitze. Die Kirche war reich und setzte sich für Arme, Alte und Kranke ein. Sie beteiligte sich aktiv an der Verwaltung der Städte, kümmerte sich z. B. um die Schulbildung und unterhielt sogar eigene Gerichte.

Auch das Klosterleben war nach wie vor stark ausgeprägt. Während der Araberherrschaft über Kreta im 9. und 10. Jh. kam es in größerem Umfang zur Islamisierung der griechisch-christlichen Bevölkerung. Nachdem Byzanz die Insel zurückerobert hatte, wirkten die Mönche Nikon o metanoite (Nikon, der die Reue und die Rückkehr zum Christentum predigte) und Athanasios als Prediger. Beide stammten aus Pontos. Athanasios von Trapezunt gründete 963 mit finanzieller Unterstützung des Kaisers Nikephoros II. Phokas in Griechenland auf dem Berg Athos das Kloster Megisti Lavra (Großes Kloster). Er organisierte dort auch das gemeinsame Leben

der Mönche im Kloster. Diese Organisation wurde später zum Vorbild für andere Klöster.

In Westkleinasien war seit der hellenistischen Zeit Griechisch die Verkehrssprache. Bereits Ende des 6. Jhs. war in Zentralkleinasien Griechisch die Umgangssprache. Die Sprachgrenze verlief von Trapezunt im Norden über Kaisareia in Kappadokien bis Kilikien im Süden am Mittelmeer. Weiter nach Osten und Südosten wurde georgisch, armenisch, kurdisch, syrisch und arabisch gesprochen.

2.7 Der Niedergang des Byzantinischen Reiches. Die inneren Konflikte

Nach dem Ende der makedonischen Dynastie Mitte des 11. Jhs. begann die Zersetzung des Byzantinischen Reiches. Dafür gab es viele innen- und außenpolitische Gründe. Innenpolitisch war das Reich sehr labil. Der Landadel wurde sehr mächtig und einflussreich. Es kam häufig zu Spannungen mit der Aristokratie der Hauptstadt. Intrigen, Putschversuche, Aufstände und Bürgerkriege sorgten dafür, dass die Kaiser sehr oft kamen und gingen. Es gab keine starke Zentralmacht mehr, die für geordnete Verhältnisse sorgen konnte. Erst während der Komnenischen Dynastie (1081-1185) gelang es, die Situation zu stabilisieren. Dies war möglich, weil es zu einer Allianz zwischen den mächtigen Fürstenfamilien kam. Sie bekämpften sich nun nicht mehr gegenseitig, sondern bildeten gemeinsam die herrschende Klasse, aus deren Reihen die führenden Würdenträger hervorgingen.

In Byzanz gab es außerdem auch noch etliche kirchliche Konflikte. Bedrängt von allen Seiten suchten manche Kaiser die Unterstützung des Papstes in Rom. Als Gegenleistung boten sie die Kirchenunion an, d. h. das Patriarchat von Konstantinopel würde das Primat der lateinischen Kirche anerkennen, was nichts anderes bedeutete als die Unterwerfung der orthodoxen Kirche. Es gab mehrere Initiativen, als wichtigste gelten die Konzile von Lyon (1274) und Florenz (1439). In beiden Konzilen wurde die Kirchenunion, die von dem jeweiligen Kaiser und einem Teil der Adligen unterstützt wurde, vereinbart. Dagegen aber liefen der Klerus (vor allem

die Mönche) und die Bevölkerung Sturm. Wieder waren die Gesellschaft gespalten und der Staat durch diese bürgerkriegsähnlichen Zustände zusätzlich geschwächt. Beide Kirchenunionen hatten keinen langen Bestand.

2.8 Der Westen. Italien und die Kreuzfahrer

Außenpolitisch wurde Byzanz auch vom Westen her bedroht und geschwächt. Die Normannen eroberten das byzantinische Unteritalien und griffen weiter den Balkan an. Venedig und Genua stellten den Kaisern ihre Flotten zur Verfügung. Als Gegenleistung bekamen sie viele Privilegien, wie z. B. Zoll- und Steuerfreiheit, das Recht auf Handelsniederlassungen in Konstantinopel usw. Der gesamte Handel mit Italien wurde von Venedig, Genua und Pisa aus abgewickelt. Dem Reich gingen viele Einnahmen verloren, was wirtschaftlich verheerend war. Bei militärischen Operationen zur See geriet Byzanz in Abhängigkeit von Venedig und Genua; seine Handlungsfähigkeit wurde enorm eingeschränkt, ganz zu schweigen von den gewaltigen Konflikten mal mit Venedig und mal mit Genua.

Eine große Gefahr für die Byzantiner stellten die türkischstämmigen Seldschuken dar. Seit der zweiten Hälfte des 11. Jhs. drangen sie in Ostkleinasien ein und hatten bereits einige Gebiete erobert. Der byzantinische Kaiser bat im Westen um militärische Unterstützung. Seiner Bitte wurde entsprochen, aber die Kreuzfahrer hatten noch andere Ziele. Es ging ihnen nicht nur darum, dem Kaiser zu helfen, sondern auch darum, das Heilige Land in Syrien und Palästina für sich zu erobern. Mit der Ankunft der Kreuzfahrer in Konstantinopel 1096 begann der Erste Kreuzzug (Lilie 2003, S. 81f). Bald kam es zu Meinungsverschiedenheiten, Spannungen, Kämpfen und schließlich zum Bruch zwischen den beiden Parteien. Anschließend zogen die Kreuzfahrer weiter nach Antiochia und verübten auf dem Weg dorthin Beutezüge und Morde.



Karte 4: Byzanz und Seldschuken.

Das Verhältnis zwischen Ost und West war von Anfang an vergiftet. Man begegnete sich mit Misstrauen, Verachtung und Hass. Der Höhepunkt wurde 1204 erreicht, als die Kreuzfahrer während des Vierten Kreuzzuges Konstantinopel eroberten. Es folgte eine gewaltige Plünderung. Zahlreiche Kunst- und religiöse Schätze wurden nach Westen gebracht. Auch Zerstörungen fanden statt. Es wurden ein lateinischer Kaiser und ein lateinischer Patriarch eingesetzt. Das Verhältnis zwischen Ost und West war nun endgültig zerrüttet.

Die Kreuzfahrer eroberten nicht nur Konstantinopel, sondern auch andere Teile des Reiches. Einige Gebiete blieben jedoch frei, dazu gehörte Westkleinasiens. Die Stadt Nikäa wurde die neue Hauptstadt von Byzanz. Diesem Kaiserreich gelang es etwa sechzig Jahre später, Konstantinopel zurückzuerobern.

2.9 Der Osten. Die Seldschuken und die Gavraden

Das Stammgebiet der Türkvölker ist Zentralasien. Einige Stämme verließen nach und nach ihre Heimat und wanderten plündernd aus. Ein türkischer Stamm waren die Oghuz oder Ghuzzen. Eine Familie, die Seldschuk, übernahm die Vorherrschaft des Stammes. Im 10. Jh. nahmen sie freiwillig den islamischen Glauben an. Als Nomadenvolk breiteten sie sich im afghanisch-iranischen Raum aus und dienten später auch als Söldner des Kalifats. Unter ihrem Anführer Tugril Bey (1037-1063) eroberten sie weitere Gebiete. Bereits ein paar Jahre später waren sie Herrscher über den Iran, wo es zur ersten Gründung eines seldschukischen Reiches kam. In den nächsten Jahren setzten sie ihre Eroberungspolitik nach Westen und Norden fort. Georgien, Armenien und Ostkleinasiens erlitten verheerende Raubüberfälle. Die Ebene von Theodosiupolis wurde Mitte des 11. Jhs. verwüstet.

Die Angriffe auf Armenien und Kleinasien wurden fortgesetzt. Melitene und Sevasteia wurden geplündert. Die Hauptstadt Armeniens, Ani, wurde erobert. Es folgten Kaisareia und Ikonion/Konya. Die Raubzüge waren so grausam, dass sie eine Massenflucht der Zivilbevölkerung auslösten, hauptsächlich in Richtung Westkleinasiens und zur Küste. Die Auswirkungen auf die Landwirtschaft und den Handel waren katastrophal.

Nachfolger Tugrils wurde sein Neffe, Alp Arslan. Der byzantinische Kaiser Romanos IV. Diogenes zog mit seiner Armee gegen die Seldschuken. Die Schlacht fand 1071 in Armenien, in der Nähe des Wansees bei Manzikert, statt. Sie endete mit einer vernichtenden Niederlage für die Byzantiner. Selbst der Kaiser wurde gefangen genommen (Ostrogorsky 1980, S. 290). Diese Schlacht war von immenser Bedeutung für das Schicksal von Byzanz. Nichts konnte jetzt das Vordringen der Seldschuken und eines anderen türkischen Stammes, der Turkmenen, nach Kleinasien verhindern. Damit war der Niedergang des Reiches eingeleitet. Theodosiupolis wurde noch im selben Jahr erobert, im folgenden Jahr Vaiverdon; zwei Jahre später standen die Seldschuken fast vor Trapezunt.

Sie machten Anfang des 12. Jhs. Ikonion zur Hauptstadt und riefen das Sultanat von Konya oder von Rum (Rum heißt, dass das Sultanat auf dem

ehemaligen Gebiet des römischen bzw. Byzantinischen Reiches errichtet worden war) aus.

Bereits bevor die Seldschuken ihre Angriffe gegen Byzanz unternahmen, hatten sie zur Sicherung der Grenze, die durch Armenien verlief, Lokalfürsten eingesetzt. Manche dieser Lokalherrscher waren fanatische Religionskrieger (Ghazi), die im Namen des Islams den Heiligen Krieg gegen Andersgläubige führten. Einige Ghazis erhielten vom Sultan der Seldschuken den Titel eines Emirs und ihre Herrschaftsgebiete wurden zu Emiraten erhoben.

Ein Emirat umfasste einen Teil Zentralkleinasiens und fast das ganze Pontosgebiet. Gegründet wurde es Ende des 11. Jhs. durch Ahmed-Ghazi, genannt Danischmend. Unter seinen Nachfolgern, den Danischmendiden, zerfiel das Emirat in drei Teile. Das erste lag im Südwesten von Trapezunt, das zweite an der Küste in der Gegend von Kotyora und das dritte weiter im Westen in der Gegend von Kastamoni/Kastamonu. Durch letzteres wurde auch die Hafenstadt Sinope erobert. Unter dem Ghazi Tschelebi wurde Sinope Anfang des 14. Jhs. zu einem berühmten Seeräubernebst.

Ab etwa Mitte des 13. Jhs. begann der Niedergang des Seldschukenreiches. Das hing auch mit den Eroberungszügen der Mongolen zusammen (Steinbach 2007, S. 9). Die Mongolen (die Chronisten nannten sie auch Tataren) drangen unter ihrem Anführer Dschingis Khan Anfang des 13. Jhs. in Persien ein. Tausende Turkmenen flohen vor ihnen und kamen nach Kleinasien. Einige Jahre später hatten die Mongolen die Ostgrenze Kleinasiens erreicht. Die entscheidende Schlacht zwischen Mongolen und Seldschuken fand 1243 in Kösedag nordöstlich von Sevasteia statt. Die Seldschuken wurden geschlagen und waren nun den Mongolen gegenüber tributpflichtig, ebenso das byzantinische Kaiserreich von Trapezunt, das bisher den Seldschuken gegenüber tributpflichtig gewesen war.

Gegen Ende des 13. Jhs. war das Seldschukenreich in viele kleine, unabhängige Herrschaftsgebiete zerfallen. Anfang des 14. Jhs. verschwand es. Trapezunt war im 9. Jh. Hauptstadt der Verwaltungsprovinz Chaldia geworden. Kirchlich wurde die Stadt aufgewertet, indem der Bischofssitz gegen Ende des 9. Jhs. zur Metropole erhoben wurde. Neue Kirchen wie z. B. die

der Hl. Anna wurden gebaut. Mitte des 10. Jhs. unterhielt die Metropole 17 Bischofssitze.

Die Großgrundbesitzerfamilie Gavras war reich, mächtig und hatte großen Einfluss. Als die Seldschukengefahr für Pontos akut wurde, erklärte der Statthalter von Chaldia, Theodoros Gavras, die Unabhängigkeit des Ostpontos von Konstantinopel. Er drängte 1074 die Seldschuken militärisch zurück und führte in den folgenden Jahren Krieg gegen sie. Gut zwanzig Jahre später nahmen sie ihn gefangen, und als er sich weigerte, den Islam anzunehmen, folterten und töteten sie ihn. Die griechische Kirche hat ihn heiliggesprochen.

2.10 Das Kaiserreich der Großkomnenen von Trapezunt

Kaiser Andronikos I. Komnenos wurde Ende des 12. Jhs. in Konstantinopel gestürzt und ermordet. Die Ehefrau seines Sohnes Michael war eine Prinzessin aus Georgien. Vorsichtshalber wurden die Kinder Alexios und David nach Georgien gebracht. Sie wuchsen dort am königlichen Hof auf. Mit Unterstützung ihrer Tante, der Königin Thamar, und Söldnern aus Georgien und Iberien (ein Gebiet am Kaukasus, wo heute Georgien liegt) gelang es ihnen, Trapezunt im April 1204 einzunehmen.

Während Alexios in Trapezunt blieb, zog David weiter nach Westen. Er befreite Amisos von den Seldschuken und eroberte Sinope. Er kam bis Herakleia. Er und sein Bruder sahen sich als die rechtmäßigen Thronfolger von Konstantinopel, da ihr Großvater Andronikos I. gestürzt worden war. Auf den Thron aber erhob auch der Kaiser von Nikäa, Theodoros Laskaris, Anspruch. Es kam zum Krieg zwischen den beiden Parteien, aus dem Laskaris als Sieger hervorging. David musste sich zurückziehen und verlor einige Gebiete. Die Seldschuken ihrerseits eroberten Anfang des 13. Jhs. Sinope zurück.

Da Alexios in Trapezunt blieb, gilt er als der Gründer des Kaiserreiches von Trapezunt. Die Bildung dieses Kaiserreiches verlief unabhängig von den politischen und militärischen Entwicklungen im Westen des Byzanti-

nischen Reiches und war keine Folge der Eroberung Konstantinopels durch die Kreuzfahrer, wie z. B. das Kaiserreich von Nikäa (Norwich 1998, Bd. 3, S. 220).

Das Reich der Komnenen umfasste den Küstenstreifen von Amisos im Westen bis zu der heutigen türkisch-georgischen Grenze im Osten und nach Süden etwa bis Neokaisareia. Sowohl der Kaiser von Trapezunt als auch der Kaiser von Nikäa trugen bis Ende des 13. Jhs. den gleichen Titel: Getreuer König und Kaiser der Römer. Ab 1285 hatten sich die Kaiser von Trapezunt folgenden Titel gegeben: Getreuer König und Kaiser von Ganz Anatolien, Iberien und Perateia. Damit hatten sie Abschied vom Thron in Konstantinopel genommen. Da sie aus einem Kaisergeschlecht stammten, nannten sie sich Großkomnenen. Mit Perateia war die Krim gemeint. Bereits die Gavraden hatten ihre Herrschaft auf die Krim ausgedehnt. Mit den griechischen Wörtern *pera* und *antipera* wurden Küstengebiete bezeichnet, die sich gegenüber lagen (wie Trapezunt und Krim). Die Krim war in der ersten Hälfte des 13. Jhs. Trapezunt gegenüber tributpflichtig.

Das Reich funktionierte nach der byzantinischen Tradition: Verwaltung, Finanzen, Militär, Kirche usw. waren nach den gleichen Strukturen aufgebaut.

Es gab viele innen- und außenpolitische Konflikte. Eine große gewalttätige Auseinandersetzung fand statt, nachdem das Kaiserreich Nikäa Konstantinopel 1261 von den Kreuzfahrern zurückerobert hatte. Die neue Dynastie, die Paläologen, suchte Verbündete in Trapezunt und versuchte durch die Pflege intensiver Beziehungen Einfluss zu nehmen. Im Rahmen dieser Politik wurden aristokratische Familien aus Konstantinopel nach Trapezunt entsandt. Dort aber existierte bereits eine Lokalaristokratie georgisch-iberischer Abstammung, die nach Georgien orientiert war. Es bildeten sich zwei Parteien. Mitte des 14. Jhs. kam es zum Bürgerkrieg, bei dem sich die Anhänger Konstantinopels durchsetzen konnten.

Außenpolitisch gab es Kriege mit den Seldschuken und den Turkmenen. Mal wurde Sinope von Trapezunt, mal von den Seldschuken eingenommen. Zeitweise musste das Komnenenreich Tribut an sie zahlen. Auch an die Mongolen Dschingis Khan und später an Timur Lenk oder Tamerlan

wurde zeitweise Tribut entrichtet. Militärische Konflikte gab es auch mit den Emiraten von Kastamoni im Westen und von Diyabekir im Süden.

Genua war in der Zeit der Komnenen zu einer Seemacht aufgestiegen. Die Händler kontrollierten den Warentransport im Schwarzen Meer und hatten Trapezunt aus der Krim herausgedrängt. Obwohl sie viele Handelsprivilegien bekommen hatten, wie z. B. die Einrichtung eines Konsulats und einer eigenen Werft in Trapezunt, verlangten sie auch noch das Monopol für den Warentransport. Als Trapezunt sich weigerte, kam es zur gewalttätigen Auseinandersetzung. Genua konnte sich durchsetzen. Um Genuas Macht einzuschränken, wurden auch an Venedig Handelsprivilegien vergeben. Dies führte wiederum zu Spannungen zwischen den beiden Seemächten. Der Konflikt eskalierte, als Mitte des 14. Jhs. Venedigs Flotte Genuas Schiffe im Hafen von Trapezunt angriff. Die Folgen für den Handel waren verheerend. Hinzu kamen zu Beginn des 14. Jhs. vier Brände in Trapezunt.

Die Herrschaft von Alexios III. in der zweiten Hälfte des 14. Jhs. gilt als die Blütezeit des Komnenenreichs, obwohl die Pest viele Menschen das Leben gekostet hatte. Die Bedingungen waren günstig. Alexios konnte das Reich innenpolitisch befrieden; außerdem gelangte die Wirtschaft durch den Handel zum Aufschwung. Dschingis Khan und seine Nachfolger hatten für eine weitgehende Stabilität in ihrem Herrschaftsgebiet gesorgt. Die traditionellen Karawanenwege aus Persien, Irak und dem Nahen Osten nach Trapezunt waren wieder sicher. Neben der Krim und Russland konnte jetzt über Genua und Venedig Handel mit mehreren Ländern in Europa getrieben werden.

Der Wohlstand führte zur Entfaltung der Künste und Wissenschaften. Neben der Errichtung prunkvoller Bauten entwickelte sich zum ersten Mal in der langjährigen Geschichte der Stadt auch ein reges und beachtenswertes Geistesleben, vor allem auf dem Gebiet der Mathematik und der Astronomie.

Diesbezüglich wurde eine eigene Schule gegründet, in der namhafte Gelehrte unterrichteten. Die Schule war im Kloster der Hl. Sophia untergebracht. Das Kloster hatte Manuel I. Mitte des 13. Jhs. bauen lassen. Während

der Osmanischen Zeit wurde es später zu einer Moschee mit Namen Aya-sofya umfunktioniert.

Alexios selbst stiftete das Kloster des Hl. Dionysios auf dem Berg Athos in Griechenland. Auch die Klöster im Pontos wurden großzügig von ihm bedacht. Das Kloster Soumela besuchte er 1361. Er finanzierte zahlreiche Renovierungs- und Erweiterungsarbeiten sowie den Bau neuer Befestigungsanlagen, die die Sicherheit der Mönche gewährleisten sollten. Die Erträge von 46 Dörfern sollten dem Kloster zugutekommen. Aufgrund der reichlichen Schenkungen und Privilegien hielten manche Alexios sogar für den Stifter des Klosters.

Innerhalb der Kirchen hat es immer wieder theologische Meinungsverschiedenheiten gegeben. Um die eigenen Positionen zu untermauern, war das Studium der griechischen Philosophie unabdingbar. Platon und Aristoteles standen in den letzten Jahrhunderten des Byzantinischen Reiches besonders hoch im Kurs. Es hatten sich zwei Lager gebildet. Das eine orientierte sich an Platon (Platoniker), das andere an Aristoteles (Aristoteliker). Es ging darum, wessen Lehre für die Kirche nützlicher sei. Der Graben zwischen den beiden Richtungen war tief.

Im 15. Jh. verließen manche griechische Gelehrte Byzanz und gingen nach Italien. In Italien waren einige Werke griechischer Philosophen, vor allem die von Aristoteles, nur aus den Übersetzungen arabischer Schriften bekannt. Sie wurden jetzt aus den Originaltexten übersetzt. Dadurch gelang der Zugang zu ihrer Gedankenwelt besser.

Georg von Trapezunt und Bessarion stammten beide aus Trapezunt. Bessarion war Metropolit. Beide hatten an den Verhandlungen über die Kirchenunion zwischen Konstantinopel und Rom in Florenz teilgenommen. Bessarion ließ sich in Italien nieder und wurde Kardinal (Norwich 1998, Bd. 3, S. 454). Georg von Trapezunt war Aristoteliker. Er verfasste 1455 das Buch: *Comparatio philosophorum Platonis et Aristotelis*. Bessarion war ein gemäßigter Platoniker. Vierzehn Jahre später antwortete er auf Georgs Werk mit seinem: *Adversus calumniatores Platonis*. Bessarion hatte sich eine umfangreiche Bibliothek angelegt. Darunter waren viele Manuskripte mit Werken von Platon auf Altgriechisch. Die Gelehrten in Byzanz studierten

die altgriechischen Philosophen in der Originalsprache. Kurz vor dem Tod von Bessarion war die Markusbibliothek in Venedig gegründet worden. Er vermachte ihr seine Bücher. Etwa 100 Jahre lang lagerten diese unbeachtet in einem Raum. Als man später ihren Wert erkannte, waren bereits etliche Bücher verschollen. Die restlichen wurden in einem ihnen würdigen Raum der Bibliothek untergebracht. Die Fortsetzung der philosophisch-theologischen Dispute griechischer Gelehrter in Italien gab wichtige Impulse für das Studium der griechischen Philosophie und bereitete den Boden für die Entstehung der Renaissance in Italien mit.



Ein Kaiserpaar der Komnenen-Dynastie. Manuskript 12. Jh. IEE, Bd. IX, S. 59

Das Komnenenreich konnte sich durch Tributzahlungen, Diplomatie und zeitweilig mit Hilfe der Armee fast 260 Jahre lang behaupten. Das Ende kam während der Osmanischen Zeit.

2.11 Der Aufstieg der Osmanen

Die Seldschuken hatten Ertugrul als Herrscher eines Gebietes im Nordwesten Kleinasiens eingesetzt. Nachdem er gestorben war, beerbte ihn sein Sohn Osman I. (1299-1326). Er nahm den Titel des Sultans an und gilt als der Gründer der Osmanischen Dynastie. Er und seine Nachfolger betrieben eine starke Expansionspolitik sowohl nach Osten als auch nach Westen hin. Zuerst führten sie Krieg gegen die anderen Emirate und dehnten ihr Herrschaftsgebiet in Kleinasien aus. Noch unter Osman I. wurde Bursa/Prousa erobert und zur Hauptstadt erklärt. Es folgten Nikäa und die strategisch wichtige Festung und Hafenstadt Kallipolis/Gelibolu oder Gallipoli. Dadurch hatten sie jetzt die Kontrolle über die Dardanellen und gleichzeitig eine Basis auf europäischem Boden. Von hier aus konnten sie ihre Eroberungszüge weiter nach Westen fortsetzen. Thrakien und Südbulgarien wurden einverleibt. Adrianopel/Edirne löste Mitte des 14. Jhs. Bursa als Hauptstadt ab (Faroqhi 2006, S. 16).

Weder die Serben bei der Schlacht auf dem Amselfeld noch die Kreuzfahrer bei der Schlacht in Nikopolis (die Stadt lag an der Donau im heutigen Grenzgebiet von Rumänien und Bulgarien) konnten den Vormarsch der Osmanen verhindern. Dies gelang den Mongolen, als sie unter ihrem Anführer Timur Lenk oder Tarmelan die Osmanen 1402 bei Ankara schlugen und den Sultan Bayezid I. gefangen nahmen.

Zur Zeit Bayezids I. hatte das Byzantinische Reich fast alle seine Gebiete verloren. Es bestand faktisch nur noch aus zwei Enklaven: aus Konstantinopel mit Umgebung und aus dem Komnenenreich in Trapezunt. Konstantinopel war den Osmanen sogar tributpflichtig. Der Sieg der Mongolen verlängerte das Leben des Byzantinischen Reiches um einige Jahrzehnte, sein Niedergang konnte jedoch nicht mehr aufgehalten werden.

Nach dem Rückzug der Mongolen erholten sich die Osmanen schnell. Sie stellten die Herrschaftsverhältnisse in Kleinasien wieder her und entrisen den Venezianern Thessaloniki, die zweitgrößte Stadt von Byzanz. Der Fall Konstantinopels war nun nur noch eine Frage der Zeit. Konstantinopel fiel am 29. Mai 1453. Nach dem damals üblichen Kriegsrecht wurde die Stadt

drei Tage lang geplündert. Zahlreiche Zivilisten wurden getötet oder in die Sklaverei verschleppt. Auch viele Zerstörungen fanden statt.

Die Provinz Peloponnes in Südgriechenland wurde sieben Jahre später eingenommen. Es blieb nur noch das Komnenenreich. Bereits zweimal hatten die Osmanen in der Vergangenheit erfolglos versucht, Trapezunt zu erobern. Dies gelang Mehmed II. im Jahr 1461. Zur Zeit der Eroberung gab es in der Stadt über 70 Kirchen, 16 oder 17 griechisch-orthodoxe Klöster, ein oder zwei armenische und jeweils ein Franziskaner- und ein Dominikanerkloster (Koromila 2007, S. 269).

Die Hauptkirche wurde in eine Moschee umgewandelt. Einige Kriegsgefangene mussten als Reiter bei der regulären osmanischen Armee dienen, andere wurden in die Leibgarde des Sultans aufgenommen. Für das Janitscharenkorps (Elitetruppe der Armee) wurden 800 junge Männer zwangsrekrutiert. Die Griechen durften jetzt nicht mehr innerhalb, sondern nur noch außerhalb der Stadt wohnen. Die Aristokratie, die Wohlhabenden und ein Teil des Klerus mit dem Metropolit wurden zuerst nach Konstantinopel und anschließend nach Thrakien in die Gegend von Adrianopel gebracht. Auch David Großkomnenos kam dorthin. Zwei Jahre später bezichtigte man ihn, an einer Verschwörung gegen den Sultan teilgenommen zu haben. Er, seine drei Söhne und ein Neffe wurden hingerichtet.

Etwa zehn Jahre später wurde der Versuch unternommen, Trapezunt zurückzuerobern. Der Turkmene Uzun Hasan herrschte über Persien. Er war mit Theodora Komnenos verheiratet und betrachtete sich als legitimen Erben des Byzantinischen Kaiserreiches von Trapezunt. Zuflucht bei ihm hatte Alexios Komnenos, ein Nachkomme der Komnenendynastie, gefunden. Der Überlieferung nach versuchte Alexios im Jahr 1472 Trapezunt zu erobern. Die Belagerung scheiterte. Im darauf folgenden Jahr wurde Uzun Hasan von Mehmed II. besiegt. Trapezunt blieb weiter unter osmanischer Herrschaft (KMS 2015, Bd. 4, S. 71).

Nach dem Fall Trapezunts flohen Tausende Pontosgriechen vor den Osmanen in den Kaukasus oder nach Südrussland und ließen sich dort nieder.

3

Der Pontos unter den Osmanen bis zum Militärputsch der Jungtürken 1908

3.1 Die Türkisierung und Islamisierung Kleinasiens

Vom 11. bis zum 15. Jh. fand in Kleinasien eine demografische Verschiebung der Bevölkerung zugunsten der Türkenstämme und auf Kosten der Christen statt. Die Verringerung der christlichen Bevölkerung hing mit den Kriegen, deren Auswirkungen und der Islamisierung zusammen.

Eine Folge der Raubüberfälle der Seldschuken und Turkmenen im 11. und 12. Jh. war die Flucht der christlichen Landbevölkerung nach Westen in das noch sichere byzantinische Gebiet oder in die Städte, hinter deren Mauern sie Schutz suchten. Die Landflucht ging auf Kosten der Landwirtschaft; der Boden konnte nicht mehr bestellt werden. Die Turkmenen drangen immer wieder nach und nahmen weitere Gebiete in ihren Besitz. Da sie als Halbnomaden von der Viehwirtschaft lebten, verwandelten sie das Ackerland in Weideland. Dadurch nahm die Produktion der Lebensmittel drastisch ab, was zum Hungertod der Landbevölkerung führte. Die Turkmenen stellten allmählich die Mehrheit in den ländlichen Regionen.

Hatte eine Stadt sich bei den Eroberungszügen ergeben, wurde sie verschont, d. h. sie zahlte Tribut, aber es kam nicht zu Plünderungen und Zerstörungen, die Christen durften u. a. ihre Kirchen behalten. War aber die Stadt durch einen Angriff eingenommen worden, dann wurde sie für drei Tage zur Plünderung freigegeben. Oft wurde die Bevölkerung niedergemetzelt, Tausende wurden gefangen genommen und als Sklaven verkauft. Diese Kriegshandlungen dezimierten die Anzahl der Christen weiter. Über 60 Städte, 17 davon im Pontos, wurden entweder geplündert oder zerstört oder beides.

Auch die Knabenlese trug zur Verminderung der christlichen Bevölkerung bei. Unter dem osmanischen Sultan Murad I. wurde Ende des 14. Jhs. die Truppe der Janitscharen eingerichtet. Unter den Kriegsgefangenen wurden die besten jungen Männer ausgesucht, islamisiert und zu Soldaten ausgebildet. Diese Truppe war dem Sultan treu ergeben. Als man später noch mehr Janitscharen brauchte, wurden der christlichen Landbevölkerung die Söhne im Knabenalter zwangsweise weggenommen (Faroqhi 2004, S. 22f). Widersetzten sich die Eltern, wurden sie hingerichtet. Die Tatsache, dass manche der Janitscharen in der osmanischen Staatshierarchie hohe Ämter bekleiden konnten, war bestimmt kein Trost für ihre Eltern. Schließlich hatten sie ihre Kinder für immer an die Osmanen verloren. Wie viele Tausende Kinder es waren, wird man vermutlich niemals erfahren. Ein osmanischer Bericht erwähnt gegen Ende des 16. Jhs. die Zahl von 200 000 Knaben. Die Zahl der jugendlichen Kriegsgefangenen war nicht eingerechnet. Die Knabenlese dauerte etwa bis 1650.

Auch viele junge Frauen wurden zwangsislamisiert. Sie waren ihren Familien mit Gewalt entrissen oder als Kriegsbeute verkauft worden. Meistens waren sie für die Harems vorgesehen.

Parallel zu der Türkisierung verlief auch die Islamisierung Kleinasiens. Viele Bedingungen haben diese Entwicklung begünstigt. Um diesen Prozess nachvollziehen zu können, ist es wichtig zu wissen, wie die Lage der Christen unter den Muslimen war.

Der Islam unterscheidet zwischen der muslimischen und der nichtmuslimischen Welt. Die letztere wiederum wird noch einmal in zwei Gruppen aufgeteilt. Zu der ersten Gruppe gehören die Heiden und zu der zweiten die Christen und die Juden. Der Islam hat sowohl mit dem Christentum als auch mit dem Judentum Gemeinsamkeiten wie z. B. das Alte Testament. Während für die Heiden entweder Bekehrung oder Tod galt, gab es für die Christen und die Juden andere Maßstäbe. Hatten sie den islamischen Eroberungen Widerstand entgegengesetzt, wurden sie in der Regel gnadenlos niedergemetzelt oder versklavt. Ergaben sie sich aber freiwillig, bekamen sie den Status eines Schutzbefohlenen. Das bedeutete nach dem islamischen Gesetz, dass sie geduldet waren und ihre Religion ausüben durften.

Die Realität sah jedoch anders aus; sie waren im Grunde rechtlos und der Willkür des jeweiligen Herrschers ausgeliefert. Wirtschaftlich waren die Christen benachteiligt; sie entrichteten mehr Steuern als die Muslime. Bei öffentlichen Arbeiten wie z. B. Brücken-, Straßen- und Festungsbauten leisteten sie Fronarbeit. Auch der soziale Aufstieg wie z. B. das Bekleiden staatlicher Ämter war eng mit dem muslimischen Glauben verbunden. Die Christen waren einerseits geduldet, andererseits waren sie gegenüber den Muslimen unterprivilegiert. Sie waren Untertanen zweiter Klasse. Einen Vorteil hatten sie aber. Sie wurden nicht zum Militärdienst eingezogen. Dafür zahlten sie eine Sondersteuer, die in der Höhe von ihrem Einkommen abhängig war. Materielle Gründe haben für das Konvertieren zum Islam sicherlich auch eine wichtige Rolle gespielt. Bei den ärmeren Bevölkerungsschichten ging es um das Überleben. Als Muslime gehörten sie zu den Herrschern, lebten sicherer, hatten weniger Steuern zu zahlen und die gesellschaftlichen Aufstiegsmöglichkeiten waren besser. Bei den Fürsten ging es um den Erhalt ihrer Reichtümer und Privilegien.

Auch kirchliche und religiöse Aspekte trugen zur Islamisierung Kleinasiens bei. Die griechisch-orthodoxe Kirche in Byzanz spielte eine wichtige Rolle als identitätsstiftende Institution. Die Menschen definierten sich nicht über ihre Nationalität, sondern über ihre Religionszugehörigkeit. Gegen die fortschreitende Islamisierung war aber der orthodoxe Klerus machtlos. Die Gemeinden waren so stark zusammengeschrumpft, dass viele Bistumssitze entweder ganz aufgegeben oder zusammengelegt werden mussten. Ähnliches geschah auch mit den Metropolen. Aus den Archiven des griechischen Patriarchats erfahren wir, dass es im 10. Jh. in Kleinasien 35 Metropolen und 370 Bischöfe gab. Im 15. Jh. waren nur 17 Metropolen und drei Bischöfe übrig geblieben. Im Pontos existierten im 15. Jh. folgende fünf Metropolen: Trapezunt, Amasya, Rize, Giresun, Niksar und ein Bischof in Ofis/Of (östlich von Trapezunt). Die auffällig große Anzahl der Metropolen im Pontos hing mit dem Kaiserreich der Großkomnenen von Trapezunt zusammen.

Aus dem Alltagsleben der noch übrig gebliebenen Griechen verschwand langsam, aber unaufhörlich die Orthodoxie. Auch viele Kirchengebäude wurden von den Osmanen zerstört oder in Moscheen umgewandelt. Es gab

keine Institution mehr, die den Menschen Orientierung und Halt geben konnte. Die Christen, sich selbst überlassen, gingen irgendwann in der muslimischen Umgebung unter.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass für die Türkisierung und Islamisierung Kleinasiens die demografische Verschiebung zugunsten der Türkstämme die Hauptursache war. Als die Türkvölker die Mehrheits- und Dominanzgesellschaft bildeten, war es für die Christen als Minderheit sehr schwer sich zu behaupten. Die Mehrheit hat viele Wege, die Minderheit zu assimilieren.

Der Islamisierungsprozess erstreckte sich bis hin zum Ende des 15. Jhs. Abgesehen von einigen Städten (Konstantinopel, Iznik, Bursa, Smyrna, Ephesos usw.) in Westkleinasien, in denen noch griechisch-christliche Gemeinden existierten, überlebten die christlichen Griechen auf dem Lande nur in zwei Regionen: in Zentralkappadokien (KMS Bulletin 1983, S. 160f) und im Pontos.

Nach dem Fall Konstantinopels wurde der Patriarch dem Sultan gegenüber der Repräsentant aller orthodoxen Griechen des Osmanischen Reiches (Runciman 1970, S. 167). Er vertrat nicht nur die religiösen, sondern auch alle anderen Anliegen der Untertanen. Dies erleichterte die Arbeit der osmanischen Verwaltung, da sie es jetzt nur mit einem Oberhaupt zu tun hatte, der die Anordnungen des Sultans an die Griechen weiterzuleiten hatte. Wegen der Steuererhebung war der Patriarch z. B. auch verantwortlich für die statistische Erfassung der griechischen Untertanen. Er war einerseits mit vielen Privilegien ausgestattet, andererseits aber auch völlig vom jeweiligen Sultan abhängig. Je nach religiöser, politischer oder finanzieller Zweckmäßigkeit konnte er ernannt, bestätigt, entlassen oder hingerichtet werden. Von 1595 bis 1695 wurde z. B. der Patriarchenthron 61-mal neu besetzt (Hösch 2008, S. 98).

Die religiösen Gemeinden der Nichtmuslime waren nach dem Millet-System organisiert. Das waren ethnische Religionsgemeinschaften (Griechen, Armenier, aramäischsprachige Christen und Juden). Nach islamischen Recht galten sie als Dhimmi (Schutzbefohlene), die mit eingeschränktem Rechtsstatus geduldet und staatlicherseits geschützt wurden.

Sie durften sich in Fragen der Religionsausübung, Schulbildung, des Familienrechts usw. bis zu einem gewissen Grad selbst verwalten. Solange sie ihre Steuern zahlten und nicht revoltierten, ließ der osmanische Staat sie meistens in Ruhe. Nach wie vor waren aber die Nichtmuslime rechtlich und finanziell stark benachteiligt. Es war ihnen z. B. nicht gestattet, vor Gericht gegen Muslime auszusagen; ihre Häuser durften nicht höher als die der Muslime sein; ein Muslim durfte eine Christin heiraten, aber ein Christ keine Muslima (kam es dazu, wurde er hingerichtet). Es war Christen nicht erlaubt, neue Kirchen zu bauen, Kreuze in der Öffentlichkeit zu tragen oder zu zeigen, öffentliche Gottesdienste abzuhalten, Prozessionen am Palmsonntag oder zu Ostern durchzuführen, die Glocken zu läuten und ihre Toten in der Nähe von Muslimen zu begraben. Es war ihnen ferner nicht erlaubt, in bestimmten Städten zu wohnen oder im gleichen Stadtteil mit Muslimen; den Christen wurden die schlechteren Stadtviertel zugewiesen. Es war ihnen verboten, bei öffentlichen Veranstaltungen Ehrenplätze einzunehmen oder in der Öffentlichkeit von Dienern begleitet zu werden. Begegneten sie Muslimen auf der Straße, mussten sie Platz machen, damit die Muslime zuerst vorbeigehen konnten. Den Muslimen war es verboten aufzustehen, um Nichtmuslime zu begrüßen; ebenfalls war es verboten, Ungläubigen zu gratulieren, ihnen das Beileid auszusprechen oder sich nach deren Wohlbefinden zu erkundigen. War ein Nichtmuslim von einem Gericht zu einer Strafe verurteilt worden und konvertierte anschließend, wurde ihm die Strafe erlassen. Nichtmuslime durften keine Waffen tragen; sie mussten durch die Farbe ihrer Kopfbedeckung zu erkennen sein, blau für die Christen und gelb für die Juden. Sie galten als nicht vertarauenswürdig und durften keine Ämter im Staatsapparat übernehmen.

Wenn Nichtmuslime Posten in der Verwaltung bekleideten, lagen diese außerhalb der offiziellen Staatsverwaltung. Nichtmuslime waren von Militärberufen ausgeschlossen; erlaubt waren nur Hilfstätigkeiten wie Arbeiter, Diener, Lasttiertreiber usw. Nach Auffassung mancher muslimischer Rechtsgelehrter durften die Nichtmuslime bei Hilfstätigkeiten nur so eingesetzt werden, wie man auch Hunde eingesetzt hätte.

Auch finanziell waren Nichtmuslime gegenüber den Muslimen extrem benachteiligt. Abgesehen von Extrasteuern zahlten die Nichtmuslime zwei Arten von Steuern. Die Sondersteuer entrichteten sie, weil sie als Schutzbefohlene in einem muslimischen Staat geduldet wurden. Der Staat garantierte ihnen als Gegenleistung die persönliche Freiheit und das Recht auf freie Religionsausübung. Die zweite Steuerart bestand aus zwei Teilen. Der erste Teil betraf das Recht, den Boden landwirtschaftlich nutzen zu dürfen. Der Boden gehörte nämlich den Muslimen; die Schutzbefohlene durften ihn nur bestellen, nicht aber besitzen. Der zweite Teil betraf die Einkommens- und die Ertragssteuer. Bei den Nichtmuslimen lag sie zwischen 12,5 % und 50 %, während die Muslime nur 10 % an die muslimische Gemeinde entrichten mussten.

3.1.1 Teilislamisierung und Bergbau im Pontos

Die Eroberung des Pontos durch die Osmanen hatte eine große Auswirkung auf die Pontosgriechen. Viele flohen nach Russland. Die Einwohner der Hafenstadt Sinope blieben, weil sie als Seeleute wichtig für den Handel waren und entsprechende Privilegien genossen. Tausende wiederum entzogen sich der direkten Herrschaft der Osmanen, indem sie sich in das Landesinnere in schwer zugängliche Bergregionen, vor allem in den Ostpontos, zurückzogen. Dort waren sie unter sich und konnten so ihre Religion, Sprache und Kultur bewahren. Diese Gebiete waren für die Osmanen wirtschaftlich und militärisch nicht attraktiv. Sie zogen es vor, sich in den fruchtbaren Ebenen in Küstennähe niederzulassen, wo auch die größeren Städte lagen.

Im Pontos fand gleich nach der Eroberung durch die Osmanen eine Islamisierung und Türkisierung vieler Griechen statt. Die räumliche Nähe von orthodoxen Griechen und muslimischen Osmanen hat maßgeblich dazu beigetragen. Allerdings war der Prozess der Islamisierung der Griechen im Pontos nicht so umfangreich wie sonst in den anderen Regionen Kleinasien. Ein Grund dafür war, dass die Osmanen im Pontos keine systematische Ansiedlung von Muslimen betrieben hatten. Wenn sie ein christ-

liches Gebiet erobert hatten, war es sonst üblich, dort Muslime anzusiedeln, um die demografische Struktur der Bevölkerung zugunsten der Muslime zu ändern. Etwa 60 Jahre nach der Eroberung des Pontos lebten im einstigen Machtbereich der Großkomnenen ungefähr 250 000 Menschen, davon waren ca. 180 000 Griechen (IEE 1977, Bd. X, S. 180f).



Christliche Gefangene werden von den Osmanen in die Sklaverei abgeführt.
Gennadeios Bibliothek, Athen

Nach der ersten Welle der Islamisierung folgte für die Christen eine lange, ziemlich erträgliche Phase. Die Unterdrückung seitens der Osmanen war nicht sehr stark. Dies änderte sich Mitte des 17. Jhs. während der Regierungszeit des Großwesirs (Ministerpräsident) Fazil Ahmed Köprülü. Von 1661-1676 fanden im gesamten Gebiet Kleinasien Verfolgungen von Christen statt. Davon waren auch die Pontosgriechen betroffen.

Das Gebiet war in mehrere Verwaltungsbezirke aufgeteilt. In jedem Bezirk herrschte ein Lokalfürst. Deren Herrschaft war oft von Willkür und Habgier geprägt. Einige von ihnen versuchten, ihren Machtbereich und

somit ihre Einnahmen auf Kosten der Nachbarn oder sogar der Regierung zu erweitern. Es kam zu gewalttätigen Konflikten mit den anderen Lokalfürsten und manchmal sogar zu Erhebungen gegen den Sultan. Die Lokalfürsten nutzten oft die Schwäche oder die schlechte Organisation der Zentralregierung aus, um sich persönlich zu bereichern. Sie pressten der Gesamtbevölkerung mehr Steuern ab als vorgesehen war. Dasselbe taten auch die lokalen Steuerpächter. Sie beuteten gnadenlos die Muslime und noch mehr die Nichtmuslime aus. Es kam zu einer starken Unterdrückung, Ausbeutung und Verfolgung der Christen. Ihre Situation wurde unerträglich. Sie hatten drei Möglichkeiten, dem zu entkommen: zu konvertieren, in den Bergregionen Zuflucht zu suchen oder ins Ausland zu gehen. Sie haben von allen Möglichkeiten Gebrauch gemacht. Damals nahmen viele Pontosgriechen den Islam an. Der griechische Patriarch von Jerusalem, Dositheos Notaras, besuchte 1681 Trapezunt. In dieser Zeit fand gerade die Islamisierung der Griechen in der Gegend von Tonia/Tonya (etwa 50 Kilometer südwestlich von Trapezunt) statt. Er liefert uns wichtige Informationen über den Massenislamierungsprozess.

Der mündlichen Überlieferung nach gab es aber auch Widerstand. So versuchten 1655 die Einwohner von Matsuka (Macka/Matsouka), einer Region im Ostpontos, erfolglos, Trapezunt einzunehmen. Die Erhebung wurde blutig niedergeschlagen. Etwa zur selben Zeit wurde die Kathedrale des Hl. Philipp in Trapezunt, obwohl sie per Sultanserlass der griechischen Gemeinde gehörte, geplündert und in eine Moschee umgewandelt. Anschließend kam es zu einem Massaker gegen die Griechen und zu einer Vertreibung aus ihren Häusern in der Umgebung der Moschee.

Die Islamisierung wurde auch durch manche innergriechische Konflikte begünstigt, wie folgendes Beispiel zeigt. Der Bischof Alexandros von Of wurde vom Metropoliten in Trapezunt abgesetzt. Aus Verärgerung und Rache konvertierte er 1670 mit einem großen Teil seiner Gemeinde (ca. 65 000 christliche Griechen) zum Islam. Durch Islamisierung und Flucht nahm die Zahl der christlichen Griechen in der zweiten Hälfte des 17. Jhs. schätzungsweise um 50 % ab. Zufluchtsorte für die Pontosgriechen waren

Konstantinopel, Russland und die Fürstentümer Moldau bzw. die Walachei in Rumänien (Hösch 2008, S. 143f).

Griechenland spielte in diesem Zusammenhang keine Rolle. Einige wohlhabende griechische Familien aus Pontos, darunter auch die Ypsilantis und Mourouzis, zogen ab Mitte des 17. Jhs. nach Konstantinopel. Dort hatten sich bereits etliche reiche griechische Händler niedergelassen. Aus deren Reihen waren manche als Amtsträger im osmanischen Staat in hohe Positionen wie z. B. des Dragomans (Dolmetschers) aufgestiegen. Das islamische Gesetz verbot den Muslimen, die Sprachen der Nichtmuslime zu sprechen. Daher war die Arbeit des Dragomans sehr wichtig. Seine Aufgabe bestand nicht nur darin, Texte in andere Sprachen zu übertragen, sondern er gestaltete die Politik z. B. als Vermittler aktiv mit. Der Großdragoman hatte fast den Rang eines Außenministers. Der erste Grieche, der als Dragoman der Regierung Mitte des 17. Jhs. diente, war der aus Trapezunt stammende Panagiotis Nikousios. Das Amt des Dolmetschers war vererbbar.

Um ihren Einfluss noch zu vergrößern, suchten diese Familien die Verflechtung mit dem Patriarchat. Sie waren zwar nicht als Kleriker tätig, besetzten aber wichtige Stellen in der Kirchenadministration. Daher war die räumliche Nähe zum Patriarchat von Bedeutung. Der Sitz des Patriarchen war seit 1601 im Stadtteil Fanari oder Fanar untergebracht. Dort ließen sich auch diese Familien nieder. Aus dem Namen des Stadtteils bekamen sie den Beinamen „Fanarioten“ (Runciman 1970, S. 348f).

Die Fürstentümer Moldau und Walachei waren halbautonom und dem Sultan gegenüber tributpflichtig. Die Statthalter stammten aus der Lokalaristokratie. Als aber der Fürst von Moldau Anfang des 18. Jhs. den russischen Zaren Peter I. den Großen darum bat, sein Fürstentum von den Osmanen zu befreien, beschloss der Sultan, nun Fanarioten einzusetzen.

Gut hundert Jahre, bis zum Beginn des griechischen Befreiungskampfes vom Osmanischen Reich 1821, herrschten mehrere Familiendynastien, unter anderen die von Ypsilantis und Mourouzis abwechselnd in den beiden Fürstentümern. Der Posten des Statthalters war wegen des Handels und der Getreidelieferungen nach Konstantinopel finanziell sehr lukrativ. Um diesen Posten zu erhalten, zahlten die Kandidaten jeweils hohe Summen

an den Sultan und Bestechungsgelder an die Beamten. Sie holten sich diese Beträge durch Steuern, Leibeigenschaft und Ausbeutung der Bauern wieder. Diese Wirtschaftspolitik machte sie bei der einheimischen Bevölkerung unbeliebt.

Großer Beliebtheit erfreuten sich aber im 17. und 18. Jahrhundert die griechischen Bildungseinrichtungen. Sie genossen einen guten Ruf. Ab 1775 war z. B. Französisch Pflichtfach. Diese Schulen wurden von vielen Untertanen unabhängig von deren ethnischer Zugehörigkeit besucht. Die Akademien in Bukarest und Iasi in Rumänien waren über die Grenzen hinaus bekannt. Die Beziehungen zum Pontos waren sowohl kulturell als auch religiös eng. Sevastos Kyminitis stammte aus Pontos. Er gründete in Trapezunt eine Schule unter dem Namen Frontistirion. Anschließend ging er nach Bukarest, um die Leitung der dortigen griechischen Akademie zu übernehmen. Er leitete diese Bildungseinrichtung von 1690 bis zu seinem Tod im Jahr 1702. Die religiösen Verbindungen waren ebenfalls intensiv. Viele Statthalter unterstützten finanziell die Klöster im Pontos.

Ein weiterer Grund, warum die Griechen in die Bergregionen flohen, war die Tatsache, dass sie im dortigen Bergbau Arbeit finden konnten. Die Berge im Pontos waren reich an Erzen. Seit der Antike wurde dort hauptsächlich Silber und Blei, aber auch Kupfer und Gold gewonnen. Pontos war das Zentrum der Metallgewinnung und -verarbeitung. Das Gold- und Silberkunsth Handwerk war hoch entwickelt. Sogar manche spätere Sultane wie Selim I. (1512-1520), der einige Jahre in Trapezunt gelebt hatte bevor er Sultan wurde und sein Sohn, Süleyman der Prächtige (1520-1566), hatten dieses Handwerk erlernt.

Den griechischen Quellen zufolge wurden bei der byzantinischen Festung Tzanicha/Canca etwa 60 km südlich von Trapezunt Anfang des 16. Jhs. Silbervorkommen entdeckt. Man prägte dort sogar seit 1546 Silbermünzen.

Einige Jahrzehnte nach der Eroberung des Pontos durch die Osmanen erklärten die Sultane den Bergbau und die Bodenschätze zum Staatsbesitz und somit zu ihrem persönlichen Eigentum. Silber war ein begehrtes Metall und brachte viel Geld in die Staatskasse. Aus dem Reisebericht des Türken

Evliya Celebi geht hervor, dass der Staat im Jahr 1644 sieben Tonnen Silber bezogen hatte. Gefördert wurde das Metall durch kleine Unternehmen, die bereits vor der Eroberung als selbstständige Betriebe tätig gewesen waren.

Nach der Eroberung durften einige Betriebe weiter unabhängig arbeiten, andere wiederum wurden von den Sultanen verpflichtet, für sie zu arbeiten. Dafür bekamen sie wichtige Privilegien wie z. B. Befreiung von der Fronarbeit, den Steuern und der Knabenlese. Sie durften vor Gericht als Gleichberechtigte mit den Muslimen einen Rechtsstreit ausfechten. Die Gerichte waren von der Zentralregierung angewiesen, entgegen der sonst üblichen Praxis notfalls auch die Muslime zu bestrafen. Diese Privilegien galten nicht nur für diejenigen, die direkt im Bergbau arbeiteten, sondern auch für die Ortschaften, aus denen sie stammten. Ganze Dörfer waren am Bergbau beteiligt. Die Gruben und die Schmelzanlagen benötigten viele Arbeitskräfte. Hinzu kamen die Holzfäller, die Köhler und die Holz- und Kohlelieferanten, denn die Schmelzanlagen brauchten viel Brennmaterial.

Der Bergbau war nach Gruben organisiert. Jede Grube wurde von einem Aufseher, der in der Regel Grieche war, geleitet. Er trug den Titel „Archimetallourgos“, was so viel wie „Vorsteher der Metallarbeiter“ bedeutete (Fotiadis 1985, S. 180f). Aus deren Reihen wurde ein Generalvertreter ernannt, der alle Gruben dem osmanischen Staat gegenüber vertrat. Über ihm stand ein muslimischer Türke als Stellvertreter des Sultans. Er war im 17. Jh. ein Lokalfürst. Er bestimmte auch den Generalvertreter. Es kam zu Machtkämpfen und Spannungen zwischen den Lokalfürsten und den Grubenbetreibern. Nachdem drei Generalvertreter und ein Vorsteher ermordet worden waren, sandten die Griechen Anfang des 18. Jhs. eine Delegation nach Konstantinopel. Diese erreichte Folgendes beim Sultan: Sein Stellvertreter wurde nun von der Zentralregierung aus dem Hof des Sultans ausgewählt. Die Grubenbetreiber hatten Mitspracherecht bei der Ernennung des Generalvertreters, dessen Wahl vom Sultan bestätigt werden musste. Dadurch hatten die Lokalfürsten jetzt keinen Einfluss und keine Zugriffsmöglichkeiten mehr auf den Bergbau und auf die Griechen, die dort arbeiteten. Für letztere war das von großem Vorteil.

Die Islamisierung im Pontos verlief im 17. und 18. Jh. gegenläufig. Während durch die Landflucht die Zahl der Griechen in Küstennähe stark abnahm und es zu einer fast vollständigen Islamisierung in den ländlichen Gebieten kam, wuchs die Zahl der christlichen Griechen im Bergbauggebiet, weil die geflohenen Griechen dort neue Dörfer gründeten bzw. sich in bereits existierenden griechischen Ortschaften niederließen. Die Ortschaften hatten durch die Privilegien einen gewissen Autonomiestatus. Die Lebensbedingungen waren hart, aber dafür konnten die Griechen ihre Religion, Sprache und Kultur zum großen Teil ungestört weiter pflegen.

Das Kerngebiet des Bergbaus lag im Ostpontos einige Kilometer südlich von Trapezunt. Argyroupolis („Silberstadt“, türkisch Gümüşhane) entwickelte sich zum Zentrum der Region. Dort hatte auch der Generalvertreter der „Archimetallourgoi“ seinen Amtssitz. Da den Grubenbesitzern bis zu einem gewissen Grad Gewinnbeteiligung erlaubt war, brachten sie sich und auch Argyroupolis zu Wohlstand. Die Stadt war im 18. Jh. reicher als Trapezunt. Aus den griechischen Quellen erfahren wir, wie sich die Bevölkerung in der Stadt damals zusammensetzte: Es gab sechs griechische Gemeinden mit 2250 Familien, eine armenische mit 180 und drei türkische, von denen die eine 200 Familien hatte. Der Wohlstand und vielleicht auch die guten Beziehungen zum osmanischen Staat ermöglichten Anfang des 18. Jhs. den Bau einer Kathedrale in Argyroupolis, obwohl es nach dem damaligen osmanischen Recht grundsätzlich nicht erlaubt war. Andere Kirchen wurden erweitert, renoviert, mit Fresken ausgestattet oder mit wertvollen silbernen, liturgischen Gegenständen wie Kreuzen, Abendmahlkelchen usw. beschenkt. Einige dieser Gegenstände befinden sich heute im Benakimuseum in Athen (Koromila 2001, S. 339f). Zur selben Zeit wurde dort auch eine griechische Schule in Betrieb genommen, was in jener Zeit nicht immer selbstverständlich war, denn es wurden damals selten Schulen gegründet. Die begabten Schüler wurden zwecks Aufnahme eines Aufbaustudiums nach Konstantinopel oder in die Region Walachei geschickt, wo viele griechische Gelehrte wirkten. Nach dem Studium kehrten sie nach Pontos zurück, um viele Aufgaben wie z. B. eine Lehrtätigkeit oder ein Kirchenamt zu übernehmen.



Trapezunt in der frühosmanischen Zeit.
Gennadeios Bibliothek, Athen

Argyroupolis und die anderen Ortschaften in der Umgebung gehörten zu der Provinz Chaldia. Das Bistum war Jahrzehnte vorher mangels Christen abgeschafft worden. Anfang des 17. Jhs. wurde es wieder eingerichtet, später zum Erzbistum und, da die Anzahl der Christen stark zunahm, 1767 zur Metropole erhoben.

Bezüglich des Bergbaus kam es zu einem Kirchenkonflikt zwischen Trapezunt und Chaldia. Da die Bergbaubetreiber in der Provinz Chaldia wohlhabend waren und ihre Beiträge für die Kirche entsprechend üppig ausfielen, war der Klerus dort sehr daran interessiert, diese Gemeindemitglieder an sich zu binden. Außerdem gab es Personalverflechtungen, da einige Bischöfe aus den Familien der Archimetallourgoi stammten.

Der Erzbischof von Chaldia erreichte, obwohl sein Bistum der Metropole von Trapezunt untergeordnet war, Anfang des 17. Jhs. beim Patri-

archen in Konstantinopel seine Anerkennung als religiöses Oberhaupt aller Bergwerksleute im Gesamtgebiet von Kleinasien. Dies war nach dem Kirchenrecht gesetzwidrig. Als Chaldia später Metropole wurde, versuchten seine Nachfolger außerdem, Trapezunt die führende Rolle über die Oberhoheit der Klöster im Pontos streitig zu machen. Da die Metropole von Chaldia über einflussreiche Verbindungen in Konstantinopel verfügte, konnte sie sich durchsetzen.

Trotz dieses Konflikts blühte das Christentum im Pontos in jener Zeit auf. Dazu trugen wesentlich auch die umliegenden Klöster bei.

3.1.2 Die Klöster und die Kryptochristen

Die Orthodoxie spielte während der osmanischen Herrschaft eine sehr wichtige Rolle für die Identität der Griechen. Dort, wo die Kirche stark war, gab sie den Gläubigen Halt und Orientierung. Viele Christen konnten ihre Religion und damit ihre Identität als Griechen bewahren. In diesen Gebieten fiel die Islamisierung entsprechend geringer aus.

Die Abgeschiedenheit und Einsamkeit der Bergwelt südlich von Trapezunt bot sich auch für die Mönche an. Seit der frühchristlichen Zeit existierten dort Klöster. Die drei größten waren Vazelon, Soumela und Peristereota (Fotiadis 1985, S. 172f, und Koromila 2001, S. 270). Der Überlieferung nach gilt als Gründungsdatum für Vazelon das Jahr 270, für Soumela 386 und für Peristereota 752. Barnabas und Sofronios waren zwei Mönche, die Ende des 4. Jhs. aus Athen eine Ikone der Hl. Jungfrau nach Pontos brachten. Sie legten die Ikone in eine Grotte (wo heute das Kloster Soumela steht) und lebten dort weiter als Asketen. In ihrer Biografie werden sie als Klostergründer erwähnt. Die älteste schriftliche Quelle über das Kloster ist eine goldene Bulle von Ende des 13. Jhs. während der Herrschaft der Großkomnenen. Darin wurden dem Kloster einige Dörfer und landwirtschaftliche Flächen überlassen.

Die drei Klöster waren räumlich gar nicht weit entfernt voneinander. Sie lagen fast wie in einem gleichschenkligen Dreieck, dessen Seiten etwa 15 km betragen. Es gab noch mehr Klöster wie z. B. Goumera, Choutouras, Hl.

Georg Chalinaras. Das Frauenkloster des Hl. Johannes wurde erst Anfang des 18. Jhs. gegründet.

Die Klöster waren während des Byzantinischen Reiches von den Großkomnenen, vor allem von Alexios III., reichlich beschenkt und mit Privilegien ausgestattet worden. Nach der osmanischen Eroberung bestätigten die Sultane diese Privilegien. Der Überlieferung nach soll Selim I. der erste gewesen sein, der nicht nur die Privilegien bestätigte sondern auch das Kloster Soumela beschenkte.

Die Mönche übernahmen viele Aufgaben. Die Klöster waren nicht nur für die Religion sondern auch für die Bildung wichtig. Sie bildeten das geistige Zentrum der Region. Soumela und Peristereota besaßen umfangreiche Bibliotheken, darunter auch wertvolle Handschriften. Von dem Digenis Akritas Epos existieren heute sechs Manuskripte; eins davon wurde 1868 in der Bibliothek des Klosters Soumela entdeckt. Lange Zeit waren die Mönche die einzigen Lehrer, die die griechische Sprache unterrichteten. Von 1650-1700 sind uns etwa 20 Kopisten (Handschriftenschreiber) bekannt, 15 von ihnen waren Mönche. Von den ca. 60 Kopisten zwischen 1700 und 1830 waren 29 Mönche. In Zeiten finanzieller Not reisten die Mönche nach Konstantinopel, Moldau, Walachei und Russland, um bei den griechischen Gemeinden, wohlhabenden Griechen oder anderen Fürsten Geld einzusammeln. Die Steuern, die entrichtet werden mussten, waren oft immens hoch. Manchmal wurden mit dem Geld die Lokalfürsten im Pontos bestochen, damit das Leben der Griechen erträglicher wurde. Gelegentlich hatten Christen im Kloster Zuflucht gefunden, wenn sie verfolgt wurden. Die Mönche besuchten abgelegene Orte, in denen Christen lebten, um geistlichen Beistand zu leisten, und sie betreuten heimlich auch die Kryptochristen, die zwar in der Öffentlichkeit Muslime, im Verborgenen aber Christen geblieben waren.

Wenn die Muslime ein christliches Gebiet eroberten und dauerhaft besetzten, kam es zu einer Verschlechterung der Lebenslage der christlichen Bevölkerung. Oft war deren Situation unerträglich. Ein Ausweg war zu konvertieren. Einige konvertierten aus Überzeugung, andere wiederum

nur, um ihre materiellen Lebensbedingungen zu verbessern. Denn konvertierte z. B. nur ein Mitglied einer Familie, war der Familienbesitz gerettet.

Manche Christen nahmen den Islam nur pro forma an; tief im Inneren blieben sie weiter Christen. Dieses Phänomen war auch bei anderen Untertanen (Armeniern, Juden usw.) zu beobachten. Ende des 17. Jhs. konvertierten z. B. in Thessaloniki viele sephardische Juden zum Islam. Die Osmanen nannten sie „Dönme“, was so viel wie „Wendehals“ bedeutet. Einige dieser Konvertiten praktizierten aber als Kryptojuden im Verborgenen die jüdische Religion weiter.

Bereits vor den Osmanen hat es Kryptochristen gegeben, z. B. während der arabischen Herrschaft im 9. und 10. Jh. auf Kreta. Die ersten schriftlichen Hinweise auf Kryptochristen während der osmanischen Zeit stammen aus der Mitte des 14. Jhs. und betrafen die Kryptochristen der Stadt Nikäa. Im Pontos war bis Mitte des 17. Jhs. die Unterdrückung der Christen durch die Osmanen nicht sehr stark. Es dürfte also nur wenige Kryptochristen gegeben haben. Als danach die Lokalfürsten mächtig wurden, änderte sich die Lage. Die brutale Ausbeutung der Bevölkerung und die umfangreiche Islamisierung veranlassten vermutlich viele Griechen, Kryptochristen zu werden. Das Hauptgebiet der Kryptochristen lag im Ostpontos; sie kamen aber auch im Westpontos, in Kappadokien und Konstantinopel vor. Im Pontos wurden sie häufig als Klostoi (drehen, wenden) bezeichnet (Milioris 1962, S. 20).

Die größte Gefahr für die Kryptochristen war, entdeckt zu werden. Auf die Abwendung vom Islam stand nach dem Koran für Männer die Todesstrafe und für Frauen lebenslange Haft. Die Kryptochristen unternahmen alles, um unentdeckt zu bleiben. Sie verwendeten z. B. zwei Namen, einen türkischen in der Öffentlichkeit und einen griechischen, wenn sie unter sich waren.

Die Bedingungen, unter denen sie lebten, waren sehr unterschiedlich. Es hing davon ab, ob sie in einem Dorf oder in der Stadt wohnten. Es gab Dörfer, in denen nur Kryptochristen lebten. Dort war es einfacher. Schwieriger war es in Dörfern mit gemischter Bevölkerung. Die Kryptochristen mussten Vorsichtsmaßnahmen ergreifen. In der Regel wussten sie, wer

zu ihnen gehörte, da die Dörfer klein waren und jeder jeden kannte. Sie versuchten, untereinander zu heiraten und halfen anderen Christen, ohne in Erscheinung zu treten. Auch die muslimische Bevölkerung spielte eine wichtige Rolle. In manchen Ortschaften waren die Muslime gegenüber den Kryptochristen recht tolerant. Sehr problematisch war die Situation in den größeren Städten, weil man dort nicht wusste, wem man vertrauen konnte und wem nicht.

Gottesdienste, Taufen und Trauungen feierten die Kryptochristen gewöhnlich nachts in gut verborgenen, unterirdischen Kirchen, in abgelegenen Kapellen oder in Klöstern. Manche Klosterarchive geben einen Eindruck von dieser Praxis. Am schwierigsten war es bei Beerdigungen. Es kam vor, dass tagsüber die muslimische Bestattung stattfand und dann nachts im Haus des Verstorbenen von einem Priester die Totenmesse zelebriert wurde.

Die Lage der Kryptochristen war absolut nicht einfach. Das ewige Verstecken, die Angst, entdeckt zu werden, die Vorsichtsmaßnahmen, das Doppelleben, die innere Zerrissenheit und vielleicht auch das schlechte Gewissen dem Christentum gegenüber beeinträchtigten ihr Leben stark. Bis auf wenige Ausnahmen unterstützten die Kirchenvertreter sie in ihren Bemühungen, den christlichen Glauben auch im Verborgenen beizubehalten.

Während der osmanischen Herrschaft fanden einige christliche Griechen durch die Osmanen einen gewaltsamen Tod, weil sie entweder den Islam nicht annehmen wollten oder als Kryptochristen entdeckt worden waren. Wie viele es insgesamt waren, ist nicht genau bekannt. Etliche stammten aus Pontos. Die griechisch-orthodoxe Kirche hat sie zu Neomärtyrern erklärt.

3.2 Die Schwächung des Osmanischen Reiches

Das Osmanische Reich erreichte mit der Eroberung von Kamieniec Podolski in Polen-Litauen im Jahr 1672 seine maximale territoriale Ausdehnung (Faroqhi 2006, S. 61). In den nächsten Jahren musste das Reich aber einige Rückschläge einstecken. Russland war seit Beginn des 18. Jhs. unter dem

Zaren Peter dem Großen zu einer militärischen Macht aufgestiegen. Die Herrschaft über die Dardanellen war für die russische Außenpolitik wegen des Zugangs zum Mittelmeer von immenser strategischer Bedeutung. Auch im Osten war der Weg über Armenien in Richtung Irak, Persien und Indien sehr wichtig für die russischen Expansionspläne. Jahrhundertlang lieferten sich Russland und das Osmanische Reich viele Kriege. Der russisch-osmanische Krieg von 1768-1774 endete mit einer gravierenden Niederlage für die Osmanen. Der Frieden von Küçük Kaynarca regelte die Abtretung osmanischer Gebiete und räumte Russland das Recht ein, die orthodoxen Christen, die im Osmanischen Reich lebten, zu schützen.

Das Schutzrecht über die Christen sollte der russischen Politik Tür und Tor öffnen, um Einfluss auf das Osmanische Reich ausüben zu können. Für die Griechen war es aber wichtig, einen starken Verbündeten zu haben, zu dem sie auch aufgrund der Religion starke Beziehungen hatten. Davon profitierten oft die Pontosgriechen. Sie konnten immer wieder nach Russland fliehen, wo sie Schutz fanden. Einige Jahre vor dem Frieden von Küçük Kaynarca hatte Frankreich auch ein entsprechendes Recht bezüglich der Katholiken erhalten. Diese Schutzrechte sowie die Kapitulationen ermöglichten den europäischen Großmächten bis Anfang des 20. Jhs., Einfluss auf die osmanische Politik zu nehmen.

Seit dem 16. Jh. vergaben die Sultane Kapitulationen (Verträge, die in Kapitel eingeteilt waren) an Nichtosmanen, die im Reich als Kaufleute tätig waren. Es handelte sich meistens um Handelsprivilegien und es ging u. a. um die vertragliche Festlegung der Zölle.

Der Vertrag von Küçük Kaynarca offenbarte die Schwächen des Osmanischen Reichs. Sein Niedergang setzte sich in den nächsten Jahrzehnten unaufhaltsam fort. Napoleon besetzte 1798 für einige Jahre Ägypten. In Griechenland brach 1821 der Befreiungskampf gegen die osmanische Herrschaft aus. Etwa zehn Jahre später wurde der griechische Staat mit Hilfe Frankreichs, Englands und Russlands im heutigen Südgriechenland gegründet. Genau um diese Zeit bekam das Fürstentum Serbien den international anerkannten Autonomiestatus, Frankreich besetzte Algerien, der Statthalter von Ägypten, Mehmed Ali, machte sich vom Sultan unabhängig,

um anschließend Krieg gegen ihn zu führen. Im Kaukasus kam es 1828/29 erneut zu einem russisch-osmanischen Krieg.

Sowohl der Befreiungskampf von 1821 als auch der russisch-osmanische Krieg hatten Auswirkungen auf die Griechen im Pontos. Die Griechen in der Diaspora gründeten 1814 eine Geheimgesellschaft, die „Filiki Etaireia“ (Freundschaftliche Gesellschaft). Das Ziel war, den Befreiungskampf der Griechen gegen die Osmanen vorzubereiten. Der Sitz der Gesellschaft war in der Stadt Odessa. Der Aufstand begann fast zeitgleich an zwei Fronten, im Fürstentum Moldau in Rumänien und auf dem Peloponnes in Südgriechenland. Die Grubenbetreiber aus Pontos unterstützten den Befreiungskampf finanziell und manche Pontosgriechen kämpften an der Seite der Aufständischen unter Alexandros Ypsilanti in Moldau.

Für die Osmanen trug der griechische Klerus die Verantwortung und die Schuld für den Aufstand. Es kam zu Repressalien gegen Kirchenmänner und Zivilisten. Repressalien gegen Angehörige von Minderheiten waren eine gängige Praxis im Osmanischen Reich. Sie dienten der Rache, der Bestrafung, der Abschreckung, der persönlichen Bereicherung durch Plünderung oder Konfiszierung des Eigentums und schließlich raubten sie den Minderheiten ihre Führung. In Konstantinopel wurden der Patriarch Gregor V., zwei Metropolen und zwölf Bischöfe gehängt. Es folgten ihnen etliche Mitglieder der griechischen Oberschicht, der Fanarioten (Runciman 1970, S. 390). Dreizehn Kirchen wurden geplündert und dem Erdboden gleichgemacht. Zahlreiche Ausschreitungen und Übergriffe gegen Klerusangehörige und Zivilisten mit Tausenden von Opfern gab es auch in Smyrna, Ephesos, Thessaloniki, auf mehreren Inseln in der Ägäis, Kreta usw. Auf Zypern wurden etwa 450 Griechen, allesamt führende Persönlichkeiten, erhängt.

Auch im Pontos kam es zur Verfolgung von Griechen, allerdings nicht so schlimm wie anderswo im Reich. Es lag daran, dass der Sultan die Lokalfürsten weitgehend entmachtete hatte und die neuen Gouverneure von der Zentralregierung eingesetzt wurden. In jener Zeit war der liberale Osman Pascha Gouverneur. Er verfolgte eine christenfreundliche Politik und konnte die Verfolgungen gegen die Griechen erheblich abschwächen, obwohl er

von der Zentralregierung angewiesen worden war, die Christen zu verfolgen. Geholfen hatten auch manche wohlhabenden Grubenbetreiber durch die Zahlung von Bestechungsgeldern in ihren Regionen.

Während des griechischen Befreiungskampfes verfolgten die Großmächte Frankreich, Russland und Großbritannien eigene Interessen in Griechenland. Jede Großmacht bemühte sich, ihren Einfluss zu vergrößern. Russland unterstützte stark die Griechen, während Großbritannien die russische Ausdehnung einzudämmen versuchte und Frankreich den beiden nicht das Feld überlassen wollte. Im Jahr 1827 einigten sich die drei Großmächte darauf, sowohl dem Osmanischen Reich als auch den aufständischen Griechen u. a. folgende Vorschläge zu unterbreiten: Die Großmächte boten sich als Vermittler an; es sollte zu einem Waffenstillstand kommen; Südgriechenland sollte den Autonomiestatus erhalten, wäre aber dem Sultan gegenüber tributpflichtig; die endgültige Grenze sollte später festgelegt werden. Der Sultan lehnte diese Vorschläge ab. Im folgenden Jahr erklärte Russland ihm den Krieg.

Die russischen Armeen operierten gleichzeitig im Westen und im Osten des Osmanischen Reiches. Im Westen marschierte die Armee durch Thrakien, erreichte Adrianopel und kam gefährlich nah an Konstantinopel heran. Im Osten besetzte die Armee den Ostpontos. Russische Einheiten drangen bis Argyroupoli vor. Die Pontosgriechen empfingen die Russen begeistert als Befreier und etliche Kryptochristen offenbarten ihre wahre Religion. Die militärischen Erfolge der Russen setzten den Sultan enorm unter Druck. In Adrianopel wurde 1829 der Friedensvertrag zwischen Russland und dem Osmanischen Reich unterzeichnet. Vorgesehen war u. a. der Autonomiestatus Griechenlands, die freie Schifffahrt durch den Bosphorus und die Dardanellen in Friedenszeiten, die Übernahme von armenischen Gebieten und die Abtretung des Gesamtkaukasus an Russland. Die russischen Armeen zogen sich danach zurück. Aus Angst vor Repressalien seitens der Osmanen flohen ca. 90 000 Pontosgriechen zusammen mit den Russen aus Pontos (IEE 1974, Bd. X, S. 434). Die meisten ließen sich in Georgien nieder. Russland hatte 1801 Ostgeorgien und 1811 Westgeorgien annektiert. Die Griechen gründeten dort neue Dörfer oder sie bezogen Häuser von Muslimen, die

ihrerseits vor der russischen Armee geflohen waren. Nach dem Abzug des russischen Militärs zerstörten die Osmanen in der Gegend von Argyroupoli mehrere griechische Dörfer. In Trapezunt konnte der Metropolit den Lokalfürsten davon abhalten, Übergriffe auf die Griechen zu gestatten. Es wird geschätzt, dass zwischen 1800 und 1856, als die zweite Reform eingeführt wurde, etwa 100 000 Pontosgriechen nach Russland und Georgien flohen.

3.2.1 Die Reformen (Tanzimat) im 19. Jahrhundert

Um der Schwächung des Reiches entgegenzuwirken, griffen die Sultane im 19. Jh. zu verschiedenen Maßnahmen. Die Armee sollte nach europäischem Vorbild modernisiert werden. Als Militärberater wirkten preußische Offiziere, darunter Helmuth von Moltke, von 1836 bis 1839 mit. Andere Maßnahmen betrafen das Schulwesen, die Verwaltung und die Rechtsprechung.

Im Jahr 1839 trat ein Dekret in Kraft, das als Tanzimat-i Hayriye (Heilsame Neuordnung) bekannt wurde (Faroqhi 2006, S. 94). Diese Reform garantierte u. a. allen Untertanen die Sicherheit von Eigentum, Leben und Ehre und legte die Höhe der Steuer verbindlich fest. Die Reform bedeutete für die Christen eine bessere rechtliche Stellung. Dies war ein Dorn im Auge der fanatischen Muslime. In mehreren Städten (Konstantinopel, Smyrna, Adrianopel, Konya usw.) kam es zu Ausschreitungen gegen die Christen. Im Pontos verschlechterte sich die Situation der Griechen. Der liberale Gouverneur Osman Pascha war 1843 gestorben. Sein Bruder folgte ihm im Amt. Seine Einstellung den Griechen gegenüber war feindlich. An Ostern 1843 zerstörte der muslimische Mob in Trapezunt eine Kirche unter dem Vorwand, sie sei höher als die Baugenehmigung es vorgesehen hatte. Das gleiche Schicksal ereilte eine Schule, weil ihre Lage angeblich die Reichssicherheit gefährdete.

Eine zweite Reform, das Hatt-i Hümayun (Großherrliches Handschreiben), trat 1856 unmittelbar nach Ende des Krimkrieges (1853-1856) in Kraft. Es ergänzte und erweiterte die Reform von 1839. Die Nichtmuslime waren jetzt politisch und rechtlich – zumindest theoretisch – den Muslimen gleichgestellt. Den Nichtmuslimen brachte diese Reform weitere Vorteile wie z. B.:

Abschaffung der Kopfsteuer; Vertretung in den Regionalregierungen; Religionsfreiheit; Zugang zum Staatsdienst; paritätische Vertretung von Richtern bei Gerichtsverhandlungen über Christen und Muslime; Gründung von eigenen Schulen unter der Aufsicht und Genehmigung des Staates bezüglich des Lehrplans und des Personals. Vom Militärdienst konnten sich die Nichtmuslime gegen Entrichtung einer Militärsteuer freikaufen.

Nach Einführung dieser Reformen wurden im Gesamtpontos sehr viele neue Kirchen und Schulen gebaut.

Die Umsetzung der Reformen war aber nicht besonders erfolgreich. Die alte Ordnung blieb weitgehend unverändert. Es hatte keine allgemeingesellschaftliche Entwicklung stattgefunden, die zu den Reformen führte, sondern diese wurden den Untertanen von der Staatsmacht aufgezwungen. Das Gros der Muslime lehnte sie ab. Jahrhundertlang waren die Nichtmuslime rechtlich, religiös, gesellschaftlich und wirtschaftlich benachteiligt. Die Einstellung des Staates und der muslimischen Bevölkerung ihnen gegenüber konnte sich nicht von heute auf morgen wegen der Reformen verändern. Dies bekamen die Kryptochristen im Pontos zu spüren.

Die Reform von 1856 garantierte den Untertanen Religionsfreiheit. Einige griechische Kryptochristen im Pontos sahen die Zeit gekommen, sich öffentlich zu ihrem verborgen gehaltenen christlichen Glauben zu bekennen. Nachdem ein Kryptochrist in Trapezunt 1856 vom osmanischen Staat offiziell als Christ anerkannt worden war, trafen sich im folgenden Jahr Kryptochristen, die 45 Ortschaften vertraten, in einem Kloster. Sie beschlossen, ihre Anerkennung gemeinsam voranzutreiben und die Vorgehensweise zu koordinieren. Sie gründeten ein Komitee und wählten zwei Abgeordnete. Weiterhin bestimmten sie drei Abgesandte, die nach Konstantinopel reisen sollten, um alle ausländischen Botschafter zu informieren und sie um Beistand zu bitten. Sie nahmen auch Kontakt zu den Konsuln von Griechenland, Russland, Frankreich, Großbritannien und Österreich in Trapezunt auf. Bis auf den britischen Konsul, der den Kryptochristen aus politischen Gründen Opportunismus vorwarf, unterstützten alle anderen deren Anliegen. Das griechische und das russische Konsulat und der Metropolitan von Trapezunt, Konstantios, arbeiteten dabei besonders eng zusam-

men. Alle um Hilfe ersuchten Konsulate informierten ihre Botschaften in Konstantinopel. Auf Initiative der Botschafter wurde eine Kommission aus Vertretern des osmanischen Staates und der Großmächte gebildet. Sie hatte die Aufgabe, die Anzahl der Kryptochristen zu erfassen. Der britische Konsul in Trapezunt war Mitglied dieser Kommission. Nach der Befragung von 55 Dörfern in der Gegend von Argyroupoli (eines der Hauptgebiete der Kryptochristen) machte er folgende statistischen Angaben: 9535 Muslime, 17 260 Kryptochristen und 28 960 griechische Christen (KMS Bulletin 1983, S. 41). Andere Quellen erwähnen höhere Zahlen wie 20 000, 25 000 oder 30 000 Kryptochristen. Die Regierung, beunruhigt über diese hohe Zahl an Kryptochristen, untersagte die weitere Arbeit der Kommission und damit die Registrierung. Wie viele Kryptochristen es tatsächlich gab, ist heute nicht mehr möglich zu ermitteln. Zum einen, weil die Befragung nicht in allen Ortschaften durchgeführt wurde (es gab im Pontos 1454 Dörfer, in denen griechisch gesprochen wurde), und zum anderen ist es fraglich, ob sich in den Dörfern, in denen die Kommission war, alle Kryptochristen offenbarten oder ob sie nicht vielmehr abwarteten, wie sich die Lage weiter entwickeln würde. Bekannt ist in etwa die Anzahl der Kryptochristen, die sich öffentlich offenbarten und um ihre Anerkennung bei dem osmanischen Staat ersuchten. Seit der zweiten Reform von 1856 erreichten ca. 20 000 Kryptochristen ihre offizielle Anerkennung als Christen (Milioris 1962, S. 27).

Anfangs genehmigte der Staat relativ problemlos die Anträge auf Anerkennung als Christen. Als aber die Gesuche immer mehr wurden, gab es Schwierigkeiten seitens der Behörde. Unter anderem spielten dabei militärische Gründe eine Rolle. Die anerkannten Christen brauchten genau wie alle Nichtmuslime nicht als Soldaten zu dienen, wenn sie eine Militärsteuer zahlten. Es lag in der Natur der Sache, dass die Regierung keinen Überblick über die tatsächliche Zahl der Kryptochristen hatte. Sie befürchtete nicht nur die Antragstellung von Tausenden Kryptochristen sondern auch von anderen Untertanen, deren Motiv nicht die Religion, sondern das Verweigern des Militärdienstes war. Da der Militärdienst damals mindestens sechs

Jahre dauerte, hätte die Anerkennung zu einer Verringerung der Streitkräfte und somit zu einer Schwächung des Militärs geführt.

Für den osmanischen Staat waren die Kryptochristen keine aufrichtigen Untertanen; sie hatten schließlich ihre Religion nur vorgetäuscht. Er konnte sie statistisch nicht erfassen und war sich ihrer Loyalität nicht sicher. Sie bildeten einen Unsicherheitsfaktor. Mit Argwohn und Misstrauen betrachtete er die Offenbarung der Kryptochristen und versuchte, deren Bestrebungen nach Anerkennung einzudämmen. Als islamischer Staat konnte er das Korangesez, wonach die Abwendung vom Islam mit dem Tod bestraft wurde, anwenden. Damit hätte er aber die Einmischung der Großmächte provoziert. Außerdem stand es im Widerspruch zu den Reformen. Deshalb griff er zu subtileren Methoden. Eine Maßnahme betraf die Erbschaft. Wenn in einer kryptochristlichen Familie die Kinder als Christen anerkannt, die Eltern aber mit muslimischem Namen als Muslime gestorben waren, durften die Kinder die Eltern nicht beerben, denn das islamische Gesetz gestattete Christen nicht, Muslime zu beerben. Eine andere Maßnahme betraf den Militärdienst. Wenn Kryptochristen als Christen anerkannt waren, wurden ihre beiden Namen, der alte muslimisch-türkische und der neue griechisch-orthodoxe, in das Register eingetragen. Neben die Namen notierten die Beamten die diskriminierende Bezeichnung „tenessour-roum,“, was so viel wie „abtrünniger Grieche“ bedeutete (Fotiadis 1985, S. 249f). Außerdem wurden sie von der Behörde, entgegen der Bezeugung der Kirchenbücher in den Klöstern, willkürlich als Nachkommen von türkischen Muslimen und nicht von orthodoxen Griechen definiert. Als Türken wurden sie zum Militär eingezogen, wo ihnen üble Schikanen seitens der fanatischen Muslime drohten.

In den Jahrzehnten nach den Reformen kämpften die Kryptochristen gegen ihre Diskriminierung und für das Erbschaftsrecht. Ein Ausweg, um nicht zum Militär eingezogen zu werden, war die Flucht aus Pontos, meist nach Konstantinopel oder nach Russland, oder die Annahme der russischen Staatsbürgerschaft. Die Kryptochristen, die sich nicht offenbart hatten, hielten sich zurück und warteten auf bessere Zeiten. Wenn sie sich offenbart hätten, hätten sie nicht nur mit staatlichen Repressionen, sondern

auch mit dem Hass der fanatischen Muslime zu rechnen gehabt. Aus deren Perspektive waren sie Verräter, zu denen man kein Vertrauen mehr haben konnte. In einem tief religiösen islamischen Staat dem Islam öffentlich abzuschwören und sich für das Christentum zu entscheiden, war in den Augen der religiösen Kreise eine Todsünde, die schlimme Folgen für die Christen haben konnte.

Im 19. Jh. kam das Bergbauwesen im Pontos zum Erliegen. Der Hauptgrund war die Erschöpfung der Erzvorkommen und des Brennmaterials. Gegen Ende des 18. Jhs. waren die Minen im Pontos weitgehend erschöpft. Einem Reisebericht aus dem Jahr 1842 entnehmen wir, dass im Pontos nur noch 50 bis 60 Menschen im Bergbau tätig waren. Vermutlich Mitte des 19. Jhs. oder ein paar Jahrzehnte später wurde der Betrieb ganz eingestellt.

Da die Arbeitsmöglichkeiten in den Bergregionen minimal waren, begann die Rückwanderung der Bevölkerung in Richtung Küste. Zuerst ließen sie sich in den größeren Städten nieder. Sie konnten dort in den Manufakturen arbeiten oder selbstständig als Handwerker oder Händler tätig werden. Später siedelten sie auch in ländlichen Küstenregionen. Arbeitsfelder waren dort die Landwirtschaft und die Fischerei. Andere zogen nach Konstantinopel oder in andere Städte Kleinasiens, wo sie als Kupferschmiede sehr gefragt waren. Viele, vor allem diejenigen, die den Militärdienst ableisten mussten, zogen es vor, hauptsächlich nach Georgien oder in die Krim auszuwandern, wo sie sicher vor dem Zugriff des osmanischen Staates waren.

3.3 Die Kryptochristen von Stavri/Ugurtas

Bereits seit Mitte des 17. Jhs. und während des 18. Jhs. weiteten die Grubenbesitzer im Pontos ihre unternehmerischen Aktivitäten auch auf andere Regionen Kleinasiens wie z. B. Erzurum, Diyarbakir oder auf andere Länder wie Georgien in der Region Akhaltzikhe aus. Die Bergbauleute suchten seit Beginn des 19. Jhs. neue Erzvorkommen. Zuerst zogen die Männer los. Waren sie fündig geworden, bekamen sie vom Staat die Lizenz, ließen

anschließend ihre Frauen und Kinder nachkommen und gründeten Siedlungen. Die Gruben konnten entweder als freies Unternehmen oder unter staatlicher Aufsicht betrieben werden. Fündig wurden die Bergbauleute in Zentralkleinasien vor allem in Kappadokien. An folgenden Orten wurde intensiver Bergbau betrieben: Akdagmaden, Gümüşhacıköy, Demekmaden, Bulgarmaden, Bereketlimaden, Keban-Maden und Argana-Maden.

Wegen der Zuständigkeit der Metropolen bezüglich der Bergwerksleute kam es erneut zu einem Konflikt zwischen der Metropole von Chaldia und den Metropolen von Trapezunt, Erzurum, Niksar, Diyarbakir sowie dem Patriarchat von Antiochia.

Von den neuen Bergwerken, die im 19. Jh. entstanden waren, war das westlich von Sivas gelegene Akdagmaden, was die Kryptochristen anbetraf, das wichtigste. Erschlossen wurde dieser Bergbau durch die Einwohner von Stavri, einer Ortschaft wenige Kilometer nördlich von Argyroupolis. Seine Einwohner, die Stavrioten, waren Kryptochristen. In der Gegend von Akdagmaden lebten sie in mehreren kleinen Dörfern und waren im Bergbau tätig. Sie praktizierten weiter heimlich das Kryptochristentum. Als 1876 die erste Verfassung in der osmanischen Geschichte verabschiedet wurde, die ausdrücklich noch einmal Religionsfreiheit der Untertanen garantierte, beschlossen sie, sich zu offenbaren. Es begannen jahrzehntelange Auseinandersetzungen mit dem osmanischen Staat (Milioris 1962, S. 21f, 28-33). Unterbrochen wurden sie durch einige Ruhephasen, in denen die Stavrioten nicht schikaniert oder verfolgt, sondern geduldet wurden. Die Haltung der Behörde war unnachgiebig. Die Wortführer der Stavrioten wurden festgenommen, ins Gefängnis geworfen und misshandelt. Ehen zwischen Kryptochristen und Christen waren nicht zugelassen. Bereits geschlossene Ehen wurden für ungültig erklärt; Kinder, die aus diesen Ehen hervorgegangen waren, galten als unehelich. Der Besuch griechischer Schulen war allen Kindern verboten. Die Männer mussten den Militärdienst antreten, ohne die Möglichkeit zu haben, sich freizukaufen. Probleme gab es auch, wenn es darum ging, Eltern zu beerben, die einen muslimischen Namen trugen und deren Kinder sich als Christen ausgaben. Um die Stavrioten in die Knie zu zwingen, war es einerseits verboten, ihnen Arbeit zu geben und anderer-

seits durften sie aus ihrem Dorf nicht wegziehen. Später, im 20. Jh., mussten einige Männer Zwangsarbeit in den berüchtigten Arbeitsbataillonen leisten. In Krisenzeiten wurden Lebensmittel verteilt, die Stavrioten jedoch waren davon ausgenommen. Als die Lage ausweglos wurde, nahmen ca. 200 kryptochristliche Familien offiziell den Islam an.

Die Stavrioten setzten alle Hebel in Bewegung, um ihre Anerkennung als Christen zu erreichen. Sie wandten sich an die Kirche (Metropolitan und Patriarch), die osmanische Regierung, den Sultan und die Botschaften von Frankreich, Großbritannien, Russland und Griechenland. Eine Delegation war sogar in Athen, um Gespräche mit der Regierung, dem König und Zeitungsverlegern zu führen. Manche militärpflichtigen Männer versteckten sich in den Wäldern, andere flohen ins Ausland. Alle Bemühungen waren erfolglos. Im Rahmen des Bevölkerungszwangs austausches zwischen Griechenland und der Türkei kamen nach 1923 die Stavrioten nach Griechenland, wo sie sich auch niederließen.

3.4 Der Pontos und die Vertreibung der Tscherkessen aus dem Kaukasus

Zwei Ziele der russischen Außenpolitik waren Mesopotamien und Indien. Der Weg dorthin führte über den Kaukasus, Georgien und Armenien. Gebiete, die sowohl das Osmanische Reich als auch Persien für sich beanspruchten. Es kam zwangsläufig durch die Jahrhunderte zu mehreren Kriegen zwischen allen drei Mächten.

Eine natürliche Grenze zwischen Russland und den beiden anderen Gebieten bildete der Kaukasus. Die Verbindung zwischen Nord und Süd im Westkaukasus war immer äußerst schwierig. Es gab kaum gut passierbare Wege durch das Bergmassiv.

Der Nordwesten des Kaukasus, das Gebiet zwischen Georgien und dem Asowschen Meer, ist die Urheimat der Tscherkessen. Tscherkessen ist ein Sammelbegriff für zwölf verschiedene kaukasische Stämme (Quiring 2013, S. 221). Die Tscherkessen waren im 16. Jh. für kurze Zeit Verbündete Russlands. Danach kam es zu einer Annäherung an das Osmanische Reich.

Fortan kämpften die Tscherkessen an dessen Seite. Viele Stämme nahmen den Islam an.

Mit dem Friedensvertrag von Adrianopel (1829) hatte der Sultan den Kaukasus Russland überlassen. In den nächsten Jahren begann der russische Vorstoß durch den Kaukasus in Richtung Süden. Die russische Seite war entschlossen, die Tscherkessen zur Aufgabe ihres Stammgebietes zu zwingen. Zuerst wurde ihnen eine Umsiedlung vorgeschlagen. Nachdem sie dieses abgelehnt hatten, gingen Anfang der 1860er Jahre die regulären russischen Militäreinheiten und die Kosaken gnadenlos gegen sie vor. Das Ziel war die ethnische „Säuberung“ durch Vertreibung. Man schätzt die Zahl der Toten, die durch Gewalt, Hunger oder Krankheiten starben, auf 320 000 bis 400 000.

Der Höhepunkt der Vertreibung war 1864. Von der Hafenstadt Sotschi an der Ostküste des Schwarzen Meeres aus wurden die Tscherkessen mit Schiffen in die Häfen des Pontos gebracht. Es kamen ca. 450 000 (andere Schätzungen gehen sogar von 900 000 aus). Das Elend durch Armut, Hunger und Krankheiten war unbeschreiblich. Die Szenen, die sich in den Häfen von Trapezunt, Giresun, Samsun und Sinope abspielten, waren schlimm. Die osmanische Regierung siedelte die Tscherkessen in verschiedenen Regionen des Reiches an. Strategische und wirtschaftliche Gründe spielten dabei eine Rolle. Die demografische Zusammensetzung der Bevölkerung sollte zugunsten der Muslime geändert werden. Einem großen Teil wurden Gebiete im östlichen und im zentralen Kleinasien zugewiesen, von Sinope am Schwarzen Meer im Norden bis Antakya am Mittelmeer im Süden (Quiring 2013, S. 109). Etliche bekamen Häuser in griechischen Dörfern des Pontos. Sie sollten dort als loyale Untertanen des Sultans und aufgrund ihres Hasses auf die Christen wegen der Vertreibung ein Gegengewicht zu ihnen bilden. Bewaffnete Räuberbanden von Kurden und Tscherkessen überfielen sowohl Muslime als auch Christen. Scharenweise flohen die Pontosgriechen wieder nach Georgien oder Russland. In deren Dörfer, die jetzt verlassen waren, zogen Tscherkessen ein.

3.5 Die Zeit nach den Reformen und die griechische Einwanderung in das Osmanische Reich

Nach der letzten Reform von 1856 begann sowohl wirtschaftlich als auch politisch eine schwierige Phase für die osmanische Regierung. Die Großmächte hatten durch Verträge keine Einfuhrbegrenzungen für europäische Waren sowie recht niedrige Ein- und Ausfuhrzölle durchgesetzt. Die industrielle Massenanfertigung von Gütern in Europa wie z. B. Textilien in England war billiger als die entsprechende Warenproduktion der Osmanen. Daher waren die europäischen Handelsgüter mehr als die einheimischen gefragt (Steinbach 2007, S. 18f). Dies wirkte sich nachteilig auf die osmanische Wirtschaft aus. Die Staatseinnahmen verringerten sich spürbar. Zusätzlich erweiterten die europäischen Regierungen ihre Privilegien auf weitere Bereiche wie z. B. Gewinn Garantien für Investoren beim Eisenbahnbau.

Das ausländische Kapital spielte eine immer größere Rolle im Wirtschaftsbereich. Nach dem Krimkrieg nahm der osmanische Staat Kredit im Ausland auf, um das Militär zu modernisieren. Die Zinsen waren hoch; einige Jahre später konnte der Kredit nicht mehr bedient werden. Dies führte 1875 zum Staatsbankrott. Eine anschließende Umschuldung verschlimmerte die Lage noch. Ab 1881 verwaltete eine Kommission der ausländischen Gläubiger die Staatseinnahmen des osmanischen Staates, d. h. der Staat hatte einen wesentlichen Teil seiner Souveränität eingebüßt.

Ein Teil der osmanischen Elite war über die wirtschaftliche und politische Entwicklung des Reiches beunruhigt. Die Furcht, ihre eigenen Privilegien zu verlieren, dürfte dabei auch eine Rolle gespielt haben. Die rechtliche Gleichstellung der nichtmuslimischen Untertanen – Griechen, Armenier, aramäischsprachige Christen und Juden – erlaubte es ihnen, sich im wirtschaftlichen Bereich frei zu entfalten. Dies könnte evtl. zu Ungunsten der Muslime geschehen. Außerdem war man sich aufgrund der nationalen Unabhängigkeitsbestrebungen der Treue und Loyalität der christlichen Untertanen nicht sicher. Auch die starke Einmischung der Großmächte in

die inneren Angelegenheiten des Staates war ein Dorn im Auge der elitären Kreise.

Im Jahr 1865 gründeten sie eine Geheimorganisation, die sich Neuosmanen oder Jungosmanen nannte. Ihr Ziel war die Modernisierung des Staates. Als wichtige Voraussetzung dafür betrachteten sie die Einführung einer Verfassung. In ihrem politischen Programm strebten die Konstitutionalisten eine Synthese des Islams mit politischen und kulturellen Reformen an. Im Osmanismus oder Ottomanismus sollten u. a. die Minderheitenrechte abgeschafft werden; alle Untertanen sollten ohne Ausnahme Osmanen sein und jede separatistische Bewegung verboten werden. Politisch konnten die Neuosmanen nicht viel erreichen. Mit ihrem Programm legten sie aber den Grundstein für den späteren türkischen Nationalismus (Käufeler 2002, S. 134f).

Während der ganzen osmanischen Zeit hat es immer wieder Bevölkerungsverschiebungen gegeben. Aus verschiedenen Regionen Griechenlands wie Peloponnes im Süden, Epirus, Makedonien und Thrakien im Norden und von den Ägäisinseln wanderten im 17. und 18. Jh. verstärkt Griechen nach Kleinasien aus und ließen sich hauptsächlich an der Ägäisküste, am Marmarameer und in der Region Bithynien im Nordwesten nieder. Die Stadt Smyrna zog viele Griechen an. Der Hafen war, gefolgt von Konstantinopel und Thessaloniki, der größte und wichtigste Handelshafen und Warenumsschlagplatz des Osmanischen Reiches. Die Karawanen aus China und Indien brachten die so genannten „Kolonialwaren“ dorthin. Aber auch Wolle, Baumwolle, Seide, Rosinen, Feigen und Rohrtabak wechselten den Besitzer. Schiffe aus Venedig, Genua, Frankreich, den Niederlanden, England usw. lieferten ihrerseits Manufakturprodukte wie Eisenwaren, Zucker, Reis, Kaffee und weitere.

Ein wichtiges Handelszentrum im Landesinneren war die Stadt Bursa. Auch dort ließen sich viele Griechen nieder. In der Gegend wurde hauptsächlich Seide, aber auch Baumwolle hergestellt, gefärbt und zu Stoffen verarbeitet.

Die Hafenstadt Smyrna wurde 1866 durch eine Eisenbahn mit der Stadt Aydin/Aidini im Südwesten der Ägäisküste verbunden. Aydin war ganz

in der Nähe der antiken Stadt Tralles gebaut worden. Knapp zehn Jahre später wurde der Hafen von Smyrna erweitert. Die Stadt war ein wichtiger Umschlagplatz für den Handel, vor allem für den Ex- und Import. Die politischen und ökonomischen Voraussetzungen an der Ägäisküste Kleinasiens waren günstig, um Arbeit zu finden.

In der zweiten Hälfte des 19. Jhs. fand erneut eine starke Auswanderung aus verschiedenen Regionen Griechenlands – hauptsächlich aus der Peloponnes und den Kykladen – in Richtung der Ägäisküste Kleinasiens und nach Ägypten statt. Der britische Offizier Wilson schätzte die Zahl der Griechen, die zwischen 1840 und 1880 nur von den Inseln in die Gegend von Smyrna eingewandert waren, auf ca. 200 000. Auf dem Lande wohnten sie entweder in rein griechischen oder gemeinsam mit Türken in gemischt bewohnten Ortschaften. Die Bevölkerung in den größeren Städten war multiethnisch. Smyrna wuchs zu einer kosmopolitischen Stadt an. Es gab eine großbürgerliche Klasse.

Landwirtschaft und Manufakturen waren für die Griechen zuerst nicht sehr attraktive Arbeitsfelder. Sie waren im Handel, vor allem im Gütertransport über den Seeweg und im Im- und Export tätig. Die Konkurrenz zu den französischen und englischen Unternehmen war groß. Ab etwa 1890 war der Einfluss der deutschen Wirtschaft im Osmanischen Reich beträchtlich. Österreichische Unternehmen waren ebenfalls sehr aktiv. Andere Arbeitsfelder waren das Bankwesen (vor allem in Konstantinopel) oder die Ausübung selbstständiger Berufe wie Arzt, Rechtsanwalt, Ingenieur usw.

In Zentralkleinasien wohnten in den Regionen Kappadokien und Karamanien türkischsprachige Griechen, die griechisch-orthodox waren (Karamanlides). Texte schrieben sie in türkischer Sprache, aber mit griechischen Buchstaben. Aufgrund von Seuchen und Erdbeben verließen etliche von ihnen die Region und zogen nach Konstantinopel oder an die Schwarzmeerküste bzw. nach Pontos. Viele von ihnen waren Tabakhändler. Aus Samsun wurde Rohrtabak exportiert. Gute Arbeitsmöglichkeiten bot auch die Werft im Hafen von Sinope. Um den Schiffsbau voranzutreiben, gewährte der osmanische Staat den Schiffseignern und Handwerkern Steuervorteile. Griechen von der Ägäisküste Kleinasiens oder von den Ägäisinseln

kamen nach Sinope. Die Pontosgriechen selbst zogen nach Konstantinopel, Kappadokien, Bithynien, Mesopotamien, Armenien, Georgien, Kaukasus und auf die Krim. Sie arbeiteten in der Landwirtschaft oder im Bergbau, wie z. B. in Kappadokien.

3.6 Gesellschaft, Kirche, Wirtschaft und Schulwesen im Pontos

Die Griechen waren wie die anderen Minderheiten im Osmanischen Reich in Gemeinden organisiert. Die Gemeinden waren Träger und Herz des gesellschaftlichen, kulturellen und religiösen Lebens. Sie hatten ihren Platz im Rahmen eines hierarchischen Systems, an dessen Spitze das Patriarchat stand. In Kleinasien betreuten 26 Metropolen 1315 griechische Gemeinden. Mit den Reformen Mitte des 19. Jhs. wurden die Sonderrechte der Kirchen und Gemeinden bestätigt. Außerdem wurde auch der Rechtsstatus der Gemeinden festgelegt. Der Ältestenrat verwaltete die Gemeinde. Die Ratsmitglieder mussten osmanische Untertanen sein, gewählt von der Vollversammlung der volljährigen männlichen Mitglieder. Die Teilnahme an der Vollversammlung war nicht obligatorisch. Es gab bei der Wahl auch keine Mindestteilnehmerzahl, um sie abhalten zu dürfen. Nicht festgelegt waren u. a. die Dauer der Amtszeit und die Zahl der Ratsmitglieder oder deren Mindestalter. Diese Teilaspekte waren flexibel und konnten den Gegebenheiten jeder Gemeinde angepasst werden. Die Auslegung dieser Aspekte führte manchmal zu Spannungen und Konflikten unter den Gemeindemitgliedern, dem Klerus, den Fraktionen und den Honoratioren. Dies war z. B. Ende des 19. Jhs. der Fall in Trapezunt.

Große Macht und Einfluss hatte der Klerus. Er war der Mittelpunkt der Gemeinde, seine Autorität war unangefochten. Er vertrat auch die Gemeinde gegenüber dem osmanischen Staat. Die Gemeinden eines osmanischen Verwaltungsbezirks unterstanden administrativ dem zuständigen muslimischen Bezirksvorsteher. Er wurde von einem Rat, dessen Mitglied auch der Metropolit als Vertreter der Griechen war, in seiner Arbeit unterstützt.

Für die Kirchenangelegenheiten waren der Kirchenbeirat und für die Schulangelegenheiten der Schulbeirat zuständig. Sie trafen ihre Entscheidungen zusammen mit dem Priester bzw. dem Ältestenrat (IEE 1977, Bd. XIII, S. 435). Sowohl Kirchen- als auch Schulbeirat kooperierten sehr eng mit dem Metropoliten. Die Kirche unterstützte finanziell sehr stark den Bau und den Betrieb der Schulen. Anfang des 20. Jhs. gab es im Pontos 1327 Kirchen, 26 Klöster und 1459 Geistliche.

Trapezunt hatte neun Kirchengemeinden. Der Ältestenrat verwaltete sie zusammen mit dem Metropoliten. Bis etwa Mitte des 19. Jhs. gab es in der Stadt die Einrichtung der „Zivilen Kasse“. Dadurch sollte das Eintreiben der öffentlichen Steuern erleichtert werden. Der Ältestenrat legte für jede Person die Höhe der zu entrichtenden Steuern fest. Berechnungsgrundlage waren die ausgeübte Arbeit und das Einkommen. Am Sonntag in der Kirche zahlte jeder Steuerpflichtige seine Steuer. Wer nachweislich nicht in der Lage war, den Betrag zu entrichten, wurde davon befreit. Die Wohlhabenden übernahmen dann seinen Anteil. Die Steuerpflichtigen mussten selbst angeben, wie viel sie verdienten. Falls sie falsche Angaben machten, drohte ihnen die Exkommunion. Als diese Maßnahme nicht mehr so abschreckend wirkte, führte der Ältestenrat Steuerlisten ein.

Zahlreiche Privatinitiativen unterstützten die Arbeit der Gemeindeverwaltung. Es wurden Vereine gegründet, die viele kulturelle und soziale Aufgaben übernahmen. Ende des 19. Jhs. gab es 37 Wohltätigkeits- und Kulturvereine im Pontos. Es gab sogar einen Schülerverein, der in der Stadt Ordu 1913 gegründet wurde.

Eine große Hilfe waren auch die Spenden wohlhabender Gemeindemitglieder, die ihr Geld oftmals im Ausland wie in Odessa, Alexandria oder Marseille verdient hatten. Mit dem Geld wurden Schulen, Kirchen, Waisen- oder Armenhäuser usw. finanziert.

Die Wirtschaft entwickelte sich in der zweiten Hälfte des 19. Jhs. gegenläufig. Während im Hinterland viele Menschen durch die Schließung der Bergminen keine Arbeit mehr hatten und die Region deshalb verließen, erlebte der Küstenstreifen einen Aufschwung. Der Grund dafür war der Handel. Die Im- und Exporte wurden von den Häfen im Pontos abgewi-

ckelt. Der größte Hafen war Trapezunt, gefolgt von Samsun, Giresun, Ordu, Sürmene/Sourmena usw.

Der Handel profitierte von der politischen Entwicklung in Russland. Russland hatte den Verbindungsweg Russland-Persien über den Kaukasus von 1883 bis 1906 gesperrt. Es blieb nur die westliche Verbindung Trapezunt-Erzurum-Täbris/Tauris. Dadurch wurde der gesamte Handel über den Hafen von Trapezunt abgewickelt.

Produziert und ausgeführt wurden Olivenöl, Wein, Reis, Getreide, Obst, Haselnüsse, Seide, Tabak, Hanf usw. Da es im Pontos ausgedehnte Wälder gab, wurde auch mit Holz gehandelt. Werften und Gebäudebau benötigten große Mengen davon. Die Ausfuhr ging nach Persien, Russland, Frankreich usw. Samsun war der Haupthafen für den Export von Rohtabak. Die Importwaren kamen aus England, Persien, Frankreich, Russland, der Schweiz und Griechenland. Der Wert der Importe überstieg den Wert der Exporte.

Importiert wurden u.a. auch industrielle Massenproduktionen. Da diese Produkte billiger waren als die einheimische Produktion, führte deren Import zum Niedergang der Manufakturen im Pontos. Die Fischerei hatte auch zum Aufschwung beigetragen. Die griechische Handelsflotte stand an dritter Stelle.

Der griechische Staat erkannte die wirtschaftliche Bedeutung des Pontos und eröffnete Anfang des 20. Jhs. neben dem Konsulat in Trapezunt, das bereits seit 1849 existierte, auch eine konsularische Vertretung in Samsun. Auch die Bank von Athen interessierte sich für die Region und eröffnete in Trapezunt eine Filiale. Es gab noch vier weitere Banken. Drei gehörten griechischen Familien aus Trapezunt und die vierte war eine Filiale der Banque Ottomane (Fotiadis 2015, S. 38).

Das 19. Jh. ist u.a. durch die Bildung von Nationalstaaten und die Entstehung eines Nationalbewusstseins der Völker gekennzeichnet. Das Verhältnis der Nationalstaaten untereinander war oft von Machtkämpfen und Interessenkonflikten geprägt. Wenn eine Nation sich gegenüber den anderen behaupten oder sie sogar übertreffen wollte, musste sie u.a. dafür

sorgen, dass ihre Angehörigen eine gute Schulausbildung bekamen. Bildung war der Schlüssel zum beruflichen Erfolg und zum sozialen Aufstieg.

Dies erkannten der Patriarch von Konstantinopel, Gregor VI., und die griechische Oberschicht der Neofanarioten. Um die orthodoxen Priester auszubilden, errichtete der Patriarch 1839 im Stadtteil Fanar in Konstantinopel eine theologische Schule (Priesterseminar). Fünf Jahre später wurde die Schule auf die Prinziinseln in das Gebäude des Klosters Hl. Dreieinigkeit (Priesterseminar von Chalki) verlegt. In Trapezunt gab es Anfang der 1870er Jahre auch für kurze Zeit ein Priesterseminar.



Die Kirche des Hl.Nikolaos in Kerasounta.
Postkarte, Anfang des 20. Jahrhunderts

In dem Zeitraum von 1836-1846 wurden unter Aufsicht des Patriarchats die Bildungspläne für die griechischen Schulen im Bereich des Osmanischen Reiches ausgearbeitet. Die Unterrichtsfächer, die Inhalte, die Schulbücher, das Programm usw. wurden festgelegt. Die Bildungspläne und die Schulstufen waren obligatorisch für alle griechischen Schulen.

Vorgesehen war auch der Bau von funktionalen Schulgebäuden, ausgestattet mit Bibliotheken sowie Räumen für Physik-, Biologie- und Musikunterricht. Das entsprechende Anschauungsmaterial sollte angeschafft werden. Ferner durften nur kompetente und fähige Lehrkräfte eingestellt werden. Alle Kinder sollten die Schule besuchen. Besondere Aufmerksamkeit wurde dem Schulbesuch der Mädchen zuteil. Der Gedanke war, dass eine gebildete Mutter ihre Kinder besser erziehen würde. Außerdem gebe sie die griechische Sprache an ihre Kinder weiter, und die Sprache sei bekanntlich von immenser Bedeutung für die Identität eines Menschen. Die erste Mädchenschule wurde 1846 in Trapezunt eröffnet.

Ein weiteres Ziel war die Früherziehung. Dieses konnte durch die Einrichtung von Kindergärten erreicht werden. Sowohl die griechische Sprache und Kultur als auch andere Fächer wie Türkisch, Französisch und Rechnungswesen gehörten zum Bildungsplan. Mädchen und Jungen sollten auf die neuen Herausforderungen der Gesellschaft vorbereitet werden. Zuständig für den Bau und den Unterhalt der Schulgebäude und die Gehälter der Lehrkräfte waren die Gemeinden. An Sonntagen sammelte man in der Kirche Geld. Wer nicht über finanzielle Mittel verfügte, stellte seine Arbeit unentgeltlich zur Verfügung. Die Kirchen und die Reichen halfen durch Spenden.

Zu den ältesten Schulen im Pontos gehörten eine Schule in Sinope (1675), das Frontistirion in Trapezunt und die Allgemeinschule in Argyroupoli. Letztere hatte der Bischof von Chaldia um 1730 errichten lassen. Sie war gut hundert Jahre in Betrieb. Im Jahr 1871 wurde dort eine neue Schule eröffnet. Um den Bau mitzufinanzieren, veräußerte die Kirche einen Teil der silbernen Weihgeschenke der Gläubigen.

Das Frontistirion wurde 1682 von Sevastos Kyminitis gegründet (IEE 1975, Bd. XI, S. 231 und IEE 1977, Bd. XIII, S. 435f). Es war ein Gymna-

sium mit Aufbauzweig für höhere Studien. In den ersten Jahrzehnten des folgenden Jahrhunderts versank es aber in Bedeutungslosigkeit. Für seine Reorganisation sorgten 1776 durch finanzielle Unterstützung die in Konstantinopel lebenden pontosgriechischen Familien Ypsilantis und Mouzouris. Mitte des 18. Jhs. eröffnete ein Mönch in Trapezunt eine andere Schule, die nach ihm benannt wurde, „die Schule von Nikodimos“. Sie existierte bis 1817, dann wurde das Frontistirion wieder aktiviert. Bis 1843 hatte die Schule nur zwei Mittelstufenklassen. Zwanzig Jahre später war sie vollständig mit sechs Mittelstufenklassen ausgestattet. Etwa 200 Schüler besuchten die Schule. In allen Mittelstufenschulen Trapezunts waren insgesamt 700 Mädchen und Jungen eingeschrieben. Viele Absolventen des Frontistirions studierten Pädagogik in Athen und arbeiteten dann selbst als Lehrkräfte in ihrer ehemaligen Schule. Die Schule war offen und aufgeschlossen neuen pädagogischen Methoden gegenüber. Von 1899-1902 wurde ein neues, vierstöckiges Schulgebäude mit Räumlichkeiten für viele Schulklassen gebaut. Etwa hundert Griechen aus Trapezunt, von denen manche im Ausland lebten, unterstützten den Bau finanziell. Integriert waren eine Grundschule, eine Mittelstufe und ein Gymnasium. Im ersten Betriebsjahr nahm das neue Frontistirion 730 Schüler auf. Das Abitur wurde von der Athener Universität als gleichwertig mit dem Abitur der Schulen in Griechenland anerkannt. Das Frontistirion und zwei weitere Schulen in Konstantinopel und Smyrna waren die wichtigsten griechischen Bildungseinrichtungen in Kleinasien. Die Absolventen dieser Schulen konnten z. T. ohne Aufnahmeprüfung an der Athener Universität studieren.

Der Besuch der Schule war in manchen ländlichen Bergregionen aufgrund der Entfernungen und der Witterung schwierig. Oft mussten die Kinder große Strecken zu Fuß zurücklegen, was bei schlechtem Wetter eine große Herausforderung darstellte.

Problematisch war die Arbeit in den Schulen im Westpontos, weil die meisten Griechen dort türkischsprachig waren. Sie schrieben die türkischen Texte mit griechischen Buchstaben. Beherrschte die Lehrkraft nur die griechische Sprache, waren die Verständigung und der Unterricht schwie-

rig. Die Schulbücher wurden entweder aus Griechenland bezogen oder in Kleinasien gedruckt. Allein in Smyrna gab es zehn griechische Druckereien.

Griechen aus Kleinasien gründeten 1891 in Athen den Verein „Anatoli“ (Osten, Orient). Der Verein verfolgte das Ziel, Verbindungen zwischen Griechenland und den Griechen in Kleinasien herzustellen, um die griechisch-orthodoxe Religion, die Kultur und vor allem die Sprache zu fördern. Er sollte auch ein Gegengewicht zu der Missionierung der katholischen und der protestantischen Kirche sein. Nach Einschätzung des Vereins waren die türkischsprachigen Griechen besonders anfällig dafür, eine neue Konfession anzunehmen. In Kleinasien hatten protestantische amerikanische Missionare in einigen Städten (auch im Pontos) Schulen errichtet. Etwa 2500 bis 3000 Pontosgriechen konvertierten und wurden Protestanten. Um die zukünftigen Lehrer und Priester auf ihre Arbeit in Kleinasien vorzubereiten, wurde im Jahr 1900 auf der ostägäischen Insel Patmos ein Lehrer- und Priesterseminar eingerichtet. Auch eine Zeitschrift „Xenophanis“ wurde bis 1910 herausgegeben. Die Inhalte bezogen sich auf die Geschichte, Archäologie, Bildung und Wirtschaft Kleinasiens. Zweige des Vereins wurden 1905 in Kairo und 1906 in Alexandria gegründet.

Anfang des 20. Jhs. gab es im gesamten Pontos 1229 Grund- und Mittelschulen und Gymnasien; ca. 80 000 Schülerinnen und Schüler besuchten diese Schulen und wurden von 1236 Lehrkräften unterrichtet. Manche griechische Schulgebäude von damals, darunter auch das Frontistirion, werden heute im Pontos und in anderen türkischen Regionen immer noch als Schulen genutzt (Koromila 2001, S. 357, und Efstathiadou 2018, S. 292).

Nach den Reformen im Osmanischen Reich war es möglich, Zeitungen und Zeitschriften herauszugeben. Die griechischsprachige Presse war im Pontos Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts zahlreich vertreten. Zwischen 1880 und 1920 waren 29 Zeitungen und sieben Zeitschriften im Umlauf. Es gab keine Tagespresse; die Zeitungen erschienen in der Regel wöchentlich und die Zeitschriften wöchentlich, zweiwöchentlich oder monatlich. Die Hochburg der Presselandschaft war Trapezunt, aber auch andere Städte wie Samsun, Giresun, Ordu, Sürmene, Erzincan/Erzingian, Merzifon/Merzifounta usw. hatten ihre Lokalpresse.



Die griechische Schule Frontistirion in Trapezunt.
Postkarte um 1900

Zuerst erschien in Trapezunt 1880 die Zeitschrift „Euxeinos Pontos“ (Schwarzes Meer), gefolgt von „Astir tou Pontou“ (Stern von Pontos). Es gab verschiedene Zeitungen wie „Epochi“ (Epoche), „Faros tis Anatolis“ (Leuchtturm von Anatolien), „Fos“ (Licht), „Komninoi“ (Komnenen, genannt nach dem byzantinischen Herrschergeschlecht von Trapezunt) usw. Große Auflage genoss die Zeitung „Argonaut“. Sie erschien in Batum, wo viele geflohene Pontosgriechen Zuflucht gefunden hatten. Da Batum außerhalb des Osmanischen Reiches lag, konnten die Journalisten frei berichten. Die Zeitung erreichte die pontischen Gemeinden von der Ukraine über die Krim bis Aserbeidschan und Armenien. Bis 1918 wohnten in diesen Gebieten über 600 000 Griechen.

3.7 Sultan Abdülhamid II. und der Berliner Kongress 1878

Abdülhamid II. bestieg als Sultan 1876 den Thron. Seine Herrschaft war despotisch, absolutistisch, zentralistisch und repressiv (Käufeler 2002, S. 137f). Er legte Wert auf den Panislamismus und das Kalifat, d. h. seine Rolle als Oberhaupt aller vereinigten Muslime weltweit. Er begünstigte die muslimischen Untertanen und benachteiligte die Nichtmuslime.

Im 19. Jh. waren die Auflösungserscheinungen des Osmanischen Reiches („des kranken Mannes am Bosphorus“) nicht mehr zu übersehen. In Südosteuropa versuchten die verschiedenen Nationen, sich von der osmanischen Herrschaft zu befreien und eigene Nationalstaaten zu gründen. Jede Nation strebte nach einer maximalen Territorialexpansion. Die Serben wollten alle südslawischen Völker zu einem Großserbien vereinigen, die Bulgaren träumten von einem Großbulgarien, und in Griechenland verfolgte man die „Megali Idea“ (Große Idee). Ein Aspekt dieser Ideologie war der utopische Plan von der Wiedererrichtung eines Teils des Byzantinischen Reiches. Die Konflikte und der Streit unter den Nationen waren also programmiert.

Dazu kamen die Großmächte, die eigene Interessen verfolgten. Das Kaiserreich Österreich-Ungarn z. B. war gegen die Bildung eines Großserbiens, weil es selbst Ambitionen in Südosteuropa hegte. Eins seiner Ziele war der Hafen von Thessaloniki. Russland propagierte den Panlawismus, d. h. die Vereinigung aller Slawen unter seiner Führung.

Im Sommer 1875 kam es in Herzegowina zu einem Aufstand gegen die Osmanen (Momsen 1993, S. 26f). Die Landbevölkerung protestierte gegen die Ausbeutung und die miserablen Lebensbedingungen. Bosnien schloss sich dem Aufstand an. Im Frühjahr 1876 kam es auch in Bulgarien zu einem Aufstand.

Im Sommer 1876 erklärte Serbien dem Osmanischen Reich den Krieg. Montenegro schloss sich Serbien an. Im Herbst wurden die Kriegshandlungen eingestellt und der Waffenstillstand unterzeichnet. Um den Konflikt beizulegen, fand in Konstantinopel eine internationale Botschafterkonferenz statt. Am 23. Dezember 1876 präsentierte die osmanische Regierung

im Auftrag des Sultans die erste Verfassung der osmanischen Geschichte. Die Verfassung bestätigte und bekräftigte nochmals die rechtliche Gleichheit aller Untertanen. Die Rede war jetzt nur von Osmanen. Das Eigentumsrecht und die individuelle Freiheit der Untertanen wurden garantiert. Der Islam blieb weiterhin die Staatsreligion.

Im März 1877 wurde das Londoner Abkommen verabschiedet. Darin forderten die Großmächte den Sultan auf, die von ihm selbst vorgenommenen Reformen umzusetzen. Die betreffenden Konsuln sollten die Durchführung überwachen. Der Sultan lehnte dies ab. Daraufhin erklärte Russland dem osmanischen Staat den Krieg. Es gab wieder zwei Fronten: im Osten im Kaukasus und im Westen in Südosteuropa. Im Osten besetzte Russland die Hafenstadt Batum am Schwarzen Meer und Teile Armeniens mit den Städten Kars, Ardahan und Pajasad (Bayazid). Im Westen marschierte die russische Armee über Rumänien, Bulgarien und Thrakien bis sie Ende Januar 1878 am Marmarameer ankam. Es wurde ein Waffenstillstandsabkommen unterzeichnet, das den Russen erlaubte, bis San Stefano/Yesilköy, einem Vorort von Konstantinopel, vorzurücken. Anfang März wurde der Frieden von San Stefano geschlossen.

Die Vertragsbestimmungen waren für die britischen Interessen inakzeptabel. Der Vertrag musste daher aus britischer Sicht dringend revidiert werden. Durch Londons intensive diplomatische Bemühungen fand im Juni und Juli in Berlin der Berliner Kongress unter Bismarcks Vorsitz statt (Momsen 1993, S. 36f). Serbien, Rumänien und Montenegro wurden unabhängige, souveräne Staaten. Ein Teil Bulgariens gewann seine Autonomie, war aber dem Sultan gegenüber tributpflichtig. Österreich besetzte Bosnien und Herzegowina und versperrte Serbien den Weg in Richtung Dalmatien. Russland behielt Batum, Ardahan und Kars und gab dem osmanischen Staat das Gebiet um Pajasad und das Tal von Alaschkert in Westarmenien zurück.

Nach dem Kongress waren die verschiedenen Staaten in Südosteuropa unzufrieden, enttäuscht und frustriert. Sie konnten ihre nationalen Pläne nicht realisieren und fühlten sich ungerecht behandelt. Das „Pulverfass“ Balkan hatte seinen Anfang genommen. Es führte später zu den Balkankriegen und schließlich zum Ersten Weltkrieg.

Nach dem Berliner Kongress konnte Russland die Provinzen Kars und Ardahan behalten. Sie wurden zu einem Verwaltungsgebiet zusammengelegt. Ein russischer Statthalter war für die Amtsgeschäfte zuständig. Die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung dort war muslimisch.

In dem russisch-osmanischen Krieg 1877/78 war die russische Armee bis Erzurum vorgerückt. Gemäß dem Friedensvertrag musste sie sich aus der Region zurückziehen. Aus Furcht vor Repressalien seitens der osmanischen Behörde und der muslimischen Bevölkerung folgten ihr Tausende Pontosgriechen und Armenier. Die Furcht war begründet. Nach dem Abzug der russischen Einheiten kam es zu Übergriffen gegen die Christen. Die Fluchtbewegung setzte sich in den nächsten Jahren fort (Fotiadis 2015, S. 74).

Um die demografische Zusammensetzung der Bevölkerung in den beiden Provinzen Kars und Ardahan zugunsten des christlichen Russlands zu verändern, betrieben die Russen ab Sommer 1878 eine gezielte Christianisierung der Region. Sie verfolgten die Muslime und siedelten Tausende von Christen an. Dabei spielte deren Nationalität keine Rolle. Pontosgriechen, Armenier, Russen, Georgier usw. waren willkommen.

Russische Agenten warben bei den Griechen im Pontos um die Umsiedlung. Die Angst vor Racheakten seitens der Muslime und die Hoffnung auf ein besseres, freies Leben sollen bis zu 100 000 Pontosgriechen veranlassen haben, ihre Häuser zu verlassen. Vergeblich versuchte die griechische Kirche, sie davon abzuhalten. Manche erreichten per Schiff die Krim und das östliche Schwarze Meer. Sie gründeten dort neue Siedlungen und ließen sich nieder. Die meisten aber zogen in die Gegend von Kars, Ardahan, Sarikamis und Oltys. Sie gründeten neue Dörfer oder sie bezogen verlassene muslimische Häuser. Manche Ortschaften bewohnten sie gemeinsam mit Kurden oder Armeniern. Bis zu 76 Dörfer und sechs kleine Städte sollen sie bewohnt haben. Sie lebten von der Land- und Viehwirtschaft.

Zar Alexander II. wurde 1881 ermordet. Danach bestimmten sehr konservative Kräfte die Politik Russlands. Das bekamen die nicht-russischen Nationalitäten u. a. auch in Kars und Ardahan zu spüren. In den Schulen wurde nach den russischen Lehrplänen und nur auf Russisch unterrichtet.

Die Verwaltung hatte sogar versucht, den Pontosgriechen die ausschließliche Verwendung der russischen Sprache bei der Alltagskommunikation aufzuzwingen, allerdings erfolglos. Die Lage in Russland entspannte sich nach der Sozialrevolution 1905. Die russische Politik anderen Nationalitäten gegenüber wurde toleranter.

3.8 Das Kaiserreich Deutschland und das Osmanische Reich

Nach den militärischen Niederlagen fasste der Sultan den Plan, die Armee nach europäischem Vorbild zu reformieren. Als militärischer Kooperationspartner kam von allen Großmächten nur Deutschland in Frage, weil Deutschland als einziges Land keine Ansprüche auf osmanische Gebiete erhob. Außerdem hatte das osmanische Heer Erfahrungen mit den preußischen Militärausbildern in den 1830er Jahren gemacht.

Abdülhamid bat die deutsche Regierung, eine Militärmission zu entsenden. Generalmajor Colmar von der Goltz hatte als ehemaliger Instrukteur der preußischen Militärakademie die besten Voraussetzungen, diese Aufgabe zu übernehmen. Er ging 1883 nach Konstantinopel (Gottschlich 2015, S. 48f). Goltz blieb zwölf Jahre in Konstantinopel. Der Erfolg der Militärmission hielt sich in Grenzen.

Goltz war aber nicht nur ein Reformator und Organisator des Militärs, sondern zusammen mit den anderen deutschen Offizieren auch ein Vertreter der politischen, militärischen und ökonomischen Interessen Deutschlands im Osmanischen Reich.

Auf ökonomischer Ebene war er der verlängerte Arm der deutschen Rüstungsindustrie im osmanischen Staat (Richter 2013, S. 26). Das Osmanische Reich geriet, was die Landstreitkräfte anbetraf, in militärische Abhängigkeit von Deutschland.

Die Hamburger Schiffswerftgesellschaft Blohm und Voss versuchte zusammen mit anderen Werften aus Deutschland, vor dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges Kriegsschiffe an die osmanische Regierung zu verkaufen. Sie konnten sich allerdings gegen die britische Konkurrenz nicht durch-

setzen. Blohm und Voss unternahm während des Ersten Weltkrieges erneut einen Versuch, eine Werft im Osmanischen Reich zu bauen. Er blieb ebenfalls erfolglos, obwohl die Firma die Unterstützung des damaligen Kriegsministers in Konstantinopel, Enver Pascha, hatte.

Wilhelm II. wurde 1888 Deutscher Kaiser. Er hatte bezüglich der Orient-Politik eine andere Auffassung als Bismarck. Letzterer hatte Deutschland aus den Konkurrenzkämpfen der anderen Mächte herausgehalten. Es war in seinem Interesse, das politische Gleichgewicht aufrechtzuerhalten. Wäre dies gestört und käme es zu einem Krieg, dann wäre Deutschland sehr wahrscheinlich auch beteiligt, was er unbedingt vermeiden wollte. Wilhelm II. träumte jedoch von einer deutschen Weltmacht, und das Osmanische Reich spielte eine wichtige Rolle in seinen Träumen. Bismarck passte nicht mehr in seine Pläne; er musste 1890 zurücktreten (Momsen 1993, S. 107f).

Englands Weltherrschaft basierte auf der Kriegsflotte und den Kolonien. Vor allem Indien war von immenser wirtschaftlicher Bedeutung. Wilhelm II. ließ in Deutschland Kriegsschiffe bauen und engagierte sich sehr im Orient. Kaum hatte er den Thron bestiegen, besuchte er 1889 den Sultan. Sein zweiter Besuch erfolgte knapp zehn Jahre später. Er blieb nicht nur in Konstantinopel, sondern setzte seine Reise fort nach Jerusalem und Damaskus; beide Städte waren damals osmanisch. In Damaskus besuchte er das Grabmal des Sultans Saladin, der 1187 Jerusalem von den Kreuzrittern zurückerobert hatte, eine Geste mit stark symbolischem Charakter. Am Abend hielt Wilhelm II. eine Rede, bei der er sich als „Freund und Beschützer“ von 300 Mill. Muslimen weltweit bezeichnete (Hosfeld 2009, S. 60).

Deutschland hatte nicht nur militärisch-strategische Interessen wie z. B. den Weiterbestand des osmanischen Staates als Gegengewicht zu Russland sondern auch wirtschaftliche Interessen im Osmanischen Reich. Abgesehen von den Rüstungsexporten gab es noch eine ganze Menge aus dem Land zu holen, wie Bodenschätze, landwirtschaftliche Produkte, den Aufbau der Infrastruktur, Telegrafbau usw. Das wichtigste Projekt war der Bau der Bagdad-Bahn, einer Eisenbahnlinie, die Konstantinopel mit Bagdad verbinden sollte – eine Strecke von etwa 1600 km. Ein deutsches Konsortium unter der Führung der Deutschen Bank, deren Vorstandssprecher Georg von Siemens

war, bekam von der osmanischen Regierung den Auftrag (Gottschlich 2015, S. 58 und Fuhrmann in Köse 2015, S. 91f). Die Deutsche Bank hatte bereits 1882 eine Filiale in Konstantinopel errichtet. Die Eisenbahnlinie hatte eine doppelte Funktion. Sie sollte zum einen das Land wirtschaftlich erschließen und zum anderen im Kriegsfall den schnellen Transport der Truppen ermöglichen. Außerdem gehörten dem Konsortium die Bodenschätze, die sich links und rechts der Eisenbahnlinie jeweils in einer Entfernung von 20 km befanden. Der Bau begann 1903.



Das Kaiserdeutschland und die Jungtürken.
Postkarte. Anfang des 20. Jahrhunderts

3.9 Das Komitee Einheit und Fortschritt

Abdülhamid nutzte die Unruhen und die Instabilität des Kriegsjahres 1878, um die vor knapp zwei Jahren eingeführte Verfassung außer Kraft zu setzen. Außerdem verbot er die Organisation der Neuosmanen.

Gegen die autokratische Herrschaft des Sultans formierte sich Opposition. Es waren Intellektuelle, die das Osmanische Reich modernisieren wollten. Vier Studenten der Militär-Medizinischen Fakultät gründeten Ende der 1880er Jahre den Geheimbund „Komitee für Einheit und Fortschritt“. Keiner von ihnen war türkischer Abstammung, es waren vielmehr ein Tscherkese, ein Albaner und zwei Kurden. In den folgenden Jahren schlossen sich auch andere Konstitutionalisten an. Der Geheimdienst des Sultans kam dahinter und das Komitee flog 1897 auf. Viele flohen nach Europa, die meisten nach Paris und London, wo bereits früher geflüchtete Neuosmanen lebten. In Paris setzten sie ihre Aktivitäten fort. Als Ziele gaben sie die Wiedereinführung der Verfassung von 1876 und die Errichtung eines Staates an, in dem die Bürger nach den Prinzipien Gleichheit, Freiheit, Gerechtigkeit und Einheit leben sollten. Der Osmanismus wurde von ihnen aber nationalistisch als Dominanz der Türken ausgelegt.

In Paris gaben sie eine Zeitschrift mit dem Titel „Jungtürken“ heraus. Nach diesem Titel wurden auch die Neuosmanen außerhalb des Osmanischen Reichs benannt.

3.10 Der griechisch-osmanische Krieg von 1897

Als der griechische Staat 1830 gegründet wurde, gehörte Kreta nicht dazu. Auf der Insel kam es in den folgenden Jahrzehnten immer wieder zu Aufständen gegen die osmanische Regierung. Das Ziel war zuerst die Befreiung und dann die Vereinigung mit Griechenland. Die Massaker an den Armeniern von 1894 - 1896 in Kleinasien lenkten die Aufmerksamkeit der Großmächte wieder auf das Schicksal der unterdrückten Völker im Osmanischen Reich. Die Kreter fanden den Zeitpunkt passend, um erneut zu revoltieren. Während des Aufstandes 1895/96 kam es zu Plünderungen und Ausschreitungen gegen die griechische Bevölkerung. Zivilisten wurden erschlagen, Kirchen und Häuser zerstört und niedergebrannt. Anfang 1897 eskalierte die Lage, als die Aufständischen die Vereinigung Kretas mit Griechenland proklamierten. In Westkreta kam es erneut zu Massakern gegen die

Griechen. Im April 1897 erklärte Griechenland dem Sultan den Krieg. Die Front verlief an der damaligen Grenze zu Thessalien in Zentralgriechenland (Immig 2015, S. 399f). Der Krieg dauerte etwa vier Wochen und endete mit einer katastrophalen Niederlage der griechischen Armee, weil deren Zustand bereits seit Jahren desolat war. Unter Vermittlung der Großmächte kam es zu einem Friedensvertrag. Außerdem musste Griechenland dem Osmanischen Reich eine hohe Entschädigungssumme zahlen. Kreta bekam den Autonomiestatus unter osmanischer Oberhoheit. Ein christlicher Gouverneur sollte die Insel zukünftig regieren.

Dieser Krieg hatte auch Auswirkungen auf die Lage der Griechen im Osmanischen Reich. Der türkische Chauvinismus erhielt Auftrieb. Negativ wirkte sich der Krieg auch auf die Bemühungen der Kryptochristen im Pontos um ihre Anerkennung als Christen aus. Seit Dezember 1896 hatten sie eine neue Initiative gestartet. Die Bedingungen aber waren jetzt aufgrund der Konflikte denkbar schlecht.

3.11 Die Jungtürken und der Militärputsch von 1908

Paris war die Zentrale der Jungtürken in Europa. Von hier aus koordinierten sie ihre Aktionen und betrieben Opposition gegen den Sultan. Politische Ziele waren u. a. die Wiedereinführung der Verfassung von 1876 und die Integrität des Staates. Was das letztere Ziel anbetraf, gab es zwei unterschiedliche Lager. In dem einen Flügel waren die osmanischen Liberalen, die eine Föderation anstrebten. Die verschiedenen Volksgruppen sollten eine begrenzte Autonomie erhalten. Anhänger des Komitees für Einheit und Fortschritt waren nicht nur Türken, sondern auch Griechen, Armenier, Juden, Araber, Kurden, Tscherkessen usw. Das liberale, föderative Modell kam bei den meisten Minderheiten gut an.

Zu dem anderen Flügel gehörten die Zentralisten. Sie waren der Ansicht, dass nur eine Zentralmacht in der Lage sei, das Reich zusammenzuhalten. Sie entwickelten einen starken Nationalismus, in dessen Mittelpunkt das Türkentum stand. Im Osmanismus, d. h. in einem Vielvölkerstaat, war

das Unterscheidungsmerkmal zwischen den verschiedenen Untertanen die Religion: Muslime und Nichtmuslime. Die Zentralisten unterschieden zwischen den Nationalitäten: Türken und Nichttürken. Der Türkismus wurde hervorgehoben. Man betonte die kriegerischen Fähigkeiten des türkischen Volkes, das es mit dem bloßen Schwert geschafft hatte, viele Länder zu erobern und ein großes Reich aufzubauen. Auch rassistische Elemente spielten eine Rolle. Da die Türken die anderen Völker militärisch besiegt hatten, waren sie ihnen wohl überlegen. Man sprach von der türkischen „Reinheit“, von der Vereinigung aller türkischen Stämme bis Mittelasien oder von einer Türkei der Türken.

Ein weiterer Stützpunkt der Zentralisten war Thessaloniki. Mehmed Talaat, 1874 in Edirne geboren, war ein bulgarischer Muslim (Hosfeld 2009, S. 63f). Er stammte aus kleinbürgerlichen Verhältnissen und arbeitete als Beamter im Telegrafenam. Als junger Mann schloss er sich dem verbotenen Geheimbund „Komitee für Einheit und Fortschritt“ an. Die Polizei verhaftete ihn und er musste für drei Jahre ins Gefängnis. Nach seiner Freilassung wurde er nach Thessaloniki strafversetzt, wo er weiter als Postbeamter tätig sein durfte. Er nahm Kontakt zu der Führung des Komitees in Paris auf und 1906 baute er zusammen mit ehemaligen Mitgliedern des Komitees eine neue Untergrundorganisation, die „Osmanische Freiheitsgesellschaft“, auf. Nur Muslime durften Mitglied werden. Talaat war der Stratege und Führer dieser Organisation. Im folgenden Jahr kam es zu einer Fusion mit dem Komitee in Paris, da dessen Ziele deckungsgleich waren. Talaat war der Sekretär der Inlandsorganisation.

Ihm gelang es, viele Offiziere niederen Ranges der osmanisch-makedonischen Armee für seine Organisation zu gewinnen, darunter auch Ismail Enver. Er kam 1881 in Konstantinopel zur Welt. Seine kleinbürgerliche, bosnisch-muslimische Familie stammte aus Sarajewo. Der Vater war türkischer Beamter und die Mutter Albanerin. Nach dem Besuch der Militärakademie wurde er nach Makedonien abkommandiert, um gegen die Bulgaren zu kämpfen.

Die osmanische Provinz Makedonien im Dreieck zwischen Griechenland, Serbien und Bulgarien war wegen des Zugangs zum Meer für Serbien

und Bulgarien strategisch sehr wichtig. Die griechischen Regierungen betrachteten wiederum Makedonien als eine noch nicht befreite Region Griechenlands. Alle drei Länder erhoben Anspruch auf dieses Gebiet.

Bulgarien war nach dem Berliner Kongress dem Sultan gegenüber tributpflichtig. Es strebte nach Unabhängigkeit und Ausdehnung seines Territoriums. Die Bevölkerung Makedoniens war sehr gemischt: Griechen, Türken, Bulgaren, Serben, Juden, Albaner usw. In den 1890er Jahren gründeten die Bulgaren bewaffnete Untergrundgruppen (Komitatschis), die das Ziel hatten, die Bulgarisierung der Bevölkerung zu betreiben. Gegen Widerwillige gingen sie sehr brutal vor. Eine solche Gruppe war die „Innere Makedonische Revolutionäre Armee“ (IMRO). Sie verübte 1903 in Thessaloniki einige Bombenanschläge, die den Auftakt zu einem Aufstand (Iinden-Aufstand) der bulgarischen Landbevölkerung in Makedonien bildeten. Die Revolte wurde vom osmanischen Heer blutig niedergeschlagen.

Griechenland und Serbien organisierten ebenfalls Gruppen von Freischärlern, deren Aufgabe das Zurückdrängen der Bulgaren war. Es gab auch noch osmanische Untergrundgruppen, die Vergeltungsanschläge verübten. Es war ein Guerillakrieg, der mit allen Mitteln geführt wurde.

Die Jungtürken in Makedonien griffen 1906 auf die osmanischen Banden zurück und statteten sie aus. Sie versorgten sie mit Waffen und einige junge Offiziere übernahmen deren Führung. Daraus entstanden irreguläre paramilitärische Sondereinheiten, die Fidajin (die sich selbst opfern). Sie übernahmen die „schmutzige“ Arbeit, u. a. die Beseitigung politischer Gegner durch Mord. Ismail Enver stieg zu einem anerkannten Bandenführer auf (Hosfeld 2009, S. 77f und Gottschlich 2015, S. 68f). Die Jungtürken fühlten sich in Makedonien so stark, dass sie einen Putsch gegen den Sultan durchführten.

Enver war in die Berge geflohen und rief zur Revolte gegen den Sultan auf. Teile der Armee schlossen sich ihm an. In mehreren Ortschaften kam es zu Unruhen unter der Zivilbevölkerung. Die Aufständischen stellten dem Sultan im Juli 1908 ein Ultimatum. Binnen 24 Stunden sollte er sich entscheiden, die Verfassung von 1876 wieder in Kraft zu setzen. Anderenfalls würde die Armee nach Konstantinopel marschieren. Der Sultan gab nach.

Der erfolgreiche Putsch wurde von den meisten Untertanen – unabhängig von ihrer Religion und ethnischen Zugehörigkeit – sehr begeistert aufgenommen. Es kam zu Verbrüderungsszenen zwischen den verschiedenen Volksgruppen und Konfessionen.

Im Pontos waren die Griechen, bis auf Trapezunt, davon ebenfalls sehr angetan. Dazu trug die taktische Vorgehensweise der Jungtürken bei. Als der osmanische Bürgermeister von Samsun zurücktrat, setzten die Jungtürken an seine Stelle einen wohlhabenden Griechen ein. Die Pressezensur wurde aufgehoben und neue Zeitungen erschienen. Die Honoratioren waren jedoch skeptisch. Sie konnten nicht einschätzen, welche Politik die Jungtürken weiter verfolgen würden. Der Patriarch von Konstantinopel, Ioakeim III., stand den Jungtürken zurückhaltend bis ablehnend gegenüber.

Talaat und Enver waren zwei der drei Hauptverantwortlichen für die späteren Völkermorde an den Christen. Der dritte war Ahmed Cemal. Er war 1872 auf der ostägäischen Insel Lesbos zur Welt gekommen. Seine Mutter soll Griechin gewesen sein und sein Vater Kurde. Cemal diente als Offizier in der türkischen Armee. Wie Enver war auch er Berufsoffizier. Er gehörte zu den engeren Kreisen des Komitees. Nach der Militärrevolte von 1908 stieg er in der Hierarchie der Jungtürken auf (Köse 2016, S. 273).

4

Von den Jungtürken bis zum Friedensvertrag von Lausanne 1908-1923

4.1 Die Politik der Jungtürken

Nach dem Putsch 1908 überschlugen sich die außenpolitischen Ereignisse. Anfang Oktober erklärte Bulgarien seine Unabhängigkeit vom Sultan, Österreich-Ungarn annektierte die osmanischen Provinzen Bosnien und Herzegowina und Kreta erklärte einseitig die Vereinigung mit Griechenland. Diese Entwicklung verstärkte das Bestreben der Jungtürken, die Christen zu unterdrücken. So riefen sie zu einem Handelsboykott gegen die Griechen auf. Aus Trapezunt meldete der österreichische Konsul nach Wien, dass von diesem Boykott die griechische Handelsflotte und die griechischen Geschäfte betroffen seien. Den griechischen Schiffen war es verboten, die Häfen von Pontos anzulaufen. Damit brach für die Griechen der ganze Im- und Export zusammen.

Nachdem die Verfassung wieder in Kraft getreten war, fanden im Herbst Wahlen statt. Die Jungtürken hatten aber schon mit Repressionen gegen die Christen begonnen. Die verschiedenen Volksgruppen sollten im Parlament nicht gemäß ihrem Bevölkerungsanteil paritätisch vertreten werden. Die Wahl der Abgeordneten erfolgte nach den Vorgaben der Verfassung von 1876. Darin war deren indirekte Wahl durch Wahlmänner vorgesehen. Die griechischen Wahlmänner waren für die Wahl der griechischen Abgeordneten zuständig. Die Jungtürken ordneten die Wahlbezirke neu, sodass die Zahl der griechischen Wahlmänner und dementsprechend auch die Zahl der griechischen Abgeordneten stark reduziert wurde. Statt sieben griechischstämmiger Abgeordneter wurde nur ein einziger aus Pontos gewählt, der beim Tabakmonopol angestellte Matthäos Kofidis im Wahlbezirk Trapezunt. Er hatte für die Partei der Jungtürken kandidiert. Die griechischen

Konsuln in Amasya und Trapezunt hatten versucht, die Wahl der griechischen Abgeordneten im Pontos zu Ungunsten der Jungtürken beeinflussen. Als Reaktion darauf verstärkten diese ihre Repressionen (KMS Bulletin 1983, S. 72f).

Ähnliche Fälle gab es auch in anderen Provinzen des Osmanischen Reiches. Die Beschwerde des Patriarchen bei den Jungtürken blieb erfolglos. Im Dezember kam es zur Bildung des Parlaments. Von den 275 Parlamentssitzen fielen 142 an Türken, 60 an Araber, 25 an Albaner, 23 an Griechen, zwölf an Armenier, fünf an Juden, vier an Bulgaren, drei an Serben und einer an Wallachen (Kreiser 2014, S. 57).

Auch bei den nächsten Parlamentswahlen 1912 wurde wieder nur ein einziger griechischstämmiger Abgeordneter aus Pontos gewählt.

Es gab drei größere Parteien: die Nationalistische der Jungtürken, die Liberale Union und die Islamische Union. In letzterer waren die Anhänger des Sultans untergebracht. Im Frühjahr 1909 übernahmen die Islamisten mit anderen Oppositionellen durch einen Gegenputsch die Macht in Konstantinopel. Sie beabsichtigten, das alte Regime wieder einzurichten. Die Jungtürken marschierten mit der osmanischen Armee Makedoniens nach Konstantinopel. Nach kurzen, erfolgreichen Kämpfen verjagten sie die Islamisten und setzten Abdülhamid ab, der in die Verbannung nach Thessaloniki gehen musste. Als neuen Sultan unter dem Namen Mehmed V. setzten die Jungtürken den jüngeren Bruder Abdülhamids ein. Er war alt und passiv, eine Marionette in den Händen der Jungtürken. Gleichzeitig mit seiner Einsetzung folgte auch eine Verfassungsänderung. Danach war der Sultan entmachtet, das Sultanat faktisch abgeschafft.

Während der Aprilkämpfe in Konstantinopel kam es in der Provinz Kilikien erneut zu einem Pogrom gegen die Armenier. Besonders in der Stadt Adana war die Zahl der Opfer hoch. Die Jungtürken entsandten reguläre Militäreinheiten, um die Armenier zu schützen. Stattdessen setzten die Soldaten jedoch die Plünderungen und das Massaker fort. Armenischen Angaben zufolge betrug die Zahl der Toten 30 000, andere Quellen sprachen von 20 000 (Gottschlich 2015, S. 76). Unter den Opfern befanden sich auch einige Griechen und aramäischsprachige Christen.

Da die Jungtürken jetzt über die Regierungsgewalt verfügten, setzten sie ihr Türkisierungsprogramm fort. Zuerst schränkten sie die Rechte des Patriarchats ein. Es war z. B. nicht mehr für die Gerichtsbarkeit und das Schulwesen zuständig. Das letztere unterstand nun dem Bildungsministerium. Die Behörde legte die Unterrichtsinhalte, die Lehrbücher, das Programm usw. fest und bestimmte das Lehrpersonal. Lehrkräfte mit griechischer Staatsangehörigkeit erhielten Berufsverbot. Allein in Smyrna waren ca. 150 Lehrkräfte davon betroffen. In manchen Orten wurden sogar griechische Schulen geschlossen. Die Unterrichtssprache sollte ausschließlich türkisch sein. Gemeinden, Kirchen und Klöstern wurde willkürlich der Grundbesitz beschlagnahmt, wodurch sie kaum noch die finanziellen Mittel hatten, Schulen zu unterhalten.

Ein großes Problem stellte die Einführung des Wehrdienstes für die Nichtmuslime dar. Abgesehen davon, dass die Christen nicht Offiziere werden durften, war die Befürchtung groß, dass die Christen schikaniert, unterdrückt, gedemütigt oder zwangsbekehrt würden. Vor allem die ehemaligen Kryptochristen aus Pontos, bei denen immer noch die Bezeichnung „tenessour-roum“ in den amtlichen Papieren stand, hatten starke Bedenken. Der Patriarch und einige griechische Abgeordnete schlugen den Jungtürken u. a. die Einrichtung von getrennten Kasernen für Muslime und Christen vor. Die Pontosgriechen, die bereits ins Ausland geflohen waren, wären dann bereit gewesen zurückzukommen, um den Wehrdienst abzuleisten. Der Vorschlag blieb erfolglos. Viele junge Griechen gingen ins Ausland. Wieder flohen Tausende griechische Männer aus Pontos nach Russland. Etwa 8000 Griechen aus Smyrna und Umgebung wanderten 1910 in die USA aus.

Die griechische Familie Kazantzoglou stammte aus Kayseri in Kappadokien. Sie zog nach Konstantinopel, wo 1909 der Sohn Ilias geboren wurde. Vier Jahre später wanderte die Familie ebenfalls in die USA aus und ließ sich in New York nieder. Der Sohn wurde später unter dem Namen Elia Kazan einer der wichtigsten Filmregisseure seiner Generation (Endstation Sehnsucht, Die Faust im Nacken, Jenseits von Eden usw.).

Die nationalistische Politik der Jungtürken blieb den ausländischen Diplomaten, Beobachtern und Journalisten nicht verborgen. Die Jungtürken selbst sorgten durch ihre Äußerungen dafür. Im Juni 1909 meldete z.B. der deutsche Diplomat Hans von Wangenheim aus Athen nach Berlin, was der ehemalige Oberbefehlshaber der osmanischen Armee in Makedonien und jetzige Kriegsminister, Sevket Pascha, zu der Frage der Christen meinte: Wir werden die Christen innerhalb des Reiches ausrotten. Es kam zum Eklat, als er diese Äußerung sinngemäß ein paar Tage später dem Patriarchen gegenüber wiederholte (Fotiadis 2015, S. 92f).

Im September und Oktober 1911 fand in Thessaloniki der Jahreskongress der Jungtürken statt. Der Kongress brachte die Wende in der politischen Zielsetzung der Jungtürken. Die Parteiführung stellte fest, dass der Osmanismus es nicht geschafft hatte, Muslimen und Nichtmuslimen eine gemeinsame Nationalidentität zu geben. Deshalb hätte er keine Option mehr auf Erfolg. Die Jungtürken wandten sich dem Türkismus zu. Geistiger Vater und Chefideologe des Türkismus war der kurdischstämmige Ziya Gökalp. Er war 1872 in Diyarbakir geboren worden und studierte Tiermedizin in Konstantinopel. Seit 1896 war er Mitglied der Jungtürken. Die Polizei verhaftete ihn. Er musste in seine Geburtsstadt zurück. Als Delegierter seiner Provinz nahm er 1909 am Parteikongress in Thessaloniki teil. Er wurde zum Mitglied des Zentralkomitees gewählt und übte großen Einfluss auf Talaat aus. In den Geheimbeschlüssen war die Rede von der ethnischen „Säuberung“ des Reiches.

Die Jungtürken waren von ihrer Politik sehr überzeugt. Um ihre Ziele zu erreichen, gingen sie recht diktatorisch vor. Das Zentralkomitee verstand sich als ein berufenes „heiliges“ Komitee, dem die Aufgabe zufiel, das Vaterland zu retten. Als Rettung verstanden sie die Schaffung eines homogenen, einheitlich türkischen Nationalstaates: Eine Nation, eine Religion, eine Sprache, eine Kultur. Den Christen als „verlängertem Arm“ der Großmächte war nicht zu trauen und der starke Wunsch der muslimischen Araber und Albaner nach nationaler Unabhängigkeit war den Jungtürken sehr suspekt. Minderheiten hatten in diesem Staat keinen Platz. Das Osmanische Reich hatte in jener Zeit ca. 27 Millionen Einwohner. Davon waren zehn Millio-

nen Türken, zwölf Millionen Muslime anderer Nationalitäten und fünf Millionen Christen. Die muslimischen Untertanen wie Araber, Kurden, Tscherkessen, Lazen usw. sollten assimiliert und die Christen vertrieben werden.

Durch die inneren Machtkämpfe war der osmanische Staat geschwächt. Italien hatte Ambitionen, auch eine Großmacht zu werden. Südtirol, die ganze Dalmatienküste und das östliche Mittelmeer gerieten in den Fokus der italienischen Expansionspolitik. Es nutzte die Situation und im Oktober 1911 besetzten italienische Militäreinheiten Teile Libyens, das damals osmanisches Territorium war (Clark 2015, S. 325).

Im Frühjahr 1912 besetzte Italien ein weiteres osmanisches Gebiet, dieses Mal die Inselgruppe um Rhodos (Dodekanes) in der Ägäis. Zum Friedensschluss kam es im Oktober 1912, als das Osmanische Reich in den Balkankrieg verwickelt war. Italien bekam Libyen und den Dodekanes. Das nächste Ziel der italienischen Außenpolitik in der Ägäis waren die Gebiete im westlichen Kleinasien.

4.1.1 Die Balkankriege 1912/13 und die Lage der Griechen im Osmanischen Reich

Österreich-Ungarn kontrollierte Bosnien und Herzegowina und hatte vor, diese Provinzen zu annektieren. Russland beabsichtigte, die Öffnung der Dardanellen für seine Schiffe zu erreichen. Die Außenminister beider Länder einigten sich darauf, dass Russland mit der Annexion einverstanden wäre, vorausgesetzt, Österreich hätte keine Einwände, wenn Russland sein Vorhaben umsetzen würde.

Der Aufstand der Jungtürken 1908 gegen den Sultan schwächte das Osmanische Reich. Dies nutzte Österreich und – wie bereits erwähnt – annektierte es die beiden Provinzen. Serbien war darüber sehr erbost, da es selbst Ambitionen auf diese Gebiete gehabt hatte. Russland konnte aufgrund des Widerstands von Frankreich und England seinen Plan nicht umsetzen und fühlte sich benachteiligt.

Die Balkanstaaten fürchteten eine weitere Expansion Österreichs in Richtung Ägäis. Der Hafen von Thessaloniki war strategisch sehr wichtig. Russ-

land unterstützte eine Koalition der Balkanstaaten. Sie konnten zusammen einen Block gegen Österreich bilden. Das Bündnis kam 1912 zustande und bestand aus Griechenland, Serbien, Bulgarien und Montenegro, dessen Hauptgegner das Osmanische Reich war (Momsen 1993, S. 243f).

Der italienisch-osmanische Krieg von 1911/12 offenbarte die Schwächen des Osmanischen Reiches. Das Bündnis hielt den Zeitpunkt für geeignet, dem Sultan den Krieg zu erklären. Anfang Oktober 1912 brach der Erste Balkankrieg aus. Der Zustand der osmanischen Armee war desolat. Sie hatte an mehreren Fronten zu kämpfen und erlitt an fast allen Niederlagen. Ein paar Wochen nach Kriegsbeginn war die griechische Armee schon in Thessaloniki. Die griechische Flotte kontrollierte die Ägäis und konnte fast ohne Widerstand die östlichen Ägäisinseln befreien. Die bulgarischen Truppen befanden sich kurz vor Konstantinopel.

Der Krieg wurde im Dezember unterbrochen. In London fanden Friedensverhandlungen statt. In Konstantinopel regierten nicht die Jungtürken, sondern eine andere Regierung, die probritisch war. Im Januar 1913 waren die Friedensverhandlungen abgeschlossen. Die osmanische Regierung war einverstanden, fast das gesamte europäische Gebiet westlich von Konstantinopel mitsamt der Stadt Edirne abzutreten. Diese Stadt hatte aber in der Geschichte der Osmanen eine sehr große symbolische Bedeutung. Sie war die erste Hauptstadt der Osmanen auf europäischem Boden. Außerdem waren dort auch wichtige religiöse Gebäude wie z. B. die berühmte Selimiye-Moschee gebaut worden.

Kaum waren die Beschlüsse der Friedenskonferenz bekannt, kam es zu einem Staatsstreich der Jungtürken. Die Putschisten zwangen den Premierminister unter Waffengewalt, einen neuen Kriegs- und Premierminister zu ernennen. Danach musste er zurücktreten. Der neue Premierminister, Sevket Pascha, ernannte Cemal zum Militärgouverneur von Konstantinopel. Die Jungtürken hatten die Macht wieder an sich gerissen. Talaat war der starke Mann der Stunde. Er setzte alle Hebel in Bewegung, um die europäischen Gebiete und Edirne nicht abtreten zu müssen.

Als Anfang Februar der Waffenstillstand ausgelaufen war, versuchte die osmanische Armee erfolglos, die europäischen Gebiete von den Bulga-

ren zurückzuerobern. Es kam erneut zu einem Waffenstillstand. Ende Mai wurde der Friedensvertrag von London unterzeichnet. Das Osmanische Reich musste fast alle europäischen Gebiete abtreten. Nach dem Vertragsabschluss kam es zu einem Konflikt zwischen Bulgarien und Serbien. Beide Staaten erhoben Anspruch auf makedonische Gebiete. Nachdem Vermittlungsversuche gescheitert waren, griffen bulgarische Truppen Ende Juni 1913 sowohl Serbien als auch Griechenland in Makedonien an. Der Zweite Balkankrieg hatte somit begonnen. Montenegro schloss sich Griechenland und Serbien an und kurz darauf erklärten auch Rumänien (das Gebiete in Nordbulgarien beanspruchte) und das Osmanische Reich Bulgarien den Krieg. Bulgarien zog aus der östlichen Front Truppen ab, um sie an anderen Frontabschnitten einzusetzen. Die osmanische Armee konnte fast ohne bulgarischen Widerstand Edirne und andere Gebiete wieder erobern. Im August wurde in Bukarest ein neuer Friedensvertrag geschlossen. Das Osmanische Reich konnte das Gebiet westlich von Konstantinopel (Ostthrakien) behalten.

Nach den Balkankriegen hatte Griechenland sowohl neues Territorium als auch neue Einwohner gewonnen: Epirus im Nordwesten, das südliche Makedonien (Ägäismakedonien) im Nordosten, Kreta und die östlichen Ägäisinseln. Die Landesfläche betrug vor den Kriegen ca. 63 000 und nach den Kriegen etwa 120 000 Quadratkilometer. Die Einwohnerzahl hatte sich von etwa 2,6 Mill. auf rund 4,7 Mill. erhöht.

Während der Balkankriege starben in Südosteuropa ca. 250 000 Muslime (nach türkischen Einschätzungen 350 000). In verschiedenen Balkanstaaten kam es zu Übergriffen und Ausschreitungen gegen die muslimische Zivilbevölkerung. Aus Südosteuropa flohen etwa 400 000 Muslime in das Osmanische Reich. Die meisten von ihnen stammten aus Bosnien oder Makedonien. Aus Makedonien und Thrakien flohen insgesamt 170 000. Aus den griechisch kontrollierten Gebieten Makedoniens und Thrakiens waren es 69 000. Etliche stammten aus Zentral- und Nordmakedonien aus der Gegend von Kozani. Die Jungtürken hatten sie aufgefordert, in das Osmanische Reich zu kommen. Sie hielten sich in den westlichen Regionen von Kleinasien wie Konstantinopel, Ägäisküste usw. auf (Hosfeld 2009, S. 113).

Die Unterbringung und die Versorgung dieser Menschen war ein großes Problem für die Jungtürken.

Als der Erste Balkankrieg ausbrach, dienten auch Christen (Griechen, Armenier, Bulgaren usw.) in der osmanischen Armee. Für viele war es ein Dilemma. Aus ihrer Sicht mussten sie für einen Staat, der sie unterdrückte, schikanierte, terrorisierte und als Bürger zweiter Klasse behandelte, in einen Krieg gegen ihre Glaubensbrüder oder sogar gegen Angehörige ihrer eigenen Ethnie ziehen. Manche christliche Soldaten, auch Griechen, sind übergelaufen. Auch aus dem Osmanischen Reich gingen einige Griechen (darunter manche aus dem Pontos) nach Griechenland, um als Soldaten der griechischen Armee gegen die Osmanen zu kämpfen. Aus der Sicht des osmanischen Staates waren die Griechen Verräter. Als osmanische Untertanen hatten sie eine feindliche Armee unterstützt. Nun galten alle Griechen als untreue Staatsbürger, die das Ziel verfolgten, das Osmanische Reich zu zersetzen. Sie wurden zu Feinden abgestempelt und damit zu Freiwill erklärt.

Im Juni 1913 war Premierminister Sevket Pascha in Konstantinopel ermordet worden. Die Jungtürken ergriffen nun vollständig die Macht. Talaat wurde Innen-, Enver Kriegs- und Cemal Marineminister. Dieses Triumvirat regierte bis Ende des Ersten Weltkrieges 1918 diktatorisch. Sie hatten jetzt freie Hand, die Türkisierung des Osmanischen Reiches durch Vertreibung bzw. Vernichtung aller Christen zu vollziehen.

Der Plan sah u. a. Folgendes vor: finanzieller Ruin durch Handelsboykott und hohe Steuern, Abschaffung der Minderheitenprivilegien, das hieß z. B. Militärdienst auch für Christen, Vertreibung und Raub des Besitzes, Ausschaltung der geistigen und religiösen Führung sowie Islamisierung. Die ersten Opfer der systematischen staatlichen Vertreibung waren die Griechen im westlichen Kleinasien, in den Regionen Ostthrakien und Ionien. Ostthrakien ist die Region im Länderdreieck Griechenland, Bulgarien und Türkei bis Konstantinopel bzw. Istanbul.

Zur Erinnerung: Ionien ist seit der Antike eine andere Bezeichnung für den mittleren Teil der Agäisküste von Kleinasien, genannt nach dem antiken griechischen Stamm der Ionier. Daraus sind in der türkischen Sprache die

Wörter Yunan und Yunani entstanden. Damit sind die Griechen mit griechischer Staatsangehörigkeit gemeint. Die Griechen mit osmanischer Staatsangehörigkeit werden als Nachfahren des oströmischen bzw. Byzantinischen Reiches mit Rumlu oder Rum bezeichnet (Kreiser 2014, S. 160).

Der gesamte Großhandel im Osmanischen Reich wurde von Griechen, Armeniern, Juden und verschiedenen europäischen Firmen abgewickelt. Im Export waren die Griechen sehr aktiv, im Import die Armenier. Die Muslime hatten den Kleinhandel innerhalb des Osmanischen Reiches betrieben. Gegen griechische Unternehmen kam es mehrmals zum Handelsboykott, wie z. B. 1909 und 1911 während der Krise um die Vereinigung Kretas mit Griechenland, 1912/13 während der Balkankriege oder beim Ausbruch des Ersten Weltkrieges. Die Jungtürken setzten ausländische Unternehmen unter Druck, ihre griechischen Angestellten zu entlassen und stattdessen Muslime einzustellen (Hosfeld 2009, S. 114).

Im Pontos erfolgte der Handelsboykott sowohl in den Städten als auch in gemischten Dörfern auf dem Lande (Kieser 2000, S. 334). Den Pontosgriechen warf man vor, Geld zu sammeln, um die griechische Flotte finanziell zu unterstützen (was auch stimmte, die Griechen aus Samsun hatten z. B. 12 000 türkische Lira gespendet). Den Muslimen war unter Androhung von Strafen seitens der Militärbehörde verboten, Handel mit den Griechen zu treiben. Nur die griechischen Banken in Trapezunt waren vom Boykott ausgenommen, da sonst das ganze Finanzwesen zusammengebrochen wäre. Öffentliche Anschläge, anonyme Aufrufe und muslimische Geistliche riefen zum Boykott auf. Griechische Händler wurden verprügelt, weil sie an Muslime Waren verkauft hatten. In den ersten Monaten fiel der Boykott dort, wo die Lokalbehörden ihn nur halbherzig unterstützt hatten, wie in Giresun und Konstantinopel, gemäßigt aus. Der Wirtschaftsboykott setzte den griechischen Händlern arg zu. Sie erholten sich ökonomisch nicht mehr davon.

4.1.2 Die Deportation und Vertreibung der Griechen aus Ostthrakien und Ionien 1913/14

Bis zu Beginn der Balkankriege lebten die Griechen in Kleinasien in den Küstenstreifen der Ägäis, in Bithynien, Kappadokien, Kilikien, im Pontos und in Ostthrakien. Aus der folgenden Tabelle geht das Zahlenverhältnis zwischen Griechen und Türken hervor. Die osmanische Regierung erfasste 1910 statistisch die Untertanen. Das griechische Patriarchat erhob zwei Jahre später auch eine Statistik. Was die Zahl der Griechen betrifft, so sind beide Statistiken fast deckungsgleich. Unterschiede gibt es bei der Zahl der Türken. In der Statistik des Patriarchats sind es weniger als in der Statistik der Regierung. Im folgenden Beispiel sind nur die Verwaltungsbezirke, die von den Deportationen und Vertreibungen betroffen waren, aufgeführt.

Verwaltungsbezirk	Regierung Türken	Patriarchat	Regierung Griechen	Patriarchat
Izmit/Nikomedea (ca. 70 km östlich von Konstantinopel)	185 000	117 000	79 000	73 000
Aydin (Ägäisküstenstreifen mit Smyrna und Hinterland; Ionien)	974 000	941 000	629 000	623 000
Summe 1	1 159 000	1 058 000	708 000	696 000

Für die Türken und Griechen Ostthrakiens und des Hinterlandes von Konstantinopel machte das Patriarchat in seiner Statistik folgende Angaben:

	Türken	Griechen
Adrianopel (Ostthrakien)	508 000	366 000
Konstantinopel mit Hinterland	449 000	364 000
Summe 2	957 000	730 000
Summe 1 + 2	2 016 000	1 426 000

Nach der Statistik des Patriarchats entsprach die Zahl der Griechen in diesen vier Regionen etwa 70 % der Zahl der Türken. Die starke demografische und wirtschaftliche Präsenz der Griechen war einer der Gründe, warum die Jungtürken mit ihrer Türkisierungspolitik in Ostthrakien und Ionien starteten.

Zu einer ersten Vertreibung der Griechen aus Ostthrakien kam es 1912, als die bulgarische Armee das Gebiet besetzte. Bulgarien beabsichtigte, die Provinz zu annektieren. Im Rahmen der Bulgarisierung wurden die Griechen schikaniert und unter Druck gesetzt. Viele verließen ihre Heimat und kamen nach Griechenland.

Zu Übergriffen gegen die griechische Bevölkerung kam es erneut im Frühjahr 1913 gegen Ende des Ersten Balkankrieges durch die osmanische Armee, als sie sich Richtung Konstantinopel zurückzog.

Im August 1913 gründeten die Jungtürken in der Stadt Rhaidesto/Terkidag am Marmarameer ein Komitee, das unter Beratung deutscher Militärs die Aufgabe hatte, die Nichtmuslime Ostthrakiens durch Terror zum Verlassen der Region zu zwingen. Es wurden Handzettel mit dem Aufruf „Die Türkei den Türken“ in Umlauf gebracht und die muslimische Bevölkerung gegen Nichtmuslime aufgehetzt. Als die osmanische Armee Ostthrakien von den Bulgaren zurückeroberte, kam es zu Übergriffen und Massakern gegen Nichtmuslime. Beteiligt waren irreguläre paramilitärische Gruppen, die ähnlich wie früher in Makedonien und Libyen agierten und Terror verbreiteten. Diese Truppen unterstanden dem Kriegsminister direkt und somit der Partei der Jungtürken, nicht der Regierung. Sie gingen in Ostthrakien gegen Griechen und Bulgaren vor und ermordeten knapp 16 000 Griechen.

Ab Mai 1913 planten die Jungtürken einen Bevölkerungsaustausch zwischen den Griechen aus der Provinz Aydin und den muslimischen Flüchtlingen aus Makedonien. Im Zuge dieser Aktion sollten auch die griechischen Namen von Ortschaften, Bergen, Flüssen usw. türkisiert werden. Dieser Austausch kam nicht zustande; stattdessen tauschten das Osmanische Reich und Bulgarien im September 1913 etwa 49 000 Muslime aus Westthrakien gegen rund 47 000 Bulgaren aus dem osmanischen Gebiet aus.

Ab Januar 1914 war Enver Kriegsminister. Es gibt deutliche Hinweise darauf, dass die Vertreibung der Griechen aus Ostthrakien und Ionien bereits in den ersten Wochen nach seinem Amtsantritt geplant und beschlossen wurde, zu einem späteren Zeitpunkt vermutlich auch die Vertreibung und Vernichtung aller Christen des Osmanischen Reiches (Akcam 1996, S. 40f).

Bewaffnete Banden übernahmen im Auftrag der Partei der Jungtürken die Terrorisierung der griechischen Landbevölkerung. Manchmal waren aber die Gendarmerie oder reguläre Militäreinheiten auch daran beteiligt, wie bei der Ermordung griechischer Fischer im Hafen von Smyrna.

Talaat ordnete im Mai 1914 mit einem Geheimbefehl an die Behörden von Smyrna aus politischen Gründen die Umsiedlung der Griechen von den Dardanellen bis Cesme/Kysson (eine Stadt westlich von Smyrna) nach Konya, Sivas, Gumüşhane, Diyarbakir, Harput, Erzurum und Chaldäa an. Im Fall der Weigerung sollten Zwangsmaßnahmen ergriffen werden. Die Griechen sollten Erklärungen unterschreiben, dass sie freiwillig gingen und nicht vorhatten zurückzukommen (IEE 1978, Bd. XV, S. 99f).

Die Vertreibung fand ohne Ankündigung statt. Die Banden überfielen die Ortschaften, plünderten, vergewaltigten, zerstörten und beschlagnahmten die Ernten. Oft ließen sie den Griechen kaum Zeit, sich auf die Märsche vorzubereiten. Erzurum im äußersten Osten Kleinasiens und Chaldäa im südlichen Mesopotamien waren weit über tausend Kilometer entfernt, sodass den Vertriebenen keine Möglichkeit blieb, sich mit Lebensmitteln zu versorgen. Ohnehin war es verboten, Proviant oder Kleidung mitzunehmen. Der Zielort der Deportation wurde den Menschen nicht mitgeteilt. Sie kampierten im Freien und es war ihnen bei Todesstrafe verboten, unterwegs von anderen Griechen irgendwelche Art von Hilfe anzunehmen. Ebenfalls verboten war die Pflege der Kranken, der alten Eltern, der alleinstehenden Kinder sowie die Bestattung der Toten. Wer zu schwach war, mitgehen zu können, starb an Hunger, Erschöpfung oder wurde von den Begleitmannschaften getötet. Die Deportationsorte waren entlegene, rein muslimische Gebiete. So konnten die Deportierten besser kontrolliert und ohne eigene Schulen und Kirchen eventuell schneller islamisiert werden.

An manchen Orten kam es auch zu Massakern, so z. B. am 12. Juni 1914 in Phokaia, einem Städtchen ca. 50 km nordwestlich von Smyrna mit ca. 11 000 Einwohnern. Die antike Siedlung Phokaia hatte um 600 v. Chr. die Kolonie Massalia (heute Marseille) gegründet.

In die verlassenen Häuser der Griechen zogen muslimische Flüchtlinge ein. Sie übernahmen auch den Besitz wie Grund und Boden, Arbeitstiere und -geräte usw. Ohne Staatskosten waren sie also mit Wohnraum versorgt; gleichzeitig hatten sie eine Existenzgrundlage und die demografische Zusammensetzung der Bevölkerung war zugunsten der Muslime verändert worden: Von daher betrachtet eine recht „erfolgreiche“ Politik der Jungtürken.

Auch in Ostthrakien gingen die Banden brutal gegen die griechische Landbevölkerung vor. Die Menschen mussten oft innerhalb sehr kurzer Zeit, manchmal sogar binnen weniger Stunden, ihre Häuser verlassen. Aus dem Landesinneren zog die Landbevölkerung an die Schwarzmeer- oder an die Marmarameerküste. Auch unterwegs waren sie vor Ausraubung nicht sicher. Von den Häfen aus brachten Schiffe die Vertriebenen nach Thessaloniki oder Kavala (etwa 200 km westlich der heutigen griechisch-türkischen Grenze). In Ostthrakien waren bis Ende 1914 etwa 132 000 Muslime in griechischen und bulgarischen Dörfern angesiedelt. Im selben Zeitraum flohen ca. 115 000 Griechen aus der Region nach Griechenland.

Der Terror der Banden fand eher in den ländlichen Regionen statt. In den größeren Städten lebten Europäer und es gab Konsulate. Die Jungtürken brauchten weder Zeugen noch Proteste. Aus dem ländlichen Ionien flohen 1914 rund 40 000 Griechen und zogen nach Smyrna. Etwa 80 000 ließen sich insgesamt im Umland der Stadt nieder, weil sie sich dort sicherer fühlten. Tausende flohen auf die gegenüberliegenden griechischen Inseln Chios und Lesbos.

In manchen nordgriechischen Städten wie Thessaloniki, Kavala, Drama und Serres kam es zu Übergriffen gegen die muslimische Zivilbevölkerung. Manche Griechen eigneten sich gewaltsam das Eigentum der Muslime an. Die griechische Regierung machte dafür hauptsächlich Griechen verant-

wortlich, die aus Kleinasien geflohen waren, weil sie dort selbst Leid von den Muslimen erfahren hatten und jetzt Rache nehmen wollten.

Sowohl die griechische Regierung (sie drohte den Jungtürken mit Krieg) als auch der Patriarch protestierten gegen die Vertreibungen. Der Protest des griechischen Botschafters bei den Jungtürken blieb ebenfalls erfolglos.

Die griechische Regierung schlug im Mai 1914 den Jungtürken die Bildung einer gemischten Kommission vor, die die Gleichbehandlung der nationalen Minderheiten in beiden Ländern überwachen sollte. Die Jungtürken machten einen Gegenvorschlag, den freiwilligen Bevölkerungsaustausch: Die Muslime aus Makedonien und Epirus gegen die Griechen aus Ostthrakien und Ionien. Gleichzeitig forderten sie die dortigen Muslime auf, Griechenland zu verlassen und in das Osmanische Reich zu kommen, wo sie von der Regierung mit Häusern und Grundbesitz versorgt werden würden. Die griechische Regierung war mit dem Vorschlag einverstanden. Im Juni sollte eine gemischte Kommission den Austausch vorbereiten. Fragen des Privatbesitzes und der Entschädigungen sollten geklärt werden. Der Plan konnte nicht umgesetzt werden, weil der Erste Weltkrieg ausbrach und das Osmanische Reich im November dem Krieg beitrug. Die Vertreibungen wurden das ganze Jahr über fortgesetzt. Die Rückkehr der Vertriebenen war nicht vorgesehen. Als ein griechischstämmiger Abgeordneter des osmanischen Parlaments Talaat über die weitere Zukunft der Griechen befragte, erhielt er als Antwort: Es gibt keine Rückkehr; in den Häusern wohnen jetzt Türken.

Nach Angaben des Patriarchats wurden 1913/14 etwa 130 000 Griechen aus Ostthrakien und ca. 154 000 aus Ionien vertrieben, somit insgesamt an die 284 000 Menschen.

4.1.3 Die deutsche Militärmission und Liman von Sanders

Im Dezember 1913 kam der Generalleutnant Otto Liman von Sanders, begleitet von 40 deutschen Offizieren, 300 Soldaten und 500 Männern einer logistischen Einheit, als Chef der deutschen Militärmission nach Konstantinopel (Gottschlich 2015, S. 107). Er war mit umfangreichen Machtbefug-

nissen ausgestattet: Kommandant der Ersten Armee von Konstantinopel, Generalinspekteur der Armee und Mitglied des Kriegsrates. Es gilt als sicher, dass die Empfehlung oder der Befehl zur Deportation der Griechen Ostthrakien und Ioniens im Frühjahr 1914 von der deutschen Militärmission kam. Der Generalmajor Fritz Bronsart von Schellendorf war der eigentliche starke Mann der deutschen Militärmission, obwohl er in der militärischen Hierarchie unter Sanders stand. Bronsart hatte die Rückendeckung des deutschen Botschafters, des Heeres und der politischen Stellen in Berlin.

Er war ein enger Berater Envers, der ihn zum Generalstabschef der osmanischen Armee ernannte. Er und nicht Sanders war von da an zuständig für die Kriegsplanung. Innerhalb der führenden Offiziere der Militärmission gab es Spannungen und Kompetenzstreitigkeiten, so auch zwischen Bronsart und Sanders. Bronsart hat mehrfach Deportationsbefehle zur Vertreibung und Deportation der Griechen von der Ägäisküste unterschrieben (Gottschlich 2015, S. 277 und Gust 2005, S. 95). Sanders Einstellung zu den Deportationen war zwiespältig. Er hielt sie anfangs außenpolitisch für schädlich, weil König Konstantin in Griechenland als prodeutsch galt. Die Deportationen aber hätten dem Ansehen Deutschlands geschadet und dadurch wäre die Position des Königs gegenüber der Regierung geschwächt worden. Außerdem sah Sanders keinen militärischen Nutzen in dieser Aktion. Daher führte er einige Male die Deportationsbefehle nicht aus (Gottschlich 2015, S. 221). Später änderte er seine Einstellung. Es gibt mehrere Beweise, dass er an der Deportation der Griechen beteiligt war. Außerdem existiert auch ein Telegramm des deutschen Botschafters in Konstantinopel nach Berlin, das die Anordnung der Deportationen durch Sanders bestätigt.

Die Deportationen wurden militärisch begründet. Die Griechen im westlichen Kleinasien galten – genau wie die Regierung in Athen – als probritisch und profranzösisch. Man unterstellte ihnen, Spionage gegen das Osmanische Reich zu betreiben.

Der muslimischen Bevölkerung wurden Waffen ausgehändigt, den Griechen war es jedoch nicht gestattet, Waffen zu besitzen. Bei den Deportationen spielten vermutlich auch wirtschaftliche Interessen eine Rolle (Anfang

des 20. Jhs. gab es im westlichen Kleinasien etwa 5300 Manufakturen und Fabriken, ca. 4000 oder 75 % davon waren in griechischem Besitz). Da die Griechen und die Armenier recht erfolgreich in der Finanzwelt waren, standen sie als Konkurrenz für die wirtschaftliche Expansion Deutschlands im Osmanischen Reich im Weg. Es ist nicht zufällig, dass die Deutsche Bank von Palästina 1915 die Muslime durch Handzettel aufforderte, keine Geschäftsbeziehungen zu Griechen und Armeniern zu unterhalten.

Die Deportationen der Griechen aus vorgeschobenen militärischen Gründen waren schon damals mit dem geltenden Kriegs- und Völkerrecht, das auch für das Osmanische Reich als Gewohnheitsrecht bindend war, nicht konform. Erstens befand sich Griechenland nicht im Kriegszustand mit dem Osmanischen Reich und zweitens waren es keine Evakuierungen, sondern Deportationen und Vertreibungen, die von Massakern, Plünderungen, Vergewaltigungen, Ausraubungen und Konfiszierungen des Besitzes begleitet wurden.

4.1.4 Die Unterbringung der muslimischen Flüchtlinge im Pontos

Der Plan der Jungtürken war, die muslimischen Flüchtlinge in mehreren Regionen Kleinasien anzusiedeln. Im Pontos war das Gebiet von Samsun vorgesehen. Etwa 25 000 Flüchtlinge sollten dort untergebracht werden, und zwar muslimische Albaner aus dem Kosovo und Muslime aus Montenegro. Im Mai 1914 bekamen die Gemeindevorsteher mancher griechischer Dörfer von der Behörde die Anweisung, hundert Flüchtlingsfamilien aufzunehmen. Diese Familien sollten unter einem Dach mit den griechischen Familien leben. Die Dorfgemeinde sei für deren Unterhalt zuständig (Fotiadis 2015, S. 142f).

Die Dorfbewohner wehrten sich; es kam zu gewalttätigen Auseinandersetzungen mit der Gendarmerie. Die Behörde reagierte darauf mit Androhung von Gewalt, Festnahmen und Inhaftierungen. Ende Mai wurden Flüchtlinge gewaltsam in manchen Dörfern einquartiert. Weigerten sich die Bewohner, die Flüchtlinge zu versorgen, drohte ihnen die Ausweisung nach Griechenland. Ende Mai kamen 1500 Flüchtlinge aus Montenegro in

Samsun an. Bestimmungsort war das griechische Dorf Stefanos. Zeitweise galt als Verteilungsschlüssel folgendes Verhältnis: Pro vier griechischen Familien eine Flüchtlingsfamilie. Die Jungtürken machten die Griechen in Griechenland für die geflohenen Muslime aus Südosteuropa verantwortlich. Um dies „wiedergutzumachen“, sollten nun die Pontosgriechen für die Unterbringung und Versorgung der Flüchtlinge aufkommen. Das langfristige Ziel war jedoch, die Griechen aus ihren Häusern zu vertreiben.

Für die Unterbringung der neu angekommenen Muslime hatte die osmanische Behörde gezielt christliche und nicht muslimische Dörfer ausgesucht. In der Gegend von Sivas wurden rund 11 000, in Canik ca. 4000 und in Kastamonu etwa 250 Muslime angesiedelt.

In der folgenden Zeit erfasste eine Terrorwelle mehrere Regionen im Pontos. Die Presse der Jungtürken hetzte gegen die Griechen. Artikel wie „Osmanen zu den Waffen“ oder „Schwert statt Politik“ ließen nichts Gutes ahnen. Proklamationen und öffentliche Anschläge machten ebenfalls Stimmung gegen sie. Die Flüchtlinge erklärten öffentlich, sie hätten vor, die Ungläubigen abzuschlachten. Bewaffnete Räuberbanden zogen plündernd und mordend durch die Dörfer. Waffen wurden heimlich geliefert mit der Absicht, sie an die Muslime zu verteilen. Die Behörde lud Muslime aus dem Kaukasus nach Pontos ein. Sie sollten sich hier niederlassen.

Die Ausschreitungen und Übergriffe gegen die Griechen fanden mit Duldung der Behörde statt. Die Situation war für die Griechen unerträglich. Einige zogen es vor wegzuziehen.

4.2 Der Ausbruch des Ersten Weltkrieges 1914 und die Arbeitsbataillone

Die Spannungen zwischen Österreich-Ungarn und Russland auf der einen Seite und Deutschland und Frankreich bzw. England auf der anderen Seite führten zum Ersten Weltkrieg. Anlass war Ende Juni 1914 die Ermordung des österreichisch-ungarischen Thronfolgers Franz-Ferdinand durch serbische Verschwörer in Sarajewo. Etwa einen Monat danach brach der Erste Weltkrieg aus. Auf Seite der Entente standen Großbritannien, Frankreich

und Russland und auf Seite der Mittelmächte Deutschland und Österreich-Ungarn. Bereits Anfang August, wenige Tage nach Kriegsausbruch, ordnete die osmanische Regierung die allgemeine Mobilmachung an, die unter deutscher Aufsicht stattfand. Alle Männer zwischen 20 und 45, unabhängig von ihrer Religion, mussten zum Militär. Auf Desertion stand die Todesstrafe. Da die Griechen zu Verrätern abgestempelt worden waren, galten sie nicht als vertrauenswürdige Soldaten und sollten auch nicht in Kampfeinheiten dienen. Sie mussten entweder Hilfsdienste leisten, wie z. B. als Lastenträger im Heer, oder sie wurden in die berüchtigten Arbeitsbataillone gesteckt, die aus Sicht der Griechen Todesbataillone waren. Sie hatten schwere körperliche Arbeiten zu verrichten bei Straßen- und Bauarbeiten, im Bergbau, im Steinbruch oder in der Landwirtschaft. Ihr Einsatzgebiet erstreckte sich von Kleinasien über den Kaukasus, Mesopotamien und Bagdad bis Ägypten. Unter erbärmlichen Bedingungen schufteten sie hauptsächlich beim Straßenbau zwischen Sivas und Van in Armenien. Auch am Bau der Bagdad-Bahn waren sie beteiligt. Nach einem Bericht des französischen Militärgeheimdienstes von Juli 1917 arbeiteten ca. 11 000 Griechen unter schlimmsten Bedingungen an der Eisenbahnstrecke von Ankara nach Yozgat/Yosgati. Der türkisch-deutsche Stab hatte sie dort eingesetzt. Ihre Behandlung seitens der Vorgesetzten war grausam. Tausende starben an Unterernährung, Erschöpfung und Krankheiten wie Cholera und Flecktyphus. Wer fliehen oder desertieren konnte, tat es. Sie versuchten ins Ausland zu gehen oder heimlich ihre Familien zu erreichen. Die Familien wiederum waren der Willkür der Behörden ausgesetzt. Die Suche nach Wehrdienstverweigerern, Waffen, Geflohenen oder Deserteuren diente der Militärbehörde als Vorwand, die Familienangehörigen zu verprügeln, zu schikanieren und auszurauben. Die verhafteten Deserteure wurden hingerichtet. Allein in Samsun waren es um die 300.

Auch unter dem Vorwand der Requisition wurden den Griechen viel mehr als die vorgesehenen 25% abgenommen. Von den muslimischen Händlern und Kaufleuten requirierte die Behörde viel weniger und oft gegen Bezahlung.

Auch die griechischen Ärzte wurden eingezogen. Nach dem Ende des Weltkrieges verfassten die Überlebenden von ihnen als Augenzeugen Berichte über ihre Erfahrungen und Beobachtungen. Die Berichte vermitteln ein erschreckendes Bild über das Schicksal der griechischen Soldaten in den Arbeitsbataillonen. Ein Arzt sah zwischen Erzincan (einer Stadt etwa 100 km südlich von Trapezunt) und Erzurum Anfang Mai 1915 Hunderte von Leichen griechischer Soldaten, die in den Arbeitsbataillonen gedient hatten. Es waren Pontosgriechen aus Trapezunt, Giresun, Samsun, Erzurum und Erzincan. Sie waren an Krankheiten gestorben oder von muslimischen Soldaten aus Rache über verlorene Schlachten gegen die russische Armee niedergemetzelt worden.



Griechen sollen mit der Bahn zum Einsatzort ihres Arbeitsbataillons gebracht werden. IEE, Bd. XV, S. 103

Aus einem Dokument des Politischen Archivs vom Deutschen Auswärtigen Amt aus dem Jahr 1918 geht hervor, dass bis Ende 1917 etwa 200 000 Griechen zwischen 15 und 45 Jahren zum Militärdienst in die osmanische

Armee einberufen wurden. Nach diesem Bericht starben davon sehr viele an Hunger, Seuchen, Erfrierungen und übelster Behandlung. Schätzungsweise haben 80 % der Griechen die Arbeitsbataillone nicht überlebt.

4.2.1 Die Sonderorganisation (Teskilat-i Mahsusa)

Als die Partei der Jungtürken während der Herrschaft Abdülhamids noch illegal war, unterhielt sie eine Spezialabteilung, deren Aufgabe die Liquidierung von Partei- oder Landesverrätern war. Einige Mitglieder dieser Abteilung nahmen später als Fedajinkämpfer am Untergrundkrieg in Makedonien und Libyen teil.

Auf dem Jahreskongress der Jungtürken in Thessaloniki 1911 wurden die Fedajin unter dem Namen Sonderorganisation (Teskilat-i Mahsusa) neu strukturiert. Gleichzeitig mit der Anordnung zur Generalmobilmachung beschloss das Zentralkomitee der Jungtürken die offizielle Gründung der Sonderorganisation, deren Hauptaufgabe die weltweite Vereinigung aller Muslime und Türken war (Akcam 1996, S. 37 und Hosfeld 2009, S. 128f).

Auch die Ermordung politischer Feinde gehörte zu ihren Aufgaben. Zu diesem Zweck sollten bewaffnete Einheiten gebildet werden. Bei deren Bildung halfen die Funktionäre der Partei und die Lokalbehörde mit. Die Befehlshaber waren entweder Offiziere oder Parteisekretäre. Die Einheiten waren der Armee angegliedert, deren Zentrale in Erzurum lag. Die Haupteinsatzgebiete waren im Inland die östlichen Provinzen Kleinasiens und im Ausland Russland, Iran und Afghanistan. Eine Kommission, die dem Kriegsministerium unterstand, übernahm die Koordinierung der Sonderorganisation. Die Führungskräfte der Kommission pflegten enge Kontakte zur Partei, zum Innenministerium und zur Armee. Sie waren entweder Militärs oder Zivilisten. Letztere waren Mitglieder des Zentralkomitees der Partei.

Ab Mitte August 1914 begann die Rekrutierung und Zusammenstellung der bewaffneten Einheiten (Cete). Sie bestanden aus Kurden, Tscherkessen, Kriminellen (die zu diesem Zweck frühzeitig aus den Gefängnissen entlassen worden waren) und aus Flüchtlingen aus Südosteuropa, die voller Hass

auf die Christen waren. Sie kamen ab Ende August oder Anfang September in den östlichen Provinzen zum Einsatz gegen die zivile christliche Bevölkerung. Diese Einheiten bestanden aus bewaffneten Banden, die geplündert, vergewaltigt, Frauen versklavt und verkauft, Dörfer niedergebrannt und Christen bestialisch ermordet haben. Die Zahl der Bandenmitglieder lag vermutlich bei 30 000 (Akcam 1996, S. 57). Diese Banden überfielen manchmal sogar auch muslimische Dörfer und plünderten diese aus.

Das Zentralkomitee der Partei, die Führung der Sonderorganisation und das Innenministerium koordinierten die Deportationen. Dabei kam Talaat als Innenminister eine zentrale Rolle zu. Er bestimmte das Gebiet, den Umfang und die entsprechenden Maßnahmen für die Deportationen. Beteiligt an der Vernichtung der Christen waren auch noch die Gendarmerie, das Militär und ein Teil der muslimischen Landbevölkerung. Die Gendarmerie unterstand dem Innenministerium und somit auch Talaat. Sie war zuständig für die Durchführung der Deportationen. Die Gendarmen plünderten, vergewaltigten und mordeten genauso wie die Banden der Sonderorganisation. Das Militär hatte vom Generalstab die Anweisung erhalten, sich nicht von sich aus an den Deportationen zu beteiligen sondern nur, wenn es dazu aufgefordert werden würde. Trotzdem wirkte die Militärführung bei der Planung der Deportationen mit; verschiedene Armeeeinheiten massakrierten in den östlichen Provinzen sowohl christliche Zivilisten als auch christliche Soldaten.

Das Verhalten und die Einstellung der muslimischen Landbevölkerung waren sehr unterschiedlich. An manchen Orten beteiligten sich Türken und Kurden an den Massakern. Bewaffnet mit Gewehren, Äxten, Messern usw. erschossen, erschlugen und erstachen sie die Christen. Ihre Hauptmotive waren dabei religiöser Fanatismus, Gier oder beides. In anderen Orten halfen die Muslime den Deportierten. Die Verfolgung und das Elend der Menschen standen für sie im Widerspruch zu der Barmherzigkeit des Islams. Obwohl es strengstens verboten war und ihnen sogar mit dem Tod gedroht wurde, retteten Muslime das Leben mancher Christen. Besonders eingesetzt haben sich dabei die kurdischen und türkischen Aleviten.

Die Sonderorganisation und die bewaffneten Banden waren die Vollstrecker der Völkermorde. Sie tragen eine große Schuld an dem Tod von Hunderttausenden Christen.

4.2.2 Weitere Vertreibung der Griechen und Völkermorde an den Armeniern und den aramäischsprachigen Christen 1915-1918

Ein kleiner Kreis der Jungtürken um Talaat und Enver führte unter Umgehung der Regierung das Osmanische Reich an der Seite Deutschlands und Österreich-Ungarns in den Ersten Weltkrieg. Das Ziel war die Gebietserweiterung des Reiches. Im November 1914 trat das Osmanische Reich dem Krieg bei.

Bereits im September 1914 schlossen die Jungtürken völkerrechtswidrig die Dardanellen. Somit hatten die Schiffe der Entente keinen Zugang mehr zum Schwarzen Meer und die Versorgung Russlands war gefährdet. Anfang November bombardierten englische Kriegsschiffe die Verteidigungsanlagen der Dardanellen. Diese Anlagen waren unter Beratung deutscher Offiziere und mit logistischer Militärunterstützung Deutschlands ausgebaut worden. Liman von Sanders übernahm die Verteidigung der Dardanellen (Gottschlich 2015, S. 108).

Die Schlachten im Osmanischen Reich fanden an mehreren Fronten statt: Im Kaukasus gegen Russland, im Irak und in Ägypten gegen die Briten und bei den Dardanellen gegen Briten und Franzosen. Im Dezember 1914 führte Enver einen Eroberungsfeldzug gegen die Russen im Kaukasus an. Seine Truppen waren schlecht vorbereitet; bereits im Januar war der Krieg verloren. Er endete mit einer katastrophalen Niederlage der osmanischen Armee. Tausende Soldaten starben, die meisten an Erfrierungen, Hunger und Typhus.

Manche Armenier mit osmanischer Staatsbürgerschaft hatten als Freiwillige in der russischen Armee gekämpft. Dies verstärkte die bereits vorhandene Feindseligkeit gegen sie. In den Augen der Jungtürken galten nun alle Armenier als Verräter, die mit den Russen zusammenarbeiteten, um damit Separatismus zu betreiben. Gleich nach dem verlorenen Krieg gegen

Russland im Kaukasus befahl Enver zuerst die Entwaffnung der armenischen Soldaten und anschließend ihre Abkommandierung in die Arbeitsbataillone (Hofmann 2006, S. 95).

An den Dardanellen, in Gallipoli, begannen im Februar 1915 die Schlachten zwischen dem osmanischen Heer und den Briten bzw. Franzosen. Befehlshaber einer osmanischen Division war Mustafa Kemal (der spätere Atatürk). Die verlustreichen Kämpfe endeten nach fast einem Jahr mit einer Niederlage der Briten und Franzosen.

Der Krieg in Gallipoli hatte Auswirkung auf die griechische Politik. Seit 1913 war Konstantin I. König in Griechenland. Er war mit Sophie, einer Schwester des deutschen Kaisers, verheiratet und hatte an der Kriegsakademie in Berlin studiert. Er bewunderte das deutsche Militär, das er für unbesiegbar hielt, und galt als prodeutsch eingestellt. Während des Weltkrieges steuerte er einen Neutralitätskurs an. Diese Politik hätte die Mittelmächte begünstigt. Ministerpräsident Eleftherios Venizelos, unter dessen Amtszeit die für Griechenland erfolgreichen Balkankriege stattgefunden hatten, wollte sein Land an der Seite der Entente in den Krieg führen. Für diesen Fall hatte Großbritannien Griechenland die Abtretung Zyperns und eventuell einiger Gebiete im westlichen Kleinasien in Aussicht gestellt. Der König war gegen die Teilnahme Griechenlands an dem Krieg. Es kam zu einem Konflikt und Zerwürfnis zwischen den beiden. Der Ministerpräsident trat im März 1915 zurück.

Dieser Konflikt führte zu einer Spaltung der griechischen Gesellschaft. Die Folgen dieser politischen und gesellschaftlichen Spaltung werden sich in den Jahren darauf verheerend auf die Griechen sowohl in Griechenland als auch in Kleinasien auswirken.

Der Krieg in Gallipoli diente den Jungtürken als Vorwand, die Vertreibungen der Griechen aus Ostthrakien und Ionien, wo sie angeblich ein Sicherheitsrisiko für das Osmanische Reich darstellten, fortzusetzen und in den nächsten Jahren in deren Dörfern muslimische Flüchtlinge anzusiedeln, wie z. B. 1917 albanische Türken. Auch der Handelsboykott wurde verschärft. In Smyrna gründeten die Jungtürken 1915 eine muslimische Han-

delsgesellschaft, die über das Im- und Exportmonopol verfügte. Wer Handel betreiben wollte, musste die Genehmigung bei der Gesellschaft beantragen. Bis Ende des Ersten Weltkrieges dehnten die Jungtürken die Vertreibungen der Griechen auf das ganze Gebiet von Kleinasien aus. In der folgenden Tabelle ist die Gesamtzahl (laut dem griechischen Patriarchat) der Vertriebenen von 1913-1918 (ohne Pontos) zusammengefasst.

	1913-1914	1914-1918	Summe
Ostthrakien	130 282	88 165	218 447
Kleinasien (ohne Pontos)	153 890	144 559	298 449
Summe	284 172	232 724	516 896

IEE 1978, Bd. XV, S. 106

Pontosgriechen, Armenier und aramäischsprachige Christen wurden in diesem Zeitraum ebenfalls deportiert. Bei diesen drei Gruppen war das Ziel der Jungtürken nicht nur deren Vertreibung, sondern vielmehr deren Vernichtung. Die „erfolgreiche“ Vertreibung der Griechen aus den Jahren 1913/14 diente ihnen quasi als „Generalprobe“ für die neuen Deportationen, die nach dem gleichen Muster verliefen (Akcem 1996, S. 43).

Nach dem Ausbruch des Weltkrieges konnten Großbritannien, Frankreich und Russland nicht mehr im Osmanischen Reich intervenieren. Das nutzten die Jungtürken aus und kündigten einseitig die internationalen Verträge zum Schutz der Christen auf. Sie hatten jetzt freie Hand, ihre Pläne umzusetzen. In den ersten Monaten von 1915 fasste das Zentralkomitee den Beschluss, die Armenier zu deportieren. Diese Deportationen begannen bereits im März.

Die Entscheidung, die Christen zu deportieren, traf das Zentralkomitee der Jungtürken unter Umgehung der Regierung und des Parlaments.

Das Zentralkomitee war in seinen Sitzungen, gleichgültig, ob sie offiziell oder geheim waren, immer darauf bedacht, nur mündlich zu verhandeln und keine Protokolle anzufertigen. Selten hielten sie Beschlüsse schriftlich fest. Sie wollten kein Beweismaterial hinterlassen.

Ab Mai 1915 stand das Ziel, die Armenier nicht nur zu vertreiben, sondern sie auch zu vernichten, fest. Von Mai bis Juli erfolgte die Deportation aus den östlichen Provinzen und danach aus manchen anderen Regionen Kleinasiens.

Vor der Deportation fielen die Männer meistens Massakern zum Opfer. Frauen und Kinder mussten Hunderte von Kilometern weit marschieren bis sie ein Zwischensammellager wie z. B. in der Stadt Aleppo erreicht hatten. Tausende starben unterwegs an Hunger, Krankheiten, Erschöpfung oder Gewaltanwendung. Von den Zwischensammelagern ging es weiter in die unwirtlichen Gebiete Nordsyriens und des Nordiraks, wo Konzentrationslager eingerichtet worden waren. Diese Halbwüsten hatten die Jungtürken angeblich als neue Siedlungsgebiete vorgesehen. In den Lagern fanden jedoch systematisch Massentötungen statt (Hofmann 2006, S. 99f). Die Massaker, Deportationen und Massentötungen hatten ein derartig großes Ausmaß angenommen, dass Talaat ein gutes Jahr später, im August 1916, behaupten konnte: Die armenische Frage existiert nicht mehr.

Über die Zahl der Opfer gibt es unterschiedliche Angaben. Armenischen Quellen nach fielen dem Völkermord 1,5 Millionen Armenier zum Opfer. Türkischen Einschätzungen zu Folge waren es 300 000. Andere Angaben schwanken zwischen 650 000 und 1,5 Millionen.

Während der Deportationen der Armenier fanden in Kappadokien 1915 auch ca. 6500 Griechen wegen ihres christlichen Glaubens den Tod.

Der Pastor Johannes Lepsius erfuhr im Sommer 1915 von den Massendeportationen. Er fuhr in das Osmanische Reich, um sich vor Ort ein Bild des Geschehens zu machen und verfasste einen streng vertraulichen Bericht unter dem Titel „Bericht über die Lage des armenischen Volkes in der Türkei“. Der umfangreiche Bericht (ca. 300 Seiten) war 1916 in Buchform fertiggestellt und sollte an die Abgeordneten des Parlaments in Berlin verschickt werden. Er erreichte die Adressaten nicht, weil die Militärzensur die Exemplare beschlagnahmte (Hosfeld 2009, S. 257). Der Bericht von Lepsius ist eine sehr wertvolle Informationsquelle über die Völkermorde an den Christen.

An mehreren Stellen in dem Bericht (S. 64, 75f, 79, 81, 104, 105f, 219, 229, 230, 239, 240) gibt es auch ausführliche Hinweise über die Vorgehensweise der Jungtürken gegen die Griechen und die aramäischsprachigen Christen. Er erwähnt z.B., dass im Juli 1915 - während des Völkermordes an den Armeniern - in der Gegend von Sebinkarahisar im Pontos auch zehn griechische Dörfer niedergebrannt und die Einwohner massakriert bzw. deportiert wurden. Daraus wird ersichtlich, dass die Jungtürken mit ihnen genauso umgegangen waren wie mit den Armeniern. Das Ziel war die ethnische „Säuberung“.

Betroffen von der Türkisierungspolitik der Jungtürken waren auch die aramäischsprachigen Christen. Ihr Siedlungsgebiet lag im Südosten Kleinasiens im heutigen Grenzgebiet Türkei, Irak, Syrien und Iran. Sie wohnten in etwa 500 fast rein christlichen Dörfern. Die Einwohnerzahl betrug rund 500 000. Die meisten Menschen lebten von der Land- oder Viehwirtschaft.

In ihrem Siedlungsgebiet lebten auch noch Armenier, Türken, Eziden (Yeziden), Juden und Kurden. Letztere stellten die Mehrheit der Bevölkerung. Die kurdischen Großgrundbesitzer beuteten jahrhundertlang die Christen, die meistens Pächter oder Leibeigene waren, aus. Außerdem überfielen räuberische kurdische Nomadenstämme sowohl die christliche als auch die muslimische Landbevölkerung.

Vor dem Ersten Weltkrieg hatte es Massaker an den aramäischsprachigen Christen gegeben, zuerst in den 1840er Jahren, als es zu einem Konflikt zwischen den Kurdenfürsten und den Ostsyrern kam. Reguläre osmanische und irreguläre kurdische Truppen massakrierten 1843 und 1846 Tausende Ostsyrer (Yonan 2006, S. 252). Auch während des Massakers von 1894-1896 an den Armeniern hatte es Übergriffe gegen sie gegeben. Das folgende Mal war 1907 während des osmanisch-persischen Krieges.

Während des Ersten Weltkrieges kam es nicht nur erneut zu Massakern an den aramäischsprachigen Christen, sondern auch – gemäß der Türkisierungspolitik der Jungtürken – zu deren Vertreibung, die bereits im Herbst 1914 begann. Sie wurde während des osmanisch-russischen Krieges von Dezember 1914 bis Januar 1915 fortgesetzt und erreichte ihr größtes Ausmaß von Januar bis Mai, nachdem die russische Armee sich zurückgezogen hatte

und die aramäischsprachigen Christen den türkischen und kurdischen Truppen schutzlos ausgeliefert waren. Es gab Tausende Opfer entweder durch Gewaltanwendung oder durch Kälte, Krankheiten und Hunger.

Die Massaker und Vertreibungen wurden von Juni bis September parallel zu den Deportationen der Armenier fortgesetzt. Viele aramäischsprachige Christen flohen dieses Mal nach Persien. Beteiligt am Völkermord waren nicht nur die Truppen, sondern auch ein Teil der fanatischen muslimischen Bevölkerung.

Das Jahr 1915 ist als „Das Jahr des Schwertes“ in die Geschichte der aramäischsprachigen Christen eingegangen. Schätzungsweise fielen 250 000 und damit die Hälfte von ihnen dem Völkermord zum Opfer.

Unterstützung bekamen die aramäischsprachigen Christen und die Armenier von den Eziden (Tagay/Ortac 2016, S. 51). Ethnisch gehören sie größtenteils den Kurden an. Kurdisch ist auch ihre Sprache. Sie sind Anhänger einer eigenständigen Religionsgemeinschaft mit uralten Wurzeln. Ihr Glaube ist geprägt von Frieden und Toleranz gegenüber anderen Konfessionen und Menschen. Jahrhundertlang litten sie unter den sunnitischen Osmanen und Kurden. Sie wurden unterdrückt, ausgebeutet, ausgeraubt, verfolgt und getötet. Oft mussten sie sich gegen Zwangsislamisierungsversuche wehren. Die Eziden nahmen verfolgte christliche Frauen und Kinder in ihre Häuser auf und retteten ihnen so das Leben.

Die Eziden selbst wurden im Sommer 2014 im Nordirak Opfer eines Völkermordes, verursacht durch den sogenannten Islamischen Staat. Die Vorgehensweise der fanatischen Muslime war genauso wie in den Jahrhunderten davor: Die Männer wurden umgebracht, die Kinder entführt und die Frauen vergewaltigt, teils zwangsislamisiert und als Sexsklavinnen verkauft.

4.3 Der Völkermord an den Pontosgriechen. Die erste Phase 1916-1918

Bezüglich der Zahl der Pontosgriechen bis zum Beginn des Völkermordes existieren verschiedene Statistiken, Berechnungen und Berichte, die von den osmanischen Regierungen, der griechischen Kirche, den griechischen

Konsuln, Privatpersonen und ausländischen Wissenschaftlern verfasst wurden. Die Ergebnisse wichen oft stark voneinander ab.

Die amtlichen Stellen erfassten die Untertanen statistisch in zeitlichen Abständen. Es ging hauptsächlich um die Registrierung der Steuer- und Militärflichtigen. Aufgrund der mangelnden Sorgfalt der Beamten und des Staatsapparates waren die Ergebnisse nicht immer zuverlässig genug. Nach der Einschätzung der Behörde aus dem Jahr 1885 lebten z. B. im Verwaltungsbezirk Trapezunt 161 000 Griechen. Der französische Wissenschaftler Vital Guinet führte drei Jahre später im Auftrag der Regierung eine Volkszählung durch. Er gab für denselben Bezirk die Zahl 193 000 an. Das wären 32 000 mehr als nur drei Jahre davor. Ein derart starker Bevölkerungszuwachs in einer solch kurzen Zeit ist in friedlichen Zeiten unter normalen Bedingungen unwahrscheinlich.

Neben den offiziellen Statistiken führten auch die Patriarchate Erhebungen über die Angehörigen ihrer Kirche durch. Die griechischen Statistiken berücksichtigten auch die Religion und manchmal zusätzlich die Sprache. Es gab z. B. griechischstämmige Christen, die nur griechisch oder aber auch nur türkisch beherrschten, und umgekehrt griechischstämmige Muslime, die nur griechisch oder türkisch sprachen. Was die griechischstämmigen Muslime betraf, hatte diese Vorgehensweise Auswirkung auf die Zuordnung der Nationalität. Ein griechischstämmiger Muslim wurde in den griechischen Statistiken ethnisch den Griechen zugeordnet. Die daraus resultierenden Erhebungen wichen stark voneinander ab (Fotiadis 2015, S. 43f).

Die erste Statistik fertigte 1870 der Gymnasiallehrer der Frontistirion-Schule, S. Ioannidis, an. Er kam zu folgender Schätzung:

Griechischstämmige Christen	240 000
Griechischstämmige Muslime	90 000
Summe:	330 000

In den Statistiken des osmanischen Staates und des griechischen Patriarchats von 1910 und 1912 stehen folgende Angaben:

Verwaltungsbezirk	Regierung	Patriarchat	Regierung	Patriarchat
	Türken		Griechen	
Trapezunt	1 048 000	918 000	351 000	354 000
Sivas	934 000	840 000	98 000	99 000
Kastamonu	1 086 000	983 000	18 000	25 000
Summe:	3 068 000	2 741 000	467 000	478 000

Während die Zahlenangaben bezüglich der Griechen sich um nur 11 000 unterschieden, betrug der Unterschied bei den Türken 327 000!

Der Archimandrit Panaretos und der Arzt K. Fotiadis bereisten im Mai 1919 –knapp sieben Monate nach dem Ende des Weltkrieges – das Pontosgebiet mit dem Ziel, die Menschenopfer und die materiellen Schäden zu dokumentieren. Die folgenden Angaben beziehen sich auf das Jahr 1914.

Griechischstämmige Muslime	190 000
Griechischstämmige Kryptochristen	43 000

Die Erfassung der griechischstämmigen Muslime und der Kryptochristen war allgemein mit einer großen Ungenauigkeit verbunden.

Während es bei der Anzahl der griechischstämmigen Muslime und Kryptochristen beträchtliche Abweichungen gab, stimmte die Zahl der griechischstämmigen Christen dagegen in den verschiedenen Statistiken annähernd überein.

Es wird angenommen, dass die Zahl der Griechen im Pontos zu Beginn des Ersten Weltkrieges mindestens 700 000 betrug. Das Deutsche Jahrbuch 1912 gab z. B. die Zahl der Pontosgriechen mit 720 000 an. Diese Annahme wird auch durch folgende Tatsache bekräftigt. Die liberale osmanische Regierung unter dem Großwesir (Ministerpräsident) Kamil Pascha kam 1912 mit dem Patriarchen überein, den Pontosgriechen bei den Parlamentswahlen sieben Sitze zur Verfügung zu stellen gemäß dem Schlüssel, an jeweils 100 000 nichtmuslimische Einwohner einen Parlamentssitz zu vergeben, davon drei im Wahlbezirk Trapezunt, zwei in Amasya und jeweils einen in Sinope und Sebinkarahisar.

Sowohl Ikonomidis als auch Panaretos rechneten die griechischstämmigen Muslime ethnisch den Griechen zu. Nach deren Berechnung bildeten die Griechen die ethnische und die Muslime die religiöse Mehrheit.

Nach Ikonomidis waren die griechischstämmigen Christen wie folgt auf die einzelnen Verwaltungsbezirke verteilt:

Trapezunt	523 000
Amasya	55 500
Sebinkarahisar	51 500
Tokat	47 000
Sinope	23 000
Summe:	700 000

Nach dem Bericht von Neofytos gab es 1549 griechische Gemeinden, 1229 Schulen, 1327 öffentliche Kirchen, 1560 Privatkirchen und 26 Klöster.

Außer den Griechen lebten im Pontos auch viele andere Nationalitäten. Ikonomidis machte folgende Angaben dazu:

Türken	422 000
Lazen	221 000
Tscherkessen	166 000
Armenier	157 300
Kurden	76 000
Qizilbasch („Rotköpfe“, Aleviten im Osmanischen Reich)	63 000

Georgier	53 380
Roma	4 950
Perser	2 580
Europäer	1 300
Juden	750
Arabische Christen	490
Bosnier	400
Pomaken (bulgarische Muslime)	100
Summe:	1 169 250

Die Übergriffe auf die Griechen im Pontos und deren Vertreibung begannen in den ersten Monaten von 1916. Nach der erfolgreichen Schlacht im Kaukasus im Winter 1914/15 wandte sich die russische Armee dem Westen in Richtung Pontos zu.

Der Vormarsch diente den Jungtürken als Vorwand, die Deportationen zu rechtfertigen. Sie warfen den Griechen vor, 20 Kompanien zusammenstellen zu wollen und mit Waffen von den Russen ausgerüstet worden zu sein, um hinter dem Rücken des dritten osmanischen Armeekorps zu agieren. Damit wurden sie zu Verrätern und Staatsfeinden erklärt. Im April wurden die Einwohner der Region Macka nach Erzurum deportiert. Im November brachten die Jungtürken 13 000 Griechen aus der Gegend von Tripolis in das ausgestorbene armenische Dorf Birk, dessen 500 Familien im Jahr davor umgebracht worden waren. Die Deportations- und Lebensbedingungen waren unmenschlich. Nach nur vier Monaten waren von den 13 000 Deportierten nur noch 800 am Leben.

In den russischen Einheiten dienten auch armenische Soldaten. Die muslimische Landbevölkerung fürchtete sich vor deren Racheakten und floh aus ihren Dörfern in Richtung Westen. Unterwegs überfielen sie die griechischen Ortschaften. Sie plünderten, vergewaltigten und mordeten. In der Provinz Chaldia massakrierten sie etliche Griechen. Kaum hatten sie sicheres osmanisches Gebiet erreicht, vertrieben sie die griechischen Bewohner und nahmen deren Häuser in Besitz.

Der offizielle Deportationsbefehl der Regierung wurde am 28. Dezember 1916 bekannt (IEE 1978, Bd. XV, S. 102). Die Männer von 16 bis 40

Jahren sollten verbannt, die Frauen und Kinder ins Landesinnere deportiert werden. Die Gendarmerie war mit der Durchführung der Deportationen beauftragt. Die meisten Gendarmen waren ehemalige Kriminelle. Sie ließen sich in den griechischen Dörfern nieder, wo sie raubten und plünderten. In Ortschaften mit gemischter Bevölkerung mussten ausschließlich Griechen für deren Unterbringung und Versorgung aufkommen. Durch diese Strategie sollte der griechischen Landbevölkerung u. a. die Existenzgrundlage geraubt werden. In den wirtschaftlichen Ruin getrieben, wäre sie dann eventuell bereit gewesen, die Namen und die Verstecke von Deserteuren preiszugeben.

Die Lokalbehörde ließ den Griechen kaum Zeit, sich auf die Deportation vorzubereiten. In Ordu hatten sie eine Woche, in Giresun zwei Tage, in Sinope vier Stunden, in der Kleinstadt Pulancaki eine Stunde und in Samsun überhaupt keine Zeit. Gleich an dem Tag, an dem der Deportationsbefehl bekannt wurde, verhaftete die Gendarmerie die Honoratioren vor Ort und deportierte sie. Die Menschen hatten keine Gelegenheit, ihre Angehörigen zu benachrichtigen und Kleidung bzw. Proviant mitzunehmen. Am nächsten Tag umstellten die Truppen die Stadt. Etwa 4000 Griechen ohne entsprechende Kleidung, Transportmöglichkeiten und Lebensmittel wurden mitten im Winter deportiert. Da die Einwohner kaum Zeit gehabt hatten, konnten sie aus ihrem beweglichen Besitz fast nichts veräußern, um von dem Geld z. B. Proviant zu organisieren. Kam es doch dazu, so durften sie ihre Habe nur an Türken und nur zu einem Bruchteil des realen Wertes verkaufen. Ihre Häuser wurden entweder zerstört oder muslimische Flüchtlinge zogen dort ein. Die Kirchen wurden ausgeraubt und entweiht.

Es fand eine massive Bereicherung an den Opfern statt. Es gab viele Möglichkeiten dazu. Eine falsche Anschuldigung z. B. wegen Spionage oder Landesverrat hatte die Verhaftung, Deportation oder Hinrichtung des Beschuldigten zur Folge. Sein Eigentum wurde entweder vom Staat konfisziert oder von Privatpersonen vereinnahmt. In Giresun wandte das Komitee der Jungtürken folgende Methode an: Wohlhabende griechische Firmenbesitzer wurden gezwungen, einen Türken als Mitinhaber aufzunehmen.

Nach Bedrohung, Erpressung, Verhaftung, Deportation oder Ermordung des Griechen übernahm dann der türkische Mitinhaber die ganze Firma.

Die Deportationsziele lagen im Landesinneren; es waren meist die Gegenden von Ankara und Kastamonu. Die Deportationen fanden oft im Winter statt; die Routen führten über verschneite Berge. Die Gendarmen taten alles, um den Tod der Deportierten schneller herbeizuführen. Sie zwangen z. B. die Menschen, kalte Flüsse zu durchqueren und dann in nasser Kleidung in der Kälte weiterzumarschieren. Kamen sie durch muslimische Dörfer, führten sie die Griechen, angeblich aus Desinfektionsgründen, in das Dampfbad. Nach dem heißen Bad mussten sich die Deportierten in der Winterkälte aufstellen und warten, bis der Gendarmeriechef kam, um sie abzuzählen. Anschließend mussten sie auf den Arzt warten, der die „medizinischen“ Untersuchungen durchführte. Beide ließen sich mit ihrem Kommen viel Zeit.

Die Unterbringung der Deportierten erfolgte in verlassenen armenischen Dörfern, in griechischen Ortschaften oder kleine Gruppen von ein paar Familien wurden auf muslimische Dörfer verteilt. Sie lebten unter erbärmlichen Bedingungen und hausten in Scheunen oder Ställen ohne ausreichend Nahrung, Kleidung und medizinische Versorgung.

Trotzdem kam es vor, dass Lokalbehörden Griechen zwangen, Briefe an Beamte zu schreiben, um sich für die „tadellose“ Behandlung seitens der Staatsorgane zu bedanken.

Gleichzeitig mit den Deportationen fanden auch Zwangsislamisierungen statt. Manche Griechen konvertierten unter Gewaltandrohung und manche, um dem Elend und dem Hungertod zu entgehen. Kinder ohne Eltern wurden in muslimische Waisenhäuser gesteckt und dort muslimisch erzogen. Die Jungen wurden beschnitten. Im Waisenhaus von Samsun waren etwa 500 griechische Kinder. Bewaffnete Räuberbanden nahmen griechische Mädchen und Frauen gefangen und verkauften sie an Muslime. Sie lebten fortan im Harem in einem engen muslimischen Kreis, sodass eine Islamisierung unumgänglich war. Manche Frauen nahmen sich das Leben, um sich der Gefangenschaft bzw. einem Leben im Harem zu entziehen.

Die berüchtigtste Räuber- und Mörderbande war die von Topal Osman (lahmer Osman). Er hatte am Balkankrieg teilgenommen, war am Bein verwundet worden und hinkte seitdem. Er war brutal, grausam und sadistisch, für die Griechen der Inbegriff einer Bestie. Er agierte überwiegend im Westpontos. Mit Duldung der Behörde terrorisierte er die griechische Landbevölkerung. Die Vorgehensweise war in allen Ortschaften gleich. Mit seiner Bande umzingelte er die Dörfer und zwang die Einwohner in die Kirche, in die Schule oder in ein großes Haus.

Das entsprechende Gebäude wurde dann in Brand gesteckt; die Menschen fanden dabei den Tod. Einige Mädchen und Frauen, die ausgesondert und nicht mit eingesperrt worden waren, wurden vergewaltigt und dann getötet. Anschließend kam es zu Plünderungen. Tausende Griechen starben grausam; sehr viele Dörfer wurden völlig zerstört. Neben Topals Banden existierten auch andere, deren Mitglieder Lazen oder Kurden waren. Die letzteren sollen nach den Berichten der Pontosgriechen besonders grausam gewesen sein (Marantzidis 2001, S. 53).

Auch die Klöster litten unter den Zerstörungen. Im Kloster Soumela waren die Mönche wiederholt bedroht und ausgeraubt worden. Im April 1916 belagerten Militäreinheiten und irreguläre Truppen das Kloster. Nach einem erfolglosen Angriff drohten sie damit, das Kloster zu bombardieren. Die Mönche versteckten daraufhin die Kirchenschätze, nahmen die Ikone der Heiligen Jungfrau mit und verließen nachts heimlich das Kloster. Am nächsten Tag wurde es ausgeplündert, aber nicht zerstört. Der arabischstämmige Militärkommandant hatte es nicht erlaubt.

Weniger Glück hatte das Kloster Vazelon. Dort hatten ca. 800 Zivilisten Zuflucht gesucht. Einige Tage nach der Plünderung des Soumela-Klosters kam es im Vazelon-Kloster zuerst zu einem entsetzlichen Massaker und dann zur Plünderung und völligen Zerstörung. Beteiligt an der Ausraubung und Verwüstung des Klosters waren nicht nur die Soldaten und die Bandenmitglieder, sondern auch die Landbevölkerung aus der Umgebung. Zwei Frauenklöster erlitten das gleiche Schicksal; sie wurden geplündert und zerstört. Während die Nonnen des einen Klosters im Gefängnis starben, konnten sich die aus dem zweiten Kloster durch Flucht retten. Nur das

Kloster Peristereota blieb unversehrt, weil es im russisch besetzten Gebiet lag.

Während der Deportationen war Pontos, was die Kommunikation anbetraf, von der „Außenwelt“ völlig abgeschnitten. Es herrschte Postzensur. Verboten waren auch jegliche Fotoaufnahmen, die im Zusammenhang mit den Deportationen standen. Es gibt jedoch über diese Zeit viele Berichte von deutschen und österreichischen Diplomaten, die damals im Pontos tätig waren. Auch deutsche Offiziere haben Berichte verfasst. Der österreichische Konsul in Samsun, Kwiatkowski, informierte seinen Botschafter Pallavicini in Konstantinopel. Dieser benachrichtigte wiederum im Dezember 1916 und Januar 1917 die Regierung in Wien. Ein Auszug aus seinem Bericht:

11. Dezember 1916

Fünf compromittierte griechische Dörfer verbrannt. Einwohner ausgewiesen.

12. Dezember 1916

In der Umgebung brennende Dörfer.

14. Dezember 1916

Ganze Dörfer, auch Schulen und Kirchen. verbrannt; Bevölkerung größtem Elend preisgegeben.

17. Dezember 1916

In der Umgebung von Samsun elf griechische Dörfer verbrannt; mitunter Plünderung. Auch Mißhandlung von Dorfbewohnern.

31. Dezember 1916

Achtzehn griechische Dörfer ganz, fünfzehn teilweise verbrannt; zirka sechzig Frauen vergewaltigt. Selbst Kirchen geplündert. (Fotiadis 2015, S. 183).

Die Einwohnerzahl der verschiedenen Dörfer im Westpontos war unterschiedlich. In der Gegend von Amasya z. B. hatte ein griechischsprachiges Dorf im Schnitt 464 und ein türkischsprachiges griechisches Dorf 331 Einwohner.

Pallavicini protestierte gegen die Deportationen bei dem Außenminister der Jungtürken, Halil Bey. Sein Protest blieb jedoch erfolglos. Auch der Protest des Patriarchen bei der osmanischen Regierung war nicht erfolgreich. Die

Jungtürken wiesen ihn darauf hin, dass er nur für religiöse, nicht aber für weltliche Angelegenheiten zuständig sei.

Die deutschen Konsuln von Giresun und Samsun berichteten dem deutschen Botschafter Kühlmann in Konstantinopel über das Ausmaß der Massaker. Er informierte den Reichskanzler Hollweg in Berlin. Bergfeld war als deutscher Konsul in Samsun tätig. Im Sommer 1916 verfasste er einen Bericht an das Außenministerium. Darin schrieb er: Ausweisung und Ausrottung sind auf Türkisch gleiche Begriffe.

Die Botschafter bekamen von Enver die Zusicherung, dass die Deportationen nur militärisch begründet seien. Die Griechen würden nur 50 km von der Küste entfernt deportiert; sie dürften innerhalb eines Monats selbst den Zeitpunkt und den neuen Niederlassungsort bestimmen. Ferner könnten sie von ihrem Besitz alles mitnehmen, was sie wollten, und ihr unbeweglicher Besitz könne auf ihren Wunsch hin vom osmanischen Staat bewacht werden. Die Intervention der Botschafter blieb erfolglos. Die deutsche Botschaft in Konstantinopel stellte finanzielle Mittel zur Verfügung, um die Deportierten zu unterstützen. Der Hintergrund war vermutlich, den Neutralitätskurs Griechenlands aufrechtzuerhalten. Griechenland war zu dem Zeitpunkt noch nicht dem Ersten Weltkrieg auf der Seite der Entente beigetreten. Dies war erst im Sommer 1917 der Fall.

Von den Deportationen waren hauptsächlich Frauen, Kinder und ältere Menschen betroffen. Die meisten Männer waren bei den Arbeitsbataillonen, beim Militär oder nach Russland geflohen. Der Staat ging sehr hart gegen Deserteure vor. Ein Gesetz vom Oktober 1915 sah z. B. nicht nur persönliche Strafen gegen sie vor, sondern auch die Deportation ihrer Familien. Ihre Familien mussten sehr unter diesen Kollektivstrafen leiden.

Einige Männer sahen als einzigen Ausweg die Flucht in die Berge und die Aufnahme des Rebellenkampfes gegen den Staat. Die Rebellen waren überwiegend Kriegsdienstverweigerer oder Fahnenflüchtige. Einige waren aber auch dabei, weil sie auch sonst mit dem Gesetz in Konflikt geraten waren. Ihr Hauptanliegen war, das eigene Überleben zu sichern, ihre Dörfer vor den Angriffen der Banden zu schützen, die Täter zu bestrafen und Rache zu üben. Der Rebellenkampf begann 1915 und erreichte seinen Höhe-

punkt im Winter 1916. Die Hochburgen waren im Ostpontos die Bergregionen in der Gegend von Sürmene und die sieben griechischen Dörfer in Santa. Im Westpontos waren es die Gegenden von Samsun und Bafra. Die Anzahl der Rebellen betrug in Samsun zwischen 300 und 1000 und in Bafra etwa 2000. Ihre Waffen bezogen sie hauptsächlich vom Meer her über russische Kriegsschiffe oder kurdische oder tscherkessische Zwischenhändler. Bekannte Rebellenführer waren u. a. Vasil Ousta, Anton Pascha, Pantel Agas und Dimitrios Haralambidis.

Der Metropolit von Amasya, Germanos Karavangelis, organisierte die Rebellenbewegung mit und war ihr Unterstützer. Die osmanische Behörde verhaftete ihn 1917 und brachte ihn nach Konstantinopel. Dort kam er ins Gefängnis. Dank der Intervention des Patriarchen konnte er freigelassen werden.

Gegen die Rebellen ging das Militär hart vor, oft unterstützt von Banden. Im Zuge dieser Operationen wurden zahlreiche Zivilisten umgebracht und Dörfer zerstört. In der Provinz Ünye/Oinoi waren z. B. elf Dörfer zerstört und 520 Griechen getötet. Die Überlebenden wurden nach Tokat, Amasya und Niksar deportiert.

Das Dorf Otkaya befand sich im südlichen Teil der Provinz Bafra. In der Nähe des Dorfes, in der Höhle der Hl. Jungfrau, hatten sich Ende 1917 Rebellen und ca. 600 Frauen und Kinder verschanzt. Als das Militär die Höhle belagerte und die Lage für die Rebellen nach zwei Tagen erbitterter Kämpfe aussichtslos wurde, nahmen sie sich das Leben. Es folgte ein Massaker an den Frauen und Kindern. Nur 83 konnten sich retten.

Die Rebellenbewegung war aussichtslos, obwohl sie finanziell und organisatorisch von der griechischen Elite (Kirche, wohlhabende Griechen und Akademiker) unterstützt wurde. Die Rebellen agierten getrennt voneinander in kleinen Gruppen. Es gab keine zentrale Koordinationsstelle, der Aktionsradius war klein, sie hatten keine Unterstützung bzw. Versorgung und ihre Bewegungsfreiheit war sehr eingeschränkt durch die Frauen und Kinder, die ihnen folgten.

Außerdem waren sie oft untereinander hoffnungslos zerstritten. Es ging sogar so weit, dass gegenseitig Morde verübt wurden (Valavanis 1986, S. 253).

Als die Situation der Landbevölkerung aufgrund der Massaker seitens des Militärs und der Banden unerträglich geworden war, forderte der Metropolit Germanos die Rebellen auf, den Kampf zu beenden und die Waffen abzugeben.

Der Rebellenkampf und die teilweise Versorgung der Kämpfer mit Waffen durch die Russen lieferte den Jungtürken einen weiteren Vorwand, die Deportationen zu rechtfertigen.



Deportierte Pontosgriechen. Es sind fast nur Frauen und Kinder.
IEE, Bd. XV, S. 104

Als Anfang 1916 die russischen Truppen Richtung Trapezunt marschierten, übergab der osmanische Gouverneur die Amtsgeschäfte an den Metropolit Chrysanthos und verließ die Stadt. Die russischen Einheiten zogen im April 1916 in Trapezunt ein. Die Griechen empfingen sie als Befreier. Das russische Militär kontrollierte das Pontosgebiet östlich der Linie Trapezunt-Argyroupoli. Chrysanthos verfolgte eine besonnene und humane Politik den Muslimen gegenüber. Er schützte sie vor Racheakten der armenischen

Soldaten, die im russischen Heer dienten. Er organisierte die Lebensmittelversorgung der Flüchtlinge und sorgte dafür, dass die geflohene muslimische Landbevölkerung gefahrlos in ihr Siedlungsgebiet (Of, Sürmene, Macka usw.) zurückkehren konnte.

4.3.1 Die politische Entwicklung in Griechenland bis Sommer 1917

In der Zwischenzeit war die politische Situation in Griechenland eskaliert. Im März 1915 war Ministerpräsident Venizelos aufgrund der Meinungsverschiedenheit mit dem König bezüglich der Militäroperation in Gallipoli zurückgetreten. Im Mai fanden Wahlen statt. Venizelos ging als Sieger hervor; im August bildete er eine neue Regierung.

Serbien befand sich im Krieg mit den Mittelmächten. Die bulgarische Regierung betrachtete den Zeitpunkt als günstig, um an der Seite der Mittelmächte Serbien den Krieg zu erklären. Die Regierung Serbiens ordnete die Generalmobilmachung an. Da es ein Abkommen zwischen Griechenland und Serbien über eine gemeinsame Verteidigung gab, ordnete Venizelos auch in Griechenland eine Generalmobilmachung an. Der König war damit jedoch nicht einverstanden und unterschrieb den entsprechenden Befehl nicht. Venizelos trat im Oktober erneut zurück. Vor seinem Rücktritt hatte er England und Frankreich gestattet, Militäreinheiten nach Thessaloniki zu entsenden. Um Serbien zu unterstützen, sollte in Südosteuropa eine neue Kriegsfront errichtet werden. Der König war jedoch gegen die Landung der Entente-Streitkräfte. Griechenland geriet in die Mühlen des Weltkrieges. Die bulgarische Armee besetzte die griechische Region Ostmakedonien und begann mit der gewalttätigen Bulgarisierung (z. B. Sprache, Schule, Kirche, Beamte). Die Neutralitätspolitik des Königs hatte katastrophale Auswirkungen auf die Integrität des griechischen Staates. Als Reaktion auf seinen Kurs gründeten Anhänger von Venizelos in Thessaloniki das „Komitee der Nationalen Verteidigung“. Sie bezweckten den Kriegseintritt Griechenlands auf der Seite der Entente. In Thessaloniki gab es ab Oktober 1916 unter der Führung von Venizelos eine zweite Regierung, die Nordgriechenland kontrollierte, während die Regierung in Athen zusammen

mit dem König Südgriechenland kontrollierte. Das Land war tief gespalten (Hösch 2008, S. 188).

England und Frankreich betrachteten den griechischen König als Feind. Sie versuchten ihn und seine Regierung mit Militärgewalt unter Druck zu setzen. Es gelang ihnen aber nicht. Daraufhin wurden in Südgriechenland die Venizelos-Anhänger gnadenlos von der Regierung verfolgt.

Im Mai 1917 besetzten französische Truppen Athen. Der König ging ohne abzudanken ins Exil in die Schweiz. Sein Sohn Alexander folgte ihm auf den Thron. Venizelos kam nach Athen und wurde Ministerpräsident. Royalisten und Venizelisten standen sich nun unversöhnlich gegenüber. Die politische und gesellschaftliche Spaltung war schlimm. Die neue Regierung machte jetzt ihrerseits Jagd auf die Anhänger des Königs. Es ging ihr darum, den Staatsapparat von den Royalisten zu „säubern“.

Im Juni 1917 trat Griechenland dem Krieg auf der Seite der Entente bei. Dadurch verstärkten sich die Verfolgungen und Deportationen der Griechen in Kleinasien, vor allem in Ionien. Während also in Griechenland ein latenter Bürgerkrieg zwischen Anhängern der Entente und den Mittelmächten bzw. zwischen Venizelisten und Royalisten tobte, fand im Pontos ein Völkermord an den Griechen statt. Die griechische Politik war zu sehr mit sich selbst beschäftigt, als dass sie irgendwelche Rettungsversuche unternommen hätte.

4.3.2 Die politische Entwicklung in Russland 1917/18 und der Pontos

Gleichzeitig mit den Ereignissen in Griechenland fand in Russland eine politische Entwicklung statt, die weitreichende Auswirkung auf die Pontosgriechen hatte. Im März 1917 revoltierten die gemäßigten Sozialisten, die Menschewiki, und rissen die Macht an sich. Zar Nikolaus II. dankte ab. Im Sommer brach die russische Front gegen die Mittelmächte im Westen zusammen. Der Krieg war so gut wie verloren. Es war damit zu rechnen, dass die russischen Truppen sich aus dem Pontosgebiet zurückziehen würden. Angesichts dieser Entwicklung kam die russische Diplomatie auf die Idee, den Griechen die Bildung einer unabhängigen Pontischen Republik

von Sürmene im Osten bis Bafra im Westen vorzuschlagen. Dies wäre die Entschädigung der Pontosgriechen für die Schäden, die sie durch die Jungtürken erlitten hatten, weil sie Russland unterstützten (Fotiadis 2015, S. 222f).

Die Pontosgriechen im Ausland griffen die Idee, eine unabhängige Pontische Republik zu gründen, auf. Konstantin Konstantinidis war die wesentliche Triebkraft zur Realisierung dieses Vorhabens. Er stammte aus einem gutbürgerlichen Haus (sein Vater Kapetan Giorgis Pascha war viele Jahre lang Bürgermeister in Giresun) und lebte als wohlhabender Großkaufmann in Marseille.

Im Oktober 1917 ergriffen die kommunistischen Bolschewiki die Macht in Russland. Sie traten für das Selbstbestimmungsrecht der Völker ein und waren gegen die Politik der mächtigen Nationen, Gebiete zu annektieren und unter sich aufzuteilen. Lenin propagierte die Weltrevolution gegen die Kolonialmächte. Kurz nach der Machtergreifung löste Trotzki die Armee auf. Die Soldaten durften nach Hause gehen. Unter den russischen Truppen im Pontos brach Anarchie aus. Die Offiziere konnten die Disziplin nicht mehr aufrechterhalten. Es herrschten chaotische Zustände. Die Soldaten zogen völlig ungeordnet und marodierend in Richtung Trapezunt, um von dort aus per Schiff nach Russland zurückfahren zu können. In der Stadt plünderten sie zahlreiche Geschäfte aus und verkauften ihre Waffen und Munition.

In der zweiten Jahreshälfte 1917 war in Trapezunt der „Verein Nationale Vereinigung der Pontosgriechen“ gegründet worden. Initiator war die Kirche. Der Verein kaufte Waffen bei den russischen Soldaten und verteilte sie an die griechische Stadt- und Landbevölkerung. Dadurch sollten die Griechen in die Lage versetzt werden, sich gegen die irregulären Banden wehren zu können (KMS 2015, Bd. 4, S. 223).

Es gab auch Überlegungen, eine pontische Befreiungsarmee, die aus griechischen Soldaten der russischen Truppen rekrutiert worden wäre, oder ein griechisches Regiment aus Freiwilligen zu bilden. Chrysanthos lehnte dieses jedoch ab.

Im Dezember schlossen die Bolschewiki mit Deutschland einen Waffenstillstand. Danach begannen die Friedensverhandlungen, an denen auch Talaat und Enver teilnahmen. Sie lernten dort den Vertreter der Bolschewiki, Leo Trotzki, kennen. Anfang 1918 zogen sich die russischen Einheiten aus Pontos zurück. Ihnen folgten schätzungsweise 85 000 Griechen. Sie gingen nach Georgien oder Russland.

Anfang Februar erfolgte die offizielle Übergabe Trapezunts an das osmanische Militär. Für eine geordnete Übergabe hatten Chrysanthos und der russische Bürgermeister gesorgt. Dadurch hatten die osmanischen irregulären Banden, im Gegensatz zu ihrer üblichen Vorgehensweise, keine Gelegenheit, die Griechen auszuplündern bzw. zu massakrieren. Trotzdem wurden 200 Griechen aus Rache für die russische Besetzung erschossen. Nachdem Chrysanthos vom Militär die Zusage erhalten hatte, dass die irregulären Banden aufgelöst werden sollten, forderte er die griechische Bevölkerung auf, ihre Waffen an die osmanische Behörde abzugeben.

Im März wurde in der polnischen Stadt Brest-Litowsk der Friedensvertrag zwischen Deutschland und den Bolschewiki unterschrieben. Letztere verpflichteten sich auf Deutschlands Druck hin, den Ostpontos und die Provinzen Ardahan, Kars und Batum (mit Ausnahme der gleichnamigen Stadt), die der Zar 1878 besetzt hatte, an das Osmanische Reich zurückzugeben. In diesen Provinzen hatten sich Griechen, die 1878 und später aus Pontos geflohen waren, niedergelassen. Etwa 75 000 von ihnen flohen jetzt zum zweiten Mal innerhalb einer Generation. Dieses Mal zogen sie in andere Regionen Georgiens oder nach Russland. Viele gingen in die Regionen Kuban und Krasnodar am nordöstlichen Schwarzen Meer. Große Sicherheit hatten sie aber auch dort nicht, denn es herrschte Bürgerkrieg zwischen den Bolschewiki und den Anhängern des Zaren.

Die griechische Regierung richtete in Athen ein neues Ministerium ein. Eine von dessen Hauptaufgaben war die Versorgung und Betreuung der geflohenen Griechen aus Kleinasien. Die Regierung setzte den Schriftsteller Nikos Kazantzakis als Generaldirektor ein. Im Sommer 1919 fuhr er im Auftrag der Regierung an das östliche Schwarze Meer, um von Batum und Suhumi aus den Transport von ca. 100 000 Griechen mit griechischen

Schiffen nach Griechenland zu organisieren. Diese Erlebnisse hat Kazantzakis später in seinen Romanen verarbeitet. In Deutschland wurde er durch die Verfilmung seines Romans „Alexis Zorbas“ Anfang der 1960er Jahre bekannt. Die Musik zu dem Film, die unter dem Namen Syrtaki ein Welterfolg wurde, komponierte Mikis Theodorakis.

4.3.3 Der Waffenstillstand von Moudros im Oktober 1918

Der Erste Weltkrieg endete mit der Niederlage der Mittelmächte und deren Verbündeten. Die Regierung der Jungtürken unter Talaat trat Anfang Oktober 1918 zurück. Die Herrschaft der Jungtürken war damit offiziell beendet. Sie beeinflussten aber weiterhin die Politik im Osmanischen Reich. Die Waffenstillstandsverhandlungen zwischen der Entente und der osmanischen Regierung fanden in der Ortschaft Moudros auf der nordägäischen griechischen Insel Limnos statt. Die Alliierten hatten sich Anfang Oktober auf die Bedingungen des Waffenstillstands geeinigt. Alleiniger Vertreter der Entente war der britische Admiral Somerset Arthur Calthorpe. Das Waffenstillstandsabkommen wurde am 30. Oktober geschlossen.

Der Vertrag umfasste 25 Artikel. Der osmanische Staat war u. a. verpflichtet, die Dardanellen und den Bosphorus für die Schiffe der Alliierten zu öffnen, die Streitkräfte zu entwaffnen, die Kriegsschiffe auszuliefern, alle Gebiete außerhalb Kleinasiens zu räumen und die deutschen und österreichischen Offiziere auszuliefern. Konstantinopel kam unter die Kontrolle der Alliierten. Die Griechen Kleinasiens kamen im Abkommen nicht vor, was zu heftigen Protesten in Griechenland führte. Es war auch keine Bestrafung der Schuldigen für die Völkermorde an den Christen vorgesehen. Außerdem wurde den Alliierten das Recht eingeräumt, militärisch einzugreifen und Gebiete zu besetzen, sollten sie ihre Sicherheit als gefährdet einschätzen (Kreiser 2014, S. 128).

Dieser Vertrag diente den strategischen und wirtschaftlichen Interessen Frankreichs und hauptsächlich Großbritanniens. Die Fläche des Osmanischen Reiches war nur auf Kleinasien reduziert. Die „frei“ gewordenen Gebiete wie z. B. Batum, Baku oder Mesopotamien wurden von britischen

Truppen besetzt. Die Erdölvorkommen dort versprachen viel Profit für das englische Kapital.

Zwei Tage nach der Unterzeichnung des Waffenstillstandsabkommens brachte ein deutsches Kriegsschiff einige hochrangige Funktionäre des Komitees der Jungtürken, darunter das Führungstrio der Jungtürken Talaat, Enver und Cemal, heimlich auf die Krim. Von da aus reisten sie, bis auf Enver, der zu seinem Bruder in den Transkaukasus ging, weiter nach Berlin, wo sie sehr gastfreundlich aufgenommen wurden. Dabei halfen alte Freunde kräftig mit, wie z. B. der ehemalige Generalstabschef des osmanischen Heeres, Bronsart von Schellendorf (Gottschlich 2015, S. 260). Enver kam später auch nach Berlin. Er bezog ein Zimmer im Haus der Witwe des ehemaligen deutschen Botschafters in Konstantinopel, Hans von Wangenheim.

4.3.4 Die Bilanz der griechischen Opfer im Pontos von 1913-1918

Nach der Statistik des griechischen Patriarchats deportierten die Jungtürken aus Ostthrakien 218 447, aus Kleinasien (ohne Pontos) 298 449 und aus Pontos 257 019 Griechen. Die Gesamtzahl beträgt 773 915. Bezogen auf das Pontosgebiet machte Panaretos in seinem Bericht folgende detaillierte Angaben:

Kirchenverwaltungsbezirk	Deportierte
Amasya	89 370
Chaldia	64 582
Trapezunt	38 434
Kastamonu	27 216
Kolonia	19 938
Rhodopolis	17 479
Summe:	257 019

Aus dem Bericht von Panaretos wird ersichtlich, dass erstens der Westpontos viel mehr als der Ostpontos gelitten hat (KMS 2015, Bd. s4, S. 103) und zweitens Deportation und Verbannung gleichbedeutend mit Vernichtung waren, wie folgende Beispiele zeigen. Aus der Provinz Amasya wurden

72 375 deportiert oder verbannt, 70 % von ihnen fanden den Tod. Aus der Provinz Chaldia-Giresun waren es 90 000, 80 % von ihnen kamen ums Leben. Aus der Provinz Niksar waren es 25 000 (hauptsächlich aus den Küstenregionen); 65 % der Stadt- und 94 % der Landbevölkerung überlebte nicht. Etwa 85 000 flohen nach Russland, wie bereits erwähnt.

Auch die materiellen Schäden waren immens. In der Region von Giresun wurden z. B. alle 72 Dörfer, in der Provinz Amasya 140, im Gebiet südlich von Argyroupolis 79 % und in der Stadt Ordu 90 % der griechischen Häuser zerstört.

4.3.5 Das Kaiserdeutschland und die Völkermorde an den Christen im Osmanischen Reich 1915-1918

Ende des 19. und Anfang des 20. Jhs. waren mehrere europäische Länder von Nationalismus, Imperialismus, Kolonialismus, Rassismus und Antisemitismus geprägt. In Deutschland kamen ein starker preußisch-deutscher Militarismus und der Sozialdarwinismus hinzu.

Den Anhängern des Sozialdarwinismus diente der Machtkampf in der Natur und das Überleben des Stärkeren als Vorbild für ihre Weltanschauung. Sie übertrugen dieses Vorbild auf die Menschen und Nationen und sahen das Leben als einen ewigen Kampf an. Der Krieg wurde als ein legitimes Mittel, sogar als eine Kulturerrungenschaft betrachtet, um die eigenen Interessen durchzusetzen.

Deutschland wurde seit den 1870er Jahren von konservativen Kreisen regiert. Bismarck dominierte von 1870/71 bis 1890 die Politik. Er stand ausgesprochen rechts und bekämpfte die liberalen Kräfte scharf. Kaiser Wilhelm II. war ein Autokrat; sein Regime entsprechend autoritär.

Um sein Ziel zu erreichen, aus Deutschland eine Weltmacht zu machen (Momsen 1993, S. 139f), duldeten oder nahmen Wilhelm II. und seine Berater den Tod Tausender Zivilisten in Kauf, wie folgende Beispiele zeigen.

Von 1894 bis 1896 fanden die Massaker an den Armeniern in Kleinasien statt. Die Anzahl der Toten lag - je nach Quelle - zwischen 100.000 (Lepsius) und 300.000 (armenische Kirche).

Diese Massaker hatten Sultan Abdülhamid II. in Europa den Beinamen „roter (blutiger) Sultan“ gebracht. Massaker hatte es auch an Griechen auf Kreta gegeben. Im August 1896 gratulierte Wilhelm II. dem Sultan sehr herzlich zu seinem Geburtstag. Als Geschenk schickte er ein Familienfoto mit einer persönlichen Widmung. Über die Verbrechen fiel kein einziges Wort; die Beziehungen sollten nicht dadurch getrübt werden.

Das Kaiserdeutschland begann Mitte der 1880er Jahre mit der Kolonialpolitik. Bismarck stellte 1884 Deutsch-Südwestafrika (das heutige Namibia) unter deutschen „Schutz“. Dort litten die Stämme der Nama und Ovaherero sehr unter den deutschen Siedlern. Es kam 1904 zu Übergriffen gegen die Siedler. Um die Kolonialinteressen abzusichern schickte die deutsche Regierung Truppen unter dem Kommando des Generals Lothar von Trotha (Speitkamp in: Gründer/Hiery 2018, S. 86). Er hatte sich bei den Kolonialkriegen 1905 in Ostafrika/Tansania (ca. 300 000 Tote) und bei dem Boxeraufstand in China einen Namen als gnadenloser Heerführer gemacht. Seine Truppen massakrierten die Ovaherero und machten dabei auch keine Ausnahme bei Frauen und Kindern. Es wird geschätzt, dass zwischen 1904 und 1908 etwa 50 % der Nama und 75 % der Ovaherero ums Leben kamen (Momsen 1993, S. 186). Diese Massaker werden heute als der erste Völkermord des 20. Jhs. eingestuft.

Einige Jahre später – während des Ersten Weltkrieges – war Paul von Lettow-Vorbeck Kommandeur der deutschen Schutztruppen in Afrika. Er führte einen äußerst brutalen Guerillakrieg gegen die britischen Kolonialtruppen. Ihm fielen durch Erschießungen, Hunger, Zwangsarbeit und Krankheiten etwa 700 000 einheimische Zivilisten zum Opfer. In Berlin wurde er 1919 als Kriegsheld empfangen und gefeiert.

Einmalig in der Geschichte des Abendlandes war, dass ein christliches Oberhaupt wie Kaiser Wilhelm II. die Muslime zu einem Heiligen Krieg gegen andere christliche Länder aufgerufen hatte.

Es gilt heute als sicher, dass die Deportationen der Griechen aus Ionien und aus Ostthrakien auf Empfehlung und Drängen des deutschen Militärs erfolgten.

Die deutsche Militärführung hatte für den Ersten Weltkrieg folgenden Operationsplan entwickelt: Um einen Krieg an zwei Fronten zu vermeiden, sollte Frankreich durch einen Blitzkrieg besiegt und besetzt werden. Der schnellste Weg nach Frankreich führte durch das neutrale Belgien (Clark 2008, S. 699f). Als die deutschen Truppen dort auf unerwartet starken Widerstand der Belgier stießen, gingen sie äußerst brutal und gnadenlos gegen die Zivilbevölkerung vor. Zivilisten wurden erschossen; es kam auch zu Plünderungen. Tausende Zivilisten, darunter auch Frauen und Kinder, wurden völkerrechtswidrig nach Deutschland deportiert. Sie sollten als Zwangsarbeiter für die deutsche Industrie arbeiten. Nach dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges bombardierten deutsche Zeppeline die schutzlose Stadt London. Das Ziel dieser Angriffe war nicht militärischer Natur. Es ging hauptsächlich darum, die Zivilbevölkerung zu treffen, um sie zu demoralisieren.

Gleich zu Kriegsbeginn verhängten die Briten völkerrechtswidrig eine Seeblockade gegenüber Deutschland. Das Land sollte aushungern und dadurch zur Aufgabe gezwungen werden. Die Reaktion des deutschen Militärs darauf war ein ebenfalls völkerrechtswidriger uneingeschränkter U-Boot-Krieg. Nicht nur feindliche Kriegsschiffe sondern auch Handelsschiffe und sogar Schiffe, die unter neutraler Flagge fuhren, wurden versenkt. Viele der Opfer waren Zivilisten.

Durch die Seeblockade herrschte in Deutschland während des Krieges Lebensmittelknappheit. Tausende Zivilisten starben an Unterernährung. Um Nahrungsmittel einzusparen, wurden die Kranken in den psychiatrischen Anstalten dem Hungertod preisgegeben. Die Versorgung der Soldaten und Kriegsindustriearbeiter war wichtiger als das Leben der „unnützen Esser“. Das deutsche Militär setzte zum ersten Mal in der Geschichte des Krieges Giftgas als Massenvernichtungsmittel ein.

Der Erste Weltkrieg war ein Massenvernichtungskrieg. Alle Kriegsparteien schickten Millionen Soldaten in den Tod. Die deutsche Militärführung und die Regierung nahmen aber mehr als die anderen Kriegsteilnehmer den Tod Abertausender Zivilisten billigend in Kauf, wenn es darum ging, strategische Ziele zu erreichen. Es waren Kriegsverbrechen, die in eklatan-

ter Weise gegen das damalige Völkerrecht (Haager Landkriegsordnung von 1907) verstießen. Kriegsverbrechen hatten auch die anderen Großmächte begangen, aber die Totalisierung des Krieges ging vom deutschen Militarismus aus.

Vor diesem Hintergrund ist nachvollziehbar, warum Regierung und Militär nichts unternommen haben, um die Völkermorde an den Christen im Osmanischen Reich zu verhindern. Der damalige Reichskanzler von Bethmann-Hollweg brachte diese Einstellung in einer Aktennotiz vom Dezember 1915 auf den Punkt: „... unser einziges Ziel ist, die Türkei bis zum Ende des Krieges an unserer Seite zu halten, gleichgültig, ob darüber Armenier zugrunde gehen oder nicht. Bei länger andauerndem Kriege werden wir die Türken noch sehr brauchen ... „ (Gust 1995, S. 395).

Die deutsche Regierung war über die Lage der Christen in Kleinasien bestens informiert. Nicht nur die deutsche Botschaft in Konstantinopel sondern auch die deutschen Konsuln aus Trapezunt, Samsun, Erzurum, Mossul, Aleppo und Adana hatten den Reichskanzler direkt informiert.

Es ist fraglich, ob die deutsche Regierung die Völkermorde hätte verhindern können. Einige Beispiele sprechen dafür, dass die deutsche Militärmission über viel Macht verfügte. Liman von Sanders war z. B. anfangs gegen die Deportationen der Griechen aus Ionien. Er konnte sich gegen einen entsprechenden Befehl der Jungtürken durchsetzen. Er verhinderte auch die Deportation der Juden aus Edirne und die von 600 Armeniern aus Smyrna. Wenn es von deutscher Seite politisch gewollt gewesen wäre, wären vermutlich einige Christen gerettet worden (Vierbücher 2004, S. 68f). Tatsache ist aber, dass sowohl die deutsche Regierung als auch das Militär ihre Einflussmöglichkeiten nicht genutzt haben, um das Leben der Griechen, der Armenier und der aramäischsprachigen Christen zu schützen. Und das ist verwerflich!

Der Deutsche Bundestag hat in seiner Resolution vom 02.06.2016 den Völkermord an den Armeniern und anderen christlichen Minderheiten anerkannt. Zur Verantwortung der deutschen Politik heißt es: Das Deutsche Reich trägt eine Mitschuld an den Ereignissen.

Cemal Pascha, einer der drei hauptverantwortlichen Jungtürken für die Völkermorde, war als osmanischer Marineminister 1917 zu einem offiziellen Besuch in Deutschland. Ende August wurde er auch im Hamburger Rathaus empfangen. Der Senat verlieh ihm und seinen Begleitern im November das Hanseatenkreuz. Diese Auszeichnung war für die Kriegsverdienste während des Ersten Weltkrieges vorgesehen (Köse 2016, S. 217).

4.4 Die strafrechtliche Verfolgung der Täter

Talaat war als Regierungschef zusammen mit der Regierung Anfang Oktober 1918 zurückgetreten. Er wollte aber weiter die Politik bestimmen. Kurz bevor er und Enver Konstantinopel verließen, organisierten sie die Geheimorganisation Karakol Cimiyeti (Polizeikomitee). Die Hauptziele waren, die Parteilinie im Untergrund fortzuführen, die von der Justiz gesuchten Parteimitglieder zu verstecken und den Widerstand zu organisieren gegen eine eventuelle Teilung des Osmanischen Reiches durch die Entente.

Nach dem Waffenstillstandsabkommen vom 30.10.1918 hatten die osmanischen Regierungen in der Regel kein großes Interesse, die Täter für die Massaker, Vertreibungen, Plünderungen usw. rechtlich zu belangen. Schließlich waren die Opfer „nur“ Christen gewesen.

Nach dem Rücktritt der Jungtürken ließ die nachfolgende Regierung die Archive der Organisation Teskilat-i Mahsusa vernichten, weil sie belastendes Material enthielten.

Im Parlament beantragte der arabischstämmige Abgeordnete Fuat Bey Ende Oktober die Aufnahme von Ermittlungen gegen ehemalige Regierungsmitglieder. Als die griechischstämmigen Abgeordneten Emanouilidis, Meimaroglou und Dimitriadis die strafrechtliche Verfolgung aller Verantwortlichen forderten, entbrannten im Parlament ab Anfang November heftige Debatten. Die griechischstämmigen Abgeordneten sahen die Gründe für die begangenen Verbrechen in der Türkisierungspolitik und dem Panislamismus der Jungtürken, deren Ziel die „Säuberung“ Kleinasien von den Christen gewesen war. Da dieses Ziel in der muslimischen

Bevölkerung eine große Akzeptanz gefunden hatte und die Verbrechen im Namen der türkischen Nation begangen worden waren, wäre es angebracht, wenn das türkische Volk diese Verbrechen geschlossen verurteilen würde. Es hätte nicht gereicht, wenn nur einzelne Täter bestraft worden wären. Sie gaben die Zahl der getöteten Griechen mit 550 000 an. Von ihnen starben 250 000 Männer in den Arbeitsbataillonen (IEE 1978, Bd. XV, S. 101). Den griechischstämmigen Abgeordneten schlossen sich armenischstämmige Abgeordnete mit ähnlichen Argumenten an. Sie sprachen von 1 000 000 armenischen Opfern.

Anfang November stimmte das Parlament der Bildung einer parlamentarischen Untersuchungskommission zu. Nach etwa fünf Wochen beendete die Kommission ihre Arbeit. Im März 1919 wurden die Befragungsprotokolle dem Kriegsgerichtshof überreicht.

Außer der parlamentarischen Untersuchungskommission gab es auch die Kommission zur Ermittlung der „Schandtaten“. Diese war Ende November von der Regierung eingesetzt worden. Sie unterstand dem Innenministerium. Die Kommission sammelte in 28 Provinzen viel Beweismaterial wie Telegramme und schriftliche Zeugenaussagen. Auch 26 Parlamentarier wurden vernommen. Innerhalb von zwei Monaten gelang es der Kommission, Ermittlungsakten für 130 verdächtige Personen anzulegen. Im Januar 1919 übergab sie die Akten dem Kriegsgerichtshof.

Parallel zu den beiden Kommissionen gab es auch noch die Ermittlungskommissionen der verschiedenen Kriegsgerichtshöfe (Akcam 1999, S. 91f). Diese waren auf Beschluss des Ministerrates Mitte Dezember eingerichtet worden. Sie sollten in den betreffenden Gebieten die Deportationen und die Morde untersuchen. Auch diese Kommissionen konnten viel Beweismaterial in Form von Dokumenten zusammentragen.

Der erste Kriegsgerichtshof nahm seine Arbeit Ende November 1918 auf. In den nächsten Monaten wurden noch mehrere Gerichtshöfe eingerichtet. Anklagepunkte waren u. a. Amtsmissbrauch, persönliche Bereicherung, Desertion, Plünderung, Raub, Deportation, Massaker an den Armeniern, Bandenmitgliedschaft, Kriegsverbrechen während der Balkankriege und des Ersten Weltkrieges.

Es fanden 21 Prozesse statt. Von den Hauptverfahren wurden die Prozessprotokolle vollständig veröffentlicht, von den anderen manchmal nur das Urteil oder der Gerichtstermin. Zu den letzteren gehört auch das Bosphorusverfahren. Es betraf die Deportation der Griechen aus diesem Gebiet. Der Prozess begann laut der Zeitung *Renaissance* im April 1919 und war in der zeitlichen Abfolge das achte Verfahren. Weiter ist über diesen Prozess nichts bekannt (Akcam 1996, S. 163).

Topal Osman, dem Verantwortlichen für die Gräueltaten im Pontos, sollte der Prozess gemacht werden. Er stand auf der Liste der gesuchten Verbrecher des Kriegsgerichtshofes.

Die ersten Verhaftungen fanden im Januar 1919 statt. Betroffen waren einige Gouverneure. Das britische Hochkommissariat hatte in Konstantinopel „die griechisch-armenische Sektion“ eingerichtet. Die Sektion hatte mit Hilfe der verschiedenen griechischen und armenischen Organisationen die Namen der Tatverdächtigen (600-700), der Massakerorte und der Opfer dokumentiert. Bis April übergab das Hochkommissariat der osmanischen Regierung die Namen von 223 Tatverdächtigen (Akcam 1996, S. 101). Die Kriegsgerichtshöfe verhängten insgesamt siebzehn Todesurteile, von denen allerdings nur drei vollstreckt wurden.

Die erste öffentliche Hinrichtung durch Erhängen fand Anfang April 1919 in Konstantinopel statt (Akcam 1996, S. 107). Auf Talaats und Envers Anweisung aus Berlin hin organisierte die Geheimorganisation *Karakol* Protestdemonstrationen und Massenkundgebungen gegen das Urteil. Daran nahmen ehemalige Mitglieder der Partei für Einheit und Fortschritt und Anhänger der Nationalbewegung teil. In den aufgebrachten Reden wurde der hingerichtete Kriegsverbrecher als „großer Märtyrer der Türken“ und „unschuldiger islamischer Märtyrer“ bezeichnet.

Das Hauptverfahren begann Ende April. Angeklagt waren mehrere hochrangige Funktionäre der Partei für Einheit und Fortschritt, darunter auch Talaat, Enver und Cemal. Da diese bereits geflohen waren, fand deren Prozess in *absentia* statt.

Im Hauptverfahren umfasste die Anklage drei Punkte: Die Massenermorde an den Armeniern, den erzwungenen Kriegsbeitritt unter Umge-

hung der Regierung und die persönliche Bereicherung durch Wucherpreise und Diebstahl von staatlich kontrollierten Lebensmitteln.

Dem Gericht gelang es, die Rolle der Sonderorganisation Teskilat-i Mahsusa und deren Verbindungen zum Innenministerium und zum Zentralkomitee der Partei für Einheit und Fortschritt aufzudecken.

Das Gericht hatte keinen Zweifel daran, dass die Beweggründe des Zentralkomitees extrem nationalistisch waren. Die Täter waren der Auffassung, im Interesse der Nation gehandelt zu haben. Sie verfolgten das Ziel, die sogenannte „orientalische Frage“, d. h. die Frage der Christen im Osmanischen Reich, durch Maßnahmen wie Plünderung, Raub, Zerstörung, Vertreibung und Massaker zu „lösen“. Unter Ausnutzung der besonderen Situation während des Weltkrieges planten und setzten sie einen politisch gewollten Massenmord um. Die Vertreibungen waren keine Umsiedlungen, sondern hatten eindeutig das Ziel der physischen Vernichtung der Betroffenen.

Anfang Juli 1919 verkündete der Kriegsgerichtshof die Urteile im Hauptverfahren. Für Talaat, Enver und Cemal verhängte das Gericht die Todesstrafe in absentia (Akcam 1996, S. 189f).

Überhaupt hatten weder der Sultan noch die Regierungen ein Interesse daran, die Täter zu bestrafen. Sie wurden nur tätig, weil erstens die britische Regierung Druck ausübte und zweitens, weil sie sich eine gute Position bei den Friedensverhandlungen, die im Januar 1919 in Paris begonnen hatten, verschaffen wollten. Als sich später herausstellte, dass die strafrechtliche Verfolgung der Täter keine Vorteile für die osmanische Verhandlungsposition gegenüber den Alliierten brachte, fanden überhaupt keine Strafverfolgungen mehr statt.

4.4.1 Das Ende von Talaat, Enver und Cemal

Die meisten der Angeklagten waren in absentia zum Tode verurteilt worden, nachdem es ihnen vor den Prozessen gelungen war, ins Ausland zu fliehen. Der osmanische Staat bemühte sich zweimal vergeblich beim Kaiserdeutschland um die Auslieferung von Talaat und den anderen Jungtürken.

Die deutsche Regierung lehnte die Gesuche ab. Laut dem deutschen Außenminister galt Talaat als ein treuer Verbündeter und genoss in Deutschland entsprechende uneingeschränkte Gastfreundschaft.

Da die Hauptverantwortlichen des Zentralkomitees unbestraft blieben, beschloss eine armenische Geheimorganisation im Rahmen der Operation „Nemesis“, die Todesurteile der Gerichte selbst zu vollstrecken. In diesem Zusammenhang wurden insgesamt sieben hochrangige Jungtürken erschossen.

Der Armenier Soromon Tehlirjan tötete zuerst einen armenischen Verräter in Konstantinopel, der sich der Deportation und des Todes von Armeniern schuldig gemacht hatte. Später fuhr Tehlirjan nach Berlin, wo er im März 1921 Talaat umbrachte (Hosfeld 2009, S. 300f). Nach der Tat ließ er sich von der Polizei verhaften. Sein Prozess sollte dazu dienen, den die Massenmorde an den Armeniern im Osmanischen Reich in Deutschland bekannt zu machen. Die deutsche Regierung hatte daran kein Interesse. Sein Prozess fand im Juni statt, dauerte nur ein paar Tage und endete mit einem Freispruch.

Dem Prozess wohnten die jüdischen Studenten der Rechtswissenschaft Raphael Lemkin und Robert Kempner bei. Lemkin stammte aus Polen und floh später vor den Nazis in die USA. Als Jurist befasste er sich sehr intensiv mit der Frage des Genozids (Ternon 1996, S. 17f). Die UN-Konvention von 1948 über den Völkermord geht auf seine verdienstvollen Arbeiten zurück. Er wurde einige Male für den Friedensnobelpreis vorgeschlagen, bekam ihn aber nie. Er verfasste das dreibändige Werk „History of Genozide“. Kein Verleger in den USA war bereit, das Werk herauszugeben. Lemkin starb 1959 bitterarm in New York. Kempner war nach dem Zweiten Weltkrieg bei den Nürnberger Prozessen gegen die Nazis der Stellvertreter des US-Chefanklägers.

Der ehemalige Ministerpräsident Said Halim wurde im Dezember 1921 in Rom erschossen. Im April 1922 traf es zwei andere Jungtürken in Berlin. Einer von ihnen, Cemal Azmi, war einst der berüchtigte und grausame Gouverneur von Trapezunt. In der Hauptstadt Georgiens, Tbilissi, waren es

drei, darunter im Juli 1922 auch das ehemalige Mitglied des Führungstrios der Jungtürken, Cemal Pascha.

Die Jungtürken unterhielten von Berlin aus Kontakte zu den Sowjets in Moskau (Hosfeld 2009, S. 294). Enver reiste von Berlin aus nach Moskau. Er nahm Kontakt zu Trotzki und Lenin auf. Er wollte mit Hilfe der Sowjets der „starke Mann“ im Osmanischen Reich werden. Die Sowjets hatten sich aber für Mustafa Kemal entschieden. Enver fuhr weiter nach Zentralasien. Ursprünglich sollte er im Auftrag der Sowjets für eine enge Zusammenarbeit zwischen den dortigen muslimischen Völkern und den Sowjets werben. Er verfolgte aber andere Pläne. Er träumte von einem großen muslimischen Reich in Zentralasien unter seiner Herrschaft und agierte entsprechend. Die Rote Armee verfolgte ihn, und als es im August 1922 zu einem Scharmützel kam, wurde er getötet.

4.5 Die Rückkehr der Pontosgriechen, die Deportation und Verbannung überlebt hatten

Nach der Flucht der führenden Jungtürken ins Ausland im Oktober 1918 verabschiedete die neue Regierung einige Gesetze, die sich auf die christlichen Minderheiten auswirkten. Es ging um Amnestie, um die Rückkehr der Deportierten und Verbannten und um die Rückgabe bzw. Rückerstattung des beweglichen und unbeweglichen Besitzes.

Unter das Amnestiegesetz fielen auch die Rebellen im Pontos. Mehrere von ihnen stellten sich der osmanischen Behörde und gaben ihre Waffen ab. Wenige Tage später wurden sie jedoch verhaftet und ins Gefängnis gebracht. Erst nach Intervention des britischen Kommissars in Samsun ließ die Behörde einige von ihnen wieder frei. Manche Inhaftierte aber verschwanden während der Haft spurlos. Angesichts dieser Entwicklung zogen die anderen Rebellen es vor, sich weiterhin in den Bergen versteckt zu halten.

Nach dem neuen Gesetz durften die Deportierten und Verbannten ab November in ihre Häuser zurückkehren. Das Patriarchat hatte im Oktober in Konstantinopel – in Kooperation mit der griechischen Regierung – ein Zentralkomitee gegründet, dessen Aufgabe die Versorgung und Unterstüt-

zung der Rückkehrer war. Die osmanische Regierung hatte diesbezüglich keinerlei Vorkehrungen getroffen. So hatte sie weder Transportmittel zur Verfügung gestellt noch für die Unterbringung der Menschen gesorgt. Alles verlief planlos und unorganisiert. Es herrschten chaotische Zustände. Die Rückkehrer (es waren fast nur Frauen und Kinder) kamen scharenweise an. Sie fanden ihre Häuser zerstört oder von Muslimen bewohnt. Da das Zentralkomitee mit der Situation überfordert war, bat der Patriarch die osmanische Regierung darum, die Rückkehr zu regulieren. Es änderte sich nichts. Daraufhin richtete das Patriarchat sowohl in Ostthrakien als auch in Kleinasien in den größeren Städten über 70 Lokalkomitees ein. Sie boten den Griechen medizinische Versorgung, Kredite, Transportmöglichkeiten und ein provisorisches Dach über dem Kopf an. Sie halfen auch, wenn es um die Rückgabe des Besitzes ging. Dies hatte sich als das größte Problem erwiesen. Mehrere Griechen konnten ihren unbeweglichen Besitz zurückbekommen, nicht aber den beweglichen. Er war für immer verloren; es hat nie eine Entschädigung dafür gegeben. Die osmanischen Regierungen unternahmen nichts, um den Rückkehrern zu helfen. Im Gegenteil, sie wurden sogar mit hohen Steuerabgaben belegt (IEE 1978, Bd. XV, S. 107).

Im Pontos schlug die türkische Presse angesichts der Friedensverhandlungen in Paris gegenüber den Griechen versöhnliche Töne an. Der Grundtenor war, die Vergangenheit zu begraben und in die Zukunft zu schauen. Diese Art der Berichterstattung stieß bei der griechischen Lokalpresse auf Protest. Die Lage der Pontosgriechen war in den Städten besser, weil die Lokalbehörde unter der Beobachtung der Konsuln und der Kirche stand. Auf dem Lande aber verfahren die Beamten genauso willkürlich wie zuvor und die Räuberbanden trieben weiter ihr Unwesen. Die Rückkehrer wurden von der muslimischen Bevölkerung manchmal recht feindselig empfangen, wie z. B. in Giresun. Die Gründe dafür waren nicht immer nationalistischer oder religiöser Natur. Auch materielle Gründe spielten eine Rolle. Diejenigen Muslime, die den Besitz der deportierten Griechen vereinnahmt hatten und ihn jetzt an die rechtmäßigen Eigentümer zurückgeben mussten, hegten ihnen gegenüber gewiss keine freundschaftlichen Gefühle. Auch die osmanische Regierung war den Rückkehrern nicht wohlgesonnen. Sie war

nicht bereit, die Rückkehr der Pontosgriechen aus Russland zu gestatten. Der Einwand war, dass es sich nicht um Pontosgriechen handele, sondern um Griechen aus Griechenland, die im Auftrag der griechischen Regierung nach Pontos kommen sollten, um die demografische Zusammensetzung der Bevölkerung zugunsten der Griechen zu beeinflussen bzw. als Rebellen tätig zu werden.

Laut dem griechischen Patriarchat wurden von 1914 bis 1918 aus Ostthrakien und aus Kleinasien insgesamt 489 743 Griechen deportiert. Nach dem Ende seiner Tätigkeit verfasste das Zentralkomitee zur Versorgung der Rückkehrer einen Abschlussbericht, der allerdings keinen Anspruch auf Vollständigkeit erhob. Von 1918 bis 1919 registrierte es nur 79 034 zurückgekehrte Griechen (IEE 1978, Bd. XV, S. 106).

Neben den Komitees hat auch das Griechische Rote Kreuz vom Dezember 1918 bis Februar 1921 im westlichen Kleinasien Tausende Griechen, Türken, Juden, Armenier und Katholiken versorgt.

4.6 Der Versuch, eine Pontische Republik zu gründen

Ende 1917 war der Rückzug der russischen Einheiten aus Pontos nur noch eine Frage der Zeit. Die Übernahme des Gebietes durch die Jungtürken stand unmittelbar bevor. Ausgehend von den Erfahrungen der letzten Jahre rechneten die Griechen in diesem Fall mit Repressalien, Plünderungen, Raub, Brandschatzungen, Zerstörungen, Vergewaltigungen, Rechtlosigkeit, Willkür, Massenvertreibungen und Massakern. Es galt daher, die Rückgabe um jeden Preis zu verhindern.

Die in Europa lebenden und die in den Kaukasus geflohenen Pontosgriechen griffen, wie bereits erwähnt, die Idee der russischen Diplomatie auf, eine unabhängige Pontische Republik zu gründen. Um die Vorgehensweise der verschiedenen pontischen Organisationen und Vereine zu koordinieren, organisierte Konstantin Konstantinidis im Januar 1918 in Marseille den ersten Pontischen Weltkongress. Daran nahmen Pontosgriechen teil, die in Europa und in den USA lebten. Der Kongress wählte ein Komitee, dessen

Aufgabe die Umsetzung der Kongressbeschlüsse war. Vorsitzender des Komitees wurde Konstantinidis (Fotiadis 2015, S. 232). Er war auch zuständig für die politische Arbeit in Europa. Vasileios Ioannidis übernahm diese Aufgabe für Russland und der Metropolit von Trapezunt, Chrysanthos, war das geistliche und politische Oberhaupt der Griechen im Pontos. Chrysanthos entsandte einen Vertreter nach Russland mit dem Auftrag, Geld für die notleidende griechische Zivilbevölkerung im Pontos zu sammeln und gleichzeitig bei den Diasporagriechen Werbung für die Pontische Republik zu machen.

Im März 1918 unterzeichneten Deutschland und die Bolschewiki den Friedensvertrag von Brest-Litowsk. Der Ostpontos fiel wieder an das Osmanische Reich. Konstantinidis und die pontischen Vereine versuchten, die internationale Presse und mehrere europäische Regierungen über die Lage und das Anliegen der Pontosgriechen zu informieren, sie zu sensibilisieren und für ihre Sache zu gewinnen. Im Frühjahr berichteten verschiedene europäische Zeitungen darüber.

Im Juli fand in Batum der zweite Kongress der Pontosgriechen statt. Die Vertreter der verschiedenen pontischen Vereine und Organisationen bekräftigten ihren Wunsch nach der Gründung einer unabhängigen Pontischen Republik.

Auf dem dritten Kongress, der im November 1918 ebenfalls in Marseille stattfand, wurde zum ersten Mal die Perspektive eines pontisch-armenischen Bundesstaates in Erwägung gezogen. Im vergangenen Mai hatte die Armenische Republik ihre Unabhängigkeit von Russland erklärt. Die Kongressteilnehmer wählten eine fünfköpfige Kommission. Sie sollte nach Paris reisen, um dort mit der erhofften Unterstützung der griechischen diplomatischen Delegation den Teilnehmerstaaten an der Friedenskonferenz ihr Anliegen vorzutragen. Gleichzeitig startete Konstantinidis eine Pressekampagne in mehreren europäischen Städten.

Der griechische Ministerpräsident Venizelos hielt die Errichtung einer Pontischen Republik oder den Anschluss des Pontos an Griechenland, wie ihn die pontischen Organisationen forderten, für utopisch. Bezüglich der Situation im Pontos stützte er sich auf die Berichte seines Sondermilitär-

gesandten, Oberst Dimitrios Katheniotis. Dieser hielt eine Vereinigung des Pontos mit Griechenland für nicht realistisch. Nach Venizelos' Vorstellung sollte der Pontos ein Teil der unabhängigen Armenischen Republik werden. Er plädierte für eine Zusammenarbeit zwischen Griechen und Armeniern. Sowohl der griechische Rat als auch das griechische und das armenische Patriarchat in Konstantinopel favorisierten die Integration des Pontos in einer Armenischen Republik (IEE 1977, Bd. XV, S. 113).

4.6.1 Die Friedenskonferenz in Paris von Januar bis Juni 1919

Venizelos reiste im Dezember nach Paris, um sich vor Beginn der Friedensverhandlungen mit dem amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson zu treffen.

Wilson regierte die Vereinigten Staaten von 1913 bis 1921. Er hatte die Vision, nach dem Krieg eine neue Weltordnung unter der Führung der USA zu schaffen. Im Januar 1917 erläuterte er dem Kongress seine Vision. Kernpunkte waren die Selbstbestimmung und Gleichberechtigung der „kleinen“ und „großen“ Völker, die Abrüstung, der Frieden ohne Krieg und der Freihandel. Die Missachtung der Rechte von kleinen Nationen und Völkern war für ihn eine der Hauptursachen für die Kriege. Im April 1917 traten die USA an der Seite der Entente dem Krieg bei. Dies entschied auch den Ausgang des Krieges zugunsten der Alliierten.

Venizelos erläuterte Wilson seine Vorstellungen bezüglich der Gebietserweiterung Griechenlands. Es ging um die Gebiete Nordepirus (im heutigen Südalbanien), Thrakien, ostägäische Inseln und die kleinasiatische Ägäisküste mit Smyrna sowie um die Internationalisierung Konstantinopels samt Bosphorus und den Dardanellen. Der Pontos kam nicht vor.

Als Venizelos im Januar 1919 in Paris auf einer Pressekonferenz über die Zukunft des Pontos sprach und ihn als einen Teil der Armenischen Republik sah, liefen die pontischen Organisationen Sturm dagegen und forderten von den Delegierten der Großmächte den Anschluss des Pontos an Griechenland.

Die Friedenskonferenz begann Mitte Januar und dauerte bis Ende Juni 1919. Anfang Januar verkündete Wilson sein 14-Punkte-Programm. Es ging um das Selbstbestimmungsrecht der Völker und sollte auch ein Gegengewicht zu den Ankündigungen der Bolschewiki über eine Weltrevolution darstellen. Er schloss eine Aufteilung des Osmanischen Reiches aus. Der Punkt 12 war aber so formuliert, dass ihn sowohl die Minderheiten als auch die Mehrheiten im osmanischen Gebiet zu ihren Gunsten interpretieren konnten. Er lautete: „Den türkischen Teilen des jetzigen Osmanischen Kaiserreichs soll eine ungefährdete Selbstständigkeit sichergestellt werden; auch die anderen Nationalitäten, die jetzt unter türkischer Herrschaft stehen, sollen unzweifelhaft ihres Lebens gesichert werden, und es muss ihnen eine vollkommene und unbehinderte Gelegenheit zu autonomer Entwicklung ermöglicht werden. Die Dardanellen sollen dauernd als freie Durchfahrt unter internationalen Garantien den Handelsschiffen aller Nationen geöffnet werden.“ (Kieser 2000, S. 362).

Die Entscheidungen auf der Friedenskonferenz traf der Supreme Council. Sein zweiter Name war „Rat der Zehn“, weil er aus zehn Mitgliedern bestand. Es waren jeweils der Regierungschef und der Außenminister folgender Staaten: Großbritannien, Frankreich, USA, Italien und Japan. Auch andere Staaten wie Belgien, Rumänien, Serbien usw. hatten Delegationen entsandt. Griechenland war außer von Venizelos auch noch vom Außenminister Politis vertreten.

Bei seinen Ausführungen vor dem Rat der Zehn wiederholte Venizelos seine Position bezüglich des Pontos. Es hagelte erneut Kritik und Proteste der pontischen Organisationen aus Konstantinopel, Athen, Thessaloniki, Kairo, Alexandria usw. Venizelos rechtfertigte seine Position mit dem Argument, eine Pontische Republik habe keine Überlebenschance im Osmanischen Reich. Als Teil einer Armenischen Republik aber wären die Griechen gleichberechtigte Bürger mit den Armeniern.

Die Vertreter der Pontosgriechen in Paris überreichten den Delegationen der Großmächte Berichte über das Leid der Bevölkerung in den letzten Jahren. Sie betonten, dass die Unterdrückung und die Verfolgungen nicht einmal während der Friedenskonferenz aufgehört hätten und belegten dies

mit entsprechenden Fakten. Ende Februar 1919 fand in Batum erneut ein Kongress der Pontosgriechen statt. Dieser appellierte an die griechische Regierung, Truppen nach Pontos zu entsenden.

4.6.2 Die Lage der Pontosgriechen in Russland 1919

Während der Friedenskonferenz vertrat jede Delegation ihre jeweiligen nationalen Interessen. Es kam zu Allianzen, zu Spannungen und zu Konflikten untereinander. Internationale Politik funktioniert oft nach dem Prinzip des „Tauschgeschäfts“. So war es auch zwischen Frankreich und Griechenland im Fall des Ukrainefeldzuges. Die französische Regierung beabsichtigte in der Ukraine militärisch gegen die Bolschewiki vorzugehen. Die eigenen Soldaten waren aber demobilisiert und kriegsmüde. Clemenceau und Venizelos trafen folgende Vereinbarung: Die französische Delegation würde die griechische Position bezüglich Thrakien und Smyrna unterstützen. Im Gegenzug sollten griechische Einheiten an der Militäroperation teilnehmen. Venizelos entsandte daraufhin Ende Januar etwa 23 000 Soldaten. Sie kämpften zusammen mit den Alliierten bis Ende Juni gegen die Bolschewiki. Danach kehrten sie nach Griechenland zurück. Etwa 400 waren gefallen; 660 verwundet. Die Operation hatte keinen Nutzen gebracht. Im Gegenteil: Abgesehen von den Toten und Verwundeten hatte sie auch eine verheerende Auswirkung auf die dort lebende griechische Zivilbevölkerung. Schätzungsweise lebten in jener Zeit etwa 750 000 Griechen in der Sowjetunion; ca. 600 000 von ihnen waren pontischer Abstammung. Die meisten von ihnen hatten sich am nördlichen Schwarzen Meer niedergelassen. Nach der Militäroperation waren die Griechen den Bolschewiki politisch nicht „zuverlässig“ genug. Es kam zu Übergriffen gegen sie. Tausende flohen und kamen nach Pontos. Allein in Trapezunt waren es im Juni 1919 etwa 9000. Ein Drittel von ihnen wurde täglich vom Amerikanischen Roten Kreuz mit Essen versorgt. Deren Lage war dramatisch.

Auch während des Bürgerkrieges zwischen den Zarenanhängern und den Bolschewiki litten die Pontosgriechen. Die Kosaken überfielen Ort-

schaften, und nachdem sie geplündert, geraubt, vergewaltigt und getötet hatten, zogen sie weiter und Bolschewiki kamen nach.

4.6.3 Pontos als autonome Provinz einer Armenischen Republik

Angesichts dieser Entwicklung und aufgrund der intensiven Gespräche, die Chrysanthos und Konstantinidis mit Venizelos führten, überdachte letzterer seine Position. Er stellte zunächst fest, dass er über den Pontos recht wenig wusste, und erklärte sich dann damit einverstanden, dem Metropolit Chrysanthos die Vertretung der Pontosgriechen bei den Friedensverhandlungen zu übertragen. Nach der Einwilligung der britischen Regierung übernahm Chrysanthos sie ab April. In Absprache mit Venizelos favorisierte er aber jetzt auch die Gründung eines armenischen Bundesstaates mit einer autonomen pontischen Provinz.

Er vertrat diese Position bei der Friedenskonferenz. Die Alliierten standen diesem Plan wohlwollend gegenüber. Proteste gab es jedoch sowohl von den Pontosgriechen als auch von den Armeniern. Für die Pontosgriechen war das Gebiet seit der Antike ohne Unterbrechung griechisch besiedelt und die Griechen stellten die ethnische Mehrheit dar. Armenien betrachtete wiederum Pontos als einen Teil Großarmeniens.

Die pontischen Organisationen und deren Vertreter in Paris waren sich nicht einig. Meistens bestanden sie auf der Gründung einer Pontischen Republik entweder unter der Schutzherrschaft Griechenlands oder unter amerikanischem Mandat. Sie waren untereinander zerstritten. Die politische Polarisierung der Festlandgriechen in Royalisten und Venizelos-Anhänger hatte auch den Pontos erreicht. Chrysanthos war Royalist, aber in der Frage der autonomen Provinz Pontos hatte er Venizelos' Position übernommen. Daraufhin formierte sich unter den Pontosgriechen eine starke Opposition gegen ihn (KMS 2015, Bd. 4, S. 107, 127f).

Die Delegation der Pontosgriechen verfolgte keine einheitliche Linie gegenüber den Alliierten und manche von ihr vorgelegten Daten waren widersprüchlich oder auch überzogen wie z.B. die über die Anzahl der Pontosgriechen: Gesamtbevölkerung im Pontos 3,5 Mill., davon 1,5 Mill.

griechisch-orthodox, 500 000 griechisch sprechende Muslime, 250 000 griechische Kryptochristen und 1,25 Mill. Türken, Kurden, Tscherkessen, Armenier usw. Dieses Auftreten machte auf die Alliierten keinen positiven Eindruck (IEE 1978, Bd. XV, S. 112f).

Die britische Delegation lehnte die Vorschläge ab. Sie befürchtete, dass die Bildung einer Pontischen Republik die Vorstufe für den Anschluss an Griechenland sei. Dies hätte eventuell bei den anderen Minderheiten zu ähnlichen Bestrebungen mit ungeahnten Folgen für die Stabilität der Region geführt. Das lag nicht im britischen Interesse.

Im Mai 1919 war Mustafa Kemal im Auftrag der osmanischen Regierung in Samsun gelandet. Er sollte für die Befriedung der Region sorgen. Die Pontosgriechen riefen daraufhin in Trapezunt die „Pontische Republik“ aus (Steinbach 2007, S. 24). Genau zu diesem Zeitpunkt erklärte die armenische Regierung, dass die östlichen Provinzen Kleinasiens (darunter auch Pontos) zu der Republik Armenien gehören sollten.

Im September fuhr Chrysanthos nach Konstantinopel. Er sprach sowohl mit Regierungsmitgliedern als auch mit Kemals Vertreter über die Perspektive, eine Pontische Republik unter dem Mandat des Völkerbundes zu gründen. Christen und Muslime sollten gleichberechtigt sein. Bei diesen Unterredungen konnte keine Übereinstimmung erzielt werden.

Im Januar 1920 unterschrieben Chrysanthos und der Präsident der Armenischen Republik, Alexander Chatisjan, einen entsprechenden Vertrag. Um den Pontos zu schützen, wurde auch eine militärische Kooperation zwischen Griechenland und Armenien vereinbart. Auch die Aufstellung einer pontischen Armee war vorgesehen. Die britische Regierung gestattete beides nicht.

Im August 1920 wurde der Friedensvertrag von Sèvres geschlossen. Die osmanische Regierung hatte sich verpflichtet, die Armenische Republik anzuerkennen.

Im November legte der amerikanische Präsident Wilson als Schlichter die Grenzen der Armenischen Republik fest. Mit Einverständnis von Venizelos wurde ein Teil des Ostpontos, von Giresun im Westen bis zur georgischen Grenze im Osten mitsamt dem Hinterland der Armenischen

Republik zugeschlagen. Die pontischen Organisationen protestierten heftig dagegen (Hofmann 2006, S. 122f).

Im Herbst war Armenien zwischen Kemals Truppen und die sowjetische Armee geraten. Nach einer Reihe militärischer Niederlagen wurde die Republik abgeschafft. Der Plan, eine Armenische Republik mit einer autonomen pontischen Provinz zu errichten, wurde niemals umgesetzt.

4.7 Das Sykes-Picot-Abkommen von 1915/16

Seit Beginn des 20. Jahrhunderts waren die italienischen Regierungen bestrebt, aus Italien eine europäische Großmacht zu machen. Sie betrieben eine entsprechend starke Expansionspolitik. Beim Ausbruch des Weltkrieges 1914 trat Italien dem Krieg an der Seite seiner Verbündeten nicht bei, obwohl es zusammen mit Deutschland und Österreich-Ungarn Mitglied des Dreierbundes war. Die italienische Regierung wartete ab, wer von den Mittelmächten oder der Entente größere territoriale Zugeständnisse als Gegenleistung für den Kriegsbeitritt machen würde. Die Entente war „großzügig“. Im Londoner Vertrag vom April 1915 wurde vereinbart, dass Italien u. a. Dalmatien bis zum heutigen Albanien bekommen würde. Sollte nach dem Krieg auch noch das Osmanische Reich aufgeteilt werden, hätte Italien das Gebiet um Antalya und Aydin im Südwesten Kleinasiens erhalten.

Bei Kriegsbeginn hatten London und Paris für den Fall eines Sieges der Alliierten aus verschiedenen Gründen keine Aufteilung des Osmanischen Reiches vorgesehen.

Die Lage änderte sich jedoch während des Krieges. Seit Kriegsbeginn hatten die Mittelmächte die Dardanellen blockiert. Eine Durchfahrt der Schiffe der Entente war nicht mehr möglich; auch Russland konnte nicht mehr mit Nachschub versorgt werden. Ein bedrohlicher Engpass entstand. Außerdem nahm der Druck auf Russland durch den Vorstoß der deutschen Truppen an der Front zu. Um einen eventuellen Separatfrieden Russlands mit Deutschland zu verhindern, kamen Großbritannien und Frankreich im Frühjahr 1915 auf die Idee, dem Zaren im Fall eines Sieges große territoriale

Gewinne zu versprechen. Russland sollte Konstantinopel, das Westufer der Meerengen und die östlichen Provinzen bekommen.

Im Oktober 1915 beschlossen London und Paris, den Engländer Mark Sykes und den Franzosen Charles Picot mit der Ausarbeitung der entsprechenden Aufteilungspläne zu beauftragen. Anhand von Landkarten und mit Hilfe eines Stabs von Diplomaten, Militärs und Geografen zogen sie am Schreibtisch die Grenzlinien. Wenn man sich heute manche wie mit dem Lineal gezogenen, geradlinigen Grenzverläufe im Nahen Osten anschaut, dann gehen sie tatsächlich auf diesen Plan zurück. Im Februar 1916 lieferten sie die vorläufigen Pläne ab. Nach Rücksprache mit Moskau und unter Berücksichtigung der russischen Interessen im Nordosten Kleinasiens war der Plan fertig. Er nahm keine Rücksicht auf die Bedürfnisse der ansässigen Völker sondern diente ausschließlich den imperialistischen und kolonialen Interessen der Großmächte (Strohmeier/Yalcin-Heckmann 2016, S. 123f). Viele aktuelle Nationalitätenkonflikte im Nahen Osten und im Kaukasus haben ihren Ursprung in diesem Plan.

Das Sykes-Picot-Abkommen sorgte in Rom für Unruhe. Einige Gebietsansprüche Frankreichs kollidierten mit den Interessen Italiens. Um dies zu klären, trafen sich im April 1917 die Regierungschefs von England, Frankreich und Italien in Saint-Jean-de-Maurienne an der italienisch-französischen Grenze. Die Einflussphären wurden abgesprochen. Italien sollte das Gebiet im Südosten und ein Teilgebiet der Westküste Kleinasiens bekommen.

4.7.1 Die Landung griechischer Truppen in Smyrna im Mai 1919

Venizelos wurde während der Verhandlungen in Paris in seinen Bemühungen, Smyrna samt Hinterland kontrollieren zu wollen, vom britischen Premierminister Lloyd George unterstützt, weil Großbritannien und Griechenland gemeinsame Interessen in Kleinasien hatten bzw. Griechenlands Politik nützlich für die britischen Interessen war.

Venizelos leitete die Ansprüche Griechenlands aus der demografischen Mehrheit der Griechen in einem begrenzten Gebiet ab. Er beanspruchte

einen Teil der Ägäisküste mit Smyrna. In dieser Enklave lebten 818 221 Griechen. Nach seiner Berechnung waren die Griechen dort in der Mehrheit.

Die amerikanische Delegation war – bis auf den Verwaltungsbezirk von Smyrna – nicht von der Mehrheit der Griechen in dem betreffenden Gebiet überzeugt. Sie ging vielmehr von einer Mehrheit der Türken aus. Nach den Daten der Delegation betrug der Anteil der Griechen 32 % der Gesamtbevölkerung (IEE 1978, Bd. XV, S. 114).

Venizelos Pläne stießen auf starken italienischen Widerstand, da Italien selbst diese Gebiete beanspruchte. Dabei berief sich die italienische Regierung auf die Vereinbarungen von Saint-Jean-de-Maurienne.

Im März 1919 landeten – ohne Rücksprache mit den Verbündeten und sehr zu deren Ärger – italienische Einheiten an der Südwestküste Kleinasiens, im Marmaris gegenüber Rhodos und in Antalya. Um eine weitere italienische Expansion nach Norden in Richtung Smyrna zu verhindern, erklärten sich die USA, Frankreich und Großbritannien mit der Landung griechischer Truppen in Smyrna einverstanden. Offiziell wurde die Maßnahme mit der Sicherheit der griechischen Bevölkerung im westlichen Kleinasien begründet. Im Waffenstillstandsabkommen von Moudros war den Alliierten das Recht eingeräumt worden, militärisch einzugreifen und jeden strategischen Punkt zu besetzen, wenn ihre Sicherheit als gefährdet galt.

Nach dem Ende des Weltkrieges hatten ehemalige Jungtürken und Mitglieder der Organisation Teskilat-i Mahsusa angefangen, den nationalen Widerstand gegen die Siegermächte im westlichen Kleinasien zu organisieren (Akcem 1996, S. 131f). Viele von ihnen, wie z. B. der spätere dritte Staatspräsident der Türkei, Celal Bayar, wurden von der griechischen Justiz als Verbrecher u. a. wegen der Deportationen der Griechen gesucht. Die Untergrundorganisation Karakol verhalf ihnen zur Flucht und unterstützte den Aufbau von paramilitärischen Truppen, deren Mitglieder Deserteure, Räuber oder geflohene bzw. entlassene kriminelle Häftlinge waren. Die erste irreguläre Einheit wurde im März 1919 in der Gegend von Adapazari-Izmit gegründet. Diese Räuberbanden wurden meistens von ehemaligen Offizieren der osmanischen Armee angeführt. Sie verfolgten das Ziel, die

Aufteilung des Osmanischen Reiches zu verhindern. Ihre Stärke wurde in den Provinzen Aydin und Bursa auf zwischen 60 000 und 70 000 geschätzt. Durch Überfälle terrorisierten sie die griechische Landbevölkerung der Ägäisküste. Es gab auch griechische Freischärlergruppen; in der Gegend von Ayvalik/Kydonia waren es z. B. 300-400 Männer.

Am 15. Mai 1919 brachten griechische Schiffe, begleitet von drei Kreuzern der britischen Marine, 20 000 Soldaten nach Smyrna. Die Griechen empfangen sie als Befreier (Smith 2002, S. 177).

Die muslimische Zivilbevölkerung, die Soldaten und die Polizei waren entschlossen, Widerstand gegen das griechische Militär zu leisten. Die Behörde ließ mit Genehmigung des zuständigen italienischen Offiziers etwa 800 kriminelle Häftlinge frei. Sowohl diese als auch die Bevölkerung besorgten sich aus einem Polizei- und aus einem Militärdepot Waffen. Die Stimmung unter den Muslimen war sehr aufgeheizt.

Als eine griechische Militärabteilung, begleitet von ausgelassenen Griechen, durch die Stadt zog, um ihre Position zu erreichen, fiel ein Schuss. Die Kugel traf einen griechischen Zivilisten tödlich. Sofort danach wurde aus allen Himmelsrichtungen auf die Griechen geschossen. Sowohl muslimische Zivilisten als auch Soldaten waren daran beteiligt. Die griechischen Soldaten feuerten zurück auf die nahe gelegene Kaserne und nahmen kurz darauf über 1000 Soldaten und Zivilisten fest. Sowohl griechische Soldaten als auch aufgebrachte Zivilisten griffen anschließend die Gefangenen an. Es kam zu Misshandlungen und auch Todesopfern. Am Nachmittag war die Lage unter Kontrolle. Die muslimische Seite hatte 300-400 (nach türkischen Angaben waren es um die 1000) und die griechische rund 100 Tote zu vermelden.

Die griechische Militärbehörde reagierte schnell. Drei Tage später verurteilte ein griechisches Kriegsgericht einen griechischen Soldaten und einen Zivilisten wegen Plünderung zum Tode. Das Urteil wurde sofort vollstreckt. Die Hinrichtung hatte eine abschreckende Wirkung auf potenzielle Plünderer. Bis Mitte August verurteilte das Kriegsgericht 49 Griechen (drei davon zum Tode), 13 Türken, zwölf Armenier und einen Juden zu schweren Strafen.

Nach der Landung der griechischen Truppen in Smyrna setzten sich ca. 2000 osmanische Soldaten in das Hinterland ab. Zusammen mit der z. T. übergelaufenen Gendarmerie und bewaffneten Zivilisten schlossen sie sich den paramilitärischen Einheiten an.

Um die griechische Bevölkerung zu schützen, dehnte das griechische Militär das von ihm kontrollierte Gebiet aus: Nach Norden bis Ayvalik (ca. 150 km von Smyrna entfernt), nach Osten bis Sardis (etwa 90 km) und nach Süden bis Aydin (ca. 110 km). In der Provinz Aydin hatte die osmanische Regierung nach den Balkankriegen 1912/13 etwa 150 000 geflohene Muslime angesiedelt. Die Stadt Aydin hatte etwa 20 000 Einwohner, darunter 7500 Griechen. Weitere 3500 Griechen aus der Umgebung hatten in der Stadt Zuflucht gesucht. Ende Mai wurde Aydin vom griechischen Militär eingenommen. Es kam durch die griechischen Soldaten und Freischärler zu Plünderungen, Raub und Übergriffen gegen die Muslime. Etwa einen Monat später eroberten das osmanische Heer und die paramilitärischen Gruppen (Zeybek oder Efe) Aydin zurück (Käufeler 2002, S. 187f). Es kam zu Übergriffen gegen die Griechen. Insgesamt hatte die muslimische Seite 1200-1500 und die griechische 1500-2000 Todesopfer zu beklagen. Etwa 4500-5000 Griechen wurden deportiert und verschwanden für immer, rund 4500 blieben übrig (IEE 1978, Bd. XV, S. 121).

Nach der Landung der griechischen Truppen in Smyrna nahm die osmanische Regierung an, dass dies der Anfang der Aufteilung des Osmanischen Reiches sei. Ministerpräsident Damat Ferit bat die Alliierten, die Position seiner Regierung in Paris vortragen zu können. Nachdem seiner Bitte entsprochen worden war, fuhr die osmanische Delegation unter seiner Führung nach Frankreich. Mitte Juni erläuterte er seinen Standpunkt. Für den Kriegsbeitritt des Osmanischen Reiches und die Verbrechen an den Christen machte er ausschließlich das Komitee der Jungtürken verantwortlich und sprach die türkische Nation als solche von jeder Schuld frei. Außerdem forderte er den Abzug der griechischen Truppen aus Smyrna, die Berücksichtigung des 14-Punkte-Programms von Wilson und den Zuschlag von Westthrakien bis zu der Stadt Kavala an das Osmanische Reich.

Der britische Außenminister Balfour stellte klar, dass die Verantwortung für die begangenen Verbrechen nicht nur bei einzelnen Personen sondern beim ganzen osmanischen Staat lag. Der französische Premier Clemenceau ging auf die guten Eigenschaften der türkischen Nation ein, bedauerte aber, dass diese keine Anwendung beim Regieren anderer Völker fanden. Er stellte fest, dass es in allen Erdteilen, in denen die Türken ihre Herrschaft errichtet hätten, zu einer wirtschaftlichen und kulturellen Rückständigkeit der dortigen Völker gekommen sei. Er sprach den Türken die Fähigkeit ab, fremde Völker regieren zu können. Er forderte anschließend die osmanische Delegation auf, Paris zu verlassen.

Eine interalliierte oder internationale Untersuchungskommission bezüglich der osmanischen Verbrechen und Völkermorde an den Christen wurde aber trotz der massiven Kritik niemals eingesetzt.

4.7.2 Mustafa Kemal 1881-1938

Mustafa Kemal wurde 1881 in Thessaloniki geboren und stammte aus kleinbürgerlichen Verhältnissen. Seine Mutter war sehr wahrscheinlich slawischer und sein Vater albanischer, slawischer oder türkischer Abstammung. Kemal besuchte zuerst die Militärschule in seiner Stadt und dann die Militärakademie in Konstantinopel. Er war zwar Anhänger der Jungtürken, hatte aber weder beim Militärputsch 1908 gegen den Sultan noch während der Balkankriege 1912/13 eine wichtige Rolle gespielt. Einen Namen als fähiger Offizier hatte er sich während der Gallipolischlacht an den Dardanellen 1915 gemacht. Gallipoli war ein „Nebenschauplatz“ des Ersten Weltkrieges. Der Kampf um die Dardanellen war nicht entscheidend für den Kriegsausgang. In der türkischen Geschichte spielt dieser Krieg trotzdem eine große Rolle, weil er hilfreich war, Kemal auch nach seinen Misserfolgen von Palästina und Syrien zu einem „Mythos“ zu stilisieren.

Am Ende des Weltkrieges war er Kommandant eines Armeekorps in Syrien. Im November 1918 wurde er nach Konstantinopel beordert. Zusammen mit anderen gleich gesinnten Offizieren gründete er im Dezember „Die Vereinigung zur Verteidigung der östlichen Provinzen“ mit dem Ziel,

die Aufteilung des Osmanischen Reiches um jeden Preis zu verhindern. Nach ihrer Vorstellung konnte dieses nur militärisch erreicht werden. Das Zentrum des Widerstandes sollte Zentral- und Ostkleinasien sein, weil dort die Zugriffsmöglichkeiten der Alliierten am geringsten waren. Außerdem befanden sich dort noch osmanische Militäreinheiten.

Im Pontos gab es vor allem im Raum Samsun und Giresun viele gewalttätige Auseinandersetzungen zwischen den griechischen Rebellen und den muslimischen irregulären Einheiten. Nach griechischer Auffassung kämpften die Rebellen, um ihre Dörfer vor den kriminellen muslimischen Banden vor allem unter Topal Osman zu schützen. Nach osmanischer Auffassung betrieben die Griechen Separatismus, weil sie die Gründung einer unabhängigen Pontischen Republik bezweckten. Das Komitee der Pontosgriechen in Konstantinopel schätzte die Anzahl der Rebellen zwischen 4000 und 5000 ein.

In Samsun war eine britische Militäreinheit von 200 Soldaten stationiert. Die Griechen baten darum, zusätzliche britische oder britisch-griechische Truppen zu entsenden. Der Hochkommissar lehnte ab; ihm standen keine zusätzlichen Einheiten zur Verfügung.

Die Briten forderten den Sultan auf, für die Demobilisierung der osmanischen Einheiten in den östlichen Provinzen und für die Befriedung der Region zu sorgen. Kemal erhielt von der Regierung offiziell den Auftrag, als Generalinspekteur der Armee die Demobilisierung zu überwachen und die öffentliche Ordnung wiederherzustellen (Kreiser 2014, S. 134f).

Am 16. Mai 1919, einen Tag nach der Landung der griechischen Truppen in Smyrna, verließ Kemal zusammen mit 21 Offizieren Konstantinopel. Per Schiff erreichten sie am 19. Mai die Hafenstadt Samsun. Der Tag wird heute in der Türkei als Feiertag der Jugend und des Sports gefeiert. In Griechenland ist es der Gedenktag des Völkermordes an den Pontosgriechen.

Kemal fing sofort an, den nationalen Widerstand zu organisieren. Viele seiner Mitstreiter waren ehemalige Jungtürken, die sich an den Verbrechen gegen die Christen beteiligt hatten und vor der Justiz geflohen waren. Andere wiederum wurden gesucht, weil sie sich an den Opfern bereichert hatten.

Da Kemal in Samsun von den Briten kontrolliert werden konnte, zog er weiter nach Havza, einer Stadt ca. 70 km südwestlich von Samsun. Dort traf er Ende Mai Topal Osman, der für den Tod Tausender Griechen, Armenier, Tscherkessen und Kurden verantwortlich war. Topal Osman wurde Kemals Vertrauter und Chef von dessen Leibgarde. Der nationale Widerstand im Pontos wurde von Topal Osman, Oberstleutnant Halit Bey und Ahmed Barutcu gegründet. Alle drei waren ehemalige Mitglieder der Organisation Teskilat-i Mahsusa und wurden von der osmanischen Justiz als Verbrecher gesucht.

Topal Osman wurde Bürgermeister von Giresun, wo er sich maßlos an den Christen bereicherte. Nicht nur Topal, sondern auch etliche andere Osmanen hatten sich an den Opfern bereichert. Für viele war dies ein wichtiges Motiv, sich an der Vernichtung der Christen zu beteiligen.

In Havza hielt der Imam eine Hetzpredigt gegen die Griechen und Kemal forderte die Bevölkerung auf, bereit zu sein für die Rückeroberung von Smyrna. Er öffnete dann die Militärdepots und verteilte die Waffen an die muslimische Bevölkerung.

Anfang Juni kam es zum Bruch der Beziehungen zwischen Kemal und der Regierung in Konstantinopel. Zusammen mit einigen Weggefährten unterschrieb er am 19. Juni das Protokoll von Amasya. Die Kernaussage darin war, dass die Regierung nicht in der Lage sei, die Integrität des Landes und die Unabhängigkeit der Nation zu gewährleisten. Eine Nationalversammlung sollte gebildet werden, um diese Aufgabe wahrzunehmen. Dieses Protokoll enthielt den Keim für die Errichtung eines neuen Staates. In die türkische Geschichte ist diese Proklamation als „Amasya-Zirkular“ eingegangen (Kreiser 2014, S. 140f).

Geplant waren zuerst in Erzurum ein regionaler und dann in Sivas ein nationaler Kongress. Es sollten eine reguläre Armee aufgebaut sowie die irregulären Einheiten im Ägäisraum verstärkt mit Waffen versorgt werden.

Die Regierung erließ einen Haftbefehl gegen Kemal. Das hatte jedoch keinerlei Auswirkung auf seine Autorität unter seinen Anhängern. Anfang Juli trat er als Generalgouverneur und Offizier zurück. In dieser Zeit nahmen die Bolschewiki Kontakt zu ihm auf. Eine sowjetische Delegation

besuchte ihn und bot ihm Kriegsmaterial sowie Unterstützung gegen Unabhängigkeitsbestrebungen der Pontosgriechen, Armenier und Kurden an (Hofmann 2006, S. 123). Als Gegenleistung sollte Kemal die Dardanellen schließen und die Sowjets bei ihrem Krieg gegen Armenien unterstützen. Kemal und die Sowjets hatten manch gemeinsame Feinde, u. a. Großbritannien, Frankreich und Armenien. Die Sowjets wollten Armenien besetzen und die Briten aus der Kaukasusregion verdrängen. Kemal selbst hatte auch Ambitionen auf die Gebiete.

Vom 23. Juli bis 7. August fand der Regionalkongress in Erzurum statt. Kernpunkte waren die Unverletzbarkeit der Grenzen und die Souveränität des Staates. Die Kemalisten waren auf keinen Fall bereit, Armenien die östlichen Provinzen zu überlassen. Sollte die Regierung in Konstantinopel dieses nicht gewährleisten können, müsse eine provisorische Regierung diese Aufgabe übernehmen. Den Christen wurden ihre natürlichen Rechte, aber keine neuen Sonderrechte eingeräumt (Kreiser 2014, S. 144). Die Beschlüsse des Erzurum-Kongresses sind in die türkische Geschichte als Nationalpakt eingegangen. Der Kongress wählte ein Repräsentativkomitee, dessen Präsident Kemal wurde.

Der Nationalkongress fand vom 4. bis 11. September in Sivas statt. Er übernahm die Beschlüsse von Erzurum und bestätigte sie. Die Kemalisten forderten den Sultan in Konstantinopel auf, ein neues Parlament wählen zu lassen. Im Dezember 1919 fanden die Wahlen statt, aus denen die Nationalisten und Kemalisten als Sieger hervorgingen. Sie bildeten gemeinsam die Fraktion „Gruppe zur Rettung des Vaterlandes“. Da sie jetzt die Mehrheit hatten, übernahm das Parlament in Konstantinopel im Januar 1920 den Nationalpakt von Sivas. Kemal war bereits Ende Dezember als Chef eines Repräsentativkomitees in Ankara eingezogen.

Nach der Oktoberrevolution von 1917 gestattete die provisorische russische Regierung die Rückkehr von etwa 150.000 Armeniern in die östlichen Provinzen Trapezunt, Erzurum, Bitlis und Van. Nach französischen Angaben kamen ca. 120 000 von ihnen bis Ende 1919 in die südlichen Provinzen, u. a. nach Kilikien. Einige Tausend von ihnen zogen nach Maras, einer Stadt in Oberkilikien. Kemals paramilitärische Truppen belagerten

im Januar 1920 die vom französischen Militär verteidigte Stadt. Erneut gab es zahlreiche armenische Opfer unter der Zivilbevölkerung. Um die osmanische Regierung in Konstantinopel unter Druck zu setzen und eventuell Kemals Verhaftung zu erzwingen, beschlossen Großbritannien, Frankreich und Italien (die USA nahmen nicht mehr an den Verhandlungen teil), die Hauptstadt Konstantinopel zu besetzen. Mitte März 1920 marschierten britische Truppen in Konstantinopel ein (Steinbach 2007, S. 25). Aus Protest traten die Parlamentarier zurück; das Parlament löste sich Anfang April auf. Die Briten verhafteten 30 ehemalige Jungtürken und Mitglieder der Nationalbewegung und brachten sie aus Sicherheitsgründen nach Malta. Die Kemalisten hatten damit gerechnet und sich entsprechend darauf vorbereitet. Sie nahmen einige britische Offiziere und Zivilisten als Geiseln und drohten mit deren Hinrichtung, falls die Kriegsgerichtshöfe Todesurteile gegen die Inhaftierten aussprechen würden.

Das Repräsentativkomitee in Ankara (es war praktisch die zweite Regierung) hatte schon seit Februar den Nationalpakt als offizielles Programm aufgenommen. In Ankara wurde Ende April die „Große Nationalversammlung“ mit Kemal als Präsident eingerichtet. Er hatte jetzt als Regierungschef freie Hand zu agieren. Der Sultan war de facto entmachtet.

4.7.3 Der Friedensvertrag von Sèvres im August 1920

Die Ministerpräsidenten Frankreichs, Italiens und Großbritanniens kamen Mitte April 1920 im italienischen Ort San Remo zusammen, um endlich die Friedensverhandlungen abzuschließen. Da die USA sich zurückgezogen hatten, konnten diese drei Mächte ungehindert die territoriale Aufteilung des Osmanischen Reiches planen. Nach dem ausgearbeiteten Plan musste das Reich viele Gebiete abgeben.

Ende Mai erfuhr Ankara von diesen Plänen. Eine Welle der Entrüstung ging durch das Land. Der Oberbefehlshaber der osmanischen Militäreinheiten in Ostthrakien stellte seine Truppen unter das Kommando Kemals. Dieser befahl, die britischen Stellungen am Marmarameer und in Gallipoli an den Dardanellen anzugreifen.

Die Briten wandten sich an Venizelos und baten um Hilfe. Er war damit einverstanden. In den letzten Junitagen 1920 begann der griechische Angriff, der recht erfolgreich war. Die Truppen erreichten im Norden das Marmarameer und rückten auch nach Osten vor. Anfang Juli wurde Bursa eingenommen. Die Stadt hatte als erste Hauptstadt der Osmanen eine große symbolische Bedeutung in der osmanischen Geschichte. Auch Edirne in Ostthrakien wurde vom griechischen Militär eingenommen.

Während des Vormarsches der griechischen Armee überfielen kemalistische irreguläre Truppen einige griechische Ortschaften im Nordwesten Kleinasiens in der Provinz Bithynien. Deren Einwohner waren Nachkommen der Pontosgriechen, die 1829 vor muslimischen Repressalien aus Pontos geflohen waren und sich über Zwischenstationen seit 1880 in dieser Gegend niedergelassen hatten. Es kam wieder zu Plünderungen, Raub, Vergewaltigungen und Massakern. Allein in Iznik wurden Mitte August etwa 750 Griechen massakriert. Auch in den Provinzen Izmit und Adapazari fanden Massaker statt (Fotiadis 2015, S. 347f).

Im Pontos hatten die Ausschreitungen der paramilitärischen Truppen gegen die griechische Zivilbevölkerung auch nach dem Ende des Ersten Weltkrieges nicht aufgehört. Um die griechische Zivilbevölkerung vor den Überfällen der irregulären Gruppen zu schützen, hatte der Zentralrat der Pontosgriechen Venizelos die Bildung pontischer Militäreinheiten vorgeschlagen. Diese sollten nach Pontos entsandt werden und gemeinsam mit den Rebellen die Banden bekämpfen. Nachdem Venizelos damit einverstanden war, kam es in Griechenland zur Bildung eines „Freiwilligenbataillon des Pontos“. Es bestand aus Pontosgriechen, die in Griechenland lebten. Das Bataillon wurde Anfang 1920 zuerst in Smyrna eingesetzt und dann aufgelöst. Die Männer wurden auf andere Einheiten verteilt. Das Bataillon kam niemals nach Pontos. Die britische Diplomatie war damit nicht einverstanden und hatte die griechische Regierung unter Druck gesetzt. Daraufhin machte Venizelos einen Rückzieher.

Als Repressalie für den erfolgreichen Vorstoß der griechischen Armee kam es im Frühsommer 1920 erneut zu massiven Übergriffen gegen die Pontosgriechen in den Gegenden von Trapezunt, Giresun, Yozgat, Samsun

und Zile. In der Provinz Samsun wurden etwa 2300 griechische und 200 armenische Häuser niedergebrannt.

Anfang August 1920 wurde der Friedensvertrag von Sèvres zwischen Großbritannien, Frankreich, Italien und dem Osmanischen Reich unterzeichnet. Er sah Folgendes vor: Großbritannien würde den Irak, Palästina, Ägypten, Arabien und Zypern kontrollieren, Frankreich Syrien, Libanon und Kilikien und Italien würde Libyen und den Dodekanes behalten. Armenien sollte eine unabhängige Republik und Kurdistan eine autonome Provinz werden. Griechenland sollte Ostthrakien (ohne Konstantinopel), die ostägäischen Inseln samt Tenedos, Imvros und Smyrna mit Hinterland bekommen. Es betraf die Ägäisküste gegenüber den ostägäischen Inseln Lesbos, Chios und Samos, von Ayvalik im Norden bis zum Neu Ephesos im Süden und knapp 100 km nach Osten (IEE 1978, Bd. XV, S. 135, 140). Smyrna und Hinterland sollten unter griechischer Verwaltung stehen; die Oberhoheit hätte aber der Sultan. Nach einer Übergangszeit von fünf Jahren sollten die Einwohner durch eine Volksabstimmung über die zukünftige Staatszugehörigkeit (Griechenland oder Osmanisches Reich) entscheiden.

Im Vertrag war auch die Strafverfolgung der verantwortlichen Jungtürken für die Massaker an den Christen während der Zeit von 1914-1918 vorgesehen. Der Vertrag wurde am 10. August unterzeichnet. Als Reaktion darauf beschloss die kemalistische Regierung am nächsten Tag, die Sondergerichte, die sich in ihrem Einflussgebiet befanden, aufzulösen. Damit sprach sie alle Verbrecher frei.

Aus der Sicht der Osmanen hatte das Reich Gebiete verloren und war zusammengeschrumpft. Aus der Sicht der Griechen, Armenier usw. waren diese Gebiete seit Jahrhunderten, bevor die Turkvölker im 11. Jh. kamen, ihre ursprüngliche Heimat gewesen. Sie bekamen somit nur zurück, was ihnen ohnehin gehörte.

Nach dem Vertrag von Sèvres kam es in der Stadt Giresun erneut zu umfangreichen Übergriffen gegen die Pontosgriechen. Die Vertreter der Pontosgriechen protestierten bei dem britischen Hochkommissar in Konstantinopel und baten ihn, seine Regierung um Unterstützung zu ersuchen. Das britische Parlament befasste sich im Frühherbst mit der Situa-

tion in Kleinasien. Die Parlamentarier stellten fest, dass italienische Schiffe Waffen für Kemal nach Pontos brachten. Es folgten aber keine konkreten Beschlüsse zur Rettung der griechischen Bevölkerung. Die pontische Delegation fuhr im September auch nach Athen und traf sich mit Ministerpräsident Venizelos, einigen Ministern und den Botschaftern der Großmächte. Es gab Überlegungen, griechische Streitkräfte nach Pontos zu bringen, um Topal Osman zu verhaften bzw. die kemalistischen Kräfte im Pontos und in Ankara zu zerschlagen.

In den USA lebten rund 40 000 Pontosgriechen. Sie hatten sich hauptsächlich in größeren Städten wie Washington, New York, Boston, Ohio, Illinois oder Jersey City niedergelassen, wo sie sich in Vereinen und Verbänden organisiert hatten. Sie waren bereit, bewaffnete Einheiten (Heilige Scharen) zu bilden und nach Pontos zu gehen, um gegen die irregulären Truppen zu kämpfen. Nachdem sich der Plan aber nicht realisieren ließ, beschlossen sie, die notleidenden Menschen mit Geld, Medikamenten, Kleidung usw. zu unterstützen.

Frankreich und Italien waren mit der Aufteilung unzufrieden und fühlten sich gegenüber Großbritannien benachteiligt. Sie sahen dadurch ihre eigenen Interessen gefährdet und verstärkten ihre Kontakte zu Kemal.

4.7.4 Die politische Entwicklung von August 1920 bis Frühjahr 1921

Venizelos hatte aus innenpolitischen Gründen bereits 1917 Neuwahlen nach einem Friedensschluss mit dem Osmanischen Reich angekündigt. Anfang November fanden die Parlamentswahlen statt, die Venizelos trotz seiner außenpolitischen Erfolge überraschend verlor. Er ging nach Paris.

Im Dezember kam König Konstantin aus dem Schweizer Exil zurück. Da er seit dem Weltkrieg als pro deutsch galt, war das Verhältnis zwischen ihm, Großbritannien und auch Frankreich feindselig. Seine Rückkehr nach Griechenland engte den Handlungsspielraum der griechischen Außenpolitik erheblich ein.

Bereits im Oktober war die Regierung in Konstantinopel unter Damat Ferit zurückgetreten. Die neue Regierung hatte keinerlei Interesse daran,

den wegen der Massenmorde inhaftierten Verbrechern den Prozess zu machen. Anfang Dezember wurden die Richter ausgetauscht. Die neuen Richter hoben die Untersuchungshaft auf und ließen mehrere Häftlinge, u. a. viele ehemalige Jungtürken, frei.

Anfang Januar 1921 unternahm das griechische Heer von Bursa aus einen Aufklärungsvorstoß gegen Kemals Armee. Es stieß dabei auf heftigen Widerstand. Um eine politische Lösung zu finden, luden die Briten sowohl die griechische als auch die Regierungen aus Konstantinopel und Ankara nach London ein. Die Konferenz fand im Februar statt. Sie brachte nur für Kemal Erfolge. Erstens wurde seine Regierung de facto als die eigentliche Staatsregierung betrachtet und zweitens kam es zu einer weiteren Annäherung zwischen Kemal und Frankreich bzw. Italien. Frankreich verpflichtete sich zum Rückzug aus Kilikien, d. h. die kemalistischen Streitkräfte konnten von dort abgezogen und gegen die Griechen eingesetzt werden, und Italien sagte zu, die Position der Ankara-Regierung zu unterstützen. Außerdem wurde noch die Lieferung von Kriegsmaterial vereinbart. Als Gegenleistung bekamen beide Länder Handelsprivilegien.

Während der Verhandlungen in London versicherten die Kemalisten der britischen Regierung, die Häftlinge in Malta vor ein osmanisches Gericht zu stellen. Beide Seiten vereinbarten einen teilweisen Gefangenenaustausch, der im Frühjahr stattfand. Im Herbst wurden auch die letzten Gefangenen ausgetauscht. Kemal ließ also unschuldige Menschen verhaften und missbrauchte deren Leben als Erpressungsmittel, um Verbrecher freizubekommen. Keiner der ausgetauschten Jungtürken musste sich vor einem osmanischen Gericht verantworten. Im Gegenteil, die meisten schlossen sich Kemal an und einige von ihnen stiegen später in seiner Regierung bis zu einem Minister auf.

Kemal konnte einen weiteren außenpolitischen Erfolg verbuchen. Seit Sommer 1920 lieferte die Sowjetunion Gold und Waffen an ihn (Kreiser 2014, S. 160). Parallel zu der Konferenz in London verhandelte Kemal auch mit Lenin. Im März 1921 wurde der Freundschafts- und Bruderschaftsvertrag unterzeichnet. Mit diesem Vertrag sicherte Kemal die Ostgrenze, bekam reichlich viel Kriegsmaterial und konnte die europäischen Groß-

mächte durch eine drohende engere Zusammenarbeit mit Moskau politisch unter Druck setzen. Der Vertrag hatte für die Pontosgriechen eine negative Auswirkung. Sie konnten jetzt nicht mehr in die Sowjetunion fliehen wie früher nach Russland.

Auch mit der Ukraine nahm Kemal Kontakt auf. Anfang Januar 1922 wurde der Freundschafts- und Bruderschaftsvertrag zwischen Ankara und der Ukraine unterzeichnet. Die ukrainische Regierung lieferte ebenfalls Gold und umfangreiches Kriegsmaterial. Auch Italien und Frankreich versorgten die Kemalisten mit Waffen und Munition. Französische Offiziere informierten Kemal über die Pläne des griechischen Generalstabs.

Die politische Führung in Griechenland war nicht geneigt, eine politische Lösung zu suchen, obwohl die militärische und politische Situation alles andere als positiv war. Außerdem hatte sie die Entwicklung der Politik der Großmächte falsch eingeschätzt (Steinbach 2007, S. 26).

Im Sommer 1921 unternahm die griechische Armee erneut einen Vorstoß gegen Osten. Nach anfänglichen Erfolgen stoppte der Angriff ca. 50 km vor Ankara am Fluss Sakarya. Die griechische Armee musste sich zurückziehen. Etwa 65 000 griechische Zivilisten flohen daraufhin aus der Provinz Izmit nach Griechenland (KMS Bulletin 1983, S. 211f).

Nach den Schlachten schloss Frankreich mit Kemal einen Separatvertrag ab. Das war weder vorgesehen noch zulässig. Damit hatte Frankreich Vertragsbruch gegenüber den Alliierten begangen. Im Oktober 1921 räumte das französische Militär Kilikien. Es überließ Kemal viel Kriegsmaterial. Aus Angst vor Repressalien flohen rund 6500 Griechen nach Griechenland (KMS Bd. 2, S. 535f).

4.8 Die zweite Phase des Völkermordes an den Pontosgriechen 1919-1922

Im November 1920 hatten die Kemalisten die Deportation der Pontosgriechen beschlossen (Fotiadis 2015, S. 443). Als Anfang Januar 1921 die griechische Aufklärungsoffensive begann, schloss Ankara alle Bildungseinrichtungen der Nichtmuslime und richtete Unabhängigkeitsgerichte ein. Sie sollten

gegen Kemals Widersacher in Konstantinopel und gegen Deserteure vorgehen. Im Pontos wurden in verschiedenen Städten 87 Griechen verhaftet. Es waren Kleriker, Ärzte, Rechtsanwälte, Apotheker, Lehrer, Journalisten, Kaufleute usw. Damit wurde die gesamte religiöse und weltliche Führungsschicht ausgeschaltet. Die Gefangenen kamen in Untersuchungshaft. Im Athener Parlament wurde im Februar darüber debattiert. Gleichzeitig ging der Terror der irregulären türkischen Truppen im Pontos unvermindert weiter. Am 21. Februar erging der Deportationsbefehl der Kemalisten.

Im März – während der griechischen Offensive – bombardierte die griechische Marine die Hafenstadt Inepoli/Inebolu etwa 115 km westlich von Sinope. Als Reaktion darauf wurden in Bafra im Westpontos 161 Dörfer niedergebrannt, in der Gegend von Samsun und Niksar waren es 37.

Die Kemalisten erklärten das Küstengebiet zur Kriegszone und begannen am 26. Mai 1921 mit der Deportation aller Griechen zwischen 15 und 50 Jahren. Der Deportationsbefehl wurde offiziell am 20. Juni bekannt gegeben. Die Deportationen und Verbannungen sollten am 21. Juni beginnen. Damit begann eine neue Phase des Völkermordes an den Pontosgriechen. Die Deportierten waren Frauen, Kinder und ältere Menschen. Manche Griechen wurden vor Ort in Kirchen eingeschlossen und verbrannt. Andere wurden nach einigen Tagen Fußmarsch auf dem Lande erschlagen oder erschossen. Die Deportationsorte lagen in den südöstlichen Provinzen und Städten wie Harput, Diyarbakir, Bitlis, Van und Malatya. Etwa 70 Tage waren die Deportierten zu Fuß unterwegs. Viele starben unterwegs an Erschöpfung oder Hunger. Auch im Deportationsort ging das Sterben durch Unterernährung und Seuchen weiter. Manche amerikanischen Bürger haben als Augenzeugen sehr eindringlich in ihren Berichten das Elend der Deportierten beschrieben. Einer von ihnen war Stanley Hopkins, der im Herbst 1921 von Harput nach Samsun und wieder zurück fuhr (Fotiadis 2015, S. 492f). Es existieren auch viele Berichte von deportierten Griechen, die ebenfalls ein detailliertes Bild von ihrem Leid vermitteln. Exemplarisch sei hier auf folgende Quelle hingewiesen: KMS 2015, Bd. 4, S. 176, 179, 251, 256, 261, 265, 286, 293, 299, 318 usw.



Karte 5: Die Deportationsrouten der Pontosgriechen.

Beteiligt an den Massentötungen waren die irregulären Truppen, die Gendarmerie und die Zivilbevölkerung. In den Städten Havza und Merzifon retteten die muslimischen Lokalhonoratioren das Leben mancher Frauen und Kinder. Auch kurdische Aleviten befreiten griechische Deportierte und brachten sie in Sicherheit (KMS 2016, Bd. 5, S. 362). Sehr positiv haben die Pontosgriechen über die Hilfe berichtet, die sie von Tscherkessen, armenischen Frauen und arabischen Christen in den Deportationsorten erfahren haben.

Die Region Santa/Dumanli befindet sich ca. 50 km südlich von Trapezunt. Während der Christenverfolgungen im 17. Jh. waren viele Griechen aus der Küstenregion geflohen und hatten in dieser gebirgigen Gegend Schutz gesucht. Sie gründeten sieben größere Ortschaften. Um 1900 lebten dort 1135 griechische Familien, die hauptsächlich Viehzucht betrieben. Wegen

der Weideflächen gab es immer wieder z. T. gewalttätige Konflikte mit den muslimischen Nachbardörfern (Koromila 2001, S. 273).

Während der Herrschaft der Jungtürken kam es 1915 und 1916 zu Übergriffen gegen die griechische Bevölkerung. Etliche Häuser wurden damals niedergebrannt. Im September 1921 zerstörten die Kemalisten die griechischen Ortschaften und deportierten deren Bewohner. Etwa 100 bewaffnete Männer und rund 300 Frauen und Kinder flohen in die Berge und nahmen den Rebellenkampf auf. Reguläre Militäreinheiten, paramilitärische Gruppen und muslimische Einwohner der umliegenden Dörfer belagerten die in eine Höhle Geflohenen. Die Belagerten beschlossen, nachts heimlich zu fliehen. Einige Frauen hatten ihre Säuglinge dabei. Die Rebellen töteten einige Säuglinge, weil sie befürchteten, deren lautes Weinen hätte die Belagerer auf die Flucht aufmerksam machen können.

Sie setzten den Rebellenkampf fort. Etliche wurden getötet, andere flohen in die Sowjetunion. Einige schafften es, heimlich nach Trapezunt zu kommen und im Rahmen des Bevölkerungszwangs austausches zwischen Griechenland und dem Osmanischen Reich 1923 über Konstantinopel nach Griechenland zu kommen, wo sie ca. 20 km nördlich von Thessaloniki eine neue Ortschaft mit dem Namen Nea Santa gründeten.

Der Rebellenkampf von Santa hat als Selbstopferung im kollektiven Geschichtsgedächtnis der Pontosgriechen noch bis heute einen hohen symbolischen Wert.

Unter den Rebellen litt manchmal auch die muslimische Landbevölkerung. Das bestätigten griechische offizielle Stellen wie z. B. der Generalstab der Armee in Kleinasien (Marantzidis 2001, S. 70). Das türkische Außenministerium gibt heute die Anzahl der muslimischen Todesopfer mit rund 2000 an.

Die Prozesse gegen die griechische Führungselite fanden im Landesinneren, in Amasya, weit weg von der Öffentlichkeit statt. Angeklagt waren sie wegen Separatismus, also Landesverrat. Die Gerichte bestanden aus drei „Richtern“. Meistens hatte niemand von ihnen eine juristische Ausbildung. Das Hauptkriterium für ihre Ernennung war einzig ihre Treue zu Kemal. Zeugen der Verteidigung oder Revision gegen das Urteil waren

nicht zugelassen. Mangels Beweisen mussten die Angeklagten Erklärungen unterschreiben und ihre „Schuld“ zugeben. Anhand von Schnellverfahren wurden 69 Griechen zum Tode verurteilt und am 21. September 1921 durch den Strang hingerichtet. Kurz davor waren drei andere zum Tode verurteilte Griechen im Gefängnis an Typhus gestorben. Um manche Morde zu vertuschen, haben die Unabhängigkeitsgerichte in diesen Fällen noch nachträglich Todesurteile gefällt. Es folgten weitere Hinrichtungen in Amasya, Ordu und anderen Städten.



Bewaffnete Pontosgriechen.
Postkarte. Anfang des 20. Jhs.

Als die Hinrichtungen in Griechenland bekannt wurden, verfassten 40 bekannte Intellektuelle, Schriftsteller und Künstler in Athen eine Protestresolution gegen das Vorgehen der Kemalisten und wandten sich an ihre Kollegen in Europa und den USA. Sie baten um Unterstützung für die Christen im Osmanischen Reich. Die amerikanische Öffentlichkeit war über die Situation der Christen informiert, weil amerikanische Missionare, Lehrkräfte,

Ärzte, Krankenschwestern und Hilfsorganisationen wie z.B. das Rote Kreuz bis zum Kriegseintritt der USA im April 1917 und nach Kriegsende im Osmanischen Reich tätig gewesen waren und über das Leid der Christen berichtet hatten. Die Pontosgriechen in den USA wurden auch aktiv. Amerikanische Senatoren und Kongressabgeordnete riefen im November zu einer Massenkundgebung auf. Sie informierten die Öffentlichkeit über die dramatische Lage der Griechen im Pontos und verfassten eine Resolution, in der sie u. a. die amerikanische Regierung baten, den Völkermord zu beenden. Sie übergaben die Resolution dem amerikanischen Präsidenten, dem Außenminister, Senatoren und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens. Etwa einen Monat nach der Kundgebung wurde im Senat über die Lage der Griechen diskutiert (Fotiadis 2015, S. 473f).

Nach türkischen Angaben haben die Gerichte von 1920 bis 1922 gegen alle Volksgruppenangehörigen 3881 Todesurteile ausgesprochen. Davon wurden 2827 nicht vollstreckt, sondern in andere Strafen umgewandelt. Insgesamt gab es um die 40 000 Verurteilungen (Kreiser 2014, S. 211). Mit Hilfe dieser Gerichte konnte Kemal später – nach der Gründung der Türkischen Republik im Oktober 1923 – seine innenpolitischen Gegner „legal“ durch den Tod beseitigen.

Der amerikanische Hochkommissar, Admiral Bristol, protestierte gegen die Deportation von Frauen und Kindern, die aus militärischer Sicht nicht notwendig war. Ankara wies jede Schuld von sich und sprach von gezielten kriegsbedingten Maßnahmen gegen einzelne Personen, z. B. gegen Frauen, die Kontakte zu der Rebellenbewegung unterhielten. Die Kinder gingen nur mit, weil sie ihren Müttern folgten. Die Kemalisten forderten die Alliierten auf, die Übergriffe des griechischen Militärs auf die muslimische Zivilbevölkerung zu untersuchen.

Im Mai 1922 kam es in Ankara zu einem Geheimgespräch zwischen der Nationalversammlung und einigen Provinzgouverneuren. Es wurde vereinbart, die Massenmorde zu leugnen und eine eventuelle internationale Untersuchung im Pontos um jeden Preis zu verhindern. Die Deportationen sollten als kriegsbedingt dargestellt werden. Die Schuld gaben sie den Grie-

chen, weil diese Separatismus betrieben und den Boden für die Landung des griechischen Militärs im Pontos bereiteten hätten.

Kemal selbst hatte Topal Osman den Befehl erteilt, die Ungläubigen in ihren Dörfern umzubringen (Fotiadis 2015, S. 446). Topal Osman wird zusammen mit seinen paramilitärischen Einheiten für den Tod von etwa 70 000 Menschen (Griechen, Armenier, Kurden, Tscherkessen usw.) verantwortlich gemacht. In Ankara ermordete er 1923 einen Oppositionsabgeordneten aus Trapezunt. Es ist nicht geklärt, ob er diesen Mord auf eigene Initiative beging oder ob es ein Auftragsmord war. Auf Befehl Kemals umzingelten Soldaten das Versteck von Topal; Beim anschließenden Scharmützel wurde er getötet. Auf Anordnung des Parlaments wurde sein Leichnam zur Abschreckung vor dem Parlamentsgebäude aufgehängt.

4.8.1 Die Zerstörung Smyrnas im September 1922

Anfang 1922 waren die kemalistischen Kräfte materiell gut versorgt und vorbereitet. Im März 1922 bemühten sich die Alliierten erneut erfolglos um eine politische Lösung. Die griechische Armee hatte Versorgungsprobleme, war demoralisiert und das Offizierskorps hoffnungslos in Royalisten und Venizelisten gespalten.

Im August 1922 begann die Gegenoffensive Kemals. Die griechische Front brach schnell zusammen und die Armee trat den Rückzug unter z. T. chaotischen Umständen an. Es kam dabei zu Plünderungen und Übergriffen gegen die muslimische Zivilbevölkerung und zum Niederbrennen von Häusern. Auch die Infrastruktur wie z. B. Eisenbahnbrücken wurde zerstört, um den Vormarsch der kemalistischen Truppen zu verzögern. Die anrückende kemalistische Armee und die bewaffneten muslimischen Zivilisten überfielen wiederum die griechische Landbevölkerung und plünderten sie aus.

Zusammen mit dem griechischen Heer floh auch die griechische Bevölkerung. Zu groß war die Angst vor Repressalien. Anfang September waren über 200 000 Geflüchtete in Smyrna eingetroffen.

Am 8. September hatten die letzten griechischen Soldaten und das Personal der Zivilverwaltung Smyrna verlassen. Schon am folgenden Tag zogen die ersten kemalistischen Einheiten in die Stadt ein; Sowohl Soldaten als auch Zivilisten begannen mit Plünderungen, Raub, Vergewaltigungen und Massakern gegen die Griechen und Armenier in der Stadt. Am folgenden Tag zog Kemal als Sieger in die Stadt ein. Der Metropolit Chrysostomos wurde dem Mob vom Befehlshaber der kemalistischen Truppen, Nureddin Pascha, zum Lynchen übergeben. Chrysostomos wurde bestialisch ermordet.

Die Armee begann das armenische Viertel niederzubrennen. Das Feuer breitete sich auch auf die griechischen Stadtviertel aus. Als es zum Erlöschen kam, waren 43 000 griechische, 10 000 armenische und 2000 weitere Häuser vernichtet. Das muslimische und das jüdische Wohnviertel wurden vom Brand nicht beschädigt. Von den 46 Kirchen standen noch drei. Etwa 5000 Läden und 117 griechische Schulen waren zerstört. Die türkische Historiografie vertritt den Standpunkt, Armenier oder Griechen hätten das Feuer gelegt, weil sie sich rächen wollten.

Um sich vor dem Feuer zu retten, hatten sich die Griechen am Kai versammelt, schätzungsweise um die 400 000 Menschen. Im Hafen lagen 21 Kriegsschiffe aus den USA, Frankreich, Großbritannien und Italien. Da ihre Regierungen eine Neutralitätspolitik im Konflikt zwischen Athen und Ankara verfolgten, unternahmen die Admiräle zunächst nichts, um die Griechen und Armenier zu retten. Erst in der Nacht vom 14. auf den 15. September entschied sich die britische Admiralität, Menschen an Bord zu nehmen. Etwa 20 000 Menschen wurden aufgenommen.

Eine rühmliche Ausnahme unter den Regierungsvertretern der vier Mächte war der amerikanische Konsul George Horton. Er versuchte alles, um den Christen zu helfen. Der amerikanische Hochkommissar in Konstantinopel, Admiral Bristol, war dazu jedoch nicht bereit.

Wie viele Griechen dem Massaker zum Opfer fielen, ist nicht genau zu ermitteln. Manche griechischen Angaben schwanken zwischen 12 000 und 100 000. Nach dem griechischen Patriarchat wurden vom 9. bis zum 11. Sep-

tember rund 50 000 Griechen und 15 000 Armenier umgebracht (KMS Bulletin, 1983, S. 303). Horton ging von 100 000 aus.

Bis zum Ausbruch des Feuers hatte Kemal in einem Stadthotel gewohnt. Danach zog er in die „Weiße Villa“ in dem schönen Stadtteil Götzepe um (Kreiser 2014, S. 255). Während sich in Smyrna apokalyptische Szenen abspielten und Tausende Christen von einer Armee, deren Oberbefehlshaber er war, abgeschlachtet wurden, verbrachte er dort einige erholsame Tage.

Die Behörde ordnete die Inhaftierung aller griechischen und armenischen Männer zwischen 18 und 45 Jahren an. Angeblich sollten die Griechen die vom griechischen Militär verursachten Zerstörungen durch Zwangsarbeit wieder in Ordnung bringen. Die Männer wurden in ihrem Wohnort verhaftet und in die Kriegsgefangenenlager gebracht. Kaum hatten sie die Wohnorte verlassen, fielen die irregulären Truppen und die Gendarmen über sie her. Nach der Ausplünderung wurden viele erschlagen oder als Diener verkauft (KMS Bd. 1, S. 16, 60). Auch in anderen Orten fanden Massentötungen statt. In Ayvalik waren es 4000, in Kasaba auch 4000, in Axari 7000, im Nordwesten Kleinasiens knapp 41 000.

Internierungslager für die Männer waren in Kasaba, Afyon Karahisar, in den Gegenden von Kayseri und Ankara usw. eingerichtet. Viele mussten Zwangsarbeit leisten und wurden im Straßenbau in den Provinzen Adana und Aleppo eingesetzt (KMS Bd. 1, S. 17f, 46). Frauen und Kinder wurden in Konzentrationslager gebracht. Solche gab es in Kutahya, Eskisehir, Usak usw.

Es ist nicht genau bekannt, wie viele Menschen in den Lagern interniert waren. Bekannt ist, dass viele von ihnen an Seuchen, Unterernährung und Erschöpfung gestorben sind. Im Lager von Usak waren z. B. etwa 10 000 interniert, überlebt haben nur ca. 2500 (Tsouloufis 1989, S. 54).

4.8.2 Flucht und Bevölkerungszwangs austausch 1922-1925

Nach der Zerstörung Smyrnas forderte die kemalistische Regierung alle Griechen auf, Kleinasien zu verlassen. Kemal brachte die Idee eines

Bevölkerungsaustausches ins Spiel. Am 24. September begann die Evakuierung. Der amerikanische Staatsbürger und Methodistenpastor Asa Jennings (1877-1933) war der stellvertretende Direktor des amerikanischen Kollegs YMCA. Er leistete freiwillig einen großen Beitrag zur Rettung der Griechen, indem er die Evakuierung organisierte und leitete. Dabei hatte er gegen Widerstände und Widrigkeiten zu kämpfen. Dank seiner Bemühungen konnten Tausende Griechen nach Griechenland gebracht werden. Er hat viele vor dem sicheren Tod bewahrt.

Es begann ein Massensexodus von verschiedenen Häfen der Ägäisküste Kleinasiens aus. Bis Ende September erreichten 750 000 und bis Ende 1922 knapp eine Million Griechen griechischen Boden.

Nach der Einnahme Smyrnas befahl Kemal seiner Armee, weiter nach Ostthrakien zu marschieren. Die Dardanellen aber standen unter der Kontrolle der Briten und in Ostthrakien hatte sich eine griechische Streitmacht aufgestellt. Kemal drohte den Briten mit Krieg. Um dies zu vermeiden, schlugen die Alliierten Kemal den Rückzug des griechischen Militärs nach Westen bis zu dem Fluss Evros/Maritza (heutige griechisch-türkische Grenze) vor. Sie selbst würden dann bis zum Abschluss eines Friedensvertrages die Kontrolle über Ostthrakien übernehmen. Anfang Oktober wurde in Mudanya (eine Ortschaft an der Südküste des Marmarameeres) der Waffenstillstand unterzeichnet.

Anschließend begann der Rückzug der griechischen Armee. Ihr folgten mehr als 160 000 Griechen aus Ostthrakien (IEE 1978, Bd. XV, S. 246). Die Transportbedingungen waren katastrophal. Das Wetter und der schlechte Zustand der Straßen machten den Flüchtlingen zu schaffen.

Der Schriftsteller Ernest Hemingway war damals als Korrespondent einer Zeitung vor Ort. Er beschreibt sehr anschaulich und eindringlich das Elend dieser Menschen (Smith 2002, S. 553f). Im November verließen ca. 25 000 Griechen die Halbinsel Gallipoli.

Nach dem Sieg über das griechische Militär verlegten die Kemalisten Militäreinheiten von der Westfront nach Pontos. Sie sollten gegen die Rebellen vorgehen. Im Herbst kam es in Bafra, Samsun usw. erneut zu Ausschreitungen und Verwüstungen gegen die griechische Landbevölkerung.

Am 1. November wurden aus der Gegend von Samsun etwa 10 500 Griechen verbannt; weitere rund 49 000 suchten Zuflucht in den Bergen bzw. galten als vermisst.

Der Zentralrat der Pontosgriechen in Griechenland hat in Athen folgende Tabelle über das Ausmaß der Menschenopfer und der materiellen Zerstörungen von 1914 bis zum 1. Dezember 1922 erstellt:

Kirchenverwaltungsbezirk	Anzahl der zerstörten Gemeinden	Zerstörte Kirchengebäude	Zerstörte Schulgebäude	Getötete Pontosgriechen
Amasya	400	603	518	134 078
Niksar	95	135	106	27 216
Trapezunt	70	127	84	38 434
Chaldia	145	182	152	64 582
Rhodopolis	41	53	45	17 479
Sebinkarahisar	64	74	55	21 448
Gesamt:	815	1174	960	303 237

Ohne Vorankündigung mussten auch die Pontosgriechen ihre Häuser verlassen. Mitnehmen durften sie nur sehr wenige persönliche Gegenstände. Einige erreichten mit türkischen oder anderen Schiffen und unter schlimmen Bedingungen Konstantinopel. In der Hauptstadt standen sie ohne Geld, Nahrung und Kleidung vor einer ausweglosen Situation. Sie wurden zuerst in griechischen Schulen untergebracht, danach in der osmanischen Kaserne Selimiye, wo schlimme hygienische Verhältnisse herrschten und in den Baracken des Vorortes Agios Stefanos. Konstantinopel war die Durchgangsstation für ca. 30 000 Pontosgriechen auf dem Weg nach Griechenland. Die Griechen Konstantinopels unterstützten sie, so gut sie konnten. Im Dezember breiteten sich Seuchen aus. Anfang März starben wöchentlich 500-600 Menschen. Dank der Zusammenarbeit zwischen dem Völkerbund, dem Griechischen Roten Kreuz und dem Roten Halbmond wurden die Überlebenden unter Quarantäne gestellt und so gerettet (Fotiadis 2003, S. 443f).

Die Menschen, die nach Griechenland kamen, brachten auch Seuchen wie z. B. Typhus mit. Die griechische Regierung richtete im Januar 1923 auf

der Insel Makronisos östlich der südöstlichen Spitze Attikas ebenfalls eine Quarantänestation ein. Quarantänestationen gab es auch in anderen Orten wie z. B. in Agios Georgios bei Piräus, Karabournou in Thessaloniki, Vidos in Korfu. Aufgrund der Seuchen starben weitere Menschen in den Stationen.



Warten auf die Überfahrt nach Griechenland.
Idryma A.G. Leventi und KMS, S. 30

4.8.3 Der Friedensvertrag von Lausanne 1923

In Mudanya waren Verhandlungen vereinbart worden, die zu einem Friedensvertrag führen sollten. Die Konferenz begann Ende November 1922 in Lausanne. Es ging u. a. um die Konflikte zwischen Athen und Ankara, dazu gehörte auch die Frage der Minderheiten. Im Januar vereinbarten beide Regierungen, die Minderheiten „auszutauschen“. Es sollte kein freiwilliger, sondern ein Zwangsaustausch sein. Das Kriterium war die Religionszugehörigkeit: Orthodoxe Griechen gegen muslimische Türken. Zu dieser Zeit lebten noch ca. 400 000 Griechen im osmanischen Staat und etwa 360 000 Türken in Griechenland. Während im Osmanischen Reich ein Völkermord

an den Griechen stattfand, blieben die Türken in Griechenland unbehelligt. Von dem Zwangsaustausch waren insgesamt rund 500 000 Türken betroffen. Ausgenommen von diesem Zwangsaustausch waren 110 000 Griechen, die vor 1918 in Konstantinopel gewohnt hatten, und 106 000 Türken in Westthrakien. Die Kryptochristen im Pontos durften nicht nach Griechenland ausreisen, da sie offiziell Muslime waren. Ausgenommen vom Austausch waren auch die zwangsislamisierten Frauen und Kinder und die griechischsprachigen Muslime des Pontos. Die Einwohner von manchen pontischen Dörfern waren von 1916 bis 1922 zwangsislamisiert worden. Sie äußerten trotzdem den Wunsch, nach Griechenland ausreisen zu dürfen. Die kemalistische Regierung gestattete es ihnen jedoch nicht. Das Abkommen über den Zwangsaustausch wurde im Januar 1923 unterzeichnet.

Die Verfolgungen der Rebellen im Pontos durch die kemalistische Armee wurden am 6. Februar eingestellt. Schätzungsweise betrug die Rebellenzahl zu diesem Zeitpunkt um die 6000 (Fotiadis 2015, S. 520).

Ein weiteres Thema der Friedenskonferenz war der Zuschlag der beiden ostägäischen Inseln Imvros und Tenedos an Ankara. Imvros war nur von Griechen bewohnt; auf Tenedos waren 80 % der Bevölkerung Griechen. Beide Inseln bekamen bezüglich der Verwaltung einen Sonderstatus, der die Mehrheit der griechischen Bevölkerung berücksichtigte.

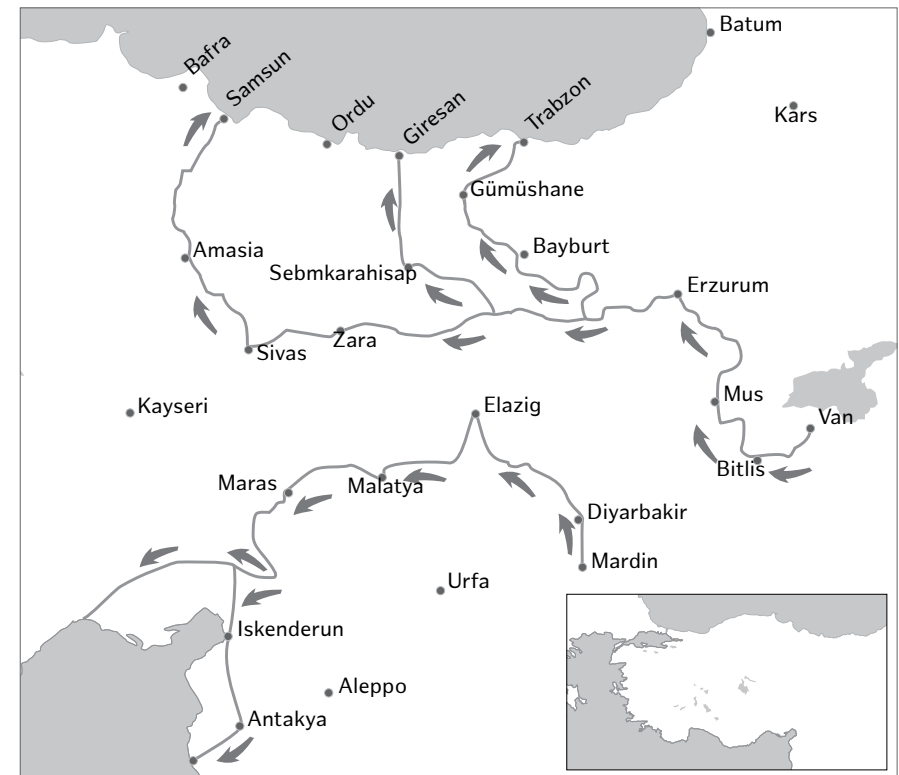
Sowohl die Massentötungen bzw. Völkermorde an den Christen als auch die Strafverfolgung der Täter waren kein Thema in der Friedenskonferenz. Während der Friedensverhandlungen in Lausanne erließ die Regierung in Ankara im März 1923 ein Amnestiegesetz. Alle Schuldigen und Verantwortlichen für die Völkermorde an den Christen wurden nun amtlich freigesprochen (Hofmann 2006, S.109).

Aus juristischer Sicht war der Zwangsaustausch eine Grauzone. Im Völkerrecht war er nicht vorgesehen. Zwei Staaten hatten ihre eigenen Bürger gegenseitig ausgewiesen, weil diese ethnisch und religiös dem jeweils anderen nahestanden. Es geschah gegen den Willen der Betroffenen. Zwei Tatsachen haben die Entscheidung der griechischen Regierung, sich mit dem Austausch einverstanden zu erklären, beeinflusst. Erstens hatten schätzungsweise 200 000 Griechen in den Bergen Kleinasiens Zuflucht gesucht.

Wäre es nicht zu einem Austausch gekommen, so wären sie ihrem Schicksal und den Kemalisten ausgeliefert gewesen. Zweitens hatten die meisten Griechen, ca. 1010000, das Osmanische Reich bereits vor der Unterzeichnung des Vertrages als Geflüchtete oder Vertriebene verlassen. Nach der Unterzeichnung kamen unter amtlicher Vermittlung und Aufsicht etwa 190 000 Griechen nach Griechenland (Tsouloufis 1989, S. 48). Letzere hatten überwiegend in Zentralkleinasien gewohnt.

Die Pontosgriechen kamen über verschiedene Wege nach Griechenland, manche, wie bereits berichtet, über Konstantinopel. Die Rebellen trauten den Kemalisten nicht und zogen andere Wege vor. Sie fuhren mit dem Schiff zuerst auf die Krim und dann nach Rumänien oder direkt nach Rumänien oder Bulgarien. Von dort aus fuhren sie mit Hilfe des griechischen Konsulats entweder über den Seeweg oder mit dem Zug durch Serbien oder Bulgarien nach Thessaloniki. Die Deportierten, die Verbannten und die Zivilbevölkerung aus den südöstlichen Provinzen des Osmanischen Reiches kamen über Aleppo nach Alexandretta/Iskendrum oder Beirut und von da aus mit griechischen oder Alliiertenschiffen nach Griechenland. Als erstes versuchten sie ihre Familienangehörigen zu finden. Ende Sommer 1925 war der Zwangsaustausch beendet. Offiziell kamen die letzten Pontosgriechen im Juli 1924 nach Griechenland. Es war eine Gruppe von 1411 Menschen aus Sinope.

Die Türkisierungspolitik des Osmanischen Reiches durch die Kemalisten wurde auch im Lausanner Vertrag deutlich. Ethnische Minderheiten waren überhaupt nicht vorgesehen und kamen im Vertrag auch nicht vor. Die Rede war nur von religiösen Minderheiten. Damit waren Griechen, Armenier und Juden gemeint. Namentlich wurden sie nicht genannt (Strohmeier/Yalcin-Heckmann 2016, S.97). Als die Vertragsbedingungen in Griechenland bekannt wurden, gab es von den geflüchteten Griechen massiven Protest.



Karte 6: Der Exodus der Pontosgriechen aus den östlichen Gebieten Kleinasiens im Jahr 1923.

Es wird heute angenommen, dass von Ende 1923 bis Juli 1924 etwa 360 000 Muslime Griechenland verließen und von 1913 bis 1925 ca. 1,5 Millionen (der Völkerbund schätzte 1360 000) Griechen nach Griechenland kamen. Nach der offiziellen Statistik des griechischen Staates aus dem Jahr 1928 kamen von August 1922 bis Dezember 1924 genau 1221849 Griechen und etwa 32 000 Armenier in das Land.

Offizielle Statistik des griechischen Staates von 1928

Herkunftsregion			
Kleinasien (ohne Pontos)	626954	Bulgarien	49027
Thrakien	256635	Kaukasus (es waren Pontosgriechen)	47091
Pontos	182169	Russland	11435
Konstantinopel	38458	Serbien	5250
		Albanien	2186
		Dodekanes	561
		Andere Regionen	2083
Summe	1104216	Summe	117633

Von ihnen waren 38 % Frauen, 28 % Kinder unter zehn Jahren und 34 % Männer. Zwischen 1931 und 1933 siedelten 6589 Armenier in die Armenische Sozialistische Republik um (KMS 1980, Bd. 1, S. π α´).

Nicht berücksichtigt in dieser Statistik sind Tausende Griechen, die 1922 bis 1928 aufgrund von Seuchen starben. Der Völkerbund schätzte, dass etwa 20 % der Ankömmlinge im ersten Jahr ihres Aufenthaltes in Griechenland aufgrund von Krankheiten zu Tode kamen (Idryma tis Voulis ton Ellinon 2006, S. 109).

Allein von September 1922 bis Juli 1923 wird ihre Zahl auf rund 70 000 geschätzt. Ebenfalls nicht berücksichtigt sind diejenigen, die nach Ägypten und hauptsächlich in die USA auswanderten. Einer von ihnen war auch Aristoteles Onassis. Er war 1906 in Smyrna als Sohn eines Tabakhändlers geboren, kam 1922 nach Athen und zog dann weiter nach Argentinien. Mit dem Tabakgeschäft verdiente er dort seine erste Million Dollar. Als Reeder kam er 1947 nach Hamburg, wo er in den 1950er und 60er Jahren mehrere Tanker bauen ließ. Seine Aufträge haben wesentlich zum wirtschaftlichen Aufschwung der Hansestadt beigetragen.

Dem griechischen Außenministerium zufolge fielen dem Völkermord unter den Jungtürken von 1913 bis 1918 etwa 650 000 und unter den Kema- listen von 1919 bis 1923 nochmals 120 000 Griechen zum Opfer. Von den

insgesamt 770 000 Toten waren nach heutiger Einschätzung 353 000 Pontosgriechen. Nach Zeitabschnitten aufgelistet wurden während der Regierungszeit der Jungtürken von 1914 bis 1918 232 556, von 1919 bis Sommer 1922 (Niederlage der griechischen Streitkräfte) 70 682 und von Sommer 1922 bis Frühjahr 1924 nochmals etwa 50 000 Pontosgriechen umgebracht.

Immens waren auch die Zerstörungen von Privateigentum, Schulen, Kirchen und Klöstern. Etwa 2000 Kirchen in Kleinasien und 800 in Ostthrakien wurden in Moscheen, Ställe oder Lagerräume verwandelt bzw. zerstört (IEE 1978, Bd. XV, S. 239). Darunter waren auch sämtliche Klöster im Pontos. Nach dem Vertrag von Lausanne mussten auch die Mönche das Osmanische Reich verlassen. Von den Kirchengegenständen durften sie nichts mitnehmen. Nachdem sie das Kloster Peristeriota verlassen hatten, kam es durch die muslimische Bevölkerung der Umgebung zu dessen endgültiger Plünderung und Zerstörung.



Ankunft in Griechenland. Eine Gruppe von Pontosgriechen. Korfu, 20.1.1923.
Idryma A.G. Leventi und KMS, S. 57

Der Völkermord und die gewaltsame Entwurzelung der Griechen aus Kleinasien ist wohl die schlimmste traumatische Erfahrung der griechi-

schen Nation. Sie ist als die „Kleinasiatische Katastrophe“ in die griechische Geschichte eingegangen. Andere Begriffe, die in diesem Zusammenhang verwendet werden, sind „sfagi“ (Abschlachten, Massaker) und „xerizomos“ (Entwurzelung).

Mit dem verlorenen Krieg gegen die Kemalisten war auch der Traum von der „Megali Idea“ (die Wiedererrichtung eines Teils des Byzantinischen Reiches) ausgeträumt.

5

Von der Entwurzelung bis heute

5.1 Die Ansiedlung in Griechenland

Die Situation der in Griechenland angekommenen Griechen war schlimm. Sie besaßen nichts als das, was sie am Leibe trugen. Griechenland hatte fünf Millionen Einwohner und war kein reiches Land. Die Unterbringung und Versorgung von etwa 1,5 Millionen Menschen, die alles verloren hatten, war eine enorme Herausforderung. Sie wurden zunächst auf Dachterrassen, in Schulen, Kinos, Lagerräumen, Kirchen oder Umkleideräumen von Sportvereinen untergebracht. In jeder Loge des Kommunaltheaters wohnte eine Familie, Zeltlager wurden auf dem Zentralplatz in Piräus, auf der Akropolis, auf dem Zeustempel usw. aufgeschlagen.



Ankunft in Griechenland. Provisorische Unterbringung im Theater. In jeder Loge wohnt eine Familie. Idryma A.G. Leventi und KMS, S. 19



Ankunft in Griechenland. Provisorische Unterbringung auf einem Platz in Piräus.
Idryma tis Voulis ton Ellinon, S.113

Bei der Ansiedlung berücksichtigte die Regierung den Herkunftsort (Stadt oder Land) der Menschen, 53 % von ihnen hatten in Städten gewohnt und 47 % auf dem Land. Dementsprechend wurden etwa 653 000 in Städten und 579 000 auf dem Land untergebracht. Sie wurden wie folgt in den einzelnen Regionen angesiedelt:

Makedonien	638 253
Südgriechenland	377 297
Westthrakien	107 607
Ägäisinseln	56 613
Kreta	33 900
Epirus	8 179
Summe:	1 221 849

Von den 638 253 Menschen, die in Makedonien angesiedelt wurden, waren 129 355 Pontosgriechen (35 065 Familien). Sie wurden in folgenden Verwaltungsbezirken untergebracht:

Verwaltungsbezirk	Personen
Veroia	3931
Axioupoli	3828
Giannitsa	2318
Drama	26 628
Edessa	8905
Thessaloniki	3207
Kavala	10 993
Ptolemaida	8751
Kastoria	5326
Kilkis	10 216
Kozani	17 124
Lagadas	6846
Serres	1898
Sidirokastro	12 453
Katerini	3964
Florina	2725
Chalkidiki	242
Summe:	129 355

(Archeion Pontou 1928, Bd. 1, S. 237f)

Die Türkischsprachigen unter den Pontosgriechen wurden vor allem in den Verwaltungsbezirken Serres, Drama, Kozani, Kavala, Kilkis, Pieria, Pella und Thessaloniki angesiedelt. Ihre Zahl betrug rund 71 900.

Die überwiegende Mehrheit kam nach Makedonien, weil dort auch die meisten Muslime gelebt und große Ländereien besessen hatten. Außerdem sollte auch die demografische Struktur zugunsten der Griechen geändert werden. Der Anteil der Griechen in Makedonien stieg um 33 % und in Thrakien um 44 % (Tsouloufis 1989, S. 12). Gelegentlich wurden griechische Familien bei türkischen Familien untergebracht. Sie teilten sich das Haus, bis die türkische Familie Griechenland verlassen musste. Es kam manchmal vor, dass türkischsprachige Pontosgriechen griechischsprachigen Türken

(in Westmakedonien wurden sie als Valaades bezeichnet) begegneten. Eine verbale Kommunikation zwischen den beiden Gruppen war nicht möglich.

Solange die Menschen in den Städten auf ihre endgültige Unterbringung warteten, wurden sie vom Staat, vom Griechischen Roten Kreuz, von Wohltätigkeitsvereinen, Privatorganisationen usw. versorgt. Auch ausländische Organisationen wie das Amerikanische, Schwedische und Britische Rote Kreuz, American Women`s Hospitals, Young Men`s Christian Association, Save the Children Fund, American Near East Relief, All British Appeal, Imperial War Relief Fund, Union de Secours aux Enfants, Secours Francaises aux victimes du Proche Orient usw. haben geholfen (Idryma tis Voulis ton Ellinon 2006, S. 129).

Die Eingliederung und die Versorgung der Ankömmlinge mit Wohnraum und Arbeit war eine Herkulesarbeit für die griechischen Regierungen. Das Land hatte nicht die finanziellen Mittel dafür. Unter Vermittlung des Völkerbundes bekam Griechenland einen Kredit in Höhe von 12,3 Mill. Pfund. Gleichzeitig wurde ein internationales Komitee unter Griechenlands Beteiligung zur Unterbringung und Eingliederung der Ankömmlinge eingerichtet. Das Komitee sollte die Verwendung der Gelder überwachen, Programme für die Unterbringung ausarbeiten, den Wohnungsbau fördern, landwirtschaftliche Geräte besorgen, Bewässerungsanlagen bauen, Last- und Nutztiere verteilen, die Infrastruktur verbessern und ausbauen, Sumpfgelände in Makedonien trockenlegen usw. Alle diese Maßnahmen schufen gleichzeitig auch Arbeitsplätze.

Bis 1936 hatten die Regierungen 1,7 Mill. Hektar Land zur Verfügung gestellt. Es handelte sich um Staatsbesitz, um ehemaligen muslimischen Besitz und um ehemaligen, enteigneten Großgrundbesitz. Von 1918 bis 1931 hatten die griechischen Regierungen 1623 große Landgüter enteignet (Idryma tis Voulis ton Ellinon 2006, S. 33). Versorgt wurden damit insgesamt 305 000 Bauernfamilien, 165 000 davon waren Ankömmlingsfamilien. Etwa 93% von ihnen wurden in Nordgriechenland, Makedonien und Thrakien angesiedelt. Es wurden etwa 500 neue ländliche Siedlungen errichtet und rund 1500 bereits bestehende Ortschaften durch neue Häuser erweitert. Das Ziel der Regierungen war, kleine autarke Wirtschaftszellen zu schaffen.



Sumpfgelände in Makedonien wird von den Ankömmlingen trocken gelegt.

Idryma A.G. Leventi und KMS, S. 25

Dies hatte einige Vorteile wie z. B. die Schaffung einer Existenzgrundlage und damit auch die Vorbeugung vor sozialen Unruhen. Ein großer Nachteil war jedoch die geringe Größe dieser Familieneinheiten. Sie konnten keinen großen Gewinn erwirtschaften, um Investitionen zu tätigen und so die Produktion zu erhöhen. Außerdem waren die Familien verschuldet. Das Land wurde ihnen nicht geschenkt; sie mussten es kaufen. Auch wenn der Kaufpreis niedrig war, mussten sie doch Kredite mit einer Laufzeit von 5 bis 25 Jahren aufnehmen. Noch im Jahr 1933 waren rund 83% der Bauern hoch verschuldet.

Die Ankömmlinge leisteten einen wichtigen Beitrag zur Entwicklung der Landwirtschaft. Von 1923 bis 1939 verdoppelte sich die Nutzfläche. Auf Empfehlung der Regierung wurde Getreide angebaut. Die Regierung hatte einen Festpreis für die Abnahme garantiert. Wurden 1928 ca. 700 000 Tonnen Getreide geerntet, waren es zehn Jahre später bereits 1 700 000 Tonnen.

Außerdem wurde Wein-, Rosinen-, Baumwoll-, Seiden- und Tabakanbau betrieben. Tabak wurde zum wichtigsten Exportgut entwickelt; etwa 70 % der Exporteinnahmen stammten nach 1922 aus dem Tabakverkauf. Rund 150 000 Familien lebten von dessen Anbau. Hauptabnehmer waren die USA und Deutschland. Auch die Textil- und Teppichproduktion erlebte einen großen Aufschwung, nachdem die Anbaufläche für Baumwolle um 500 % ausgedehnt worden war.

Eine viel größere Herausforderung war die Unterbringung der Menschen in den Städten. Seit Anfang des 20. Jhs. zog die Landbevölkerung verstärkt in die Städte, vor allem nach Athen und Piräus. Die Wohnungsnot in den Städten war schon vor 1922 kritisch. Das Komitee baute in 125 Siedlungen etwa 27 000 und die Regierung ca. 25 000 sehr einfache Häuser (35 bis 40 qm) in den Vororten der größeren Städte. Manche Stadtteile in Athen heißen heute z. B. Nea Ionia, Nea Smyrni, Nea Erithrea, Nea Filadelfia, Sourmena, Argyroupoli usw. Trotz dieser Bemühungen lebten 1930 noch ca. 30 000 Familien in Blechhütten, 1952 waren es noch 14 000. Von 1952 bis 1957 wurden weitere 9 000 Häuser gebaut. In Thessaloniki war die Wohnungsnot besonders groß, weil der verheerende Brand von 1917 etwa 9 500 Häuser vernichtet hatte. Die Wohnungsnot dort wurde noch dramatischer nach der Ansiedlung von mehr als 100 000 Ankömmlingen.

Viele der Umgesiedelten ließen sich in Athen und Piräus nieder. Die Einwohnerzahl beider Städte verdoppelte sich innerhalb weniger Jahre. Betrug sie 1920 noch in etwa 453 000, so lag sie 1928 bei 802 000. Es war nicht leicht, in den Städten eine Arbeit zu finden. In Griechenland gab es kaum Industrie. Die überwiegende Mehrheit der Betriebe beschäftigte weniger als fünf Mitarbeiter. Viele waren Familienbetriebe. Die Arbeitslosigkeit unter den Ankömmlingen lag 1928 bei etwa 39 %. Als Tagelöhner und mit Gelegenheitsjobs versuchten sie, sich über Wasser zu halten. Eine kleine wohlhabende Schicht stieg in das Bankwesen, das Handelsflottengeschäft, in den Handel und in die Industrie ein. In Athen waren 1926 von den ca. 7 000 Mitgliedern der Handels- und Industriekammer etwa 1 000 Ankömmlinge. In Thessaloniki waren sie ebenfalls aktiv und verdrängten die Juden, die traditionell den Handel dominiert hatten.



Karte 7: Die Landkarte von Griechenland.

5.2 Die Integrationsschwierigkeiten

Während die Regierungen sehr bemüht waren und viel dafür taten, die Ankömmlinge mit Wohnraum und Arbeit zu versorgen, wurden diese von der Bevölkerung nicht freundlich empfangen (KMS Bd. 2, S. 227, und Bd. 5, S. 436). Die Ressourcen des Landes waren knapp; die neuen Mitbürger stellten eine Konkurrenz für die alteingesessenen Griechen dar. Manche Einheimische hatten sich illegal den ehemals türkischen Bodenbesitz angeeignet. Dieser Besitz wurde jetzt offiziell den Ankömmlingen zugeteilt. Es kam zu jahrelangen Konflikten und Streitigkeiten zwischen beiden Parteien. Hinzu kam die Tatsache, dass manche aus Kappadokien wie z. B. die Karamanlides (Koimisoglou 2005, S. 205f) und die Griechen aus dem Westpontos überwiegend Türkisch und kein Griechisch sprachen. So gab es innerhalb der Pontosgriechen auch wegen der Sprache Spannungen. Die griechischsprachigen Griechen aus dem Ostpontos sprachen abfällig über die türkischsprachigen Griechen aus dem Westpontos. Für manche von ihnen waren

sogar die „Bafralides“ (aus der Region Bafra im Westpontos) keine richtigen Pontosgriechen, da sie nur Türkisch sprachen und den pontischen Dialekt nicht beherrschten.

Auch die politische Einstellung spielte eine Rolle: Die Ankömmlinge waren meist Anhänger von Venizelos und damit ein rotes Tuch für die Royalisten. Bei den Wahlen im Jahr 1936 stimmten z. B. in Athen 70 bis 80 % von ihnen für seine Partei. In Venizelos sahen sie den Politiker, der sie vor den Kemalisten gerettet hatte, und denjenigen, der für ihre Unterbringung und Ansiedlung sorgte.

Es kam zu Beschimpfungen, Beleidigungen, Handgreiflichkeiten und sogar zum Totschlag gegen die neuen Mitbürger. Oft wurden sie abwertend als „Tourkosporoi“ (von Türken stammend) bezeichnet (Rafailidis 1993, S. 119 und KMS Bd. 2, S. 347). Der griechische Ausdruck für Flüchtlinge ist „prosfyges“. Er wurde ebenfalls von den Einheimischen in Zusammenhang mit den Ankömmlingen abwertend und abfällig gebraucht. Auch die Türken, die Griechenland verlassen mussten und in das Osmanische Reich bzw. die Türkei gingen, wurden dort von den alteingesessenen Türken nicht freundlich empfangen (KMS Bd. 2, S. 40, 63 und Yalcin 2001, S. 223, 293, 300f usw.). Sie wurden als Halbungläubige (*yarim gavur*) bezeichnet.

Das griechische Parlament debattierte im November 1924 über die Übergriffe gegen die neuen Mitbürger. Auch im Mai des nächsten Jahres wurde auf mehreren Sitzungen darüber diskutiert. Die Ankömmlinge waren im Parlament durch die Abgeordnetengruppe „Unabhängige Abgeordnete der Flüchtlinge“ unter dem Vorsitz von Leonidas Iasonidis vertreten. Über ihn kursierten üble „Witze“. Eine royalistische Zeitung verlangte sogar Anfang der 1930er Jahre von der Regierung, die Ankömmlinge gesetzlich zu verpflichten, eine gelbe Armbinde zu tragen.

Die Pontosgriechen gründeten Vereine mit dem Ziel, sich gegenseitig materiell, sozial und moralisch zu unterstützen. Die Bruderschaft der Damen aus Trapezunt „Fürsorge“ war 1904 gegründet worden. Ihr Sitz wurde 1923 nach Thessaloniki verlegt. Die Bruderschaft kümmerte sich fortan um die Witwen und Waisenkinder. Im selben Jahr wurden die „Ver- einigung der Pontosgriechen aus dem Piräusstadtteil Drapetsona“ und der

„Zentralverband der Pontosgriechen in Thessaloniki“ gegründet. In den nächsten Jahren folgten weitere Gründungen, wie z. B. 1930 im athenischen Stadtteil Kallithea der Verein „Argonauten-Komnenoi“ und 1933 in Thessaloniki der „Schwarzmeer-Klub“. Der „Argonauten-Komnenoi“-Verein erhielt im Dezember 2018 vom „Komitee zur Erforschung und Studien des Pontos“ eine Auszeichnung für seine langjährige erfolgreiche Arbeit.

Im März 1935 putschten einige Offiziere, die Venizelos' Anhänger waren, erfolglos gegen die Regierung. Es kam zur Verfolgung der Venizelisten. In diesem Zusammenhang setzte die Regierung das Militär gegen einige Ankömmlingsdörfer in Nordgriechenland ein, weil die Dorfbewohner die Putschisten unterstützten. Die Soldaten gingen brutal gegen die Ortschaften vor (Idryma A. G. Leventi und Kentro Mikrasiatikon Spoudon 1922, S. 21).

Zusätzlich wurde die Integration durch die mitgebrachten Traditionen der Pontosgriechen gehemmt. Die Gemeinden im Pontos waren weitgehend selbstverwaltet. Der Ältestenrat war für fast alle Angelegenheiten wie z. B. Kirche, Schule, Finanzen und Konflikte innerhalb der Gemeindemitglieder zuständig. In Griechenland hatte aber der Staat die Aufsicht. Dies bedeutete für die Pontosgriechen die Abschaffung einer langjährigen Tradition und eine Entmachtung der Gemeinde. Das war für die Ankömmlinge nicht leicht zu akzeptieren und wurde als Eingriff in das Innenleben der Gemeinde empfunden. Dadurch wurde die Identifikation mit dem Staat erschwert. Es hat sehr lange gedauert, bis die Menschen in die griechische Gesellschaft integriert waren und heimisch werden konnten.

5.3 Die Frage der Privatentschädigungen

Venizelos regierte noch einmal von 1928-1932. In dieser Amtszeit verfolgte er eine Politik des Ausgleichs mit den Nachbarländern. Im Rahmen dieser Orientierung kam es zu einer Annäherung und Verständigung mit der Türkei. Seit dem Friedensvertrag von Lausanne waren noch einige Fragen bezüglich der Privatentschädigungen offengeblieben. Sie mussten zuerst geklärt werden. Im Vertrag von Lausanne war auch die materielle

Entschädigung der Griechen und Türken vorgesehen. Die Griechen sollten aus dem Besitz der Türken in Griechenland und die Türken aus dem Besitz der Griechen im Osmanischen Reich bzw. der Türkei entschädigt werden. Sollte die Entschädigungssumme höher ausfallen als der Wert des Besitzes, hätte die entsprechende Regierung den Restbetrag aufgebracht. Nach griechischer Berechnung betrug der Besitz der Griechen im Osmanischen Reich 270 Mill. Pfund und der Besitz der Türken in Griechenland 23 Mill. Pfund (Tsouloufis 1989, S. 143). Venizelos war recht großzügig. Die außenpolitische Stabilität war ihm wichtiger als der Protest der Betroffenen. Um die Frage der Entschädigungen schnell zu klären, wandte die griechische Regierung einen Trick an. Sie erklärte, dass der Besitz der Griechen hauptsächlich aus Bankguthaben, Aktien, Wertpapieren usw. und nicht aus Grund und Boden bestand. Das hätten sie als Bargeld mitgenommen. Diese Auslegung begünstigte die türkische Seite, weil 1,5 Mill. Griechen gegen 500 000 Türken zwangsausgetauscht worden waren. Venizelos war sogar bereit, 450 000 Pfund an die türkische Regierung zu zahlen, um türkischen Besitz in Griechenland zu entschädigen. Im Grunde genommen verzichteten beide Länder gegenseitig auf Entschädigungen. Es hat praktisch niemals eine Entschädigung für die Ankömmlinge gegeben.

Der Freundschaftsvertrag wurde im Oktober 1930 unterzeichnet. Damit war auch der Schlussstrich unter weitere offene Fragen wie z. B. das Schicksal der Zwangsislamisierten, der Vermissten oder der zurückgelassenen Waisenkinder gezogen. Bis 1928 spürten das Griechische Rote Kreuz und verschiedene andere Kommissionen ca. 20 000 noch nicht islamisierte griechische Waisenkinder im Osmanischen Reich auf und brachten diese nach Griechenland. Wie viele Frauen und Kinder insgesamt zwangsislamisiert wurden und in der Türkei blieben, ist nicht bekannt.

Die Firma Koc Holding mit 85.000 Beschäftigten und einem Umsatz von etwa 40 Milliarden US-Dollar gehört heute zu den größten Firmen der Türkei. Gegründet wurde sie 1926 von Vehdi Koc. Er und andere Unternehmer profitierten vom griechischen und armenischen Besitz, den die Kemal-Regierung enteignet und den Türken überlassen hatte. Diese

„Zuwendungen“ bildeten oft das Startkapital vieler türkischer Unternehmer (Rogg 2018, S. 219).

5.4 Die Zeit bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges

Die erste große Auswanderungswelle in der neugriechischen Geschichte fand in der zweiten Hälfte des 19. Jhs. statt, als viele Griechen in das Osmanische Reich gingen. Die zweite fand Anfang des 20. Jhs. statt; dieses Mal gingen die Menschen hauptsächlich in die USA. Von 1907 bis 1921 wanderten jährlich (bis auf 1918/19) etwa 25 000 Griechen aus. Das waren 19 % der arbeitsfähigen Bevölkerung. Von den 25 000 gingen 23 600 nach Amerika. Nach 1921 schränkte die amerikanische Regierung die Einwanderung stark ein; jährlich durften nur noch 3500 Griechen in das Land kommen. In Griechenland blieben viele Menschen ohne Arbeit zurück.

Nach der Ankunft der Ankömmlinge nahm die Zahl der Arbeitslosen rapide zu. Da es ein Überangebot an Arbeitskräften gab, konnten die Arbeitgeber die Löhne drücken. Während die Wirtschaft sich gut entwickelte, nahm die Arbeitslosigkeit besonders in den Städten zu und betrug dort etwa 30 %. Nicht nur die Arbeitslosen hatten große Schwierigkeiten, den Alltag zu bewältigen, sondern auch die Arbeitenden. Bei 83 % von ihnen reichte der Lohn nicht aus, um die Lebenshaltungskosten zu decken. Ähnlich war es auch bei den Bauernfamilien. Viele Griechen konnten nur dank der Überweisungen der ausgewanderten Verwandten finanziell über die Runden kommen (IEE 1978, Bd. XV, S. 341f).

Unter den Arbeitslosen in den Großstädten befanden sich besonders viele Ankömmlinge. Einige von ihnen waren von den bürgerlichen Parteien enttäuscht und sahen eine politische Alternative in der Kommunistischen Partei Griechenlands, die 1924 gegründet worden war. Der mächtige Mann der Partei war ihr Generalsekretär, Nikos Zachariadis. Er war ebenfalls ein Ankömmling. Er stammte aus Edirne und war 1924 nach Griechenland gekommen.

Im Frühjahr 1936 kam es in mehreren Städten Nordgriechenlands zu Streiks der Tabakarbeiter. Sie verlangten höhere Löhne. Eine Großdemonstration im Mai in Thessaloniki wurde von der Gendarmerie blutig niedergeschlagen. Es gab zwölf Tote und rund 300 Verletzte. Ende Juli gab es erneut Streiks in Nordgriechenland. General Ioannis Metaxas nutzte diese Unruhen und richtete – mit Einverständnis des Königs – am 4. August 1936 eine Diktatur ein. Er begründete seinen Putsch mit der kommunistischen Gefahr und mit der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung. Es folgte eine Repressionspolitik gegen Andersdenkende.

Mit der Geschichte und mit dem kulturellen Erbe des Pontos befassten sich intensiv das „Komitee zur Erforschung und Studien des Pontos“ (Epitropi Pontiakon Meleton) und Melpo Logotheti-Merlie. Die Initiative zur Gründung des Komitees hatte der pontosstämmige Arzt Theophylaktos Theophylaktou aus Trapezunt ergriffen. Mit Unterstützung des ehemaligen Metropoliten von Trapezunt, Chrysanthos, und manchen einflussreichen Pontosgriechen wurde das Komitee als wissenschaftlicher Corpus 1927 in Athen gegründet. Seine Aufgabe war und ist die Sammlung, die Forschung, das Studium und die Veröffentlichung von Themen, die mit Sprache, Geschichte und Volkskunde des Pontos zusammenhängen. Ab 1928 erscheint fast jährlich die Zeitschrift „Pontosarchiv“ (Archeion Pontou).

Die Zeitschrift „Pontische Blätter“ (Pontiaka Fylla) erschien ab 1935 monatlich in Athen. Die Thematik war ähnlich wie beim „Pontosarchiv“.

Auch einige Bücher über die Pontosgeschichte wurden in dieser Zeit verfasst. Sie gehören heute bezüglich dieser Thematik zur Standardliteratur. Es handelt sich um folgende Titel: Georgios Valavanis: „Zeitgenössische Geschichte von Pontos“, Athen 1925; Panaretos Topalidis (Archimandrit): „Der Pontos durch die Jahrhunderte“, Drama 1927, sowie Chrysanthos Filippidis (Metropolit): „Die Kirche von Trapezunt“, Athen 1933.

Melpo Logotheti-Merlie (1889-1979) wurde in Westthrakien in der Stadt Xanthi geboren. Nach ihrer Schulzeit in Konstantinopel studierte sie zunächst in Genf Klavier und ging dann nach Athen, wo sie bis 1919 als Musiklehrerin arbeitete. Anschließend setzte sie ihr Musikstudium in Paris fort und wurde Musikethnologin und -wissenschaftlerin. Sie heiratete

den französischen Gräzisten Octave Merlie und siedelte 1925 mit ihm nach Athen um. Sie widmete sich der Forschung der byzantinischen Kirchenmusik, den traditionellen griechischen Volksliedern und der Volksmusik. Mit Unterstützung des Metropoliten Chrysanthos gründete sie den „Volksliederverein“ (Syllogo Dimotikon Tragoudion). Zusammen mit anderen griechischen Wissenschaftlern sammelte sie eine Fülle an Material aus verschiedenen Regionen Griechenlands. Von 1930 bis 1931 wurden 595 Volkslieder und 66 Kirchenmelodien auf 222 Langspielplatten aufgenommen.

Im Mittelpunkt ihrer Forschung stand das musikalische Erbe der Ankömmlinge aus Kleinasien, besonders aus Kappadokien und Pontos. Es galt, dieses Erbe zu sammeln und zu sichern, bevor es endgültig verloren ging. Das „Archiv für die Volkskunde Kleinasiens“ (Archeio Mikrasiatikis Laografias) wurde 1930 ebenfalls von ihr in Athen gegründet. Venizelos als Ministerpräsident unterstützte ihre Arbeit finanziell. Im Gründungsjahr des Archivs nahmen Melpo Logotheti-Merlie und der „Volksliederverein“ 104 Lieder aus Pontos auf LPs auf. Einige von ihnen wurden 2003 als Doppel-CD neu aufgelegt. Nach Ende des Zweiten Weltkrieges nahm das Archiv, das seine Tätigkeit kriegsbedingt unterbrochen hatte, seine Arbeit wieder auf.

5.5 Die türkischsprachigen Pontosgriechen in Makedonien während des Zweiten Weltkrieges und des Bürgerkrieges 1940-1949

Der italienische Diktator Benito Mussolini betrachtete den südosteuropäischen Raum als sein Interessengebiet. Im April 1939 besetzte er Albanien. Gut ein Jahr nach dem Ausbruch des Zweiten Weltkrieges überfiel Mussolini von Albanien aus am 28. Oktober 1940 Griechenland. Entgegen aller militärischen Einschätzungen wehrte das griechische Heer den Angriff ab und konnte sogar die italienischen Einheiten nach Albanien zurückdrängen. Hitler plante in dieser Zeit den Überfall auf die Sowjetunion. Er hatte deutsche „Sicherungsgruppen“ in Rumänien stationiert, weil er die Erdölfelder des Landes brauchte. Für ihn entstand jetzt eine neue strategische Situation.

Britische Flugzeuge hätten von Griechenland aus die Erdölfelder in Rumänien bombardieren und somit seine Pläne gefährden können. Er beschloss daher, Griechenland unter seine Kontrolle zu bringen. Am 6. April 1941 griff die Wehrmacht von Bulgarien aus Griechenland und gleichzeitig Jugoslawien an. Drei Wochen später erreichten die deutschen Truppen Athen; im Mai besetzten deutsche Fallschirm- und Gebirgsjäger Kreta. Griechenland wurde in drei Besatzungszonen aufgeteilt. Italien besetzte den größten Teil, Bulgarien als Satellitenstaat der Nationalsozialisten Ostmakedonien und Thrakien und die Wehrmacht wenige, aber strategisch wichtige Gebiete. Es formierte sich Widerstand gegen die Besatzungsmächte. Die zwei größten Widerstandsgruppen waren die EAM (Nationale Befreiungsfront) und die EDES (Nationale Demokratische Griechische Liga). Die EAM war linksgerichtet. Ihr militärischer Arm war die ELAS (Volksbefreiungsarmee). Die EDES war am Anfang republikanisch, später wurde sie royalistisch.

Die bulgarische Regierung plante die Annexion Makedoniens und Thrakiens (Fleischer 1986, S. 73f) und betrieb entsprechend in ihrer Besatzungszone eine starke Bulgarisierungspolitik. Verwaltung, Kirche, Schule, Sprache usw. sollten bulgarisch werden. Es kam zu Verfolgungen der griechischen Bevölkerung vor allem in Ortschaften, in denen Ankömmlinge angesiedelt worden waren, weil sie die demografische Zusammensetzung zugunsten Griechenlands verändert hatten. Als Reaktion darauf bildeten sich in Makedonien und Thrakien Partisanengruppen. Die meisten von ihnen bestanden aus türkischsprachigen Pontosgriechen, die aus Westpontos stammten. Einige Männer brachten Kampferfahrung mit, weil sie als Rebellen gegen den osmanischen Staat gekämpft hatten. Die Partisanengruppen setzten in gewisser Weise die Rebellentradition fort. Aufbau und Struktur der Partisanenverbände hatten viele Parallelen zu den Rebellengruppen. Die Männer stammten z.B. aus der engeren Umgebung, die Verbände waren lokal gebunden, agierten selbstständig und unabhängig voneinander, es gab keine Koordinierungsstelle, Anführer war oft jemand, der bereits im Pontos diese Position innegehabt hatte. Manchmal gab es Spannungen zwischen den Anführern der verschiedenen Gruppen. Anton Tsalous (Antonios Fosteridis), Kisa Batzak (Kyriakos Papadopoulos) und

Michalagas (Michalis Papadopoulos) erlangten als Anführer von rechtsgerichteten Partisanengruppen überregionale Bekanntheit (Marantzidis 2001, S. 119f).

Ab 1942 war in Makedonien noch eine weitere Widerstandsgruppe, die PAO (Panhellenische Befreiungsorganisation), aktiv. Deren Mitglieder waren meistens Offiziere der griechischen Armee, die antikommunistisch eingestellt waren (Fleischer 1986, S. 285f). Sie sahen nicht die Wehrmacht als größte Gefahr für die Nationalinteressen Griechenlands, sondern die bulgarische Besatzung und die griechischen Kommunisten. Sowohl die PAO als auch die EAM-ELAS versuchten, sich die Pontosgriechen einzuverleiben. Diese zogen es aber vor, selbstständig zu bleiben.

Bei den pontischen Partisanen kam die EAM-ELAS als kommunistisch geprägte Organisation meist nicht gut an. Mit Kommunismus verbanden sie die Bolschewiki und die wiederum hatten seinerzeit Mustafa Kemal stark unterstützt.

Es kam zu einer Zusammenarbeit zwischen der PAO und den pontischen Partisanen. Da die PAO aber zahlenmäßig keine große Organisation war und gegen die EAM-ELAS nicht viel ausrichten konnte, suchten einige Mitglieder die Kooperation mit der Wehrmacht und wurden Kollaborateure. Ihnen folgten auch manche pontische Partisanen. Ein wichtiger Grund für sie war die Vermeidung von Repressalien und Gräueltaten seitens der Wehrmacht und der SS. Jedes Mal, wenn die Partisanen die Wehrmacht angriffen, reagierte die deutsche Besatzungsmacht mit der Erschießung von Zivilisten und der Zerstörung von Ortschaften.

Ab Sommer 1943 kam es zu bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen den pontischen Partisanen und der EAM-ELAS. Die Gründe waren nicht immer ideologischer Natur. Es wurden jetzt auch manche Interessen- oder persönlichen Konflikte innerhalb einer Dorfgemeinschaft oder zwischen verschiedenen Ortschaften aus der Zeit der Ansiedlung mit Gewalt ausgetragen. Auf der Seite der EAM-ELAS kämpften auch Pontosgriechen, die politisch linksgerichtet waren.

Im Oktober 1944 zog sich die Wehrmacht aus Griechenland zurück. Sie hinterließ ein Land in Trümmern. Knapp zwei Monate später, Anfang

Dezember, kam es in Athen zu einem Bürgerkrieg zwischen der EAM-ELAS und den Royalisten. Britische Soldaten kämpften an der Seite der letzteren. Die Kämpfe dauerten etwa einen Monat. In dieser Zeit gab es in Griechenland ein politisches Machtvakuum. Viele Regionen wurden von der EAM-ELAS kontrolliert. Dies war auch in Makedonien der Fall. Es kam verstärkt zu Angriffen gegen die pontischen Partisanen. Die Schlachten waren sehr verlustreich und forderten viele Menschenleben. Etliche davon waren Pontosgriechen (Marantzidis 2001, S.180f).

Im Februar 1945 wurde in dem Athener Vorort Varkiza ein Friedensabkommen zwischen den Royalisten und der EAM-ELAS unterzeichnet. Es sah u. a. freie Wahlen vor, die dann auch im März 1946 stattfanden. Die Linke war der Auffassung, dass es sich hierbei nicht um freie Wahlen handelte, und boykottierte sie. Im selben Monat griff eine linke Gruppe eine Polizeistation in Nordgriechenland an. Damit begann eine neue Runde des Bürgerkrieges. Erst Ende August 1949 waren die Schlachten beendet und der Krieg für die Linke verloren.

Die damaligen pontischen Partisanenverbände kämpften während des Bürgerkrieges an der Seite der royalistischen Armee gegen die Kommunisten. In dieser Zeit hatten sie nicht viele Opfer zu beklagen. Die Linke hatte auch eine eigene Armee, deren Oberbefehlshaber Markos Vafeiadis war. Er stammte aus Pontos (Rafailidis 1993, S. 223). Er war 1906 in Erzurum geboren.

Als die türkischsprachigen Pontosgriechen nach Griechenland kamen, waren sie überwiegend Anhänger von Venizelos und somit republikanisch ausgerichtet. Während der Besatzungszeit kam es zu ihrer politischen Wandlung und sie waren von da an und auch in der Zeit nach dem Bürgerkrieg treue Anhänger der rechten Parteien.

5.6 Die Pontosgriechen in Griechenland nach dem Zweiten Weltkrieg

Nach dem Krieg begann in Griechenland die Aufbauarbeit. Das „Komitee zur Erforschung und Studien des Pontos“ in Athen hatte, bedingt durch den Krieg, die Veröffentlichung der Reihe „Pontosarchiv“ in den Jahren 1941-1945 eingestellt. Ab 1946 wurde sie fortgesetzt. Bis heute sind u. a. 57 Jahressbände und 38 Ergänzungshefte erschienen. Der Schwerpunkt liegt nach wie vor in der Geschichte, Sprache und Volkskunde der Pontosgriechen. Das Komitee verfügt in Athen über ein eigenes Gebäude, in dem auch eine Bibliothek und ein Museum über die Pontosgriechen untergebracht sind.

Ebenfalls nach dem Krieg setzte Melpo Logothesi-Merlie ihre Arbeit fort. Das „Archiv für die Volkskunde Kleinasien“ wurde jetzt in „Zentrum für Studien Kleinasien“ (Kentro Mikrasiatikon Spoudon) umbenannt. Sie und ihre Mitarbeiter haben die Erinnerungen und Erlebnisse von Tausenden Ankömmlingen (darunter auch sehr viele Pontosgriechen) aufgeschrieben. Mangels anderer technischer Möglichkeiten in der damaligen Zeit wurden die Protokolle handschriftlich angefertigt. Die Mitarbeiter haben aufgrund der Auskünfte 2163 griechische Siedlungen in Kleinasien lokalisieren und 1375 von ihnen näher studieren können. Im Pontos erfassten sie 1454 griechische Dörfer, von denen sie 795 lokalisiert haben. Sie erstellten auch das entsprechende kartografische Material dazu (KMS 2013, Bd. 3, S. 8). Das Archiv des Zentrums umfasst heute u. a. etwa 300 000 handgeschriebene Seiten und knapp 5000 Fotos. Bezüglich der Geschichte, Landeskunde, Volkskunde usw. Kleinasien hat das Zentrum auch etliche Bücher herausgegeben.

Der Arzt Filon Ktenidis stammte aus Trapezunt und hatte sich in Thessaloniki niedergelassen. Ab 1950 gab er die Zeitschrift „Pontische Heimat“ (Pontiaki Estia) heraus. Auch hier lag der Schwerpunkt auf der Geschichte und Volkskunde des Pontos. In einem Zeitschriftenbeitrag regte Ktenidis den Wiederaufbau des Klosters Soumela in Griechenland an. Die Idee wurde von den Pontosgriechen begeistert aufgenommen. Eine Kommission legte als geeigneten Ort eine Stelle auf dem Berg Vermio in Zentralmakedo-

nien zwischen den Städten Veroia und Kozani fest. Die Berglandschaft dort war waldreich und üppig grün und erinnerte damit an die Umgebung des Klosters im Pontos. Am 15. August 1953, dem Fest des Entschlafens der Gottesmutter, fand mit etwa 7000 Gläubigen der erste Gottesdienst im neuen Kloster statt. Es ist heute ein wichtiger Wallfahrtsort für die Pontosgriechen. Auch das ehemalige Kloster im Pontos hat einen hohen Stellenwert im Kollektivgedächtnis der Nachfahren. Die Klöster Peristereota (1968) und Vazelon (1971) wurden ebenfalls auf dem Berg Vermio wieder aufgebaut. Bis 1980 folgte der Bau von zwei weiteren Klöstern in anderen Gegenden Makedoniens. Alle fünf Klöster befinden sich in Makedonien. Ausschlaggebend für die Wahl dieser Region war die Tatsache, dass dort nach 1923 die meisten Pontosgriechen angesiedelt worden waren.

In den 1960er Jahren gründeten die Pontosgriechen vor allem in Thessaloniki, gefolgt von Athen, viele Vereine und Verbände. Sie verfolgten und verfolgten u. a. folgende Ziele: Erstens sollte die eigene Geschichte nicht in Vergessenheit geraten und zweitens sollten ihre kulturellen Eigenarten wie z. B. Bräuche, Sitten, Musik und Tänze weiter gepflegt werden. An einem Kongress in Thessaloniki 1961 nahmen 26 pontische Vereine teil. Das Ziel war die Gründung eines Dachverbandes. Einige Jahre später kam es zur Gründung des „Pangriechischen Verbandes Pontischer Vereine“. In den nächsten Jahren folgte die Gründung weiterer Dachverbände sowohl in Nord- als auch in Südgriechenland. Es wurde aber festgestellt, dass mehrere Dachorganisationen mit inneren Konflikten zu tun hatten. Außerdem waren sie kontraproduktiv, wenn es darum ging, eine einheitliche Position zu vertreten. Man einigte sich 2003 auf einem Kongress in Thessaloniki, die meisten Dachverbände aufzulösen und stattdessen einen neuen Dachverband unter dem Namen „Panpontischer Verband Griechenlands“ zu gründen. Heute gibt es in Griechenland mehr als 600 pontische Vereine, Vereinigungen usw. (Efsthadiadou 2018, S. 55f). Die Pontosgriechen der weltweiten Diaspora haben sich in zwei Dachverbänden organisiert, in dem „Weltrat des Pontischen Griechentums“ (gegründet 1999) und dem „Internationalen Zentralverband der Pontosgriechen“ (gegründet 2006).

Ein weiteres Anliegen der Verbände war die Aufnahme der Pontosgeschichte in die Schulbücher. Nach dem Sturz der Junta 1974 intensivierten sie mit Erfolg ihre Bemühungen. Das Geschichtsbuch der 9. Klasse für das Schuljahr 1982/83 enthielt erstmals ein Kapitel über die Geschichte der Griechen in Kleinasien in der neueren Zeit. In dem drei Jahre später erschienenen neuen Schulbuch war das Kapitel nicht mehr enthalten, was zu heftigen Protesten der Verbände führte. Es folgten langjährige Auseinandersetzungen zwischen ihnen und dem Bildungsministerium, bis zum Schuljahr 2006/7 die Pontosgeschichte mit einem Kapitel in das Geschichtsbuch der 12. Klassen aufgenommen wurde. Die Schulaufsicht des Bezirks Serres in Makedonien hat seit 2015 im Rahmen des Programms „Pontisches Griechentum: Erinnerungen und Träume, Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft“ Unterrichtsmaterialien für alle Schulstufen erstellt. Dieses Material ist vom griechischen Bildungsministerium genehmigt worden und kann nach Ermessen der Lehrkräfte im Unterricht eingesetzt werden. Außerdem sollen die Schülerinnen und Schüler mit Einverständnis ihrer Eltern die Möglichkeit haben, außerhalb des Pflichtunterrichts in Kursen den pontischen Dialekt zu erlernen.

Der griechische Staat hat sich bei der Aufarbeitung der neueren Geschichte der Griechen Kleinasiens sehr zögerlich gezeigt. Es existieren z. B. bis heute keine Professuren für die Geschichte des Pontos oder den pontischen Dialekt.

Vermutlich wollten die Regierungen in Athen seitens der türkischen Politik keine Gegenreaktionen wie z. B. Maßnahmen zulasten des Ökumenischen Patriarchats riskieren. Es gibt heute in Griechenland ein paar Lehrstühle mit dem Schwerpunkt Pontos. Sie werden privat durch Sponsorengelder finanziert. Die Universität von Makedonien und die „Philanthropische Stiftung Ivan Savvidis“ unterschrieben 2016 einen Kooperationsvertrag über fünf Jahre zur Einrichtung eines Lehrstuhls mit dem Schwerpunkt „Pontische Studien“. Seit Herbst 2017 ist der Lehrstuhl besetzt.

Ein weiteres Tätigkeitsfeld der Verbände war die Betreuung und Unterstützung der Pontosgriechen, die aus den ehemaligen Sowjetrepubliken nach Griechenland gekommen waren. Russland war während der osmani-

schen Zeit immer wieder ein Zufluchtsort für die Pontosgriechen gewesen. Sie durften sich dort niederlassen und eine neue Existenz aufbauen. Damit hatten sie ihr Leben gerettet. Die Bolschewiki führten 1920 eine Volkszählung durch. Danach lebten in der Sowjetunion etwa 203 000 Griechen. Nach griechischen Einschätzungen (Gemeinden, Kirche, Außenministerium usw.) lag deren Zahl viel höher; sie gingen von 750 000 Griechen aus. Etwa 600 000 von ihnen waren Pontosgriechen.

Nach der Oktoberrevolution 1917 kam es in Russland zu einem blutigen Konflikt zwischen den Bolschewiki und den Anhängern des Zaren. Von dieser Zeit an bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges 1939 verließen immer wieder Griechen Südrussland, die Südukraine, den Kaukasus und den Transkaukasus und zogen nach Griechenland. Politische und wirtschaftliche Gründe spielten dabei eine Rolle. Manche waren mit der Machtergreifung der Bolschewiki nicht einverstanden; andere wurden verfolgt, weil sie als Anhänger des Zaren galten. Die Zwangskollektivierung der Landwirtschaft von 1928 bis 1934 und die Industrialisierung veranlassten Tausende Griechen, die Sowjetunion zu verlassen. Ganz schlimm war es von 1936 bis 1939 während Stalins „Säuberungsaktionen“ gegen politische Gegner und Volksgruppen, die als „Volksfeinde oder nationalistische Verschwörer“ galten. Auch die Pontosgriechen hatten unter dieser Repression zu leiden. Ihre Schulen wurden geschlossen und Zeitungen, Zeitschriften und Bücher verboten. Manche Intellektuelle und Künstler wurden verhaftet und ermordet. Tausende wurden nach Kasachstan, Usbekistan, Kirgisien usw. deportiert bzw. zwangsumgesiedelt. Viele starben während der Deportation oder am Deportationsort.

1939 kamen besonders viele Pontosgriechen aus der Sowjetunion nach Griechenland. Ihre Integration in die pontische Community verlief weitgehend problemlos. Von den Einheimischen wurden sie als „Rosopontioi“ (Russenpontosgriechen) oder als „Rosoprosfyges“ (Russenflüchtlinge) bezeichnet. Diese Ausdrücke übernahmen auch die Zugewanderten für sich selbst.

Weitere Verfolgungen und Deportationen fanden in der Sowjetunion nach dem Ausbruch des Weltkrieges ab 1941 statt. Unter dem Vorwand,

einige Volksgruppen unterhielten verräterische Kontakte zu der Wehrmacht, kam es erneut zu Zwangsumsiedlungen. Aus Georgien, Armenien und Aserbeidschan wurden z. B. im Frühjahr 1944 insgesamt 16 375 Pontosgriechen nach Mittelasien deportiert. Die Deportationen dauerten bis 1949. Die Pontosgriechen in den Sowjetrepubliken waren in der Zeit von 1946 bis 1949 von den Deportationen besonders hart betroffen, weil es die Zeit des Bürgerkrieges in Griechenland war.

Während des Weltkrieges kämpften viele armenische Soldaten in der Roten Armee gegen die Nazis. Nachdem etliche von ihnen im Krieg gefallen waren, gestattete die Sowjetführung Auslandsarmeniern nach Ende des Krieges die Rückkehr in ihr Land. Viele von ihnen lebten im Nahen Osten oder in Südosteuropa (Hofmann 1997, S. 125). Aus Griechenland kehrten von 1946 bis 1949 etwa 18 000 Armenier in ihre Heimat zurück. Sie waren nach 1922 zusammen mit den Griechen aus dem Osmanischen Reich nach Griechenland gelangt.

Nach dem Ende des griechischen Bürgerkrieges 1949 flohen etwa 90 000 Griechen und gingen in die sozialistischen Länder, etwa 25 000 bis 30 000 siedelten in das damalige Jugoslawien um, die übrigen kamen nach Bulgarien, Rumänien, Ungarn, Polen oder in die Tschechoslowakei bzw. DDR. Rund 12 000 wurden in den Sowjetrepubliken zwischen der Ukraine und Usbekistan untergebracht.

Die letzte Volkszählung aus der Zeit der Sowjetunion stammt aus dem Jahr 1989. Danach lebten etwa 358 000 Griechen in den verschiedenen Sowjetrepubliken; die meisten von ihnen in der Ukraine, 104 091 (und wiederum die meisten von ihnen in dem Gebiet von Donezk, wo heute die militärischen Konflikte zwischen der Ukraine und Russland stattfinden), gefolgt von Georgien mit 100 052, Russland mit 80 541, Kasachstan mit 49 930, Usbekistan mit 7500, Armenien mit 7400 usw. Griechischen Schätzungen zufolge betrug die Zahl der Griechen – es waren fast nur Pontosgriechen – zwischen 476 000 und 631 000. (IEE 2000, Bd. XVI, S. 539).

Im Rahmen der Perestroikapolitik kam es Ende der 1980er Jahre zu einer positiven Wende für die verschiedenen Volksgruppen der Sowjetunion. Die Ausreise war jetzt viel leichter. Bis 1990 waren bereits 21 209 Griechen nach

Griechenland eingewandert. Nach der Auflösung der Sowjetunion Anfang der 1990er Jahre kam es zu gewalttätigen Konflikten zwischen Georgien und Abchasien, zwischen Georgien und Russland wegen Süd-Ossetien und zwischen Armenien und Aserbeidschan wegen der Region Berg-Karabach. Auch im benachbarten Tschetschenien gab es militärische Auseinandersetzungen. In diesen ehemaligen Sowjetrepubliken lebten aber viele Pontosgriechen. Tausende verließen diese Länder und zogen nach Griechenland. Mindestens 180 000 Pontosgriechen sind seit den 1990er Jahren nach Griechenland gegangen. In der neuen Heimat wurden sie von den Einheimischen als Rosopontioi bezeichnet. Diese Bezeichnung lehnten die Zugewanderten, anders als in den 1940er Jahren, jetzt für sich ab, weil damit zwei Ethnien (Russen und Pontosgriechen) gemeint waren. Sie definierten sich aber als Pontosgriechen oder Romaioi und waren stolz darauf, ihre griechische Identität bewahrt zu haben. Die meisten Pontosgriechen in der Sowjetunion sprachen Russisch, Ukrainisch und den pontischen Dialekt. Es gab aber auch türkischsprachige.

Bereits im 7. Jh. v. Chr. hatten die Griechen sich auf der Taurischen Chersonesos/Krimhalbinsel niedergelassen (Bengtson 2009, S. 74). Im 6. Jh. wurden die Städte Pontikapaion/Kertsch und Theodosia/Feodosia gegründet. Chersonesos war wiederum eine Pflanzkolonie der Stadt Herakleia am Pontos gewesen.

Die Krim war über Jahrhunderte hinweg sowohl militärisch als auch wirtschaftlich aus strategischen Gesichtspunkten sehr wichtig. Nachdem Konstantinopel 1453 und Trapezunt 1461 an die Osmanen gefallen waren, flohen Tausende Griechen aus dem nördlichen Kleinasien und gingen u. a. auf die Krim. Die Osmanen eroberten 1475 die Gegend und die Krim kam unter tatarischen Einfluss. Die griechischen Untertanen behielten ihre Religion; einige wurden aber sprachlich assimiliert und nahmen die tatarische Sprache an.

Nach dem russisch-osmanischen Krieg von 1768 bis 1774 und dem anschließenden Vertrag von Küçük Kaynarca kam die Krim unter russischen Einfluss. Die Zarin Katharina II. ließ 1778 etwa 18 500 Krimgriechen umsiedeln. Sie sollten die Region im Norden des Asowschen Meeres urba-

nisieren. Im folgenden Jahr gründeten die Griechen dort eine Stadt, die sie zu Ehren der Heiligen Jungfrau Marioupoli/Mariupol (Zdanov) nannten, und 24 Dörfer. Alle Einwohner waren griechisch-orthodox. Die Feste, Sitten und Bräuche waren überall gleich, nur in der Sprache gab es Unterschiede. In den 15 Dörfern wurde der pontische Dialekt – vermischt mit anderen sprachlichen Elementen – gesprochen. Die Unterschiede von Dorf zu Dorf waren beträchtlich; für Außenstehende war der Dialekt nicht zu verstehen. Die Einwohner bezeichneten sich als Roumaioi oder Tatoi oder Priazovskie greci (Asowsche Griechen). In den anderen neun Dörfern wurde ein tatarischer Dialekt gesprochen, der dem krimtatarischen sehr ähnelte. Diese Griechen wurden als Bazariotes bezeichnet. Russland annektierte die Krim 1783. Danach kam es zu Repressionen gegen die Minderheiten. Einige tartarischsprachige Pontosgriechen verließen die Krim und zogen in den Kaukasus.

Im Jahr 1816 lebten in der Stadt Mariupol etwa 11 500 Griechen. Erst 1907 durften sie eine eigene Gemeinde gründen und Kirchen und Schulen bauen. Nach einem Bericht, der von einem griechischen Arzt für die griechische Regierung verfasst worden war, lebten sieben Jahre später in der Stadt und in den 30 Dörfern zwischen 130 000 und 150 000 Griechen. Ihre Zahl in Mariupoli betrug 20 000 bis 30 000.

Nach der Oktoberrevolution in Russland von 1917 wuchs das Interesse der verschiedenen Minderheiten an der eigenen Geschichte, Sprache und Kultur. Die Nationalversammlungen der Griechen befassten sich z. B. mit der Bildung griechischer Schulen, mit der Gründung einer Nationaldruckerei oder mit der Autonomie der orthodoxen Kirche. In Batum und Odessa wurden griechische Zeitungen herausgegeben. Die Pontosgriechen erreichten bei der Sowjetführung die Anerkennung des pontischen Dialekts als offizielle Sprache aller Griechen in der Sowjetunion. Ab 1926 hatte der Dialekt den Status einer eigenständigen Sprache. Sprachwissenschaftler befassten sich mit dem griechischen Dialekt der Pontosgriechen in Mariupol. In der Zeit der stalinistischen Repression von 1936 bis 1953 ruhte die Forschung. Erst nach Stalins Tod konnte sie zaghaft fortgesetzt werden. Seit den 1980er Jahren bemühen sich die Griechen in der Ukraine verstärkt, ihre

Sprache, Bräuche, Lieder, Musik, Tanz usw. in den Kulturzentren zu pflegen und zu bewahren.

Nach der Volkszählung von 2001 lebten im Bezirk Donezk offiziell 77 516 Griechen. Nur 112 hatten eine andere Muttersprache als Griechisch, Ukrainisch oder Russisch.

Die griechische Regierung entsandte Anfang der 1990er Jahre Erziehungswissenschaftler als Berater in die ehemaligen Sowjetrepubliken. Sie sollten die griechischen Gemeinden in der Ukraine, in Kasachstan usw. bei der Gründung von Schulen und bei der Organisation des Unterrichts unterstützen.

Im 19. Jh. gab es zwischen Russland und dem Osmanischen Reich drei Kriege. Jedes Mal flohen die Pontosgriechen aus dem Osmanischen Reich; meist nach Südrussland oder Georgien. In Ostgeorgien ließen sie sich auf dem Hochplateau in der Region Tsalka nieder. Sie wohnten dort verteilt über 20 Dörfer. In dieser Region stellten die türkischsprachigen Pontosgriechen die Mehrheit unter den Pontosgriechen. Die griechischsprachigen Pontosgriechen nannten sie nach der Region Tsalkalides. Das von ihnen gesprochene Türkisch ist ähnlich dem aserbeidschanisch-türkischen Dialekt. Die Tsalkalides sind griechisch-orthodox.

Die Turkologie hat diese beiden türkischsprachigen Gruppen der Pontosgriechen, also die in der Ukraine und in Georgien, erst in den letzten Jahren entdeckt und befasst sich mit deren Sprache. Eine Bezeichnung für diese Gruppen ist der Ausdruck Graeko-Tataren, weil ihr Dialekt Ähnlichkeiten mit dem krimtatarischen Dialekt aufweist. Eine andere Bezeichnung ist Urum. Mit Rum hatten einst die Seldschuken die Christen im Oströmischen (Byzantinischen) Reich bezeichnet. Wegen der besseren Aussprache wird einem Wort in der türkischen Sprache oft ein Vokal vorangestellt. So ist aus der Bezeichnung Rum Urum geworden.

Im Jahr 1989 lebten noch 35 000 Tsalkalides in Georgien, 2002 waren es nur noch 3000. Die anderen sind in den Nordkaukasus, die Ukraine oder nach Griechenland ausgewandert. Die griechischsprachigen Pontosgriechen sind fast vollständig aus Georgien weggezogen.

Die zugewanderten Pontosgriechen hatten in Griechenland einige Schwierigkeiten zu bewältigen. Ein großes Hemmnis war die mangelhafte Beherrschung der griechischen Sprache. Sie sprachen entweder Russisch oder den pontischen Dialekt. Auch die Anerkennung der Ausbildungs- oder Universitätsabschlüsse und die Wohnungs- oder Arbeitssuche bereiteten Probleme. Manche Zugewanderte waren vom griechischen Staat enttäuscht. Die pontischen Verbände in Griechenland, wie z. B. die Vereinigung der Pontischen Verbände in Südgriechenland (Omospondia Pontiakon Somateion Notias Elladas), unterstützten die Ankömmlinge tatkräftig. Sie vermittelten z. B. zwischen ihnen und den Behörden, organisierten Sprachkurse, halfen beim Erlernen der verschiedenen Berufsfachausdrücke usw. In Athen wurde 1995 eine Gesellschaft gegründet mit dem Ziel, den Ankömmlingen bei ihrer Eingliederung in die griechische Gesellschaft zu helfen. Auch der griechische Staat traf entsprechende Maßnahmen. Es wurden neue Behörden eingerichtet sowie Fortbildungskurse und gezielte Integrationshilfen angeboten.

Ein anderes wichtiges Ziel der Verbände war, die Anerkennung der Massentötungen der Pontosgriechen als Genozid im Sinne der UN-Völkermordkonvention von 1948 (Barth 2006, S. 17) sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene wie UNO, Europäisches Parlament usw. zu erreichen. Der Zweite Weltkongress der Pontosgriechen verabschiedete im Sommer 1988 in Thessaloniki eine Resolution, in der er sich verpflichtete, dieses Vorhaben anzugehen und voranzutreiben. Als Gedenktag wurde der 19. Mai vorgesehen.

Sechs Jahre später erkannte das griechische Parlament den Völkermord an und legte am 24. Februar 1994 den 19. Mai als Gedenktag fest. Die Gedenkveranstaltungen sollten landesweit stattfinden. Das türkische Außenministerium protestierte gegen die Anerkennung. Für die Festlegung des Gedenktages waren folgende Überlegungen ausschlaggebend: Am 19. Mai 1919 war Mustafa Kemal mit dem Auftrag, die Provinzen zu befrieden, in Samsun gelandet. Mit der Ankunft Kemals begann nach der offiziellen türkischen Geschichte der nationale Freiheitskampf gegen den europäischen Imperialismus. Kritiker der nationalen türkischen Geschichte sehen

in dieser Auslegung eine gewollte Umdeutung der Unabhängigkeitsbewegung von 1919 bis 1922 in einen Freiheitskampf und bezeichnen dies als einen Gründungsmythos der Türkischen Republik. Außerdem wird darauf hingewiesen, dass etliche Mitstreiter von Kemal, die später unter ihm Regierungsmitglieder wurden, ehemalige Anhänger der Jungtürken waren, die von der osmanischen Justiz als Verbrecher u. a. auch wegen der Christenvernichtung gesucht wurden. Die Kritiker sehen eine Kontinuität von den Jungtürken bis zur Gründung der Türkischen Republik im Oktober 1923 und in der Zeit danach, d. h., die moderne Türkei ist unter Mitwirkung von Verbrechern gegründet und aufgebaut worden. Talaat Pascha war z. B. nach seiner Ermordung 1921 in Berlin begraben worden. Die türkische Regierung holte seine sterblichen Überreste 1943 nach Istanbul und ließ sie ehrenvoll beisetzen. Die Gebeine von Enver Pascha wurden 1996 aus Tadschikistan ebenfalls nach Istanbul überführt und in einem Staatsakt neu bestattet. Beide liegen auf dem Ehrenfriedhof am „Freiheitsmonument“ gegenüber dem Gebäude der Justizbehörde. Es gibt Schulen, Straßen, Stadtviertel usw., die nach Personen benannt wurden, die an den Massakern beteiligt waren (Rogg 2018, S. 180). Im Pontos wird heute Topal Osman als der größte Lokalheld des Befreiungskampfes von 1919-1922 gefeiert. Ein Ehrengabmal für ihn steht in seiner Geburtsstadt Giresun.

Außerdem bemängeln die Kritiker die Fortsetzung der nationalistischen und rassistischen Politik gegenüber den Minderheiten sowie die weitere Türkisierung der Gesellschaft durch Kemal. Unter seiner Führung fand schließlich die zweite Phase des Völkermordes an den Pontosgriechen statt. Während also Kemal Atatürk in der Türkei als Nationalheld verehrt wird, gilt er in Griechenland als einer der Hauptverantwortlichen für den Tod von Tausenden Griechen. Der 19. Mai ist heute in der Türkei ein Nationalfeiertag; er ist der Jugend und dem Sport gewidmet. Dass der Weltkongress der Pontosgriechen sich ausgerechnet für diesen Tag als Gedenktag an den Völkermord entschieden hat, betrachten einige Pontosgriechen als eine sehr unglückliche Wahl.

Außer dem griechischen Parlament haben Zypern, elf amerikanische und zwei australische Bundesstaaten den Völkermord an den Pontosgrie-

chen anerkannt. Armenien und Schweden haben den Völkermord an allen drei christlichen Gruppen (Griechen, Armenier und aramäischsprachige Christen) anerkannt. In der schwedischen Stadt Örebro finanzierte die Kommunalverwaltung 2015 die Errichtung eines Denkmals zur Erinnerung an den dreifachen Völkermord.

In der griechischen Fachliteratur wird erwähnt, auch die Niederlande hätten am 9. April 2015 den Völkermord an den Pontosgriechen anerkannt. Im September 2018 bat ich die Botschaft des Königreiches der Niederlande um Auskunft darüber, ob die Regierung oder das Parlament den Völkermord anerkannt hätte. Die Botschaft teilte mir mit, dass dies nicht der Fall sei.

Auf internationaler Ebene war im Juni 1988 eine griechische Delegation, bestehend aus einer überparteilichen Parlamentariergruppe, Vertretern der Pontosverbände aus mehreren Kontinenten und Wissenschaftlern, in New York und übergab der UNO ein Memorandum. Es folgten weitere Initiativen, bis die „International Association of Genocide Scholars“ 2007 die Massenmorde an den Griechen, Armeniern, aramäischsprachigen und anderen Christen als Genozid anerkannte. Die Association forderte die türkische Regierung auf, dies ebenfalls zu tun.

Der Deutsche Bundestag hat in seiner Resolution vom 2. Juni 2016 den Völkermord an den Armeniern anerkannt. Über die anderen Christen heißt es: „Ebenso waren Angehörige anderer Volksgruppen, insbesondere aramäisch-assyrische und chaldäische Christen, von Deportationen und Massakern betroffen“. Dass die Griechen nicht namentlich erwähnt wurden, obwohl sie auch 770 000 Opfer zu beklagen hatten, führte zu Enttäuschung und Verbitterung vor allem bei den pontischen Verbänden.

Während die Griechen in der Resolution des Bundestages nicht erwähnt wurden, ging der damalige Bundespräsident Joachim Gauck im April 2015 in seiner Rede anlässlich des Beginns des Völkermordes an den Armeniern vor hundert Jahren auf die Pontosgriechen ein. Wörtlich hieß es: „Wir gedenken in dieser Stunde der Angehörigen des armenischen Volkes, die vor einem Jahrhundert zu Hunderttausenden Opfer von geplanten und systematischen Mordaktionen geworden sind. Unterschiedslos wurden Frauen

und Männer, Kinder und Greise verschleppt, auf Todesmärsche geschickt, ohne jeden Schutz und ohne Nahrung in Steppe und Wüste ausgesetzt, bei lebendigem Leibe verbrannt, zu Tode gehetzt, erschlagen und erschossen. Diese geplante und kalkulierte verbrecherische Tat traf die Armenier aus einem einzigen Grund: weil sie Armenier waren. Ähnlich traf es ihre Leidensgenossen, die Pontosgriechen und die Assyrer oder Aramäer.

Auch Papst Franziskus I. erwähnte in seiner Rede im April 2015 nicht nur den Völkermord an den Armeniern, sondern auch den an den orthodoxen Griechen und aramäischsprachigen Christen.

Durchgehend alle türkischen Regierungen weigern sich, die Völkermorde anzuerkennen. Sie reagieren sowohl innen- als auch außenpolitisch sehr heftig auf jede Initiative bezüglich der Anerkennung. In der Türkei steht nicht nur die Anerkennung der Völkermorde, sondern auch jede öffentliche Äußerung darüber unter Strafe. Die Deportationen der Christen werden von der offiziellen Geschichte und Politik als kriegsbedingte Umsiedlungen von untreuen und undankbaren Untertanen, die Separatismus betrieben hätten, gerechtfertigt. Das Massensterben wird auf die schlechten Transport- und Versorgungsbedingungen zurückgeführt. Die Kritiker dieser Darstellung führen u. a. folgende Argumente an: Es wurden fast nur Frauen, Kinder und ältere Menschen deportiert, weil die Männer entweder in den Arbeitsbataillonen oder geflohen waren. Von Frauen und Kindern ging gewiss keine Kriegsgefahr aus. Die Deportationen wurden massiv auch auf Gebiete ausgeweitet, die keine Kriegszonen waren. Der Zielort der Deportationen im Pontos war nicht 50 Kilometer, wie die Jungtürken offiziell angegeben hatten, sondern einige hundert Kilometer weit entfernt. Die meisten Deportierten haben diesen Ort nie erreicht. Mit den Deportationen war eindeutig die Vernichtung der Menschen beabsichtigt. Es war überhaupt keine Vorsorge für sie getroffen worden, wie z. B. für Transport, Versorgung mit Lebensmitteln, Unterbringung, medizinische Betreuung (Akcem 1996, S. 72f). Für die Vernichtungsabsicht der Jungtürken gibt es weitere Belege, wie folgendes Beispiel zeigt. Dr. Johannes Heinrich Mordtmann war Konsul, Generalkonsul und Übersetzer in Smyrna, Thessaloniki und Konstantinopel. Von 1915 bis 1918 lehrte er an der Universität in Konstantinopel.

In der deutschen Botschaft war er für die Berichterstattung über die Armenier zuständig. Im Auftrag des Botschafters Wangenheim führte er im Juni 1915 ein offizielles Gespräch mit dem damaligen Innenminister und Verantwortlichen für die Deportationen, Talaat. Nach dem Gespräch notierte Mordtmann Folgendes: „Talaat bey äußerte sich ohne Rückhalt über die Absichten der Regierung, die den Weltkrieg dazu benutzte, um mit ihren inneren Feinden – den einheimischen Christen aller Konfessionen – gründlich aufzuräumen, ohne durch diplomatische Interventionen des Auslands gestört zu werden.“ Daraufhin informierte Wangenheim am 17.6.1915 den Reichskanzler Bethmann-Hollweg (Gottschlich 2015, S.201). Das Dokument befindet sich heute im Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes. Dokumente aus deutschen und österreichischen Archiven sind besonders wichtig, weil beide Länder damals Verbündete der Jungtürken waren und daher die Berichte der Botschaften, Konsulate, Ärzte, Ingenieure, des Militärs usw. nicht als „feindliche“ Propaganda abgetan werden können.

Seit Beginn der 1980er Jahre haben viele Kommunen und pontische Gemeinden in Griechenland Denkmäler zum Gedenken an die Geschichte der Pontosgriechen errichtet. Die meisten befinden sich in Nordgriechenland und im Raum Athen. Sie sollen u. a. die Erinnerung wachhalten, bestimmte Persönlichkeiten ehren und den Blick auf die leidvolle Geschichte der Pontosgriechen lenken. Etliche Denkmäler sind den Opfern des Völkermordes gewidmet. Die darauf abgebildeten Motive sind sehr unterschiedlich, es kommen z. B. das Kloster Soumela, der Adler, der Geistliche, die Mutter mit dem Kind in den Armen oder Rebellen vor. Im Ausland befinden sich Denkmäler in Australien, in den USA, in Kanada, in Schweden und in Deutschland.

Außerhalb Griechenlands gibt es pontische Verbände sowohl in anderen europäischen Ländern als auch in Australien, den USA und Kanada. Im Internationalen Zentralverband der Pontosgriechen sind alle Kontinente, in denen Verbände existieren, vertreten. Alle paar Jahre kommen seine Mitglieder zu einem Weltkongress in Griechenland zusammen. Es werden Informationen ausgetauscht, neue Ziele gesteckt sowie Aktivitäten geplant und koordiniert. Ein großes Thema waren die Veranstaltungen im Mai

2019 anlässlich des 100jährigen Gedenktages des Völkermordes. Innerhalb der pontischen Verbände ist ein schwerwiegender Konflikt über die Deutungshoheit des 19. Mai entstanden. Während das eine Lager diesen Tag als symbolischen Gedenktag im Sinne des griechischen Parlamentsbeschlusses betrachtet und den Beginn des Völkermordes im Jahr 1916 sieht, geht das andere Lager davon aus, dass der Völkermord am 19. Mai 1919 begann und dementsprechend der 19. Mai 2019 der 100jährige Gedenktag sei. Das erste Lager kritisiert diese Position, weil diese Auffassung die erste Phase des Völkermordes unter den Jungtürken von 1916-1918 nicht berücksichtigt, sondern ausblendet.

Nicht nur politische, sondern auch andere Vorhaben wie z. B. kulturelle, gehören zu den Aktivitäten der Verbände. So steht das traditionelle pontische Ritual der „Momoeri“ seit 2016 auf der repräsentativen Liste der UNESCO für das immaterielle Erbe der Menschheit. Dieses Ritual haben die Pontosgriechen nach 1922 mitgebracht. Es wird zwischen Weihnachten und dem 5. Januar in acht Dörfern in der Gegend der nordgriechischen Stadt Kozani in Makedonien zelebriert. Momos ist der heidnische Gott der Satire und der ausgelassenen Stimmung. Die Akteure der „Momoeri“ sind Männergruppen, die entweder Priester des Momos oder Alexander den Großen darstellen. Sie tragen Plisseeröcke, die große Ähnlichkeit mit einer Volkstracht (Foustanela) auf dem griechischen Festland haben, und Helme, die an das antike Griechenland erinnern. Durch Tanzen und theatralisch gefärbte Darstellungen soll das Böse abgewendet und die Natur so beeinflusst werden, dass das kommende Jahr Gesundheit und Wohlstand bringt. Es handelt sich um ein Fruchtbarkeitsritual. Auch das pontische Theater wird gepflegt. Es steht in der Tradition des Volkstheaters und existiert in dieser Form seit über hundert Jahren. Meist werden Alltagsszenen aus dem früheren ländlichen Leben dargestellt. Dabei spielen Gesang, Musik, Tanz und alte Sitten und Bräuche eine zentrale Rolle. Gesprochen wird der „unzensurierte“ pontische Dialekt.

Seit Anfang der 1990er Jahre ist die griechische Gesellschaft bezüglich der Geschichte der Griechen Kleinasien und Ostthrakien sensibilisiert worden. Das Zentrum für Studien Kleinasien hat z. B. in Zusammenarbeit

mit der Stiftung Leventi 1992 den Fotoband „Das Griechenland der Flüchtlinge“ herausgegeben und die Stiftung des griechischen Parlaments hat 2006 die Ausstellung „Attika empfängt die Flüchtlinge von 1922“ im Parlamentsgebäude organisiert. Die Ausstellung wurde von einem umfangreichen Katalog begleitet. Die Auseinandersetzung der griechischen Gesellschaft und Politik mit dem Schicksal der Griechen in Kleinasien gab manchen Künstlern den Impuls, sich auch mit dem musikalischen Erbe von deren Nachkommen zu befassen. Der Komponist Dimitrios Minakakis bearbeitete z. B. einige pontische Volkslieder für Chor. Darunter war auch das Lied „Kortsopon la' me“ (kleines Mädchen sprich zu mir). Es war eine Auftragsarbeit für den Kinderchor von Korfu. Der Chor hat unter der Leitung der pontosstämmigen Dirigentin Christina Kalliaridou beim „Internationalen Jugend-Musikfestival“ in Wien im Sommer 2018 einen der drei ersten Plätze für die besten Kinderchöre weltweit errungen. Eine CD ist im Handel erhältlich.

Außer dem Völkermord an den Pontosgriechen hat das griechische Parlament 1998 und 2006 zwei weitere Völkermorde an den Griechen anerkannt und zwar den an den Griechen Kleinasien (Gedenktag ist der 14. September, an dem die Massaker im Jahr 1922 während der Zerstörung Smyrnas stattfanden) und die Vertreibung und Tötung der Griechen Ostthrakien (Gedenktag ist hier der 6. April). Dieser Tag ist 1914 in die Geschichte der Griechen Ostthrakien als „Schwarzer Sonntag“ eingegangen, als aus dem Ort Strangia/Binkilis rund 200 griechische Familien deportiert wurden. Das Datum steht symbolisch für den Beginn der Vertreibungen in Ostthrakien.

Es fällt auf, dass es keinen gemeinsamen Gedenktag gibt, obwohl alle drei Gruppen sowohl zeitlich als auch räumlich Opfer der Türkisierungs politik wurden, weil sie christliche Griechen waren. Die Pontosgriechen betreiben ihre Anliegen aufgrund ihrer zahlenmäßig starken Diaspora sehr aktiv im Ausland. Deshalb nehmen sie außerhalb Griechenlands im öffentlichen Bewusstsein einen breiteren Raum ein als die beiden anderen Opfergruppen. Auch in Griechenland verfolgen die pontischen Vertretungen bezüglich der Pflege des Gedenkens stark ihre eigenen Interessen. Im März 2016 kündigte der griechische Ministerpräsident die Überlassung der

ehemaligen Kaserne „Pavlos Melas“ in Thessaloniki an die Lokalverwaltung zwecks Einrichtung eines Museums über die Pontosgriechen an. Während die pontischen Vertretungen dies begrüßten, forderte der „Verband der Flüchtlingsvereine Griechenlands“ ein gemeinsames Museum für alle Nachkommen aus Kleinasien.

Heute leben in Griechenland schätzungsweise knapp eine Million Nachkommen der Pontosgriechen (KMS Bd. IV, S. 45), das sind etwa 10 % der gesamten griechischen Bevölkerung. Weltweit wird ihre Zahl auf zwei Millionen geschätzt.

Sie sind in der Gesellschaft gut integriert und nehmen aktiv an ihr teil. Manche Vorurteile über sie sind aber immer noch vorhanden; sie gelten als rechthaberisch, streitlustig, von ihrer „Rasse“ sehr überzeugt, dominant usw. Vor einigen Jahren waren in Griechenland „Witze“ über sie im Umlauf. Ihnen wird vorgeworfen, dass sie sich von den anderen Griechen abgrenzen. Auch in der Türkei gibt es heute Vorurteile über die Menschen, die aus dem Nordosten des Landes kommen. „Die Männer aus dieser Gegend stehen in dem Ruf, im Streitfall schnell mit der Waffe zur Hand zu sein“ (Rogg 2018, S. 59). Außerdem gelten sie auch dort als starrköpfig und engstirnig.

Viele Pontosgriechen der ersten Generation wären gern nach Pontos gefahren und hätten ihren Geburtsort besucht. Die wirtschaftliche Lage in Griechenland nach dem Zweiten Weltkrieg und dem anschließenden Bürgerkrieg war aber schwierig. Manche scheuten auch den seelischen Schmerz, die verlorene Heimat wiederzusehen. Außerdem benötigten sie die Erlaubnis des türkischen Staates. Er hatte Gruppenreisen verboten. Bis Ende der 1980er Jahre fanden eher Einzel- oder Kleingruppenreisen statt. Es waren griechische Wissenschaftler oder einige Pontosgriechen der ersten Generation. Letztere besuchten ihre Geburtsorte und trafen sich mit ehemaligen türkischen Nachbarn und Freunden. Sie berichteten übereinstimmend, dass sie von den Einheimischen sehr herzlich und gastfreundlich aufgenommen worden seien.

Seit etwa Mitte der 1980er Jahre wurde Istanbul zu einem beliebten Ziel für griechische Gruppenreisen. Ab den 1990er Jahren führten viele Reisen auch nach Pontos. Organisiert wurden sie von pontischen Vereinen in

Kooperation mit griechischen Reisebüros. Die überwiegende Mehrheit der Teilnehmer waren Nachkommen der Pontosgriechen, deren Hauptmotiv die Suche nach den eigenen Wurzeln war. Viele unternahmen diese Reise oder Reisen stellvertretend für ihre Vorfahren und verwirklichten so das, was ihren Großeltern oder Eltern nicht möglich gewesen war. Sie haben ihnen gegenüber quasi ein „moralisches“ Versprechen eingelöst. Gleichzeitig war es für sie selbst auch eine Reise in die Vergangenheit, in die eigene Kindheit, weil sie vor Ort oft das vorfanden, wovon sie als Kind von ihren Großeltern oder Eltern gehört hatten. Sie versuchten, die Ortschaften, in denen ihre Vorfahren geboren und aufgewachsen waren, das Haus, in dem diese gelebt hatten, die Kirche, in der sie getauft worden waren oder geheiratet hatten, die Quelle, aus der sie Wasser getrunken hatten, usw. ausfindig zu machen. Manchmal konnten sie das Familienhaus nicht lokalisieren, manchmal fanden sie nur noch Ruinen oder ein von fremden Menschen bewohntes Haus vor. Einige Kirchen waren abgerissen worden, andere dienten als Lagerraum oder Stall und aus wieder anderen war ein Museum oder eine Moschee geworden. Als Andenken und symbolische Verbindung zu der Heimat der Vorfahren nahmen sie Erde, Steine, Wasser, Zweige, Blumen usw. nach Griechenland mit.

Auch Verwandte wurden gesucht und gefunden. Während der Deportationen waren einige Familien auseinandergerissen worden. Einige griechische Kinder blieben nach dem Bevölkerungszwangs austausch in der Türkei. Sie wurden von türkischen Familien aufgenommen und großgezogen. Manche Geschwister haben sich wiedergefunden, wie z. B. zwei Schwestern, die sich 1985 nach 63 Jahren Trennung wiedersahen (Efstathiadou 2018, S. 231).

Während ihres Aufenthaltes in der Türkei war für die Pontosgriechen die Begegnung mit den Nachkommen der islamisierten Pontosgriechen, die noch den pontischen Dialekt sprechen, eine besondere emotionale Erfahrung. Beide Seiten sind sehr offen und herzlich aufeinander zugegangen. Dass jede Seite eine andere Religion und Staatsangehörigkeit hatte, spielte dabei keine Rolle. Im Vordergrund stand nur die gemeinsame Abstammung und Sprache. Die islamisierten Nachkommen verstehen sich als türkische

Staatsbürger. Ethnologisch unterscheiden sie sich von den Türken, indem sie sich als „Schwarzmeervolk“ oder „Rum“ bezeichnen.

Es kam zu engeren Kontakten zwischen den beiden Gruppen. Manche pontische Tanzgruppen aus Griechenland haben an Tanzfestivals im Pontos teilgenommen. In Istanbul leben und arbeiten auch Nachkommen der islamisierten Pontosgriechen. Sie haben dort ihre eigenen Lokale mit Live-Musik aus ihrer Region. Wenn die Pontosgriechen aus Griechenland in Istanbul sind, besuchen sie diese Lokale und es wird gemeinsam gefeiert. Auch zwischen professionellen Musikern von beiden Seiten kommt es zur Zusammenarbeit.

Der türkische Staat betrachtet diese Entwicklung mit Argwohn. Er verdächtigt die griechischen Besucher, dass sie im Pontos zum Separatismus anstacheln, und unterstellt ihnen, eine „Pontische Republik“ gründen zu wollen. Der Türke Asan Omer schrieb 1996 das Buch „Pontos Kültürü“ (Die Kultur des Pontos). Er bekam Probleme mit der Behörde. Ein Gericht sprach ihn frei. Die ehemalige byzantinisch-orthodoxe Kirche der Heiligen Sofia in Trapezunt wurde in der osmanischen Zeit zu der Moschee Ayasofya umfunktioniert. Ende der 1950er Jahre stellte die Russell Trust Stiftung finanzielle Mittel zur Verfügung und englische Kunsthistoriker restaurierten das Gebäude und die Fresken. Aus der ursprünglichen Kirche war ein Museum geworden (Koromila 2001, S. 264f und 270f). Der türkische Staat wandelte das Museum 2013 wieder in eine Moschee um. Der Nordosten der Türkei gilt heute als Hochburg der ultranationalistischen „Grauen Wölfe“.

Zur Zeit des Bevölkerungszwangs austausches im Jahr 1923 lebten nach dem griechischen Patriarchat noch rund 190.000 griechischstämmige Muslime im Pontos. Da bei den Volkszählungen in der Türkei die ethnische Herkunft nicht berücksichtigt wird, kann die Zahl der heutigen türkischen Staatsbürger griechischer Abstammung im Pontos nur geschätzt werden. Die pontischen Verbände in Griechenland gehen von 200.000 bis 500.000 aus. Die Zahl der Dörfer, in denen noch einige Menschen den pontischen Dialekt sprechen, wird auf etwa 300 geschätzt. Sicher ist nur das Gebiet, in dem noch heute der pontische Dialekt gesprochen wird. Es liegt im Ostpontos westlich, südlich und östlich von Trapezunt und ist das

Dreieck von Tonya, Gümüşhane und Of. Es ist nicht genau bekannt, wie viele noch den pontischen Dialekt beherrschen. Ihre Sprache nennen sie romäisch (auf türkisch rumca), das Griechentum Romania und die griechische Sprache in Griechenland yunanca. In Griechenland wiederum wird der pontische Dialekt unabhängig davon, ob er in Griechenland oder in der Türkei gesprochen wird, als Pontiaka bezeichnet. Da der Pontos in seiner Geschichte oft eine Enklave war, hat der pontische Dialekt mehr Sprachelemente aus dem Altgriechischen bewahrt als die neugriechische Sprache. Aufgrund der engen Nachbarschaft zu den anderen Völkern hat der pontische Dialekt auch Elemente aus deren Sprachen übernommen. Für die Nicht-Pontosgriechen ist diese Mundart nicht zu verstehen.

In der Türkei werden die Menschen, die im Nordosten des Landes wohnen, auch als Laz, nach einem kaukasischen Volk, das dort und in Südwestgeorgien lebt, bezeichnet. Auch in Griechenland werden die Pontosgriechen manchmal als Lazoi bezeichnet, was ethnisch nicht korrekt ist.

Die Volksmusik, der Volkstanz und die Volkstrachten der Pontosgriechen in Griechenland haben große Ähnlichkeit mit den Musik- und Tanztraditionen der verschiedenen Volksgruppen im Pontos. Das Hauptmusikinstrument ist die pontische Lyra oder Kemences. Es handelt sich um eine flaschenförmige dreisaitige Kniegeige, deren Länge etwa 45-60 cm beträgt und die mit einem Bogen bespielt wird. Wenn Pontosgriechen aus Griechenland als Touristen im Pontos unterwegs sind, können sie (vorausgesetzt sie haben Tanzerfahrung) mit den Einheimischen gemeinsam die alten Volkstänze tanzen.

Nach der Ausrufung der Türkischen Republik 1923 versuchte Kemal einen einheitlichen türkischen Nationalstaat zu schaffen. Im Zuge dieser Politik wurde in den 1930er Jahren mit Hilfe der Geschichte, der Anthropologie, der Linguistik und der Volkskunde der Versuch unternommen zu beweisen, dass die Urheimat der Türken Kleinasien sei. Sie seien nämlich während des Neolithikums etwa 6000-3100 v. Chr. in die Region eingewandert und hätten die Hochkulturen der Sumerer und Hethiter geschaffen. Die heutigen Türken wären demzufolge deren Nachkommen und die legitimen Einwohner von Kleinasien bzw. Anatolien. Die 1932 gegründete Türki-

sche Sprachwissenschaft entwickelte die so genannte „Sonnentheorie“, nach der alle Sprachen von einer türkischen Ursprache, dem „Prototürkisch“, abstammen sollen. Der Versuch war wissenschaftlich betrachtet ein Fiasko (Kreiser 2014, S. 278-284).

Im Rahmen der Türkisierungspolitik sollten ehemalige Kulturen verschwiegen, verdrängt oder umgedeutet werden. Seit den 1950er Jahren wurden nach einer Anweisung des Innenministeriums alle griechischen Ortsnamen im Pontos türkisiert. Pontos wurde durch die Bezeichnung Nord-Türkei ersetzt und die Regionalkultur als Schwarzmeer-Kultur bezeichnet. Außerdem verfolgen die türkischen Regierungen seit 1923 eine repressive Politik gegenüber allen Minderheiten (Raddatz 2004, S. 93f), obwohl sie offiziell gar nicht existieren. Das betrifft auch die Nachfahren der Pontosgriechen im Pontos. Sie sind türkische Staatsbürger und Muslime. Trotzdem werden ihre Kinder in der Schule diskriminiert und haben keine Möglichkeit, den pontischen Dialekt in der Schule zu pflegen.

Nach dem Anwerbevertrag zwischen der BRD und der Türkei kamen in den 1960er Jahren Tausende türkische Arbeitsmigranten nach Deutschland. Viele von ihnen stammten aus dem Nordosten des Landes. Etliche ließen sich in Hamburg und Umgebung nieder. Ich habe einige kennengelernt, deren Vorfahren Pontosgriechen waren. Sie sind heute türkischsprachig. Nicht bekannt ist, ob es heute im Nordosten der Türkei Kryptochristen griechischer Abstammung gibt. Das dürfte aber heute nicht mehr der Fall sein.

Nach dem Zwangsaustausch der Bevölkerung mussten auch die Mönche die Türkei verlassen. Das Kloster Soumela war Zerstörungen ausgesetzt und verfiel, bis es in den 1970er Jahren unter Schutz gestellt wurde. Später kam es zu Renovierungsarbeiten und das Kloster wurde offiziell ein Museum. Der erste Gottesdienst, nachdem die Mönche 1922 das Kloster verlassen hatten, fand im Jahr 2010 statt. Vorher hatte die türkische Regierung einen entsprechenden Antrag des Patriarchen Bartholomäus I. genehmigt. Massiven Protest gegen den Gottesdienst gab es in der Türkei nicht von religiösen, sondern von nationalistischen Kreisen. Der Gottesdienst wurde am 15. August, dem Fest des Entschlafens der Gottesmutter, abgehalten. An ihm nahmen Abgeordnete aus Griechenland und Russland, der griechische

Botschafter in Ankara, verschiedene Würdenträger der orthodoxen Kirche sowie Gläubige aus Griechenland, Russland und der Ukraine teil. Bartholomäus persönlich zelebrierte die Messe. Sie wurde vom griechischen Fernsehen live in Griechenland übertragen. Es war ein großes Ereignis für die gläubigen Griechen, vor allem für die Pontosgriechen. Ob heute Gottesdienste stattfinden oder nicht, hängt von den politischen Beziehungen zwischen Athen und Ankara ab. Von 2010 bis 2015 wurde alljährlich am 15. August eine Messe zelebriert. Seit Herbst 2015 ist das Kloster jedoch – offiziell wegen Restaurierungsarbeiten – auf unbestimmte Zeit nicht mehr zugänglich.



Das Kloster Soumela heute in der Türkei.
Privatbesitz



Der Ökumenische Patriarch Bartholomäus zelebriert am 15.08.2013 im Kloster Soumela die Messe.
Privatbesitz

5.7 Berichte einiger Überlebender des Völkermordes

Das Zentrum für Studien Kleinasien hat fünf Bände mit Augenzeugenberichten von den Griechen Kleinasien herausgegeben. Die Bände 3, 4 und 5 beziehen sich auf den Pontos. Etwa 450 Pontosgriechen berichten von ihrem Leben und ihren leidvollen und schrecklichen Erlebnissen. Die Schicksale einzelner Menschen tragen oft dazu bei, die Geschichte besser verstehen zu können. Deshalb wird hier eine Auswahl verschiedener Lebensläufe vorgestellt. Die Übersetzung erfolgte durch den Verfasser.

Bericht von Achilleas Papadopoulos, wohnhaft in Agrinio

Im Januar 1920 wurde unser Dorf abgeschlachtet. Es war Sommer. Ich war damals 13 Jahre alt. Türken kamen in unser Dorf und riefen alle Einwohner zusammen. Die Türken waren in der Nacht gekommen und hatten das Dorf umzingelt. Sie holten uns aus den Häusern und brachten uns zum Dorf Muzmelek, eineinhalb Stunden entfernt. Sie schlossen uns in ein großes Haus ein, es war das Haus von Tsigaroglou. Bei Sonnenaufgang steckten sie die Häuser in Brand; alle Menschen wurden lebendig verbrannt. Mich nahm ein Bey (türkischer Honorationstitel, Anm. d. Verfassers) mit. Er war mit meinem Vater bekannt und rettete mich. Ich hatte Glück. Der Bey hatte gefragt, ob er eine Person retten könne. Sie haben es ihm erlaubt. Er hat mich ausgesucht und so wurde ich gerettet. Er nahm mich mit zu seinem Haus im Dorf Kocer-agats. Ich habe zwei Jahre für ihn gearbeitet ...

Aufgeschrieben von Christos Samouilidis am 20.5.1968
(KMS 2016, Bd. 5, S. 506)

Bericht von Efchari Deligiannidou, wohnhaft in Drama

Priester in unserem Dorf war Papa-Dimitris. Er war mein Onkel. Er wurde umgebracht. Als die paramilitärischen Einheiten von Topal Osman unser Dorf abschlachteten und niederbrannten, haben sie ihn zuerst getötet. Sie haben an seine Haustür geklopft. Er hat nicht geöffnet. Sie nahmen einen Stein und zerbrachen die Haustür. Sie drangen in das Haus ein, nahmen ihn mit und nagelten ihn an die Kirchentür.

Uns haben sie in den Häusern versammelt. Dann töteten sie die Menschen mit ihren Gewehren. Danach brannten sie die Häuser nieder. Ich konnte fliehen ...

Aufgeschrieben von Christos Samouilidis am 16.5.1965
(KMS 2016, Bd. 5, S. 376)

Bericht von Georgios Andreadis, wohnhaft in Piräus

Ende Juni (1921, Anm. d. Verfassers) begannen wir mit unserem endlosen Marsch in das Landesinnere. Es war ein wahrhaftiges Golgatha. Die Polizisten schlugen mit Keulen, Peitschen und Gewehrkolben auf alle ein, die nicht schnell gehen konnten. Berge, Steigungen, schlechte Wege, unerträgliche Hitze. Unser Kehlkopf trocken vor Durst, stürmten wir auf die Quelle, den Fluss, den Wasserhahn, den Schlamm. Die Polizisten stürzten sich auf uns und prügeln wild darauflos. Hoffnungslosigkeit. Vor meinen Augen sprang ein junger Mann aus Kerasounta in den Abgrund. Er wollte sich das Leben nehmen. Sie haben ihn wieder heraufgeholt und gerettet. Wir hatten weitere solcher Ereignisse. Da, wo wir Halt machten, pferchten sie uns in Ställe oder Keller. Erstickung. Wir haben unter uns Geld gesammelt und den Anführer der Polizisten bestochen; so durften wir uns im Freien aufhalten oder wurden in größeren Häusern untergebracht. Einen Monat hat das Martyrium des Marsches gedauert, bis wir unser Ziel, die Provinz Diyarbakir in Kurdistan, erreicht hatten. ...

Wir waren 110 000, die von der Küste in das Landinnere deportiert wurden. Als wir Diyarbakir erreicht hatten und sie uns zählten, waren wir nur noch 13 700.

Aufgeschrieben von Chara Lioudaki am 24.7.1962
(KMS 2016, Bd. 5, S. 228 und 233)

Bericht von Dimitrios Sp. Tsapakidis, wohnhaft in Athen

Ich war sieben Jahre alt, als ich im Sommer 1916 die erste Klasse der Volksschule beendete. Eines Tages im Juli überfiel uns eine bewaffnete türkische Horde, bestehend aus Männern, Frauen und Kindern. Während des Vormarsches der russischen Armee in Richtung des Charsiotisflusses (oder Charsotis oder Kanis bzw. Harcit, Anm. d. Verfassers) hatten sich diese Türken bewaffnet und zusammen mit ihren Familien ihre Dörfer verlassen. Anschließend überfielen sie unsere Dörfer. Sie raubten, plünderten, zerstörten und vergewaltigten.

Der Mob und die Regierungsvertreter haben im selben Jahr zuerst unsere Lagerräume für ihre Armee leergefegt und dann sind sie in unsere Häuser eingebrochen. Sie nahmen unsere Kleidung, Geräte und unseren Hausrat mit. Der Dezember kam. Sie beschimpften uns und trieben uns mit Fußtritten und Prügeln aus unseren Häusern. Alte und Junge, Frauen, Säuglinge, Gesunde und Kranke, Invaliden und Blinde, alle mussten raus. Mitten im Winter. „Los, geht!“ Verbannung.

Jeden Tag legten wir fünf Kilometer zurück. Wir marschierten bei Regen und Schneefall. Wir schliefen in Ställen, auf dem Mist oder im Freien auf dem Schnee. Wir marschierten, und weil wir so geschwächt waren, fielen wir um. Die Läuse tranken unser Blut. Die Türken beschimpften uns und schlugen uns mit der Peitsche oder mit dem Gewehrkolben. Sie traktierten uns mit Fußtritten und bespuckten uns.

Nach zehn Tagen in der Verbannung starb von uns einer nach dem anderen. Wir begruben die Toten und gingen weiter. Eines Tages erreichten wir das Dorf Cotsasar, sechs Stunden von Sivas entfernt. Dort haben wir übernachtet. Am nächsten Morgen hatten wir 40 Tote zu beklagen. Die Türken befahlen uns, die Toten in Massengräbern zu begraben. Wir kamen nicht nach. Am nächsten Tag noch einmal so viele Tote. Als wir sie begraben hatten, starben noch mehr. Wir sind von diesem Ort nicht weitergezogen. Wir schafften es nicht weiterzukommen. Der Toten gab es sehr viele und wir mussten sie begraben. Wir blieben wenige, nur sehr wenige übrig. Wir waren nur noch so wenige und in einem derart elenden Zustand, dass sie uns freiließen.

Niemand hat uns während der Verbannung geholfen. Wir aßen, was wir fanden. Angezogen waren wir mit Lumpen. Oft starb die Mutter und hielt noch den Säugling in ihren Armen. Jetzt nahm der Vater ihn, um ihn zu versorgen. Mit Maismehl bereitete er einen Teig und machte ein Feuer, um den Teig zu braten. Wie oft habe ich es gesehen: Die Soldaten traten schadenfroh das Feuer aus und riefen: „Macht euch bereit, wir gehen weiter!“ Der Vater nahm das Kind und den Teig und versuchte, das Kind mit dem Teig zu füttern. Das Kind, sofern es das schaffte, verschlang ihn gierig in dem Moment, als der Türke ihm den Rücken zudrehte.

Warum erzähle ich dir das alles? Damit du erfährst, welche Qualen ich als kleines siebenjähriges Kind erlitten habe. Was haben meine Augen während der Verbannung alles gesehen! Schlimme, schreckliche Sachen haben wir erlebt, nur zwei von zehn Dorfbewohnern kamen zurück. Von den Kindern kam nur ich zurück. Es gab keine anderen Kinder, mit denen ich reden, spielen und lachen konnte.

Wir sind im Sommer zurückgekehrt. Unsere Familie hatte aus zwölf Personen bestanden. Zurück kamen davon nur ich, meine Mutter und ein Vetter. Über Kerasounta sind wir in unser Dorf gekommen. In unseren Häusern wohnten Türken. Mit Hilfe der Polizei bekamen wir unsere Häuser zurück. Türken hatten auch unsere Felder bestellt. Wir einigten uns darauf, dass sie uns 5 oder 10% der Ernte geben würden. Nur: Wie sollten wir davon leben?

...

Im Jahr 1922 (gemeint ist das Jahr 1923, Anm. d. Verfassers) – beim Bevölkerungsaustausch – gingen wir nach Kerasounta. Wir hatten davor heimlich alles, was wir verkaufen konnten, verkauft und so die Reisekosten zusammengekratzt. Wir haben heimlich verkauft, weil die Polizei es nicht erlaubte.

Bis das Schiff ablegte, hatten wir Angst vor den Türken, vor den fanatischen Türken. Es gab nämlich auch gute Türken, Türken, mit denen wir befreundet waren und die uns aufgefordert hatten zu bleiben. Türken, die uns zum Schiff begleiteten und uns Geld für die Reise gaben.

Aufgeschrieben von Chara Lioudaki am 28.9.1962
(KMS 2016, Bd. 5, S. 164-166)

Bericht von Georgios Baltzidis, wohnhaft in Charitomeni Dramas

Gegen Ende 1916 kamen die Türken in das Dorf, um uns in die Verbannung zu schicken. Alle, die sie finden konnten, nahmen sie mit: Männer, Frauen, Greise und Kinder. Diejenigen, die in den Bergen waren, sind gerettet worden. Die Türken brannten das Dorf nieder. Nichts blieb stehen.

Wir machten uns auf den Weg nach Corum (eine Stadt ca. 160 km südwestlich von Samsun, Anm. d. Verfassers). Wir marschierten bei Kälte und durch den Schnee. Den ganzen Tag marschierten wir und die Nächte verbrachten wir in Wirtshäusern, Hütten oder im Freien. Die Gendarmen zwangen uns, immer schneller zu gehen. Sie töteten alle, die nicht mithalten konnten. Wenn die Mütter starben, warfen sie deren Kinder weg. Sie forderten die Frauen auf, ihre eigenen Kinder mit Steinen zu töten. Die Mütter konnten es nicht tun, daraufhin brachten die Gendarmen die Frauen um. Die Mütter lagen tot auf dem Weg. In ihren Armen hielten sie die Kinder, die noch versuchten, von der Brust ihrer toten Mutter zu trinken.

Unsere wertvollen Sachen nahmen sie uns weg. Ich hatte in meinem Hut etwas Geld versteckt. Sie nahmen mir den Hut und das Geld. Unterwegs brachten sie viele um. Sie zwangen uns dann, Bescheinigungen zu unter-

schreiben, dass diese Menschen an Krankheiten gestorben waren. Wir unterschrieben, sonst hätten sie auch uns umgebracht.

Endlich erreichten wir, die Lebenden, Corum. Dort warfen sie mich und noch viele andere in eine Grube. Sie hatten uns die Kleider weggenommen und wir hatten nur ein Hemd an. Als sie kamen und uns herausholten, waren noch einige am Leben. Dort habe ich mir am Fuß ein Leiden zugezogen und seitdem hinke ich. Ich erkrankte schwer, aber ich schaffte es zu überleben.

In Corum blieben wir zwei ganze Jahre, bis 1918, dann kam es zum Waffenstillstand und die Engländer kamen nach Samsun. Sie zwangen die Türken, uns freizulassen, damit wir in unsere Dörfer zurückgehen konnten. Wir kamen zu unserem Dorf Ciftlik zurück. Aus den griechischen Dörfern unseres Bezirks hatten sie ungefähr 1400 Menschen verbannt. Es ist fraglich, ob 1918 mehr als hundert zurückkamen.

Aufgeschrieben von Panagiotis Oikonomou am 8.10.1974
(KMS 2016, Bd. 5, S. 466f)

Bericht von Savvas Symeonidis, wohnhaft in Ambelakia Dramas

Wir waren 1800 Personen. Es war Juni. Von Samsun zogen wir in der Morgendämmerung los. Mittags kamen wir in Cibus-Hane an. Sie brachten uns zu einem ebenen Platz. Wir sollten uns, angeblich um uns zu erholen, hinsetzen. In der Nähe gab es Wasser, wir durften es aber nicht holen. Wir öffneten unsere Taschen und wollten etwas essen.

Eine Soldatengruppe kam aus dem Wirtshaus heraus und ging zu einer Anhöhe. Etwas weiter unten gab es eine Schlucht, links und rechts standen Wachen, damit wir nicht auf diesem Weg entkommen konnten. Es waren ungefähr 300 Soldaten und Gendarmen. Vor der Anhöhe gaben sie das Signal. Sie haben ein- oder zweimal geschossen und dann ging es los. Zwei Stunden Feuer! Ich hatte mich hingelegt. Gegenüber auf dem Bergabhang in einer Entfernung von 500 Metern sah ich drei Griechen, die versuchten zu entkommen. Dort waren einige Kamelbesitzer, die ihre Tiere auf die Weide gebracht hatten. Diese ergriffen die drei und brachten sie um. Zwei Stunden hat das Töten gedauert. Von den 1800 waren wir nur noch mit 300 übrig geblieben. Ein anderer Offizier (Angehöriger der regulären Armee, Anm. d. Verfassers) kam aus dem Dorf Cachalu und übernahm uns. Die anderen Offiziere gehörten zu den paramilitärischen Einheiten von Topal Osman.

In der Nähe von Cachalu schossen sie wieder auf uns. Sie raubten uns aus. Sie nahmen unsere Goldsachen und das Geld. Die türkischen Honoratioren wie der Gefängnisdirektor, der Staatsanwalt u. a. haben alles von der Anhöhe aus beobachtet.

Sie brachten uns nach Cachalu. Wir waren noch 250. Es kamen auch die türkischen Vorgesetzten. Sie taten so, als ob sie erst jetzt von dem Massaker erfahren hätten. Sie unterbrachen das Abschlichten und brachten uns in zwei Wirtshäusern unter. Wir übernachteten dort.

Aufgeschrieben von Christos Samouilidis am 25.5.1963 und 8.4.1964 (KMS 2016, Bd. 5, S. 372)

Bericht von Georgios Andreadis, Piräus

Anfang August erreichten wir Osmaniye (Stadt im Südosten der Türkei, in der Region von Adana, Anm. d. Verfassers). Wir wohnten in Wirtshäusern, in Ställen und in Häusern, die halb verfallen waren. Die Türken haben uns nicht bewacht. Kein Gedanke daran zu fliehen. Wir kannten uns in der Gegend nicht aus und empfanden die Umgebung als unwirtlich. Wir benötigten fünf bis sechs Tage, bis wir uns eingerichtet hatten: die Läuse loszuwerden, den Haushalt einzurichten und uns um das Essen zu kümmern. Wir schrieben nur auf Türkisch an unsere Familien, schilderten die Situation und baten um Hilfe. Wir hatten den Eindruck, dass die Türken uns freilassen würden. Aber um den 8. oder 10. August herum kamen in Diyarbakir die Offiziere des Arbeitsbataillons, ein Major, vier Hauptmänner und ihre Begleiter an. Sie brachten mit Autos oder mit Karren alle Geräte, die die Arbeitsbataillone brauchten: Schaufeln, Hammer, Hacken, Schmiedehammer usw. Sie hatten bereits einige Gebäude requiriert und zogen in diese ein. Am nächsten Tag mussten wir antreten, wir waren 700 bis 800. Sie teilten uns in vier Kompanien ein. Je ein Hauptmann war für die einzelnen Kompanien zuständig. Jede Gruppe von hundert Mann hatte einen Anführer von uns. Der Major hatte die Oberaufsicht über das Bataillon. Die Türken brachten uns nach außerhalb des Dorfes und befahlen uns, einen Stein zu nehmen und ihn an das andere Ende des Dorfes zu tragen. Viele von uns nahmen einen leichten Stein, so um die drei Kilo. Das brachte sie auf die Palme. Der dritte Hauptmann war grob und unberechenbar. Einmal, es war Nachmittag, warf er mit Steinen gegen diejenigen, die er für undiszipliniert hielt. Er traf einen alten Mann an der Wirbelsäule, der daraufhin für mehrere Tage bettlägerig war.

In wenigen Tagen begann die systematische Zwangsarbeit. Bei Tagesanbruch weckten uns die Gendarmen des Arbeitsbataillons. Da sie Gewehrkolben benutzten, beeilten wir uns, in Deckung zu gehen. Wir nahmen unsere Arbeitsgeräte und liefen zusammen mit dem Obergefreiten zum Arbeitsplatz. Sie wiesen uns das Arbeitspensum zu. Sieben bis acht der Arbeitsgruppe hockten am Wegrand und zerkleinerten mit dem Hammer größere Steine in kleinere Stücke bis zur Größe von Kieselsteinen. Vier von uns brachten jeweils zu zweit die Steine weg. Dafür benutzten wir eine Trage. Diese war aus Holz, hatte die Form eines rechtwinkligen Parallelogramms und die Seitentiefe betrug zehn bis zwölf Zentimeter. Sie hatte vier Griffe, zwei vorn und zwei hinten. Die Trage wurde zu zweit transportiert, nicht einmal verschnaufen durften wir. Anstrengender war es, wenn in der Umgebung keine Steine zu finden waren. Wir mussten dann oft eine Strecke von 600 bis 1000 Metern laufen. Jede Arbeitsgruppe musste bis zum Abend einen Kubikmeter fertig haben. Der Ingenieur kam vorbei und kontrollierte. Er war ein Ungeheuer, ein übler Kerl, ein blutrünstiger islamisierter Armenier, der die Christen hasste. „Mit Schädeln von Ungläubigen werde ich die Straße von Osmaniye bis Diyarbakir pflastern!“, sagte er oft. Wenn er mit unserer Arbeit unzufrieden war oder wenn wir das Arbeitspensum nicht geschafft hatten, verprügelte er den Obergefreiten und zwang die Gruppe, bei Kälte, Schneefall oder kräftigem Nordwind weiterzuarbeiten, auch bis Mitternacht, ohne Essen und Wasser, bis das Pensum erreicht war. Wir durften nicht weggehen, bis die Arbeit kontrolliert worden war.

Die Zwangsarbeit begann morgens und dauerte bis abends. Mittags machten wir eine Stunde Essenspause. In den ersten beiden Monaten bekamen wir jeden Morgen Tee oder eine Handvoll Rosinen, am Mittag ein Kilo Brot und Essen und am Abend auch Essen, meistens Hülsengerichte. Zweimal pro Woche aßen wir Fleisch. Danach bekam jeder von uns nur ein Stück Brot. Wer Geld hatte, konnte etwas dazukaufen.

Je nachdem, wie weit der Straßenbau gekommen war, zogen wir mit unserem Lager weiter. Durch die beengten Wohnverhältnisse, die Unterernährung und die Arbeit bekamen wir Krankheiten. Aufgrund der Ruhr starben jeden Tag ein bis zwei Menschen. Wir bekamen auch Typhus, hatten Läuse und es war eisig kalt. Unsere erschöpften Organismen haben es nicht ausgehalten. Von denjenigen, die krank wurden, haben nur sehr wenige überlebt. Die Bedingungen wurden immer schlimmer. Vernichtende Arbeit, Entbehrungen und erbärmliche Zustände. Wir waren hoffnungslos. Manche sind geflohen. Einige erreichten ihre Häuser, versteckten sich und erschienen beim Bevölkerungszwangs austausch. Andere wurden unter-

wegs von Menschen, die keine Amtsträger waren, ausgeraubt und ermordet. Aus meiner Gruppe sind Charalambos Kikidis, Panagiotis Kakoulidis und einige weitere geflohen. Die Türken wurden böse und ließen verlauten, dass die Geflüchteten an Ort und Stelle erschossen würden. Wenn sie mit der Arbeit nicht zufrieden waren, prügeln sie immer wieder auf uns ein.

...

Der Typhus mähte uns nieder. Aber die Bedingungen waren so schlimm, dass uns der Tod gleichgültig war. Jeden Tag starben drei bis vier und wurden ohne Weihrauch, Kerze, Priester und Kirchengesang begraben. Hier starben Aristotelis Soilemezidis und Giagos Kakoulidis. Sie waren wohlhabende Kaufleute aus Kerasounta. Die Leichen warfen wir in eine Grube. Es lag aber Schnee und die Grube war nicht tief genug. Oft fanden wir später die Gruben geöffnet und die Leichen unbedeckt. Hunde und Geier fraßen an den Leichen. Im Winter wohnten wir in einsturzgefährdeten Häusern oder in Ställen, zusammen mit den Pferden. Die eisige Kälte ist in dieser Gegend unvorstellbar. Die einzige Heizung war der Stallmist. Das, was wir erlitten haben, haben die anderen Griechen auch im Lager Termoul, etwa 30 Kilometer weiter östlich und in anderen Arbeitsbattaljonen erfahren.

Aufgeschrieben von Chara Lioudaki am 24.7.1962
(KMS 2016, Bd. 5, S. 229-231)

Bericht von Ignatios Orphanidis, wohnhaft in Drapetsona

Auf Makronisos (Eiland in der Ägäis in der Nähe von Attika, dort war nach 1922 eine Quarantänestation untergebracht, Anm. d. Verfassers) begannen neue Qualen und Sterbefälle. Wir kamen in Quarantäne. Wir haben Makronisos aufgebaut. Wir bauten die Baracken, die Zisterne für das Wasser und auch sonst, was nötig war. Unbewohnt war die Insel, nur Felsen. Von den 8000, die das Schiff „Kios“ brachte, blieben am Ende nur 2000. Die anderen 6000 starben. Die Krankheit hat uns niedergemäht. Damals war die Gounari-Regierung in Athen. Weil wir aus Sowjetrußland kamen, hielten sie uns für Bolschewiki und wollten uns vernichten.

Aufgeschrieben von Christos Samouilidis am 14.6.1962
(KMS 2013, Bd. 3, S. 371)

Bericht von Konstantinos und Ioannis Lykidis, wohnhaft in Nea Trapezunt Katerinis

Im Juli 1953 starteten wir, vier Personen aus Nea Trapezunt in Griechenland, unsere Reise in die Türkei. Wir wollten, bevor wir unsere Augen für immer schließen würden, eine Wallfahrt in unsere Dörfer, in unsere Heimat, die Region Of unternehmen. Das hatten wir gelobt. Von Thessaloniki fuhren wir mit dem Bus ab und erreichten den Ort Solakli. Seit vierzig Jahren waren wir nicht mehr dort gewesen. Uns kamen die Tränen, als wir dort den Boden berührten. Die Türken kamen, um uns zu begrüßen. Sie gaben uns die Hand und riefen: „Willkommen, willkommen!“ Sie haben uns sehr herzlich empfangen, als wären wir ihre Verwandten. Wir haben die Nacht im Hotel verbracht. Am nächsten Tag zog jeder los, um sein Dorf zu besuchen und nach dem Familienhaus zu schauen. Wir fanden nur Ruinen vor. Die Häuser der Christen waren Ruinen. In jedem griechischen Dorf standen höchstens zwei bis drei Häuser. In Hald standen von unseren Häusern nur noch zwei; sie waren von Türken bewohnt. Von den Kirchen stand nur in Krinitza noch eine. Sie beherbergt heute eine Schule. Unsere Kirche in Hald war dem Hl. Eugenios gewidmet. Sie hatten die Kirche abgerissen und mit den Steinen auf der Fountouka-Anhöhe eine Moschee gebaut. Die Schule in Zourel stand noch; sie ist heute eine türkische Mittelstufenschule. In der Schule in Krinitza wohnen jetzt die Lehrkräfte.

Überall Einsamkeit, Armut und Traurigkeit. Als ob dies nicht mehr unser Ort wäre. Wir haben gemerkt, dass unser Ort jetzt Nea Trapezunt ist, und wir haben verstanden, dass Griechenland unsere Heimat ist. Die Türken aber waren zu uns wie unsere eigenen Leute. Wir werden es nicht vergessen. Wir blieben 18 Tage; wir durften nichts bezahlen. Das Hotel, das Essen und Trinken, die Fahrkarten, um andere Dörfer zu besuchen, – alles war bezahlt. Wir haben kein Geld ausgegeben. Wenn wir bezahlen wollten, sagten sie: „Das griechische Geld gilt hier nicht.“ Kurz vor unserer Abreise saßen wir im Café, ich wollte für alle eine Runde ausgeben und gab die Bestellung auf. Als ich bezahlen wollte, weigerte sich der Cafébetreiber, das Geld anzunehmen. „Es ist bereits bezahlt worden“, sagte er. Der Bürgermeister, mit dem wir zusammensaßen, sagte: „Die Bestellung ist deine, aber das Geld unser.“

Die Älteren unter ihnen erkundigten sich nach allen unseren Angehörigen. Beim Abendessen gaben sie uns gute Wünsche mit und forderten uns auf wiederzukommen. Ich wechselte mit ihnen Briefe. Einige sagten, sie wollten eine Reise nach Griechenland machen. Jeden Monat schrieben wir uns. Nach den Ereignissen von 1955 (im September 1955 fand ein

Pogrom gegen die Griechen in Istanbul statt, Anm. d. Verfassers) haben wir uns nicht mehr geschrieben. Mein Brief wurde nicht beantwortet. Vielleicht haben sie Angst vor ihrer Regierung.

Aufgeschrieben von Eleni Gazi am 16.5.1965
(KMS 2016 Bd. 5, S. 521f)

Bericht von Euripidis Cheimonidis, wohnhaft in Thessaloniki

Ein Reisebüro hatte die Reise organisiert. Wir fuhren mit dem Reisebus. Unsere Reise dauerte etwa 15 Tage, vom 7. bis zum 22. Juli 1969. Unsere Strecke war: Konstantinopel, Ankara, Corum, Samsun, Trapezunt und die Dörfer in der Region Santa. Zurück ging es wieder über Konstantinopel. Alles ging glatt, keine Hindernisse, kein unangenehmer Eindruck. Überall wurden wir höflich und freundlich empfangen. Besonders rührend war der Empfang in den bewohnten Dörfern, da, wo wir unsere ehemaligen Dorfmitbewohner trafen. Die Türken haben uns Besucher umarmt und geküsst und alles getan, um uns gut zu bewirten. Überall boten sie uns etwas zu essen oder zu trinken an und hatten den Tisch für uns gedeckt. Am bewegendsten war der Besuch des Klosters Soumela, 116 Personen stiegen zu den Klosterruinen auf. Wir haben ein Totengebet zelebriert. Wir waren wirklich ergriffen.

Der Besuch der Dörfer in Santa stimmte uns melancholisch. Eine unendliche Einsamkeit in unserer alten Heimat; vom früheren Leben war nichts mehr zu spüren. Es gibt keine Häuser mehr. Einige stehen halb verbrannt da, andere sind nicht mehr zu erkennen. Kein Dorf ist mehr bewohnt. Nur im Sommer benutzen einige Türken die Ruinen als Ferienhaus. Sie decken das Dach provisorisch mit Wellblech. Wir konnten den Platz, wo früher unsere Häuser standen, nicht mehr finden. Überall Wildwuchs und das Gras war riesig hoch, denn es grasen heute keine Kühe mehr hier.

In allen Dörfern stehen noch die Kirchen. Sie sind aber ohne Dach und somit ist durch den Regen die Inneneinrichtung zerstört. Nur die Wände stehen noch. Sie sind mit Schimmel und Moos bedeckt. Die Kirchentüren haben sie mit Steinen zugemauert. Ein Einheimischer erzählte uns Folgendes: Ein Türke hatte im Dorf Pistophanton seine Kühe in der Kirche des Hl. Christophoros untergebracht. Nach einigen Tagen brach das Dach zusammen und begrub die Kühe unter sich. Die Menschen haben dies als die Strafe des Heiligen aufgefasst und die Kircheneingänge zugemacht.

...

Wir verabschiedeten uns von unseren Dörfern und von der Santa-Region mit Tränen in den Augen und viel Bitterkeit in der Seele ...

Aufgeschrieben von Eleni Gazi am 8.11.1969
(KMS 2016, Bd. 4, S. 460f)

5.8 Die griechische Auswanderung nach dem Zweiten Weltkrieg

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges begann die dritte Auswanderungswelle in der neugriechischen Geschichte. Sowohl die Besetzung Griechenlands im Weltkrieg als auch der Bürgerkrieg hatten katastrophale Auswirkungen auf die Bevölkerung gehabt. Durch die Zerstörungen hatten viele Menschen, vor allem auf dem Lande, ihre Existenzgrundlage verloren. Es herrschte Unterbeschäftigung und Arbeitslosigkeit. Das Einkommen reichte nicht zum Überleben, die Arbeitsbedingungen, die Sozialversicherung und die medizinische Versorgung waren nicht gut. Oft blieb den Menschen keine andere Wahl als die Binnenwanderung in die größeren Städte oder die Auswanderung. Bevorzugte Ziele waren die USA, Kanada, Australien und westeuropäische Länder (BRD, Belgien, Italien, Großbritannien, Schweiz, Schweden, Frankreich usw.). Von 1955 bis 1976 wanderten insgesamt 1182000 Griechen aus (Papadopoulos 1995, Tabelle Nr. 1).

Von den europäischen Ländern nahm die BRD die meisten Arbeitsmigranten auf, weil hier seit Mitte der 1950er Jahre einerseits die Arbeitskräfte immer weniger wurden und andererseits der Bedarf an ihnen in den folgenden Jahren stark zunahm. Die Bundesregierung schloss mit Italien, Spanien, Portugal, Jugoslawien, Griechenland, der Türkei, Marokko und Algerien Verträge über die Anwerbung von Arbeitskräften ab. Der bilaterale Vertrag zwischen der BRD und Griechenland wurde im März 1960 unterzeichnet. Die Anwerbekommissionen sorgten für die Vermittlung zwischen den zukünftigen Arbeitgebern und -nehmern, den sogenannten „Gastarbeitern“. Die ersten Arbeitsmigranten waren überwiegend Männer im Alter von unter 35 Jahren. Später folgten Frauen, ebenfalls in dieser Altersgruppe. Während der beiden ersten Auswanderungswellen lag der Anteil

der Frauen bei 2,5 bis 5 %. Im Aufnahmeland haben sie weiter die traditionelle Rolle der Frau in der patriarchalischen griechischen Gesellschaft als Mutter und Hausfrau ausgeübt. Während der dritten Auswanderungswelle stieg der Frauenanteil auf 42 %. Sie arbeiteten nicht mehr nur im Haushalt sondern versuchten, finanziell unabhängig zu sein und trugen jetzt wie die Männer zum Familieneinkommen bei. Nach dem Abschluss des Anwerbevertrages stieg die Zahl der Griechen in Deutschland sprunghaft an, wie die folgenden Zahlen belegen. Während von 1955 bis 1959 insgesamt 7964 Griechen nach Deutschland gingen, waren es von 1960 bis 1964 bereits 240 176. Die Arbeitsmigration setzte sich in den folgenden Jahren fort. Die Zahl der Griechen in Deutschland erreichte 1974 mit 406 400 ihren höchsten Stand.

Die Mehrheit der Arbeitsmigranten stammte aus Nordgriechenland: 30-35 % aus Makedonien, 5-10 % aus Epirus und ebenfalls 5-10 % aus Thrakien. Etliche unter ihnen waren Nachfahren der Pontosgriechen und stammten überwiegend aus folgenden Verwaltungsbezirken in Makedonien: Kilkis, Serres, Katerini, Drama, Kozani, Kastoria und Florina.

Die „Gastarbeiter“ leisteten einen wichtigen Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands. Sie waren jung und meist unverheiratet. Sie belasteten weder die Kranken- noch die Rentenkassen und bezogen kein Kindergeld. Sie waren „Nettozahler“. Sie trugen zur Lösung des demografischen Problems der deutschen Gesellschaft bei und finanzierten mit ihren Beiträgen die Renten in Deutschland mit.

Nach 1974 nahm die Zahl der Griechen in Deutschland ab. Durch die Rezession Anfang der 1970er Jahre stieg die Erwerbslosigkeit in der BRD. Als Reaktion darauf verhängte die deutsche Regierung 1973 den Anwerbestopp. Bedingt durch Arbeitslosigkeit begann einerseits die Remigration der Griechen und andererseits verringerte sich durch den Anwerbestopp die Zahl der Griechen, die neu nach Deutschland kamen. Die Remigration wurde auch durch die politische Entwicklung in Griechenland begünstigt. Die Junta war im Sommer 1974 gestürzt worden. Viele Griechen, die aus politischen Gründen emigriert waren, kehrten in ihre Heimat zurück. Als Griechenland 1981 Mitglied der Europäischen Gemeinschaft wurde, lebten in Deutschland 299 300 Griechen. Im Rahmen der Freizügigkeit innerhalb

der Europäischen Union stieg die Zahl der Griechen in den 1990er Jahren an, um nach der Jahrtausendwende kontinuierlich wieder abzunehmen, nachdem Deutschland wirtschaftlich den Ruf des „kranken Mannes“ in Europa hatte, und erreichte 2010 mit 276 685 einen Tiefstand.

Im selben Jahr brach die Wirtschafts- und Finanzkrise in Griechenland aus. Die Arbeitslosigkeit bei den jungen Menschen unter 24 Jahren stieg in den nächsten Jahren auf bis zu 60 %. Dadurch wurde eine neue Arbeitsmigrationswelle ausgelöst. Von 2010 bis heute hat etwa eine halbe Million Griechen das Land verlassen. Die meisten von ihnen sind jung und haben einen Hochschulabschluss. Etliche sind nach Deutschland gekommen. Nach dem statistischen Bundesamt lebten 2017 (Stichtag 31.12.2017) 362 245 Griechen in der BRD. Das sind 85 560 mehr als 2010. Die pontischen Verbände gehen davon aus, dass 30-35 % aller Griechen in Deutschland pontischer Abstammung sind.

5.9 Die Pontosgriechen in Deutschland

Nach dem Anwerbevertrag von 1960 ließ sich die überwiegende Mehrheit der Griechen und damit auch der Pontosgriechen in West- und Süddeutschland nieder. Als deutlich wurde, dass viele der Arbeitsmigranten nicht so bald nach Griechenland zurückkehren würden, fingen sie in den 1970er Jahren an, parallel zu den Gemeinden auch Vereine zu gründen. Die Vereinsmitglieder hatten eine gemeinsame Herkunftsregion in Griechenland wie z. B. Makedonien, Thrakien, Kreta oder Thessalien. Auch die Pontosgriechen gründeten ihre Vereine. Heute existieren in Deutschland etwa 40 pontische Vereine. Nur drei von ihnen sind in Norddeutschland angesiedelt (Bielefeld, Hannover und Hamburg). In den neuen Bundesländern gibt es keine pontischen Vereine, weil nach der Wiedervereinigung im Jahr 1990 kaum Griechen dorthin gezogen sind.

Die Vereine pflegen die Traditionen und sind bemüht, sie an die nächsten Generationen weiterzugeben. In Waiblingen wird z. B. seit ein paar Jahren das Volksschauspiel „Momoeri“ aufgeführt. Einige Vereinsnamen

wie „Panagia Soumela“, „Ypsilantes“, „Argonautes“, „Komninoi“, „Akritas“, „Efxeinos Pontos“ usw. sollen auf die Geschichte der Pontosgriechen hinweisen. Einen großen Raum nimmt die Unterweisung der Kinder und Jugendlichen in die traditionellen pontischen Tänze ein. Manchmal wird auch Instrumentalmusikunterricht erteilt.

Die griechisch-orthodoxe Kirche hat bis heute immer noch einen hohen Stellenwert für die Identifikation der Pontosgriechen mit ihrer Geschichte. Die symbolträchtige Ikone der Heiligen Jungfrau aus der Kirche Panagia Soumela in Makedonien wurde z.B. 2016 für kurze Zeit nach Nürnberg gebracht. Der pontische Verein, die Kirche und die griechische Gemeinde dort hatten diese Aktion gemeinsam organisiert. Der Hl. Eugenios war viele Jahrhunderte hindurch der Schutzpatron Trapezunts. Die Pontosgriechen nahmen seine Reliquien mit nach Griechenland. Sie werden heute in einer Stadt in Makedonien aufbewahrt. Diese Reliquien wurden im Frühjahr 2017 ebenfalls für kurze Zeit nach Dortmund und dann nach Ludwigshafen gebracht, wo das Tanzfestival der pontischen Jugend stattfand.

Die pontischen Vereine in Deutschland und die pontischen Vereine anderer europäischer Länder haben sich 1981 zum „Verband der Vereine der Griechen aus Pontos in Europa“ (OSEPE) zusammengeschlossen. In Westeuropa gibt es heute außerhalb Deutschlands pontische Vereine in der Schweiz, in Belgien, Schweden, England, Österreich und Serbien. Die Pontosgriechen in Russland, der Ukraine, in Georgien und Armenien haben ihre eigenen Vertretungen. Ein Hauptanliegen des Verbandes ist die internationale Anerkennung des Völkermordes an den Pontosgriechen. Innerhalb des Verbandes gibt es den ständigen Ausschuss zur Förderung der Genozidaufarbeitung und -anerkennung.

Nach dem Zweiten Weltkrieg setzten sich die Auslandsarmenier in ihren neuen Heimatländern für die Anerkennung des Völkermordes gemäß der UN-Völkermordkonvention von 1948 durch die jeweiligen Regierungen ein. Den Anfang machte Uruguay 1965. Später folgten weitere Staaten. In der Türkei wurde die Vernichtung der Christen in der Zeit von 1913 bis 1922 bis in die 1970er Jahre verschwiegen. Um dieses Schweigen zu brechen, verübten armenische Nationalisten von 1973 bis 1985 in mehreren Ländern

Terroranschläge auf türkische Einrichtungen und Diplomaten. Durch die mediale Berichterstattung wollten sie auf den Umgang der Türkei mit dieser Frage aufmerksam machen und die Internationalisierung der Völkermordanerkennung erreichen. Bei den Attentaten wurden 49 Menschen getötet, meist türkische Staatsbürger. Als Gegenreaktion haben die Regierungen in der Türkei sowohl innen- als auch außenpolitisch alles unternommen, um die Völkermorde weiter zu leugnen und aus den Tätern Opfer und aus den Opfern Täter zu machen.

Deutschland war nach dem Zweiten Weltkrieg bezüglich der Völkermorde in erster Linie mit der eigenen Geschichte befasst. Ab 1978 begann die Menschenrechtsorganisation „Gesellschaft für bedrohte Völker“ in ihrer Zeitschrift „Pogrom“ über den Völkermord an den Armeniern zu berichten. Später folgten weitere Publikationen, deren Schwerpunkt die „armenische Frage“ war. Die Völkermorde an den orthodoxen Griechen und den aramäischsprachigen Christen wurden nur am Rande behandelt. Dies ist aus mehreren Gründen erstaunlich. Die Absicht der Jungtürken und später der Kemalisten war die Vertreibung bzw. Vernichtung aller Christen und nicht nur der Armenier. Alle Christen sind Opfer der Türkisierungspolitik geworden. Allen wurde unterstellt, Separatismus zu betreiben und Landesverräter zu sein. Sie bilden als Christen eine gemeinsame Opfergruppe. Hinzu kommt, dass alle drei Völkermorde in derselben Zeit und im selben geografischen Raum stattfanden. Die Anzahl der Opfer war auch immens. Bei den Griechen schwankt sie je nach Einschätzung zwischen 770 000 und 1 000 000, bei den aramäischsprachigen Christen liegt sie zwischen 250 000 und 500 000. Außerdem existieren viele Materialien und Quellen aus jener Zeit, aus denen eindeutig hervorgeht, dass gegen die griechisch-orthodoxen Griechen und die aramäischsprachigen Christen genauso übel vorgegangen worden ist wie gegen die Armenier. Bezüglich der Griechen liste ich exemplarisch einige Quellen auf. Über Lepsius ist schon berichtet worden. Henry Morgenthau war während der Regierungszeit der Jungtürken US-Botschafter in Konstantinopel. In seinem Buch: *Ambassador Morgenthau's Story* (New York 1919) gibt er einen sehr guten Einblick in die Politik der Jungtürken gegenüber den christlichen Minderheiten. Weitere Titel: Patriarchat

Oecuménique: Les atrocités Kémalistes dans les régions du Pont et dans le reste de l' Anatolie (Constantinople 1922). Germanos: Les atrocités Turques au Pont-Euxiu (1919). Wuarin A.: The Martyrdom of the Pontus and International Public Opinion (Geneva 1922). Ward Mark H.: The Deportations in Asia Minor 1921-1922 (London 1922). Liman von Sanders: Fünf Jahre in der Türkei (Berlin 1919). Central Council of Pontus: Black Book, The Tragedy of Pontus 1914-1922 (Athens 1922). Toynbee Arnold: The Western Question in Greece and Turkey (London 1923). Künzler Jakob: Letzte Erlebnisse in der Türkei (Potsdam 1925). Melas G.: The Turk as he is (Hove 1922). George Horton war US-Konsul in Smyrna von 1914-1917 und von 1919-1922. Er war Augenzeuge bei der Zerstörung Smyrnas. Seine Beobachtungen, Erlebnisse und Einschätzungen hat er in dem Buch: The Blight of Asia, an Account of the Systematic Extermination of Christian Populations by Mohammedans and of the Culpability of Certain Powers; with the True Story of the Burning of Smyrna (Indianapolis 1926) festgehalten. Cosmetatos S.P.: The Tragedy of Greece (London 1928). Als Augenzeugen haben auch manche Journalisten für verschiedene Zeitungen und Zeitschriften wie Daily Telegraph, New York Herald, Times usw. berichtet. Informationen sind auch in den Berichten des Völkerbundes enthalten. Eine weitere Quelle über die Völkermorde an den Christen im Osmanischen Reich sind die Werke von Raphael Lemkin, dem „Vater“ der UN-Völkermordkonvention zur Verhütung und Bestrafung des Völkermordes (1948), sowie die Staatsarchive verschiedener europäischer Länder, darunter auch Deutschland und Österreich, die eine ganze Menge an Fakten und Beweisen enthalten.

Anders als bei den Armeniern sind die Völkermorde an den Griechen und den aramäischsprachigen Christen außerhalb von Fachkreisen in der deutschen und internationalen Wahrnehmung kaum bekannt. Auch die Geschichts- bzw. die Genozidforschung hat sich viel intensiver mit dem Völkermord an den Armeniern als dem an den Griechen und den aramäischsprachigen Christen befasst.

Diese Tatsache wirkte sich auch auf die Politik aus. Der „Verein der Völkermordgegner e.V.“ und die „Arbeitsgruppe Anerkennung – gegen Genozid, für Völkerverständigung“ reichten im April 2000 beim Petitions-

ausschuss des Deutschen Bundestages eine Petition u. a. mit der Forderung nach Anerkennung des Völkermordes an den Armeniern durch den Bundestag ein. Diese Petition hatten aus Solidarität mehrere Organisationen, Vereine und Verbände, darunter auch Pontosgriechen und aramäischsprachige Christen, unterzeichnet.

Zwei Jahre später, im April 2002, wurde in Berlin die Veranstaltung „Mit einer Stimme sprechen“ organisiert. „Das Organisationskomitee hat sich als Ziel die internationale Anerkennung bzw. Verurteilung der 1912-1922 an den indigenen Christen des Osmanischen Reiches begangenen Verbrechen als Völkermord gesetzt. Einen wesentlichen Bestandteil der Veranstaltung bildete der Versuch einer wissenschaftlichen Bestandsaufnahme und Gesamtschau der Vertreibungs- und Vernichtungsmaßnahmen gegen Armenier, Aramäer/Assyrer sowie Griechen Ostthrakiens und Kleinasien – soweit bekannt zum ersten Mal im deutschsprachigen Raum“ (Hofmann 2007, S. 15). Die Beiträge mit einem Geleitwort des Vorsitzenden des Rats der Evangelischen Kirche in Deutschland, Bischof Dr. Wolfgang Huber, erschienen 2004 in Buchform. Darin ist auch ein Aufsatz über den Völkermord an den Griechen des Pontos enthalten.

Zum 90. Jahrestag der Massentötungen der Armenier verabschiedete der Deutsche Bundestag am 16. Juni 2005 einstimmig eine Resolution, in der u. a. die Rede von Massakern und Verbrechen am armenischen Volk war. Das Wort Völkermord kam nicht vor. In der Resolution hieß es weiter, dass auch Angehörige anderer christlicher Volksgruppen, insbesondere aramäisch/assyrische und chaldäische Christen, von Deportationen und Massakern betroffen waren. Die Griechen bzw. Pontosgriechen wurden nicht explizit genannt. Dies war eine herbe Enttäuschung für den Verband der Pontosgriechen. Obwohl die Griechen genauso Opfer wie die beiden anderen christlichen Gruppen waren, wurden sie von der deutschen Politik ausgeklammert. Das wog umso schwerer angesichts der deutschen Verantwortung für die Deportationen und Vertreibungen der Griechen Ostthrakiens und Ioniens. Schließlich hatte die deutsche Militärführung diese Maßnahmen empfohlen und nachdrücklich auf ihrer Umsetzung bestanden. Die Vertreibungen kosteten Tausende Griechen das Leben.

Ein Jahr später, im Juli 2006, wies die „Hellenische Gemeinde zu Berlin e.V.“ beim Petitionsausschuss des Bundestages auf diese Ungleichbehandlung hin und bat um die namentliche Berücksichtigung auch der griechischen Volksgruppe – ohne Erfolg.

Seit der Verabschiedung dieser Resolution sind in Deutschland einige Bücher und Aufsätze zu der Thematik der Völkermorde im Osmanischen Reich erschienen. Die Griechen als Opfergruppe kommen darin selten vor. Eine mögliche Erklärung dafür könnte die Tatsache sein, dass sie in der besagten Resolution nicht namentlich erwähnt werden.

Das Europäische Parlament hat wiederum am 27. September 2006 anlässlich der EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei in seiner Resolution von der türkischen Regierung nicht nur die namentliche Anerkennung des Völkermordes an den Armeniern sondern auch an den anderen Minderheiten, beispielsweise den Griechen von Pontos und den Assyriern, gefordert.

Über die Anerkennung der Völkermorde an den Armeniern und den aramäisch/assyrischen und chaldäischen Christen durch den Bundestag am 2. Juni 2016 ist bereits an anderer Stelle berichtet worden.

Die Pontosgriechen und die aramäischsprachigen Christen empfinden die armenische Seite, wenn es um die Anerkennung der Völkermorde geht, als unsolidarisch und wenig kooperativ. Sie kritisieren, dass die Armenier die Anerkennung des Völkermordes nur für ihre eigene Volksgruppe beanspruchen und einen Alleingang vorziehen. Etwas zynisch wird von der „Monopolisierung“ des Völkermordes gesprochen. Diesbezüglich hatte es in der Vergangenheit auch Kritik gegeben. Der britisch-armenische Historiker Ara Sarafin machte auf einer Gedenkveranstaltung in Stockholm im September 2005 auf die Tatsache aufmerksam, dass die meisten armenischen Historiker in ihren Publikationen wichtige Informationen über die Vernichtung bzw. den Völkermord an den Assyriern gar nicht erwähnen. Er warf ihnen „Mangel an Wissenschaftlichkeit ihrer Arbeit oder Chauvinismus, manchmal auch beides“ vor (Yonan 2006, S. I).

Der Verband der Pontosgriechen in Deutschland und die einzelnen Vereine versuchen, durch verschiedene Aktionen wie Kontakte zu deut-

schen Politikern und Parteiorganen, Kundgebungen, Demonstrationen, wissenschaftliche Tagungen wie z. B. in Berlin im Februar 2016, Vorträge usw., die Öffentlichkeit zu erreichen und zu sensibilisieren. Auch gemeinsame Veranstaltungen mit anderen Opfergruppen wie den Assyriern/Aramäern, den Eziden, Armeniern, Kurden, Dersimern usw. werden zu diesem Zweck durchgeführt. Manche Aktionen haben auch in Brüssel, dem Sitz des Europäischen Parlaments, stattgefunden. Im Mai 2019 haben wissenschaftliche und kulturelle Veranstaltungen in Deutschland stattgefunden.

Deutschsprachige Literatur zu dem Völkermord an den Griechen Kleinasiens und Ostthakiens ist nur sehr dürftig vorhanden. Mit finanzieller Unterstützung des Verbandes wurde 2015 das umfangreiche Buch (717 Seiten) von Konstantinos Fotiadis „Der Genozid an den Pontosgriechen in Kleinasien“ ins Deutsche übersetzt und veröffentlicht. Fotiadis hatte das Werk 2004 im Auftrag des griechischen Parlaments verfasst.

Denkmäler und die Erinnerungskultur allgemein würdigen die Opfer und mahnen vor Krieg, Massakern, Völkermord usw. Manche pontischen Vereine wie in Esslingen und München haben Denkmäler errichtet. In München fand im Mai 2018 die Enthüllung eines solchen Denkmals statt. Es steht auf dem Hof der Griechisch-Orthodoxen Allerheiligenkirche. Es gibt in Deutschland auch eine Gedenkstätte für alle aramäischsprachigen Christen, Armenier und griechisch-orthodoxen Griechen, die von 1912 bis 1922 Opfer des Genozids im Osmanischen Reich wurden. Die „Ökumenische Gedenkstätte für Genozidopfer im Osmanischen Reich“ steht in Berlin-Charlottenburg und wurde 2012 errichtet. Auch andere griechische Organisationen in Deutschland gedenken des Völkermordes an den Griechen Kleinasiens. Die AHEPA (American Hellenic Educational Progressive Association) wurde in den USA 1922 und ihre Berliner Sektion 2003 gegründet. In Berlin fand im Mai 2018 die zweite europäische Konferenz der AHEPA statt. Im Fokus der Konferenz standen der Völkermord an den Christen Kleinasiens und die ökumenische Gedenkstätte. Es wurden Vorträge gehalten und ein Kranz am Denkmal in Berlin-Charlottenburg niedergelegt. Griechenland und Zypern waren durch ihre Botschafter ver-

treten. Auch ein Vertreter des griechisch-orthodoxen Metropoliten von Deutschland nahm an der Konferenz teil.



Denkmal des Völkermordes an den Pontosgriechen in München. Die Enthüllung fand am 19. Mai 2018 statt (Verein der Griechen aus Pontos in München e.V.).

Der Verband der Vereine der Griechen aus Pontos in Europa unterhält seit 1981 auch eine Koordinationsstelle für Jugendarbeit. Zu den Aufgaben des oder der Jugendbeauftragten gehört auch die Organisation des alljährlich stattfindenden bundesweiten Tanzfestivals der Jugend. Die Tanzgruppen der Vereine treffen sich nach dem Rotationsprinzip jedes Jahr an einem Wochenende in einer anderen Stadt. Im Jahr 2017 hat das Tanzfestival im Mai in Ludwigshafen stattgefunden. Nach Angaben der Organisatoren haben 2300 Gäste teilgenommen, von denen 1300 Tänzerinnen und Tänzer waren. 2018 war das Festival in Wuppertal. Dort waren knapp 2500 Gäste dabei, darunter 1500 Tänzerinnen und Tänzer. Nach den Vorführungen der Tanzgruppen tanzen alle gemeinsam. Hunderte Menschen bilden mehrere

Kreise und führen alle die gleichen Tanzschritte aus. Bei den pontischen Kreistänzen, anders als bei anderen griechischen Volkstänzen, kommt das Improvisationselement nicht vor. Entsprechend hebt sich niemand hervor. Es gibt weder Alters- noch soziale Unterschiede. Jung und alt, Männer und Frauen, Akademiker und Arbeiter, Wohlhabende und Bedürftige tanzen zusammen. Jede einzelne Person ist gleichberechtigtes Mitglied der Tanzgemeinschaft. Diese Treffen stärken das Zusammengehörigkeitsgefühl.

6

Die Griechen in Hamburg

6.1 Hamburg und Griechenland bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges

Der große Brand von 1842 in Hamburg vernichtete nicht nur Tausende Wohnungen, sondern auch einen beträchtlichen Teil des Archivmaterials der Stadt. Daher ist nicht bekannt, wann die ersten Beziehungen zwischen Hamburgern und Griechen zustandekamen. Der älteste erhaltene Hinweis geht auf das Jahr 1459 zurück. Er betraf einen Adligen aus Konstantinopel, der sechs Jahre nach der Eroberung der Stadt durch die Osmanen nach Hamburg kam und um finanzielle Unterstützung bat. Ihm folgten in den nächsten Jahren weitere Griechen aus Konstantinopel und aus Nordgriechenland. Daher sah sich der Hamburger Rat gezwungen, die bereits gewährte großzügige finanzielle Zuwendung ab 1465 zu reduzieren.

Dem geretteten Archivmaterial ist zu entnehmen, dass in der ersten Hälfte des 18. Jhs. weitere Griechen nach Hamburg kamen. Sie baten meist um finanzielle Unterstützung, um das Leid der Griechen unter den Osmanen zu lindern. Eine wertvolle Homer-Handschrift ist heute im Besitz der Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg Carl von Ossietzky. Auf meine Anfrage bezüglich dieser Handschrift teilte mir Frau Dr. Monika Müller, Referentin für abendländische und außereuropäische Handschriften der besagten Bibliothek, folgendes mit: „Die Handschrift gelangte als Geschenk von Nikolaus Reimarus (1663 - 1724), der Lehrer am Hamburger Johanneum war, in den Besitz der Gebrüder Wolf, deren Sammlung dann in den Besitz der damaligen Stadtbibliothek Hamburg, der heutigen Staats- und Universitätsbibliothek, überging. Wie Nikolaus Reimarus zu der Handschrift kam, ist bislang nicht bekannt.“ Vermutlich hatte einer der Geistlichen die Handschrift als Geschenk nach Hamburg gebracht. Der Abt Theogletos Polyeides war der erste Grieche, der namentlich in Hamburg

bekannt ist. Er kam als Gesandter des ökumenischen Patriarchats. Im Mai 1733 war er in der Hansestadt und bat um finanzielle Hilfe, damit Griechen aus der Sklaverei freigekauft werden konnten (Papadopoulos 1995, S. 7). Er gründete auch eine Kirchengemeinde.

Nach dem Ausbruch des Befreiungskampfes der Griechen gegen das Osmanische Reich 1821 entstand hauptsächlich in England, Frankreich und Deutschland die Philhellenismusbewegung. Die Philhellenen waren von der antiken griechischen Kultur begeistert. Sie solidarisierten sich mit den Neugriechen und unterstützten sie durch Öffentlichkeitsarbeit, Geldspenden oder aber auch direkt mit der Waffe in der Hand in ihrem Kampf gegen den Sultan. Über die Lage in Griechenland hegten sie eine romantische Vorstellung, die von der Realität weit entfernt war.

Der Philhellenismus war in Hamburg stark ausgeprägt. Die Medien berichteten regelmäßig und ausführlich über die Revolutionsführer und den Verlauf der Revolution. Solidaritätsveranstaltungen und Ausstellungen fanden statt und griechische Literatur wurde veröffentlicht. Außerdem wurden Unterstützungsvereine gegründet und Gelder gesammelt. Zwei Gasthöfe in Ottensen erhielten die Namen „Zum Fürsten Ypsilanti“ und „Zum griechischen Hof vor Altona“. Ein achtköpfiges Komitee koordinierte die Hilfsaktionen. Seine Mitglieder waren angesehene Persönlichkeiten der Stadt, wie z. B. der Theologe Johann Gurlitt, Direktor und erster Professor des Johanneums, der Theologe und Philosoph Dr. Ludwig Christian Gottlieb Strauch, ebenfalls Professor des Johanneums und Hauptpastor in der St. Nikolaikirche, der Kaufmann Gerhard von Hosstrup, Begründer der Börse, der Weinhändler und langjährige Senator G. Chr. Lorenz Meyer sowie der Senator und spätere Bürgermeister Ascan W. Lutteroth-Legat. Letzterer war für die Finanzen zuständig. Er leitete die Spenden an das Komitee in Paris weiter. Es handelte sich um die beachtliche Summe von 33 000 Franken.

Mit dem Verein der Griechen in Paris arbeitete Johann H. Sieveking (1785-1845) sehr eng zusammen. Er leitete das Haus der Familie Sieveking in Marseille und leistete einen wichtigen Beitrag zum Befreiungskampf der Griechen. Er organisierte die Waffen- und Munitionslieferungen nach Griechenland und unterstützte Freiwillige aus verschiedenen euro-

päischen Ländern darin, von Marseille aus über Neapel nach Griechenland zu gelangen. Dort bildeten sie ein Bataillon und waren an mehreren Kampfhandlungen beteiligt. Von den insgesamt 423 Freiwilligen kamen 22 aus Hamburg und vier aus Altona. Sie waren dem Aufruf des Hamburger Majors C. W. Dannenberg „für Religion, Leben und Freiheit unseren christlichen Brüdern, den braven Griechen, zu Hilfe zu eilen“ gefolgt. Die meisten von ihnen fanden in Griechenland den Tod. Von den Überlebenden blieben manche im Land, andere kehrten nach Hamburg zurück.

Nach der Gründung des griechischen Staates 1830 nahmen Griechenland und Hamburg 1836 offizielle Handelsbeziehungen auf. Der Vertrag kam dank der Unterstützung des angesehenen Staatsmannes Karl Sieveking (1787-1847) zustande. Er hatte Altgriechisch gelernt und beherrschte auch Neugriechisch. Er kannte mehrere griechische Staatsmänner sowie die griechische Königin Amalia, die ihn 1841 in Oldenburg empfangen hatte. Mit der politischen und wirtschaftlichen Situation Griechenlands war er gut vertraut.

Aus Griechenland wurden Wein, Olivenöl und hauptsächlich Rosinen und Korinthen importiert. Von 1848 bis 1852 kamen jährlich im Schnitt zehn griechische Schiffe nach Hamburg. In diesem Zeitraum nahm das Handelsvolumen zwischen Griechenland und Hamburg um 1100 % zu. Danach ging es zurück. Ursache war die ökonomische Krise der Hansestadt.

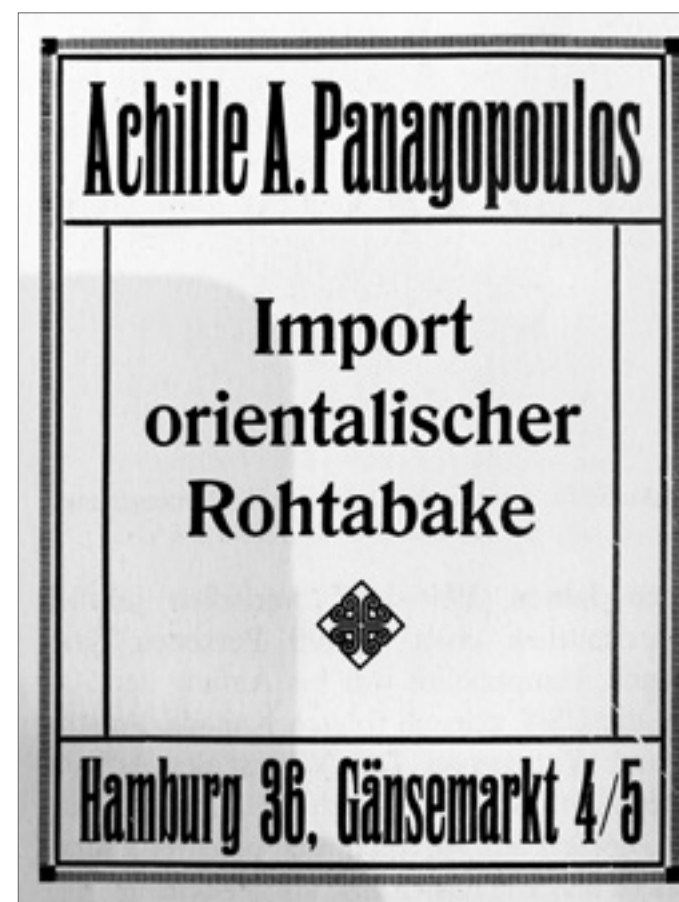
Zum ersten Konsul des griechischen Staates in Hamburg wurde 1836 George Henry Darby ernannt. Der erste griechischstämmige Konsul war der Geschäftsmann und als Hamburger Bürger eingetragene Spyridon Mavrokefalos. Er trat sein Amt 1850 an (Papadopoulos 1995, S. 12). Das Konsulat wurde 1861 zu einem Generalkonsulat aufgewertet.

Hamburg unterhielt ab Mitte des 19. Jhs. eine konsularische Vertretung in Griechenland auf der kleinen Kykladeninsel Syros. Wegen der Schiffsverbindungen war die Insel wichtig für den Transithandel. Dort befand sich auch die größte Werft Griechenlands. Außerdem gab es Manufakturen und dampfbetriebene Fabriken. Erst gegen Ende des 19. Jhs. stieg Piräus zum größten Hafen Griechenlands auf. Von 1857 bis 1859 war der griechischstämmige Kaufmann und ebenfalls als Hamburger Bürger ein-

getragene P. Rallis als konsularischer Vertreter der Hansestadt auf Syros tätig (Manos 2001, S. 67). Weitere konsularische Vertretungen unterhielt Hamburg auf Korfu, auf der ostägäischen Insel Chios und in Thessaloniki. Diese Gebiete gehörten damals noch nicht zum griechischen Staat. Nach dem Beitritt Hamburgs zum Norddeutschen Bund 1867 wurden seine konsularischen Vertretungen aufgelöst.

Während der osmanischen Zeit und vor allem im 18. und 19. Jh. waren einige Griechen sowohl innerhalb als auch außerhalb des Osmanischen Reiches als Großhändler, Kaufleute, Bankiers, Reeder, Makler usw. erfolgreich tätig. Aus einfachen Verhältnissen stammend, hatten sie sich meist durch den Handel hochgearbeitet und große Unternehmen bzw. Großhandelshäuser aufgebaut. Solche Handelsniederlassungen gab es in Konstantinopel, Thessaloniki, Smyrna, Kairo, Alexandria, Beograd, Triest, Venedig, Pisa, Mailand, Ancona, Brindisi, Rom, Neapel, Livorno, Genua, Marseille, Paris, Amsterdam, Rotterdam, London, Liverpool, Manchester, Berlin, Leipzig, München, Wien, Budapest, Bratislava, Odessa, Iasi, Braila, Constanta, Bukarest, Philippoupoli/Plovdiv usw. Eine Handelsniederlassung war auch mit der Gründung einer griechischen Gemeinde verbunden. Heute erinnern manche Familiennamen in diesen Ländern an die griechischen Vorfahren, wie z.B. der Name Karajan in Österreich. Georgios Ioannis Karagiannis stammte aus der nordgriechischen makedonischen Kleinstadt Kozani und war 1767 nach Wien ausgewandert. Durch den Handel mit Baumwolle brachte er es zu Reichtum und wurde 1792 in den Adelsstand erhoben. Er war der Urgroßvater des berühmten Dirigenten Herbert von Karajan. Ein weiteres Beispiel: Die Marke Bulgari in Italien ist eine international renommierte Firma für die Herstellung von Edelschmuck und hochwertigen Luxusartikeln. Der Gründer des Unternehmens, Sotirios Voulgaris, war Silberschmied und stammte aus der nordwestlich gelegenen kleinen griechischen Ortschaft Paramythia. Über Korfu und Neapel gelangte er nach Rom, wo er 1884 sein erstes Geschäft eröffnete. Die Familie hat immer noch Verbindungen zum Geburtsort des Gründers und unterhält dort einige Stiftungen.

Nach Hamburg kamen die ersten griechischen Kaufleute gegen Ende des 19. Jhs. Die griechische Familie Sossidi stammte aus der kleinen nordgriechischen Ortschaft Neveska/Nymphaion in der Nähe der Stadt Florina in Makedonien. Sie hatte sich in Konstantinopel niedergelassen, wo sie 1838 die Firma „Sossidi Frères“ gründete. Die Firma handelte mit Rohtabak. Nachdem der osmanische Staat 1883 das Tabakmonopol übernommen hatte, wurde das Unternehmen verstaatlicht und die Familie dafür finanziell entschädigt. Manche Familienmitglieder zogen als osmanische Staatsbürger ins Ausland, u. a. auch nach Hamburg.



Griechische Firmen in Hamburg.
Papadopoulos, S. 15



Griechische Firmen in Hamburg.
Papadopoulos, S. 15

Das Deutsche Reich war ein großer Abnehmer von Orient-Rohtabak und Zigaretten. Die Zigaretten aus Orienttabak wurden meistens in Kairo und Alexandria hergestellt. Viele Fabrikanten in Ägypten waren griechischstämmig. Das Zentrum der Zigarettenproduktion in Deutschland war Dresden. Eine der größten Zigarettenfabriken dort wurde von dem griechischen Unternehmer Jasmatzi betrieben. Die größten Anbaugelände für den Orienttabak waren Makedonien, Thrakien, westliches Kleinasien und Pontos. Samsun war der wichtigste Hafen im Pontos für den Rohtabakexport.

Nikolas Sossidi und Pangolti Angelo Pervana gründeten die Gesellschaft „Sossidi Frères de Constantinople“, die 1884 in das Hamburger Handelsregister eingetragen wurde (Rahner und Schürmann in Köse 2016, S. 140). Die Firma importierte Orient-Rohtabak. Sie gilt als die erste griechische Firmengründung in der Hansestadt. Ab 1891 waren die Brüder Nikolas und Athanase Sossidi die alleinigen Firmenbesitzer. Der Hauptsitz der Firma befand sich in der ABC-Straße 45 am Gänsemarkt. Andere Griechen aus Odessa, Alexandria, Kerasounta, Marseille usw. gründeten in den darauffolgenden Jahren ebenfalls Firmen in Hamburg.

Die Handels- und Wirtschaftsbeziehungen zwischen dem Deutschen und dem Osmanischen Reich nahmen etwa ab 1880 zu. Von 1894 bis 1912 stieg der deutsche Export in das Osmanische Reich um 1800 % und der Import um 400 %. Allein im Jahr 1908 wurden mehr als 200 deutsche Geschäfte im Osmanischen Reich eröffnet. Ein Konsortium aus Hamburger Reedern und Kaufleuten gründete 1889 die „Deutsche Levante-Linie AG (DLL)“. Die Frachtschiffe fuhren ab Hamburg und waren im östlichen Mittelmeerraum und im Schwarzen Meer unterwegs. Etwa zehn Jahre nach der Gründung wurden auch Passagierschiffe für Kreuzfahrten in diesen Gebieten eingesetzt. Vor dem Ersten Weltkrieg verfügte die Levante-Linie über 59 Schiffe. Viele von ihnen trugen griechische Namen wie Athena, Rhodos, Paros, Naxos, Samos, Aigina usw.

Die Levante-Linie gab ab 1910 die Deutsche Levante-Zeitung heraus. Nach ihrem Selbstverständnis beabsichtigte die Zeitung, die Kaufleute in Hamburg mit Informationen zu der Wirtschaft und Politik der Levante zu versorgen mit dem Ziel, die Handelsbeziehungen zwischen Hamburg und Levante auszubauen und zu intensivieren. Sie brüstete sich damit, hervorragende Kenner der Levante als Mitarbeiter gewonnen zu haben. Es gab eine Verflechtung zwischen der Levante-Linie und dem Hamburgischen Kolonialinstitut (heute das Hauptgebäude der Universität an der Edmund-Siemers-Allee am Dammtor).

Im Kolonialinstitut unterrichtete seit 1909 der Oberlehrer am Wilhelm-Gymnasium, Dr. Erich Ziebarth, Neugriechisch. Der Sprachunterricht sollte nicht nur dem Kulturaustausch zwischen Hamburg und Griechen-

land dienen sondern auch zur Verbesserung der Geschäftsverbindungen zwischen den Hamburger und den griechischen Kaufleuten beitragen. Die Nationalbank für Deutschland und die Nationalbank von Griechenland hatten z.B. 1904 gemeinsam in Smyrna die Banque d'Orient gegründet. Viele Griechen im Osmanischen Reich waren im Im- und Exportgeschäft tätig.

Bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges wurden weitere griechische Firmen in Hamburg gegründet. Die Zahl der Griechen nahm in dieser Zeit entsprechend zu. Lebten hier 1885 z.B. nur 34 Griechen, so stieg ihre Zahl 1910 auf 72. Manche Familien waren wohlhabend und unterstützten durch finanzielle Zuwendungen den Bau von Schulen und Kirchen in Griechenland.

Es wundert etwas, dass die griechische Community keinen Versuch unternommen hat, einen rechtlich anerkannten Verein zu gründen. Dadurch wäre eine bessere Vertretung ihrer Interessen möglich gewesen. Dies geschah erst auf Initiative des damaligen griechischen Generalkonsuls. Dem Verein war jedoch kein langes Leben beschert, weil Griechenland 1917 dem Krieg an der Seite der Entente beitrug und somit gegen das Kaiserreich kämpfte. Die Beziehungen kühlten merklich ab. Einige griechische Firmen in Hamburg wurden aufgegeben, manche Griechen zogen weg, der griechische Verein stellte seine Aktivitäten ein, der Versuch, eine griechisch-orthodoxe Kirche zu bauen, blieb erfolglos und die deutschen Schiffe mit griechischem Namen wurden umbenannt. Nach dem Ende des Krieges normalisierten sich die Beziehungen wieder.

Bereits 1914, einige Monate vor Beginn des Weltkrieges, war in München eine als überregional gedachte Deutsch-Griechische Gesellschaft (DGG) gegründet worden. Gründungsmitglieder waren namhafte Persönlichkeiten aus beiden Ländern. Aus Hamburg unterstützte z.B. der Erste Bürgermeister und spätere Mitbegründer der Hamburger Universität, der Philhellene Dr. Werner von Melle, die Gründung der Gesellschaft. Entsprechende Gesellschaften wie in München gab es in Athen, Thessaloniki und Smyrna.



Hamburg, Werbung der Levante-Linie.
Köse, S.247, Dawletschin-Linder/Dietert 2010, S.68

Noch während des Krieges beschlossen einige Hamburger Mitglieder der DGG, eine Ortsgruppe ins Leben zu rufen. Mit Zustimmung der DGG München wurde 1918 die Deutsch-Griechische Gesellschaft Hamburg gegründet. Das Ziel war, die Beziehungen zwischen Deutschen und Griechen in kultureller und wirtschaftlicher Hinsicht zu intensivieren und zu vertiefen. Erster Vorsitzender war Erich Ziebarth. Nach Gründung der Hamburger Universität 1919 wurde er Professor für Alte Geschichte. Er

sorgte dafür, dass ein Lektorat für Neugriechisch an der Universität eingerichtet wurde.

Ziebarth hatte immer wieder Beiträge zu Griechenland für die Levante-Zeitung geschrieben. Nun stellte die Levante-Linie der DGG Büros in ihrem Levantehaus in der Mönckebergstraße 7 zur Verfügung. Außerdem durfte die DGG die Levante-Zeitung als Mitteilungsblatt für ihre Mitglieder benutzen. Nachdem die Zeitung 1921 eingestellt worden war, gab die DGG die Zeitschrift „Hellas“ heraus. Die Finanzierung übernahmen die griechischen Geschäftsleute in Hamburg. Die DGG spielte auch eine Rolle für die Handelsbeziehungen zwischen Hamburg und Griechenland. Bis zum Zweiten Weltkrieg war der jeweilige griechische Konsul oder Generalkonsul in Hamburg Mitglied im Vorstand der DGG. Es ist nicht zufällig, dass ein Handelsvertrag zwischen Deutschland und Griechenland 1929 im Hotel Esplanade in Hamburg unterzeichnet wurde.

Die Zeit von 1920 bis zum Beginn der Naziherrschaft 1933 gilt als Blütezeit für die griechischen Kaufleute in der Hansestadt. In den Jahren 1920 und 1921 kam es zu einer starken Zuwanderung von Griechen nach Hamburg. Sie gründeten viele Unternehmen, die im Einzel- oder Familienbesitz waren. Laut dem griechischen Konsulat gab es 1923 in der Hansestadt 65 griechische Unternehmen, darunter einen Assekuranz-Makler, zwei Bankhäuser, eine Spedition, drei Zigarettenfabriken und ein Restaurant. Alle anderen Unternehmen waren im Im- und Export tätig. Weit über die Hälfte aller Unternehmen handelte mit Rohtabak. Der Hamburger Hafen stieg zum Zentrum des Rohtabakimports in Deutschland auf. Die meisten griechischen Unternehmen hatten ihren Sitz in der Innenstadt (Bieberhaus, Levantehaus, Dammtorwall, Dammtorstraße, Alsterdamm, Colonnaden, Admiralitätsstraße, Ferdinandstraße, Rödingsmarkt, Steindamm, Trostbrücke, Große Bleichen, Gänsemarkt, Spitalerstraße, Neuer Wall, Glockengießewall, Fischmarkt usw.). Ebenfalls in der Innenstadt, an der Adolphsbrücke 7, befand sich das erste in Hamburg 1923 eröffnete griechische Restaurant „Levante-Bodega“. Es war der Treffpunkt der Griechen in der Hansestadt.

Laut der Volkszählung von 1925 lebten in Hamburg 206 Griechen, 131 von ihnen männlichen und 75 weiblichen Geschlechts. Es war die größte

griechische Kolonie in Deutschland. Die DGG hatte rund 500 Mitglieder; von den 65 griechischen Firmenbesitzern waren 20 Mitglied der DGG.

Mitte der 1920er Jahre wurde auch ein eingetragener griechischer Verein unter dem Namen „Griechischer Club“ gegründet mit dem Ziel, die Solidarität unter den Mitgliedern zu fördern und zu deren geistiger und kultureller Entwicklung beizutragen. Er organisierte Vorträge, einen musikalischen Abend und eine literarische Gedenkfeier anlässlich der Zerstörung Smyrnas im September 1922. Ein Fest am 27. Dezember 1924 diente dazu, „arme studentische Flüchtlinge finanziell zu unterstützen“ (Manos 2001, S. 73).

Auch manche griechische Künstler haben in dieser Zeit ein Gastspiel in Hamburg gegeben. Panos Aravantinos stammte aus Korfu und hatte an der Kunsthochschule in Berlin studiert. Nach 1920 wirkte er zuerst in München und dann an der Staatsoper in Berlin. Er war ein international anerkannter Bühnen- und Kostümbildner für Opernvorstellungen. Er prägte einen eigenen expressionistischen Stil und entwarf das Bühnenbild für über hundert Opernvorstellungen in verschiedenen deutschen Städten und auch in London und Wien. Im Stadttheater von Hamburg hat er von 1924 bis 1930 das Bühnenbild für manche Oper von Wagner, Verdi und Meyerbeer gestaltet. Aravantinos starb 1930 in Paris.

Tito Xirellis war auf der Insel Lesbos geboren. Nach dem Gesangsstudium in Athen und Italien kam er 1926 nach Berlin. Von 1926 bis 1928 sang er als Bariton-Solist an der Staatsoper die Hauptrollen in verschiedenen Opern wie La Traviata, Carmen, Tosca, Othello, Faust usw. Er gab manches Gastspiel in Hamburg und sang dort auch im Radio. Nach Berlin setzte er seine internationale Karriere in Italien und den USA fort. Mit Maria Callas zusammen sang er 1942 in Athen und 1953 in Venedig.

Die griechisch-orthodoxe Kirche war immer der Mittelpunkt des religiösen und sozialen Lebens der Griechen im Ausland. Außerdem war sie oft für den Unterricht der griechischen Kinder zuständig. Es ist erstaunlich, dass in Hamburg, anders als in Berlin, Leipzig, Köln, Dresden und München, keine Kirchengemeinde zustande kam. Bei Bedarf an geistlichem Beistand, wie bei Hochzeiten, Taufen, Beerdigungen usw., kam ein orthodoxer Priester aus einer anderen Stadt. Vielleicht hing diese ungewöhnliche

Situation mit der konfessionellen Zugehörigkeit der Griechen in Hamburg zusammen. Nach der Volkszählung von 1925 waren 63 % von ihnen katholisch, 12 % evangelisch und 24 % oder 50 Personen „andere Christen“. Bei den letzteren handelte es sich vermutlich um die griechisch-orthodoxen Christen. Dies ist die zweite Besonderheit. Während in Griechenland 98 % der Bevölkerung griechisch-orthodox waren, betrug ihr Anteil in Hamburg nur 24 %. Die Hintergründe dafür sind nicht bekannt.

Da das Haupttätigkeitsfeld der griechischen Unternehmen der Tabakhandel war, widmete sich das Organ der DGG Hellas verstärkt dieser Thematik (Moennig in Köse 2016, S. 130f). Alle Zigarettenfabriken in Hamburg waren kleine oder mittelständische Unternehmen. Aufgrund der Weltwirtschaftskrise Ende der 1920er Jahre gingen viele dieser Betriebe ein. Der Konzern Reemtsma Cigarettenfabriken verlegte seinen Hauptsitz nach Hamburg und übernahm in jener Zeit einige dieser Betriebe, unter anderem auch das Unternehmen Sossidi.

Reemtsma kontrollierte etwa zwei Drittel der Zigarettenproduktion in Deutschland. Rund 50 % des Rohtabaks bezog die deutsche Zigarettenindustrie aus Griechenland. Die Tabakhistorische Sammlung der Firma Reemtsma, darunter auch viele Fotos aus Griechenland, befindet sich seit 2004 im Hamburger Museum der Arbeit.

Die griechische Familie Pisani stammte aus Kerasounta im Pontos. Zwei der vier Brüder waren im Bankwesen und im Im- und Export in ihrer Stadt und in Ordu tätig (KMS 2015, S. 119f). Der dritte Bruder hatte sich in Triest niedergelassen und importierte Haselnüsse aus Pontos. Der vierte und jüngste Bruder, Homère Pisani (1885-1972), zog im Jugendalter zu ihm. Mit 18 ging er dann weiter nach Hamburg. Zwei Jahre später (er war also gerade 20 Jahre alt) gründete er 1905 in Hamburg die Firma Homère Pisani. Er importierte wie sein Bruder in Triest ebenfalls Haselnüsse aus Pontos und war als Kaufmann recht erfolgreich. Er erhielt den Beinamen „Haselnusskönig“. Durch den Handel wohlhabend geworden, unterstützte er finanziell viele Griechen in ihren Bemühungen, das Osmanische Reich während des Ersten Weltkrieges und in der Zeit danach verlassen zu können. Vermutlich hat er dadurch das Leben einiger gerettet. Finanzielle Hilfe bekamen

auch viele Ankömmlinge in Griechenland von ihm nach 1922. Er vergab ebenfalls Stipendien an junge Griechen, damit sie im Ausland ihre Studien fortsetzen bzw. überhaupt aufnehmen konnten. In Hamburg unterstützte er griechische Studierende sowohl finanziell als auch durch die Bereitstellung von Unterkünften. Er ließ seine Villa in der Brahmsallee 7 entsprechend umbauen und ausstatten. Im April 1935 kamen die ersten sechs griechischen Studenten nach Hamburg. Zwei von ihnen waren pontosstämmig, drei hatten ihre Wurzeln in anderen Regionen Kleinasiens und einer stammte aus Griechenland. Die Auswahl hatten u. a. die Präsidenten der Universitäten von Athen und Thessaloniki getroffen. Die angehenden Wissenschaftler mussten ein sehr gutes Zeugnis vorweisen, mittellos sein und aus geordneten familiären Verhältnissen stammen. Bei gleichen Voraussetzungen wurden Bewerber, die pontosstämmig waren, bevorzugt. Für die Studierenden war alles (Wohnung, Essen, Studium, Bücher) gratis. Sie bekamen zusätzlich ein monatliches Taschengeld. Es herrschte das Rotationsprinzip; nach einem oder zwei Jahren kamen neue Studierende (Pontiaka Fylla 1936, S. 7f). Die Firma von Homère Pisani existiert heute noch unter dem Namen Pisani & Rickertsen GmbH.

Während der Naziherrschaft verringerte sich die Zahl der griechischen Unternehmen; 1936 waren es nur noch 30. Im selben Jahr kam eine Tanzgruppe des „Lyzeums der Griechinnen“ nach Hamburg. Das Lyzeum war 1911 als Frauenorganisation in Athen gegründet worden mit dem Ziel, sich für die Frauenrechte einzusetzen. Auch die Pflege der Bräuche, Sitten, Volkslieder, -trachten, und -tänze gehörten zu den Aufgaben des Lyzeums. Anlässlich der Olympischen Spiele in Berlin 1936 kam besagte Gruppe nach Deutschland und wirkte zusammen mit Volkstanzgruppen anderer Nationen bei der Eröffnungsfeier mit. Anschließend trat die Tanzgruppe in anderen deutschen Städten, u. a. im Rahmen des Weltkongresses für „Freizeit und Erholung“ in Hamburg, auf. Nach dem damaligen Bericht der griechischen Presse hat das Hamburger Publikum den Tanzauftritt der 44 jungen Frauen in Volkstrachten in der Hanseatenhalle begeistert aufgenommen. Es folgte noch eine weitere Tanzvorführung im „Hotel Vier Jahreszeiten“. Die jungen Frauen nahmen auch an der „Parade der Nationen“

durch die Hauptstraßen Hamburgs teil. Die Parade war eine typische Massenveranstaltung des Naziregimes, der Umzug dauerte acht Stunden und war sieben Kilometer lang.

Seit 1938 war Professor Dr. Bruno Snell Vorsitzender der DGG. Er setzte die Einrichtung von Byzantinistik und Neugrözkistik als eigenständige Studienfächer an der Universität durch. Auch eine umfangreiche Bibliothek mit griechischen Büchern ist sein Verdienst. Dabei geholfen haben griechische Kaufleute durch Spenden.

Anders als Ziebarth, der Nazisympathisant war, ging Snell auf Distanz zu dem Naziregime und ließ die Gesellschaft nicht für deren Politik missbrauchen.

Die Zahl der Griechen in Hamburg nahm weiter ab. 1939 lebten in der Hansestadt noch 179 griechische Staatsbürger. Obwohl sich das Deutsche Reich und Griechenland während des Zweiten Weltkrieges im Kriegszustand befanden, wurden die griechischen Staatsbürger in Deutschland weder verhaftet noch interniert. Während des Krieges wurden einige Unternehmen geschlossen und die Zigarettenfabrik Kyriazi-Frères, die 1925 an der Ecke Hoheluftchaussee/Breitenfelder Straße gegründet worden war, 1943 durch eine Bombe zerstört. Nur eine einzige Firma war am Ende des Krieges noch in Betrieb.

Ende Juli und Anfang August 1943 fand die „Operation Gomorrha“ statt. Britische und amerikanische Flugzeuge bombardierten zehn Tage lang Hamburg. Es starben mindestens 34 000 Hamburger, die Infrastruktur lag am Boden, 277 000 Wohnungen waren völlig oder schwer zerstört, Hunderttausende ausgebombt. Viele Tausende Hamburger mussten noch etliche Jahre nach dem Ende des Krieges in Behelfsunterkünften leben. Wenige Wochen nach der Bombardierung der Stadt organisierte Snell eine Vortragsreihe über das „Nachleben der Antike in der abendländischen Entwicklung“. Er wollte ein Zeichen gegen die Nazis und für das Weiterleben setzen.

In der Nähe von Hamburg befand sich das Konzentrations- und Arbeitslager der Nazis, Neuengamme. Da die Archive des KZs nur teilweise erhalten sind, ist erstens nicht genau bekannt, ob im Mai 1944 ein oder zwei Züge

Athen Richtung Neuengamme verließen und zweitens wie viele Griechen sie insgesamt in das KZ brachten. Die Dokumentationsstelle der Gedenkstätte Neuengamme geht heute von etwa 1200 Griechen aus. Sie wurden als Zwangsarbeiter eingesetzt. Mehr als die Hälfte von ihnen hat das KZ nicht überlebt. Nach Kriegsende kamen einige Überlebende nach Hamburg. Da es hier keine offizielle griechische Staatsvertretung gab, wurde 1945 das „Greek Komitee Hamburg“ gegründet mit dem Ziel, den Überlebenden zu helfen. Mit Unterstützung der griechischen Militärmission sorgte das Komitee für die Unterbringung, Versorgung und Rückreise dieser Menschen. Ab September 1946 übernahm die „Griechische Organisation Hamburg“ diese Aufgaben. Sie verteilte auch die Spenden des Griechischen Roten Kreuzes an die griechischen sogenannten Displaced Persons. Sie nahm auch Kontakt zu der griechischen Militärmission in Berlin auf und verhalf manchen Griechen zu einem griechischen Pass.

Nach der Volkszählung vom Oktober 1946 lebten in Hamburg 159 Menschen (88 männlichen und 71 weiblichen Geschlechts) mit griechischer Staatsangehörigkeit. 93 von ihnen hatten Griechisch und 66 eine andere Sprache als Muttersprache. Griechischer Abstammung waren 104 und einer anderen 55 (40 davon Frauen). Bei den 40 Frauen handelte es sich vermutlich um die Ehefrauen der Griechen (Manos 2001, S. 84).

6.2 Die Griechen in Hamburg nach dem Zweiten Weltkrieg

Nach dem Zweiten Weltkrieg nahm das griechische Generalkonsulat 1947 seine und zwei Jahre später auch die Deutsch-Griechische Gesellschaft ihre Arbeit wieder auf. Der Schwerpunkt der Gesellschaft lag in der Organisation und Durchführung von Vorträgen zu der Geschichte, Kultur und Archäologie Griechenlands. Wirtschaftliche Aspekte wie in der Zeit vor dem Weltkrieg spielten jetzt keine Rolle mehr. In den letzten Jahren öffnete sich die Gesellschaft auch für andere Themen wie Politik, Landeskunde, Gesellschaft, Kunst, Musik usw. Die DGG ist eine der ältesten bilateralen

Gesellschaften in Hamburg. Im April 2018 feierte sie ihr 100jähriges Jubiläum mit einem Senatsempfang im Hamburger Rathaus.

Die ersten Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg waren für viele Griechen sehr schwer. Die meisten von ihnen hatten ihren Besitz verloren und mussten bei Null anfangen. Die „Griechische Organisation Hamburg“ versuchte so gut sie konnte zu helfen. Ende 1953 stellte die Organisation ihre Arbeit ein.

Die „Griechische Gemeinde in Hamburg e.V.“ wurde 1954 gegründet. Manche Gründungsmitglieder gehörten zu den Familien, die sich bereits vor dem Zweiten Weltkrieg in der Hansestadt niedergelassen hatten (Manos 2001, S. 85f). Im darauffolgenden Jahr wurde die Gemeinde vom griechischen Staat offiziell anerkannt.

Nach dem Ende des Krieges nahmen die Griechen bis Anfang der 1950er Jahre zuerst die Dienste der russisch-orthodoxen Kirche in Anspruch. Danach entstand mit Unterstützung der Griechischen Gemeinde 1955 die griechisch-orthodoxe Kirchengemeinde vom Heiligen Nikolaos. Er ist der Schutzpatron der griechischen Seeleute, und da Hamburg einen Hafen hat, lag es nahe, die Kirchengemeinde nach ihm zu benennen. In den ersten Jahren fanden die Gottesdienste in dem Haus Nonnenstieg 17 im Stadtteil Harvestehude statt. Aufgrund der Zuwanderung wuchs die Kirchengemeinde nach 1960 stark an; die Räumlichkeiten wurden entsprechend eng. Nach den Zwischenstationen in der Neue Burg 25 und am Wiesendamm 21 überließ die evangelische Kirche der griechischen Kirchengemeinde die Schröderstiftkapelle am Schlump. Diese erwies sich aber bei Gottesdiensten an größeren Feiertagen wie z. B. Karfreitag oder Ostern als viel zu klein. Der Treffpunkt der Kirchengemeindemitglieder war in der Hallerstraße 59. In dem Haus befand sich auch die Wohnung des Priesters. Das Haus war 1976 mit der tatkräftigen Unterstützung der evangelischen und der katholischen Kirche Deutschlands erworben worden. Heute verfügt die Kirchengemeinde über ein eigenes Gotteshaus in der Sievekingsallee im Stadtteil Hamm.

Den zweiten Treffpunkt der griechischen Community in den ersten Dekaden nach 1960 organisierte die evangelische Kirche mit ihrem Dia-

konischen Werk. Sie stellte Mittel und Räume in der Bundesstraße 101 im Bezirk Eimsbüttel zur Verfügung. Es war gleichzeitig eine Begegnungsstätte (Theater-, Tanz-, Frauengruppen usw.) und Beratungsstelle für viele Arbeits- und Lebensbereiche.

Auch Griechischunterricht für griechische Schüler wurde angeboten. Nach einigen Jahrzehnten stellte das Diakonische Werk seine Arbeit ein.

Die Griechische Gemeinde in Hamburg e.V. galt politisch als konservativ eingestellt. Der Vorstand fürchtete eine eventuelle politische Ausrichtung der Gemeinde nach links und verweigerte den zugewanderten Studenten und Arbeitnehmern lange Zeit die Mitgliedschaft mit der Begründung, sie würden nur vorübergehend und nicht dauerhaft in der Hansestadt wohnen. Letztere gründeten daraufhin 1961 die „Griechische Vereinigung e.V.“ (später Gemeinde der Griechen von Hamburg und Umgebung e.V.). Die Räumlichkeiten, deren Finanzierung größtenteils die Behörde für Arbeit, Gesundheit und Soziales übernommen hatte, befanden sich am Bahrenfelder Steindamm im Bezirk Altona. Die Gemeinde arbeitete mit anderen Organisationen, u. a. mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund/Zentralstelle für ausländische Arbeitnehmer, zusammen und unterstützte griechische Demokraten in ihrem Engagement gegen die Junta. Ab 1991 war die Gemeinde als gemeinnütziger Verein anerkannt. Zahlenmäßig hatte sie die meisten Mitglieder, 1993 waren es über tausend (Papadopoulos 1995, S. 30). In den letzten Jahren ist sie aber sehr zusammengeschrumpft.

Anfang der 1960er Jahre studierten etwa 200 Griechen an der Universität Hamburg. Sie gründeten den Studentenverein „Hellas“. Es ging nicht so sehr um die Hilfe z. B. bei Behördengängen oder bei der Suche nach einer Wohnung oder einem Job, sondern primär um Parteipolitik. Der Widerstand gegen die Militärjunta in Griechenland spielte dabei eine wichtige Rolle. In den 1970er Jahren gab es mehrere linke Gruppierungen und eine starke politische Polarisierung. Manche träumten von einer Weltrevolution des Proletariats. Einige Jahre später ließ das Interesse an Politik nach. Heute gibt es keinen griechischen Studentenverein mehr.

In Hamburg kam es in der Nacht auf den 17. Februar 1962 aufgrund einer Sturmflut zu einer Katastrophe. Einige Deiche brachen, es gab

Überschwemmungen und 315 Menschen verloren ihr Leben. Die griechische Regierung wollte den Not leidenden Menschen in Norddeutschland helfen und beschloss, 500 Tonnen Korinthen (Rosinen) und 20 Tonnen Sultaneinen per Schiff nach Hamburg zu schicken. Schleswig-Holstein, Bremen und Niedersachsen lehnten ab, weil sie zu wenig betroffen waren. Hamburg hatte ebenfalls keinen Bedarf und lehnte gleichfalls ab. Nun intervenierte das Auswärtige Amt. Eine Ablehnung hätte die griechische Regierung brüskiert. Angesichts der Tatsache, dass Griechenland im Zweiten Weltkrieg stark unter dem Nazi-Regime gelitten hatte, war dieses Hilfsangebot der griechischen Regierung als großzügige Geste der Versöhnung, Solidarität und Normalität in den Beziehungen zwischen den beiden Ländern zu interpretieren. Der Hamburger Senat willigte in die Annahme ein, wusste aber nicht, was er mit der Fracht anfangen sollte. Die Sozialbehörde konnte höchstens 20 Tonnen verteilen und in Krankenhäusern und Altenheimen konnten maximal weitere 25 Tonnen untergebracht werden. Die Lösung war gefunden, als der Schulsenator die Verteilung an die Schulkinder vorschlug. Die 22700 Kartons wurden nach den Frühjahrsferien verteilt. Nach den Recherchen des Hamburger Historikers Rainer Scheppelmann bekam jedes Kind ein Pfund Korinthen (Griechenland Zeitung, Nr. 569 vom 8.3.2018). Um sich für diese Hilfsbereitschaft des griechischen Staates zu bedanken, stellte der Hamburger Senat der griechischen Gemeinde ein Grundstück zur Verfügung. Ein eigenes Kirchengebäude sollte darauf errichtet werden. Da aber die Gemeinde nicht über die notwendigen finanziellen Mittel verfügte, fiel das Grundstück an die Stadt zurück.

Von 1967 bis 1974 herrschte die Junta in Griechenland. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands war von Anfang an strikt gegen sie und half den Griechen, die sich gegen die Diktatur engagierten, sowohl in Deutschland als auch in Griechenland. Durch Spendenaktionen wurden z. B. Gelder gesammelt und heimlich nach Griechenland gebracht, um die Familienangehörigen der Verfolgten zu unterstützen. Hamburg als SPD-regiertes Bundesland verfuhr ähnlich. Manche Griechen, deren Pass die Obristen eingezogen hatten, bekamen in der Hansestadt einen Fremdenpass ausgestellt. Damit war ihr Aufenthalt in Deutschland gesichert. Die

ehemalige Schauspielerin und Kultusministerin Griechenlands Melina Mercouri (gest. 1994, Anfang der 1960er Jahre durch den Film „Ein Schiff wird kommen“ weltbekannt geworden) hatte der Junta den Kampf angesagt. Sie besuchte mehrere Städte in Deutschland, darunter auch Hamburg, um auf die politischen Missstände in ihrem Heimatland aufmerksam zu machen.

Die überwiegende Mehrheit der Griechen kam mit der Absicht nach Deutschland, hier einige Jahre zu arbeiten und dann wieder nach Griechenland zurückzukehren. Auch vom deutschen Staat war nicht vorgesehen, dass die Arbeitsimmigranten dauerhaft in der BRD bleiben sollten. Deren Aufenthaltsgenehmigung bzw. -erlaubnis war entsprechend befristet. Die Aufenthaltszeit wurde aber immer länger und viele holten ihre Frauen und Kinder aus dem Heimatland nach oder gründeten in der BRD eine Familie. Die Frage der schulischen Ausbildung ihrer Kinder beschäftigte die griechischen Eltern in Hamburg sehr stark. Die Lebensplanungen der Familien waren sehr unterschiedlich. Manche beabsichtigten, nach Griechenland zurückzukehren, und wünschten sich für ihre Kinder möglichst viel Griechischunterricht. Andere wiederum wollten oder konnten sich nicht festlegen und bevorzugten die deutsche Schule mit griechischem Ergänzungsunterricht am Nachmittag. Der griechische Staat hatte bereits 1965 griechische Klassen am Nachmittag eingerichtet. Die Lehrkräfte kamen aus Griechenland und arbeiteten nach den Lehrplänen und Schulbüchern der Schulen in Griechenland. Der Nachmittagsunterricht war für die Schulkinder anstrengend und zeitaufwendig.

Um möglichst vielen Elternwünschen gerecht zu werden, wurden Alternativmodelle gesucht. Die Hamburger Schulbehörde richtete Ende der 1970er Jahre im Einvernehmen mit dem griechischen Erziehungsministerium an den Grundschulen Hohe Landwehr (Burgstraße) im Stadtteil Hamm und bei der Katharinenkirche in der Innenstadt die griechischen Nationalen Übergangsklassen ein. Der Besuch dieser Klassen war freiwillig. Die Klassen 1 bis 4 bestanden nur aus griechischen Kindern. Sie besuchten die Schule vormittags.

Einige Fächer wurden auf Deutsch und einige auf Griechisch unterrichtet. Mit zunehmendem Schulalter nahm der Anteil des Unterrichts in griechischer Sprache zu.

chischer Sprache ab und der des Unterrichts in deutscher Sprache zu. Parallel zu diesen Klassen gab es die Regelklassen. In manchen Fächern fand gemeinsamer Unterricht statt. Das Zeugnis der Nationalen Übergangsklassen wurde sowohl in Hamburg als auch in Griechenland anerkannt.

Nachmittagsunterricht wurde weiterhin für die Klassen 1 bis 6 und für die Klassen 7 bis 9 (griechisches Gymnasium) angeboten. Für die Klassen 10 bis 12 (griechisches Lyzeum) fand der Unterricht vormittags statt. Heute wird nur noch Nachmittagsunterricht für die Klassen 1 bis 6 angeboten. Die Nationalen Übergangsklassen, das Gymnasium und das Lyzeum existieren nicht mehr. Die Übergangsklassen wurden abgeschafft, weil aufgrund der Remigration die Zahl der griechischen Schulkinder Ende der 1990er Jahre stark abgenommen hatte. Auch das Gymnasium und das Lyzeum mussten ihren Betrieb im Rahmen der Sparmaßnahmen des griechischen Staates einstellen.

Die 1980er Jahre gelten als die „goldene Zeit“ der griechischen Gastronomie in Hamburg. Knapp 350 Restaurants, Tavernen, Gaststätten und Imbissbetriebe wurden von Griechen geführt, viele als Familienunternehmen. Die Rezession Ende der 1990er Jahre und vor allem die Verteuerung durch die Einführung der Eurowährung hatten eine negative Auswirkung auf das Konsumverhalten der Menschen. Es wurde nicht mehr so häufig ausgegangen. Darunter litt auch die Gastronomie. Etliche Griechen verkauften ihr Geschäft; manche zogen aus Hamburg weg. Viele kehrten nach Griechenland zurück. Nur etwa die Hälfte der Gastronomieunternehmen von damals sind heute immer noch in Betrieb. Nicht nur die Gastronomie sondern auch der Tourismus nach Griechenland erlebte in den 1980er Jahren eine Blütezeit. Mehrere griechische Reisebüros waren in der Branche tätig, die meisten von ihnen existieren heute nicht mehr. Ein weiteres Tätigkeitsfeld der griechischen Unternehmer war die Schifffahrt. Schiffsbetriebe, Schiffsausrüster und Schiffsagenten versorgten die griechische Handelsflotte. Etwa 50% der europäischen und 20% der weltweiten Tonnage befindet sich in griechischem Besitz. „Die unter griechischer Flagge fahrenden Schiffe belegen in der Regel den dritten Platz des Schiffsverkehrs im norddeutschen Raum“ (Italaander 1986, S.148).

Die Zahl der Griechen in Hamburg schwankte ähnlich wie die Zahl der Griechen im gesamten Bundesgebiet. Die folgende Tabelle gibt einen chronologischen Überblick (die Angaben sind dem Statistischen Landesamt der Freien und Hansestadt Hamburg entnommen):

Jahr	Zahl der Griechen
1956	337
1959	541
1960	698
1961	1 177
1967	5 684
1974	8 426
1981	6 801
1989	7 403
1996	8 681
2003	7 640
2011	6 230
2012	8 337
2016	6 969
2017	7 060

(Stichtag 31.12. 2017)

Statistisch auffällig ist das Jahr 2012. Zwei Jahre nach dem Ausbruch der Wirtschafts- und Finanzkrise in Griechenland kamen in einem Jahr 2107 Griechen nach Hamburg. Bereits vier Jahre später hatten 1368 Griechen die Hansestadt wieder verlassen. Es war für sie offensichtlich auch in Hamburg nicht leicht, eine Arbeit zu finden.

Als die Arbeitsmigranten in den 1960er Jahren nach Deutschland kamen, waren sie durch den Anwerbevertrag sofort mit Arbeit und Wohnung versorgt. Als angelernte Arbeiter verrichteten sie eine Arbeit, bei der keine umfangreichen Kenntnisse in der deutschen Sprache erforderlich waren. Heute ist die Situation anders. Es werden zwar qualifizierte Fachkräfte gesucht, aber gute Deutschkenntnisse sind notwendig. Ungelernte Arbeitskräfte ohne Sprachkenntnisse haben es schwer, auf eigene Initiative eine Arbeit zu bekommen.

Von den griechischen Arbeitsmigranten der 1960er und 1970er Jahre ging ein Teil nach einigen Jahren Arbeit in Hamburg nach Griechenland und versuchte dort eine neue Existenz aufzubauen. Andere kehrten nach der Rente in die Heimat zurück, um dort ihren Lebensabend zu verbringen. Von den ehemaligen Studierenden fanden einige nach dem Studium Arbeit in Deutschland und blieben hier, andere kehrten nach Griechenland zurück. Manche machten eine Hochschulkarriere in der BRD oder in Griechenland, andere gingen in die griechische Politik, einer wurde ein sehr bekannter Filmproduzent in Athen. Einige Kinder der Remigrierten studierten später an der Hamburger Universität. Nach dem Beginn der Wirtschafts- und Finanzkrise 2010 in Griechenland kehrten einige Griechen nach Hamburg zurück, die als Kinder in der Hansestadt geboren und aufgewachsen und später mit ihren Familien in das Heimatland umgezogen waren.

Andere blieben in Hamburg, weil der Mittelpunkt ihres Lebens in der Hansestadt ist. Hier leben und arbeiten ihre Kinder, die selbst wieder Familien gegründet haben, hier haben sie ihre medizinische Versorgung und ihre sozialen Netzwerke. Wenn sie in Griechenland in ihrem Geburtsort Urlaub machen, erleben sie oft, dass die Verwandten, Freunde und Nachbarn aufgrund von Todesfällen oder Umzügen immer weniger werden. „Ich kenne fast niemanden mehr da“, sagen einige nach dem Urlaub.

Da sie in die Jahre gekommen sind, haben sie sich aus dem aktiven Gemeinde- und Vereinsleben zurückgezogen. Dies hat Auswirkung auf deren Mitgliederzahl. Die zweite Generation wiederum engagiert sich nicht sehr stark in den verschiedenen Aktivitäten der griechischen Community. Sie zieht es vor, ihre Freizeit lieber im Familien- oder Freundeskreis zu verbringen.

Auch die jüngere Generation, die in den letzten Jahren nach Hamburg gekommen ist, hat kein großes Interesse, sich zu engagieren. Deren Situation ist eine ganz andere als damals in den 1960er Jahren. Die „Gastarbeiter“ stammten meist vom Lande. Sie waren in kleineren Ortschaften aufgewachsen, hatten ihren Wohnort selten verlassen und sprachen keine Fremdsprache. Die Gemeinschaft spielte dort eine große Rolle für die sozialen Kontakte. Als sie nach Deutschland kamen, wurden sie mit einer ganz anderen

Welt konfrontiert. Alles war neu, die Arbeit in der Fabrik, das Klima, der Stellenwert der Familie, die zwischenmenschlichen Beziehungen usw. An der hiesigen Gesellschaft konnten sie nicht voll teilhaben, da sie die deutsche Sprache nicht beherrschten. Sie waren auf den Dolmetscher im Betrieb angewiesen. Griechenland war damals weit weg; die Kommunikation erfolgte durch Briefe. Die jährliche Urlaubsfahrt mit dem Auto dauerte zwei Tage bis Nordgriechenland.

Die Kirche, die Gemeinden und die Vereine boten einige Möglichkeiten, sich zumindest für eine begrenzte Zeit wieder „heimisch“ zu fühlen. Daher suchten sie den Kontakt zu diesen Einrichtungen.

Bei der heutigen jüngeren Generation ist es anders. Nach der Schule ziehen die jungen Menschen meist von zu Hause aus und studieren in griechischen Großstädten oder im Ausland. Sie sprechen Englisch, können mehrmals täglich mit Griechenland kommunizieren und sind mit dem Flugzeug in weniger als drei Stunden in Thessaloniki oder Athen. Für diese Generation ist Griechenland viel „näher“ als für die Generation der 1960er Jahre. Daher haben sie im Ausland vermutlich nicht das Bedürfnis nach einer „Heimatinsel“. Sie ziehen es vor, ihre Freizeit im Freundes- oder Bekanntenkreis zu verbringen. Diese Tendenz bei der jüngeren Generation ist nicht nur bei den Griechen zu beobachten. Auch andere Migrantenvereine bzw. -gemeinden machen ähnliche Erfahrungen. Eine Rolle dürften dabei auch die veränderten Arbeitsbedingungen spielen. In den letzten Jahren ist die Arbeitsbelastung für sehr viele Menschen mehr und die Freizeit weniger geworden. Vielleicht entspricht aber auch das Angebot der traditionellen Gemeinden und Vereine nicht mehr den Bedürfnissen und Interessen der jüngeren Generation.

Die Griechen gelten gesellschaftlich und beruflich als eine gut integrierte Migrantengruppe in Hamburg. Viele Kinder der ehemaligen „Gastarbeiter“ haben eine Ausbildung absolviert oder studiert und haben sich hochgearbeitet. Eine Tagesschausprecherin im Ersten Fernsehprogramm ist ein solches Kind der zweiten Generation. Die Griechen fallen weder durch Kriminalität noch durch extreme politische Aktivitäten auf. Sie bereiten der Gesellschaft keine Probleme. Durch ihre Gastronomie und Musik berei-

chern sie kulinarisch und kulturell die Hansestadt. Es gibt etliche deutsch-griechische Kontakte, u. a. auch viele Mischehen. Als EU-Bürger haben die Griechen bei Kommunalwahlen das passive und aktive Wahlrecht und können die Politik mitgestalten. Auch die interreligiöse Kooperation mit den Kirchen verläuft problemlos.

Getrübt wurde das Verhältnis nach dem Ausbruch der letzten Wirtschaftskrise durch die beispiellose Hetze mancher Massenmedien in der BRD gegen Griechenland. In deren Berichterstattung waren alle Griechen faul, korrupt, bestechlich und lebten auf Kosten der deutschen Steuerzahler. Die Situation hat sich aber längst wieder normalisiert.

Heute gibt es in Hamburg das griechische Generalkonsulat, die griechisch-orthodoxe Kirchengemeinde vom Heiligen Nikolaus, die Griechische Gemeinde in Hamburg e.V. von 1954, die Gemeinde der Griechen in Hamburg und Umgebung e.V., die Griechische Gemeinde in Bergedorf und Umgebung e.V., die Deutsch-Griechische Gesellschaft, die Deutsch-Griechische Juristen-Vereinigung e.V., den Verein der Epiroten in Hamburg und Umgebung e.V., den Verein der Thrakier in Hamburg und Umgebung e.V., den Verein der Pontosgriechen in Hamburg und Umgebung e.V., den Verein der Kreter e.V., den Verein griechischer Eltern und Erziehungsberechtigter in Hamburg und in Harburg e.V. sowie einen Fußballverein.

Die Griechische Gemeinde ist neben der orthodoxen Kirche die einzige Einrichtung, die eigene Räume besitzt. Evdokimos Gounaropoulos (1889-1965) war in den 1920er Jahren als Tabakimporteur tätig. Er besaß ein Haus in der Wrangelstr. 59. In seinem Testament vermachte er das Haus nach seinem und dem Tod seiner Frau der Griechischen Gemeinde. Als seine Frau 1988 starb, erbte somit die Gemeinde das Haus. Sie verkaufte es und erwarb mit dem Erlös die jetzigen Räumlichkeiten im Doormannsweg 22 im Bezirk Eimsbüttel. Die Einweihung fand 2001 statt (Elliniki Koinotis Ambourgou 2004, S. 23, 33f).

Die Gemeinde hat seit 1974 finanziell verschiedene Einrichtungen wie z. B. die orthodoxe Kirche, die Deutsch-Griechische Gesellschaft, griechische Schulen und Kindergärten und auch einzelne Personen wie mittellose Studenten und Schüler, Erdbebenopfer in Griechenland, zypriotische

Kinder, die mit ihren Eltern nach der türkischen Invasion 1974 aus dem nördlichen Teil der Insel geflohen waren, unterstützt. Die meisten Zuwendungen bekam die Kirche; von 1954 bis 2004 waren es umgerechnet etwa 400 000 Euro (Elliniki Koinotis Ambourgou 2004, S. 35). Der Arzt Dr. Christos Delis war von 1979 bis zu seinem Tod 2015 sowohl Vorsitzender als auch „die gute Seele“ der Gemeinde.

An der Universität kann Byzantinistik oder Neugräzistik studiert werden. Griechischunterricht für griechische Schulkinder wird am Nachmittag angeboten. Griechischunterricht für Erwachsene findet in Privatschulen oder in der Volkshochschule statt. Letztere bietet manchmal eine ganze Woche unter dem Thema „Griechische Tage“ an. Es finden verschiedene Veranstaltungen zur Kultur, Sprache, Landeskunde usw. statt. Griechische Tänze können bei dem Deutsch-Griechischen Tanzkreis Syrtos e.V. oder in manchen anderen Kursen oder Tanzseminaren erlernt werden.

Alljährlich gibt es einige feste Veranstaltungen, dazu gehören die Kirchenfeste (wobei das Osterfest mit Abstand das größte ist), der Weihnachtsbasar der Kirchengemeinde im November, die beiden Nationalfeiertage im März und im Oktober und die Gedenkfeier für die Opfer des Konzentrationslagers Neuengamme im Mai. Die Vereine haben außerdem einmal im Jahr ihre eigene große Feier.

Nach dem Ausbruch der Wirtschaftskrise in Griechenland haben in der Hansestadt manche Veranstaltungen zu dieser Thematik und zu der Frage der deutschen Kriegsschulden aus der Zeit des Zweiten Weltkrieges stattgefunden. Organisiert waren diese Diskussionsrunden bzw. Vorträge meistens in Kooperation mit dem griechischen Generalkonsulat, u. a. von der Handelskammer, der Friedrich-Ebert-Stiftung, der Konrad-Adenauer-Stiftung, der Landeszentrale für politische Bildung und dem Deutschen Schauspielhaus in Zusammenarbeit mit der Heinrich-Böll-Stiftung. Manche griechische Ärzte haben in Hamburg über die prekäre Lage des Gesundheitssystems in Griechenland berichtet. Mit dem Erlös aus Solidaritätsveranstaltungen und Benefizkonzerten werden in Griechenland Gesundheitszentren mit Medikamenten, Krankenhäuser mit medizinischen Geräten sowie soziale Einrichtungen oder Opfer von Naturkatastrophen unterstützt.

Im kulturellen Bereich finden manchmal Lesungen, Kunstausstellungen oder Gastspiele griechischer Theatergruppen statt. Die griechische Laientheatergruppe Theatrikon e.V. in Hamburg hat einige Werke griechischer und anderer Autoren aufgeführt. Alljährlich finden unter der Schirmherrschaft des griechischen Generalkonsulats die griechischen Filmtage statt. Der Filmregisseur Theo Angelopoulos (Reise nach Kythera, Landschaft im Nebel, Der Bienenzüchter, Die Ewigkeit und ein Tag usw.) hat manche internationalen Filmpreise gewonnen. Anlässlich der Vorführung seiner Filme war er einige Male in Hamburg und hat über sein Werk berichtet.

Von allen kulturellen Aktivitäten steht die Musik im Vordergrund. Vicky Leandros ist in Hamburg aufgewachsen und begann hier auch ihre Karriere. Sie prägte die Schlagermusik in Deutschland entschieden mit. Im Bereich der klassischen Musik haben manche Griechen an der Musikhochschule der Hansestadt studiert und später eine Hochschulkarriere gemacht. Heute gibt es professionelle griechische Musiker, die bei verschiedenen Veranstaltungen für Stimmung und die richtige Tanzmusik sorgen. Auch Laienmusiker wirken bei verschiedenen Anlässen wie z. B. Benefizkonzerten mit beachtlichem Niveau mit. Mikis Theodorakis und Nana Mouskouri haben früher hier Gastspiele gegeben. Beide waren sehr beliebt, allerdings jeweils bei einem sehr unterschiedlichen Publikum. Gastspiele geben auch der international renommierte Geigenvirtuose Leonidas Kavakos und der Dirigent Teodor Currentzis. Letzterer gilt weltweit als einer der innovativsten zeitgenössischen Dirigenten.

6.3 Die Pontosgriechen in Hamburg

Die Zahl der Pontosgriechen in der Hansestadt kann nur geschätzt werden. Wenn ihr prozentualer Anteil wie im gesamten Bundesgebiet zwischen 30 und 35 % aller hier lebenden Griechen beträgt, dürfte ihre Zahl in Hamburg, wo etwa 7000 Griechen leben, ungefähr zwischen 2000 und 2500 liegen. Vielleicht ist ihr Anteil aber auch höher. Viele Kinder der zweiten

oder dritten Generation haben sowohl die griechische als auch die deutsche Staatsangehörigkeit oder nur die letztere. Sie werden in der Statistik der Bundesbehörde nicht als Griechen geführt. Die pontosstämmigen Griechen in Hamburg sind sowohl ein Teil der Pontosgriechen in ganz Deutschland als auch ein Teil der griechischen Community in der Hansestadt. Ihre Lebensläufe sind ähnlich wie bei den anderen Griechen. Sie stammen überwiegend aus der Region Makedonien in Nordgriechenland, sind als Arbeitsmigranten in den 1960er Jahren nach Hamburg gekommen, haben in verschiedenen Wirtschaftssektoren (die meisten im verarbeitenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich) oder als Selbstständige gearbeitet, Familien gegründet, ihre Kinder in deutsche Schulen und manchmal in den ergänzenden Griechischunterricht am Nachmittag geschickt, die Dienste der griechisch-orthodoxen Kirche in Anspruch genommen, waren Mitglieder der Gemeinde(n) oder des Pontischen Vereins usw. Es gab keine Wohnkonzentration auf einen bestimmten Stadtteil, sondern sie waren über die ganze Stadt verstreut. Die meisten wohnten in Altona, Hamburg-Mitte, Eimsbüttel und Harburg. Viele sind als Rentner nach Griechenland zurückgekehrt und pendeln seitdem zwischen dem Heimatort und der Hansestadt. Ihre Kinder haben selbst Familien gegründet und sind in der hiesigen Gesellschaft fest verwurzelt.

Was jedoch die Pontosgriechen von den anderen Griechen unterscheidet, sind der pontische Dialekt und das kollektive Gedächtnis der Vertreibung und des Völkermordes. Die sprachliche Homogenität ist in Griechenland und dementsprechend auch unter den Griechen in Deutschland sehr groß. Nur der pontische Dialekt ist nicht verständlich. Die Pontosgriechen der ersten Generation sprachen neben dem Standardgriechisch auch den pontischen Dialekt. Nach Einschätzung des Verbandes der Pontosgriechen in Europa können in Deutschland von der zweiten Generation etwa 20-30 % den Dialekt sprechen und rund 60-70 % ihn verstehen. Bei der dritten Generation sind diese Anteile geringer. Ähnlich ist die Situation auch in Griechenland. In Ortschaften, in denen nur Pontosgriechen wohnen, ist deren Alltags- und Kommunikationssprache der pontische Dialekt. Wenn aber in der Umgebung mehrheitlich das Standardgriechisch gesprochen wird,

nimmt der Anteil der Pontosgriechen, die den pontischen Dialekt beherrschen, von Generation zu Generation kontinuierlich ab. Die pontischen Vereine in Griechenland versuchen dem entgegenzuwirken und haben seit einigen Jahren entsprechende Sprachkurse eingerichtet. Der Pontische Lehrerverband hat 2013 ein Handbuch für Erwachsene zum Erlernen des pontischen Dialekts herausgegeben. Einen wichtigen Beitrag beim Lernen des Dialekts leisten die pontischen Volkslieder. Viele Volkstänze werden von den Volksliedern begleitet. Die Texte werden auf Pontisch gesungen. Die Kinder und Jugendlichen, die am Tanzunterricht teilnehmen, haben dadurch einen Zugang zum Dialekt. Durch das wiederholte Üben der Tänze prägen sich auch die Texte ein.

Vertreibung und Völkermord sind für die Mitglieder der betroffenen Gruppe zwei massive traumatische Erlebnisse und Erfahrungen, die von Generation zu Generation weitergegeben werden. Dies ist auch der Fall bei den Pontosgriechen. Sie wissen über die leidvolle Geschichte ihrer Familien sehr gut Bescheid. Dazu gehören solche Fakten wie z. B., in welchem Ort ihre Vorfahren gelebt haben, wo das Familienhaus stand, ob es Opfer gegeben hat, unter welchen Umständen sie nach Griechenland gekommen sind, mit welchen Schwierigkeiten sie als Ankömmlinge konfrontiert wurden. Manche haben sogar das Kloster Soumela in der Türkei besucht. Ein großer Wunsch der Pontosgriechen in Hamburg ist die internationale Anerkennung des Völkermordes an ihren Vorfahren.

In Hamburg gründeten die Pontosgriechen 1977 den Verein „Enosis Pontion-Hamburg e.V.“ (Vereinigung der Pontosgriechen). Der Verein bietet Tanzunterricht für Kinder und Jugendliche an. Es gibt auch Laienmusiker, die traditionelle Musikinstrumente spielen. Andere Aktivitäten des Vereins sind das alljährliche Weihnachtsfest mit Live-Musik, der Gottesdienst am Gedenktag des Völkermordes, Auftritte der Tanzgruppe bei verschiedenen Anlässen, Organisation des Jugend-Tanzfestivals in Hamburg, Teilnahme als Kooperationspartner an verschiedenen Veranstaltungen der Landeszentrale für politische Bildung zum Thema Völkermord an den Christen im Osmanischen Reich usw. Der Verein ist auch Mitglied des Verbandes der Vereine der Griechen aus Pontos in Europa.

Ein Ziel des Vereins ist die Pflege der Tradition und ihre Weitergabe an die nächste Generation. Sein Wunsch ist ebenfalls die internationale Anerkennung des Völkermordes.

Exkurs

Die Politik der türkischen Regierungen nach Ausrufung der Republik im Oktober 1923 ist von starkem Nationalismus und der Türkisierung der Gesellschaft geprägt. Die verbliebenen Griechen auf den Inseln Imvros und Tenedos sowie in Istanbul sind von dieser Politik hart getroffen worden. Imvros und Tenedos hatten aufgrund der demografischen Zusammensetzung der Bevölkerung im Friedensvertrag von Lausanne das Recht auf Selbstverwaltung erhalten. Bereits 1927 schränkte die türkische Regierung diesen Sonderstatus ein und schloss die griechischen Schulen.

Nach der türkischen Volkszählung von 1935 lebten damals in der Türkei etwa 125.000 Griechen und griechischstämmige türkische Bürger. Im April 1941 marschierte die Wehrmacht in Griechenland ein. Obwohl die Türkei im Weltkrieg neutral war, rief die türkische Regierung alle nichtmuslimischen Männer zwischen 20 und 45 zu den Waffen. Darunter waren rund 15.000 Griechen. Das war eine eindeutige Parteinahme für die Nazis. Die Einberufenen wurden erst nach sechs bis zwölf Monaten entlassen.

Sowohl zur Aufrüstung des Militärs als auch zur Bekämpfung der Inflation brauchte die türkische Regierung Geld. Sie erhob im November 1942 eine Sondervermögenssteuer (Varlik Vergisi). Diese Steuer traf die nichtmuslimischen Selbstständigen und Geschäftsbesitzer sehr hart. Die Höhe der Steuer wurde von der Behörde willkürlich festgelegt. Nichtmuslime mussten wesentlich mehr als Muslime bezahlen. Einspruch war nicht gestattet. Der Betrag musste binnen 15 Tagen entrichtet werden. Bei Versäumnis fielen Zinsen an. Konnte die Steuer innerhalb eines Monats nicht entrichtet werden, wurde das Vermögen verpfändet und versteigert. Um möglichst schnell die erforderliche Summe aufzutreiben zu können, verkauften viele Immobilienbesitzer ihr Eigentum weit unter dem Marktpreis. Reichte die Summe immer noch nicht aus, die Schulden zu begleichen, wurden die zahlungsunfähigen Steuerpflichtigen zur Zwangsarbeit verurteilt. Das Arbeitslager war in Askale, es lag zwischen Erzurum und Bayburt. Die Temperaturen im Winter fielen dort auf bis zu 35 Grad minus. Die Zwangsarbeiter wurden

zu schweren körperlichen Arbeiten unter erbärmlichen Bedingungen eingesetzt. Beschwerden gegen die Wohn- und Arbeitsverhältnisse waren nicht zugelassen. Von den 1869 Verurteilten in Istanbul waren etwa 500 Griechen, die anderen waren Armenier, Juden und Muslime. Sie bekamen jeden Tag zwei türkische Lira als Arbeitslohn. Das Geld wurde aber nicht ausbezahlt, sondern eine Lira wurde für die Lebenshaltungskosten und die andere für die Steuerschulden einbehalten. Manche hatten ausgerechnet, dass sie 200 - 300 Jahre hätte arbeiten müssen, um freizukommen. Insgesamt starben 21 Zwangsarbeiter, zehn konnten ins Ausland fliehen (Lymperopoulos in Schirmacher/Klingberg/Warnecke: Religionsfreiheit 2018, S. 149f). Das Finanzministerium nahm durch die Sondervermögenssteuer 315 Millionen türkische Lira ein. 280 Millionen davon waren der Beitrag der Nichtmuslime obwohl deren Bevölkerungsanteil in der Gesamttürkei nur bei 2 % lag. Sie entrichteten somit 89 % der Steuer. Der Anteil der Griechen an der Gesamtbevölkerung lag bei 0,5 %, sie entrichteten also 20 % der Steuer.

Die Jungtürken hatten den Ersten Weltkrieg genutzt, um die Christen physisch und wirtschaftlich zu vernichten. Der türkische Staat nutzte den Zweiten Weltkrieg, um die Nichtmuslime finanziell zu ruinieren.

Während des Zweiten Weltkrieges verließen über 4500 Juden die Türkei und zogen nach Palästina (Guttstadt 2008, s. 210).

Zypern war seit 1878 britisches Protektorat und seit 1925 britische Kronkolonie. Die Türkei hat dies anerkannt und auf alle Ansprüche verzichtet. Erzbischof Makarios bestimmte ab 1950 die Politik Zyperns mit. Er bezweckte die Vereinigung der Insel mit Griechenland. Die britische Kolonialmacht war jedoch strikt dagegen. Daraufhin begann am 1. April 1955 eine zypriotisch-griechische Untergrundgruppe den bewaffneten Kampf gegen die Briten.

Um den Konflikt zu lösen, sollten ab dem 29. August Gespräche in London stattfinden. Die britische Regierung lud auch die türkische Regierung dazu ein, um Athen unter Druck zu setzen. Unter der Behauptung, die Griechen planten auf Zypern ein Massaker gegen die Türken, fanatisierte die türkische Presse die Bevölkerung. In der Türkei war ein staatlich organisier-

tes Pogrom vorbereitet worden. Nationalisten und der Mob (es sollen bis zu 100.000 gewesen sein) zogen am 6./7. September durch Istanbul. Sie mordeten, vergewaltigten, plünderten und zerstörten griechisches Eigentum. Polizei und Militär sahen nur zu. Die Bilanz des Pogroms: Zwölf Hotels, 21 Fabriken, 23 Lagerhäuser, 27 Apotheken, 36 Schulen, 80 Kirchen, 97 Restaurants, 2640 Wohnungen bzw. Wohnhäuser und 4212 Läden wurden zerstört. Auf beiden griechischen Friedhöfen war es zu Vandalismus gekommen. Auch in Smyrna kam es zu Übergriffen gegen die Griechen. Sie richteten sich gegen das Konsulat, die Kirche, die Wohnungen griechischer Offiziere, die bei der NATO dienten und gegen den griechischen Pavillon auf dem Tourismus-Messegelände.

In Istanbul wurden später etliche Verdächtige festgenommen. Den Inhaftierten wurde der Prozess gemacht. Das Gericht sprach alle mit der Begründung frei, die Gewaltaktionen wären als Verteidigung der Nationalinteressen und als Notwehr gegen die griechischen Aggressionen auf Zypern zu bewerten.

Kurz nach dem Pogrom schätzten Vertreter des Weltkirchenrates allein die Schäden an den Kirchen auf 150 Millionen US-Dollar. Die türkische Regierung zahlte für alle Schäden insgesamt 18 Millionen.

Einige Jahre später wurden manche ehemalige Regierungsmitglieder, darunter der Ministerpräsident Menderes, von den türkischen Militärgerichten zur Verantwortung gezogen. Menderes und zwei seiner Minister wurden wegen des Pogroms zu Gefängnisstrafen und wegen anderer Delikte zum Tode verurteilt und 1961 hingerichtet (Rogg 2018, S. 54f).

Nach langjährigen und schwierigen diplomatischen Verhandlungen zwischen Griechenland, Großbritannien und der Türkei kam es 1960 zur Gründung der Republik Zypern. Das Bevölkerungsverhältnis auf der Insel lag damals bei 80 % Griechen und 18 % Türken. Die türkische Seite bekam aber im öffentlichen Sektor und im Parlament 30 % der Ämter bzw. der Sitze, beim Militär und bei der Polizei sogar 40 %. Außerdem musste der Vizepräsident der Republik immer ein Türke sein. Er konnte mit seinem Vetorecht die ganze Regierungsarbeit blockieren. Die Inselgriechen waren über diese

Situation frustriert und sehr unzufrieden. Makarios versuchte einseitig die Verfassung zu ändern. Es kam daraufhin zu einem Konflikt mit den Insel-türken. 1964 herrschten auf der Insel bürgerkriegsähnliche Zustände. Das lieferte der türkischen Regierung den Vorwand, um gegen die Griechen in der Türkei vorzugehen. Das Ökumenische Patriarchat betrieb seit 1682 eine eigene Druckerei. Auf Anordnung der Behörde wurde sie geschlossen. Auf den beiden Inseln Imvros und Tenedos wurden die griechischen Schulen, die bereits 1952 wieder geöffnet worden waren, nochmals geschlossen. Außerdem enteignete die Regierung das Ackerland der Griechen, siedelte Türken an, türkisierte die Namen der Inseln und errichtete auf Imvros ein Gefängnis für Schwerstverbrecher als offene Vollzugsanstalt. Die Kriminellen terrorisierten durch Überfälle, Morde und Vergewaltigungen die griechische Bevölkerung. Dadurch wurde sie gezwungen, die Insel zu verlassen. Danach schloss die Regierung das Gefängnis.

In Istanbul hetzte die Presse erneut gegen die Griechen und fanatisierte die türkische Bevölkerung. Ministerpräsident İnönü kündigte einseitig den Freundschaftsvertrag von 1930 auf. Die Regierung beschloss, die griechischen Staatsbürger auszuweisen. Ihre Namen wurden in den Zeitungen veröffentlicht. Die Betroffenen mussten sich zur Polizeiwache begeben. Dort wurden sie fotografiert und ihnen wurden Fingerabdrücke abgenommen. Sie mussten vorgefertigte Erklärungen unterschreiben und sich selbst des Landesverrats bezichtigen. Bei Weigerung kam es zu Misshandlungen. Die Türkei mussten sie innerhalb von 48 Stunden verlassen. Es war ihnen lediglich erlaubt, Gegenstände mit einem Gesamtgewicht von bis zu 20 kg und türkische Lira im Wert von bis zu 22 US-Dollar mitzunehmen. Es war verboten, Gold und Ikonen auszuführen. Insgesamt wurden rund 12.600 griechische Staatsangehörige ausgewiesen. Dies war ein eklatanter Verstoß gegen den Friedensvertrag von Lausanne. Ihnen folgten aus Angst vor Repressalien Tausende griechischstämmige türkische Bürger. Das Pogrom von 1955 lag gerade neun Jahre zurück.

Von 1955 bis 1975 wurden die noch in der Türkei verbliebenen Griechen durch verschiedene Maßnahmen seitens der türkischen Regierungen zum

Verlassen des Landes gezwungen. Lebten dort 1935 noch ca. 125.000 Griechen, so waren es 1978 nur noch knapp 8000. Auf Imvros lebten 1923 etwa 9200 Griechen. Heute wohnen nur noch rund 300 Griechen ständig dort. Auf Tenedos lebten 1923 knapp 5350 Griechen. Jetzt ist fast keiner mehr da.

In Griechenland haben sich etwa 90.000 Griechen, die aus Istanbul, Imvros und Tenedos stammen, niedergelassen. Weitere 30.000 Griechen leben in den USA, Kanada, Australien und Westeuropa. Einige sind nach Deutschland und manche davon wie z.B. der Erzpriester Sotirios Paschopoulos nach Hamburg gekommen. Von 1964 bis zu seiner Pensionierung Mitte der 1990er betreute er die griechisch-orthodoxe Kirchengemeinde der Hansestadt.

Die ausgewiesenen und geflüchteten Griechen aus Istanbul informierten durch ihre Vertreter verschiedene internationale Organisationen wie die UNO, das Europäische Parlament, die Europäische Kommission, den Europarat usw. Daraufhin veröffentlichte die internationale Organisation Helsinki Watch 1992 einen Bericht über die Menschenrechtsverletzungen des türkischen Staates an den Griechen. Die Regierung in Ankara reagierte heftig darauf, bezeichnete den Bericht als „substanlos“ und in der nationalistischen Presse erschienen hysterische Berichte. Es kam zu Übergriffen gegen die Griechen. Nationalisten ermordeten 1993 ein zwölfjähriges Mädchen und schändeten einen Friedhof. Bekanntlich hat das griechische Parlament im Februar 1994 den Völkermord an den Pontosgriechen anerkannt. Ab dem Zeitpunkt nahmen die Übergriffe gegen die Griechen in Istanbul zu. Türkische Politiker sprachen von Schließung des Patriarchats und Ausweisung des Patriarchen. Nationalisten verübten mehrere Bombenanschläge auf Kirchen, Schulen, Gemeindeeinrichtungen und das Patriarchat. Sie drohten dem Patriarchen oftmals mit dem Tod, ermordeten einen Küster und eine Frau, stahlen aus verschiedenen Kirchen wertvolle Ikonen und schändeten erneut mehrere Friedhöfe.

Sowohl die Schulen für griechische Kinder als auch das Patriarchat sind in der Türkei mit massiven behördlichen Schikanen, Schwierigkeiten und Problemen konfrontiert. Nicht nur das Ökumenische Patriarchat hat mit

diesen Hindernissen und Diskriminierungen zu kämpfen sondern auch die armenische Kirche, die arabisch-orthodoxen Christen, die christlichen Assyrer, die katholische und die evangelische Kirche (Yonan in Pogrom 1979, S. 38-47 und mehrere Beiträge in Schirrmacher/Klingenberg/Warnecke: Verfolgung und Diskriminierung von Christen 2018). Außer den Christen haben unter dieser repressiven Politik auch die Aleviten zu leiden. Ihre Zahl wird auf 15 bis 20 Millionen geschätzt.

Die Situation des Ökumenischen Patriarchats ist heute äußerst schwierig. Bei den Friedensverhandlungen in Lausanne bestand die kemalistische Delegation auf seiner Schließung. Die anderen Konferenzteilnehmer lehnten dies jedoch ab. Der gefundene Kompromiss sah einerseits die Beibehaltung des Patriarchats vor, andererseits sollte es aber unter Aufsicht der türkischen Behörde als eine türkische Einrichtung gestellt werden. Die Kemal-Regierung nutzte den Interpretationsspielraum dieses Kompromisses aus und verabschiedete im Dezember 1923 ein Gesetz, wonach die Angehörigen des orthodoxen Klerus einen ständigen Wohnsitz in der Türkei und die türkische Staatsangehörigkeit nachweisen mussten. Eine Folge dieses Gesetzes ist, dass heute der Patriarch als religiöses Oberhaupt von weltweit rund 200 Millionen orthodoxen Christen ein türkischer Staatsbürger ist, der sich u.a. seine Auslandsreisen von der türkischen Regierung genehmigen lassen muss.

Die Zukunft des Ökumenischen Patriarchats ist ungewiss. Seine Angehörigen müssen nach dem Gesetz türkische Staatsbürger sein. Es gibt aber heute in der Türkei kaum noch türkische Staatsbürger, die griechisch-orthodox und griechischer Abstammung sind. Außerdem hat das Patriarchat seit die türkische Behörde das Priesterseminar von Chalki 1971 schloss, keine Möglichkeit mehr eigenen Nachwuchs auszubilden. Alle diese administrativen Maßnahmen sollen wegen des mangelnden Nachwuchses an Geistlichen langfristig „legal“ zur Schließung des Patriarchats führen.

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts lebten in dem Gebiet der heutigen Türkei etwa fünf Millionen Christen, es waren ca. 20 % der Gesamtbevölke-

rung. Heute hat die Türkei rund 80 Millionen Einwohner. Von ihnen sind schätzungsweise 120.000 oder 0,15 % der Gesamtbevölkerung Christen.

Als die Jungtürken 1913 endgültig die Macht ergriffen lebten in Ostthrakien und Kleinasien rund 2,5 Millionen Griechen. Heute, etwa hundert Jahre später, sind es nur noch knapp 2000.

Literatur

- Agtzidis, Vl. : Ποντιακός Ελληνισμός. Από τη Γενοκτονία και το Σταλινισμό στην Περεστρόικα (Das Griechentum im Pontos. Vom Genozid und Stalinismus zur Perestroika). Athen 1991
- Akcam, Taner: Armenien und der Völkermord. Die Istanbuler Prozesse und die türkische Nationalbewegung. Hamburg 1996
- Andreadis, Chr.: Οι βουλευτικές εκλογές του 1908 στην Τουρκία και ο Πόντος. Αρχείο Πόντου (Die Parlamentswahlen von 1908 in der Türkei und der Pontos. Pontosarchiv), Bd. 43. Athen 1990-1991
- Andreadis, G.: Ο πολιτισμός του Πόντου (Die Kultur des Pontos). Athen 1964
- Anschütz, H.: Christliche Gruppen in der Türkei. In: P.A. Andrews (Hg.). Ethnic Groups in the Republic of Turkey. Wiesbaden 1989
- Antoniadis, G./ Tanimanidis, P.: Το αντάρτικο του Πόντου (Der Partisanenkampf im Pontos). Thessaloniki 1992
- Apostolidis, D.: Η μεγάλη τραγωδία του Πόντου (Die große Tragödie von Pontos). Athen 1919
- Ιστορία του Ελληνισμού του Πόντου (Geschichte des Griechentums im Pontos). Thessaloniki 1935
- Archeion Pontou: Αρχείο Πόντου (Pontosarchiv). Athen, seit 1928 mehrere Bände
- Aslanidis, L.: Πόντος (Pontos). Athen 1972
- Beck, Hans-Georg: Das byzantinische Jahrtausend. München 1978
- Geschichte der Orthodoxen Kirche im Byzantinischen Reich. München 1980
- Bengtson, Hermann: Griechische Geschichte. München 2009
- Grundriß der römischen Geschichte mit Quellenkunde. Republik und Kaiserzeit bis 284 n. Chr. München 1967
- Benner, Thomas / Hage, Wolfgang / Tamcke, Martin / Frömming, Jens Dirk (Hg.): Die orthodoxen Kirchen, Wesen, Geschichte und Gegenwart. Kassel 2001
- Benz, Wolfgang: Ausgrenzung, Vertreibung, Völkermord: Genozid im 20. Jahrhundert. München 2006
- Biller, J. / Wagner, J. / Olshansen, E.: Untersuchungen zur Historischen Geographie von Pontos unter den Mithradatiden. Wiesbaden 1984
- Boardman, John: Kolonien und Handel der Griechen. Vom späten 9. bis zum 6. Jahrhundert v. Chr. München 1989
- Büttner, Friedemann: Die Krise der islamischen Ordnung. Studien zur Zerstörung des Ordnungsverständnisses im Osmanischen Reich (1800-1926). Diss. München 1979
- Clark, Christopher: Die Schlafwandler. Wie Europa in den Ersten Weltkrieg zog. München 2015

- Dawletschin-Linder, Camilla / Dietert, Amke: Begegnungen- Iliskiler. Hamburg und die Türkei in Geschichte und Gegenwart. Hamburg 2010
- Demandt, Alexander: Geschichte der Spätantike. Das Römische Reich von Diocletian bis Justinian 284-565 n. Chr. München 2007
- Efrimidis, D. : Πόντος (Pontos). Athen 1986
- Efstathiadou, Myrofora: Ταξιδεύοντας στον Πόντο. Τουρισμός της νοσταλγίας (Reisend nach Pontos. Nostalgie-tourismus). Athen 2018
- Elliniki Koinotis Ambourgou: 50 χρόνια (1954-2004). Griechische Gemeinde Hamburg e.V., 50 Jahre (1954-2004)
- Enepepekidis, P.: Γενοκτονία στον Εύξεινο Πόντο (Der Genozid am Schwarzen Meer). Thessaloniki 1996
- Etaireia Makedonikon Spoudon (Hg.): Οι πρόσφυγες στη Μακεδονία: Από την τραγωδία, στην εποποιία (Gesellschaft für Studien Makedoniens. Die Flüchtlinge in Makedonien: Von der Tragödie zum Epos). Ed. Ioannis, Koliopoulos / Iakovos, Michaelidis. Athen 2009
- Faroghi, Suraiya: Kultur und Alltag im Osmanischen Reich. Vom Mittelalter bis zum Anfang des 20. Jahrhunderts. München 1995
- Geschichte des Osmanischen Reiches. München 2004
- Fernau, W.F.: Patriarchen am Goldenen Horn. Gegenwart und Tradition des orthodoxen Orients. Opladen 1967
- Fiedler, Wilfried (Hg.): Deportation, Vertreibung, „Ethnische Säuberung“. Völkerrechtlicher Stellenwert und wissenschaftliche Bewältigung in der Gegenwart. Bonn 1999
- Filippidis, Chrysanthos (Metropolit): Η Εκκλησία της Τραπεζούντας (Die Kirche von Trapezunt). Pontosarchiv, Bd.3 und Bd. 4. Athen 1933
- Fischer, Fritz: Griff nach der Weltmacht. Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland 1914/18. Düsseldorf 1984
- Fleischer, Hagen: Im Kreuzschatten der Mächte. Griechenland 1941-1944 (Okkupation - Resistance - Kollaboration). Frankfurt/Main 1986
- Fotiadis, Konstantinos: Der Genozid an den Pontosgriechen in Kleinasien. Thessaloniki 2015
- Die Islamisierung Kleinasiens und die Kryptochristen des Pontos. Diss. Tübingen 1985
- Η Γενοκτονία των Ελλήνων του Πόντου (Der Genozid an den Pontosgriechen), Bd. 1: Thessaloniki 2002, Bd. 2 und Bd.3: Thessaloniki 2004
- Η Γενοκτονία των Ελλήνων του Πόντου. Ανέκδοτα έγγραφα από τα Αρχεία του Υπουργείου Εξωτερικών της Ελλάδας (Der Genozid an den Pontosgriechen. Unveröffentlichte Dokumente aus dem Archiv des griechischen Außenministeriums), Bd. 1 1905-1919, Bd. 2 1920-1925. Thessaloniki 2002
- Η Γενοκτονία των Ελλήνων του Πόντου. Ανέκδοτα έγγραφα από τα Αρχεία των Υπουργείων Εξωτερικών Γερμανίας, Αυστρίας, Ιταλίας και Βατικανού (Der Genozid an den Pontosgriechen. Unveröffentlichte
- Dokumente aus den Archiven der Außenministerien Deutschlands, Österreichs, Italiens und des Vatikans), Bd. 7. Thessaloniki 2003
- Η Γενοκτονία των Ελλήνων του Πόντου. Ανέκδοτα έγγραφα από τα Αρχεία των Υπουργείων Εξωτερικών Μεγάλης Βρετανίας, Γαλλίας, Κοινωνίας των Εθνών και S.H.A.T. (Der Genozid an den Pontosgriechen. Unveröffentlichte Dokumente aus den Archiven der Außenministerien Großbritanniens und Frankreichs sowie aus den Archiven des Völkerbundes und des Service Historique de l'Armée de Terre), Bd. 8. Thessaloniki 2004
- Fotiadis, Konstantinos / Tsianakas, Evangelos: Το ποντιακό Ζήτημα και η 19η Μαΐου εκείθεν και εντεύθεν του Αιγαίου (Die Frage um Pontos und der 19. Mai diesseits und jenseits der Ägäis). Thessaloniki 2015
- Fyllizis, D.: Αι τελευταία ημέραι της Τραπεζούντας 1918-1923 (Die letzten Tage von Trapezunt 1918-1923). Thessaloniki 1954. Neuauflage: Thessaloniki 1987
- Geiss, Imanuel (Hg.): Der Berliner Kongress 1878. Protokolle und Materialien. Boppard/Rhein 1978
- Glavinas, Ioannis: Οι μουσουλμανικοί πληθυσμοί στην Ελλάδα (1912-1923). Από την ενσωμάτωση στην ανταλλαγή (Die muslimischen Bevölkerung in Griechenland. Von der Eingliederung zum Austausch). Diss. Aristotelous-Universität. Thessaloniki 2008
- Göckenjahn, H.: Die Türkei und ihre christlichen Minderheiten. Ostkirchliche Studien, Bd. 30, Heft 2. Würzburg 1981
- Gottschlich, Jürgen: Das deutsche Kaiserreich und der Völkermord an den Armeniern (Sonderausgabe für die Landeszentralen für politische Bildung), 2015
- Griechenland Zeitung, Nr. 569 vom 8.3.2018
- Grigoriadis, G.: Ο Πόντος και το Καρς (Pontos und Kars). Athen 1973
- Οι Πόντιοι του Καυκάσου (Die Pontosgriechen im Kaukasus). Thessaloniki 1957
- Gründer, Horst/Hiery, Hermann (Hg.): Die Deutschen und ihre Kolonien. Berlin-Brandenburg 2018
- Grunebaum, G.E.v.: Der Islam II. Die islamischen Reiche nach dem Fall von Konstantinopel. Fischer Weltgeschichte Bd. 15. Frankfurt/Main 1971
- Gust, Wolfgang: Das Imperium der Sultane. Eine Geschichte des Osmanischen Reichs. München 1995
- Hadzopoulos, A.: Die Flüchtlingsfrage in Griechenland. Athen 1927
- Haralambidis, Michalis: Το ποντιατικό ζήτημα σήμερα (Die Pontische Frage heute). Athen 1991
- Hasiotis, I. (Hg.): Οι Έλληνες της Ρωσίας και της Σοβιετικής Ένωσης (Die Griechen in Russland und in der Sowjetunion). Thessaloniki 1997
- Hatzisannidis, S.: Ελληνική εκπαίδευση και πνευματική ζωή στην Τραπεζούντα του Πόντου 1461-1922 (Griechisches Schulwesen und geistiges Leben in Trapezunt von Pontos 1461-1922). Thessaloniki 1993

- Hecht, W.: Das Zeitalter der Komnenen. Fischer Weltgeschichte Byzanz, Bd. 13. Frankfurt/Main 1980
- Hirschon, Renée: Κληρονόμοι της Μικρασιατικής Καταστροφής. Η κοινωνική ζωή των Μικρασιατών Προσφύγων στον Πειραιά (Die Erben der kleinasiatischen Katastrophe. Das gesellschaftliche Leben der Flüchtlinge aus Kleinasien in Piräus). Athen 2004
- Hösch, Edgar: Geschichte der Balkanländer. Von der Frühzeit bis zur Gegenwart. München 2008
- Hofmann, Tessa (Ed.): Verfolgung, Vertreibung und Vernichtung der Christen im Osmanischen Reich 1912-1922. Berlin 2007
- Annäherung an Armenien. Geschichte und Gegenwart. München 2006
- Hofmann, Tessa / Björnlund, Matthias / Meichanetzidis, Vasileios (Ed.): The Genocide of the Ottoman Greeks: Studies on the State-Sponsored Campaign of Extermination of the Christians of Asia Minor (1912-1922) and its Aftermath: History, Law, Memory. New York and Athens 2011
- Hosfeld, Rolf: Operation Nemesis. Die Türkei, Deutschland und der Völkermord an den Armeniern. Kiepenheuer und Witsch 2005
- Idryma A. G. Leventi kai Kentro Mikrasiatikon Spoudon: Προσφυγική Ελλάδα. (Stiftung A. G. Leventi und Zentrum für Studien Kleinasiens. Flüchtlinge in Griechenland). Athen 1992
- Idryma tis Voulis ton Ellinon: Η αττική γη υποδέχεται τους πρόσφυγες του 22 (Stiftung des Griechischen Parlaments. Attika empfängt die Flüchtlinge von 22). Athen 2006
- IEE Istoría tou Ellinikou Ethnous Istoría tou Ellēnikou 'Eθνους (Geschichte der griechischen Nation). Bde. I-XVII. Athen. 1977
- Immig, Nicole: Zwischen Partizipation und Emigration. Muslime in Griechenland 1878-1897. Wiesbaden 2015
- Italiaander, Rolf: Vielvölkerstadt. Hamburg und seine Nationalitäten. Düsseldorf 1986
- Káldy-Nagy, Gyula: Über das Entstehen eines europäischen Vorurteils. Muslime und Christen, Türken und Griechen. In: Turcica 21-23: 461-472, 1991
- Käufeler, Heinz: Das anatolische Dilemma. Weltliche und religiöse Kräfte in der modernen Türkei. Zürich 2002
- Von der Schwierigkeit, ein Volk zu werden. Nationale Einheit und ethnische Vielfalt in der Türkei. In: G. Becker/P. Karrer (Hg.) Fremdsein hierzulande und anderswo. Hamburg 1996
- Karafylloglou, K.: 70 χρόνια μετά από τη μικρασιατική καταστροφή (70 Jahre nach der mikrasiatischen Katastrophe). Athen 1992
- Karapanou, Anna (Ed.): Η αττική γη υποδέχεται τους πρόσφυγες του 22 (Attika heißt die Flüchtlinge von 1922 willkommen). Katalog der Ausstellung. Athen 2006
- Kaztaridis, I.: Η «Εξοδος» των Ελλήνων του Καρς και της Αρμενίας 1919-1921 (Der «Exodus» der Griechen aus Kars und Armenien). Thessaloniki 1996
- Kieser, Hans-Lukas: Der verpasste Frieden. Mission, Ethnie und Staat in den Ostprovinzen der Türkei 1839-1938. Zürich 2000
- Kläy, Ernst J.: Endstation „Islambol“. Die Türkei als Asylland für muslimische Glaubensflüchtlinge und Rückwanderer (muhacir) im 19. und 20. Jahrhundert. In: M. Centlivres-Demont (Hg.). Migration en Asie. Bern, Schweizerische Ethnologische Gesellschaft. Ethnologika Helvetica 7:9-81, 1983
- KMS (Κέντρο Μικρασιατικών Σπουδών): Η Έξοδος. Μαρτυρίες από τις επαρχίες των δυτικών παραλίων της Μικρασίας (Zentrum für Studien Kleinasiens. Der Exodus. Augenzeugenberichte aus den Küstenregionen Westkleinasiens). Bd. 1. Athen 1980
- Η Έξοδος. Μαρτυρίες από τις επαρχίες της κεντρικής και νότιας Μικρασίας (Der Exodus. Augenzeugenberichte aus Regionen in Zentral- und Südkleinasien). Bd. 2. Athen 2004
- Η Έξοδος. Μαρτυρίες από τις επαρχίες του μεσογείου Πόντου (Der Exodus. Augenzeugenberichte aus dem pontischen Binnenland). Bd. 3. Athen 2013
- Η Έξοδος. Μαρτυρίες από τον ανατολικό παράλιο Πόντο (Der Exodus. Augenzeugenberichte aus der östlichen pontischen Küstenregion). Bd. 4. Athen 2015
- Η Έξοδος. Μαρτυρίες από τον δυτικό παράλιο Πόντο και την Παφλαγονία (Der Exodus. Augenzeugenberichte aus der westlichen pontischen Küstenregion und aus Paphlagonien). Bd. 5. Athen 2016
- Δελτίο Κέντρου Μικρασιατικών Σπουδών. Αφιέρωμα στη Μικρασιατική καταστροφή (Bulletin des Zentrums für Studien Kleinasiens. Gewidmet der kleinasiatischen Katastrophe). Bd. 4. Athen 1983
- Köse, Yavuz (Hg.): Osmanen in Hamburg. Eine Beziehungsgeschichte zur Zeit des Ersten Weltkrieges. Hamburg 2016
- Koimisoglou, Symeon: Καππαδοκία. Μνημείο παγκόσμιας πολιτιστικής κληρονομιάς, Ελλήνων Ιστορία, Πίστη, Πολιτισμός (Kappadokien, Weltkulturerbe. Geschichte, Glaube und Kultur der Griechen). Thessaloniki 2005
- Koromila, Marianna: Οι Έλληνες στη Μαύρη Θάλασσα, από την εποχή του χαλκού ως τις αρχές του 20 αιώνα (Die Griechen am Schwarzen Meer, von der Kupferzeit bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts). Athen 2001
- Kreiser, Klaus: Atatürk. Eine Biographie. München 2004
- Künzler, Jakob: Im Land des Blutes und der Tränen. Erlebnisse in Mesopotamien während des Weltkrieges 1914-1918. Potsdam 1921; neu hg. und erweitert von Hans-Lukas Kieser. Zürich 1999
- Lampsidis, G.: Οι πρόσφυγες του 1922 (Die Flüchtlinge von 1922). Athen 1982
- Η τουρκοκρατία στο Μικρασιατικό Πόντο. Αρχείον Πόντου, τ. 33 και 34 (Die Türkenherrschaft im kleinasiatischen Pontos. Pontosarchiv Bde. 33 und 34). Athen 1975-1978
- Τοπάλ Οσμάν (Topal Osman). Athen 1982
- Leontaritis, Georgios: Η Ελλάδα στον Πρώτο Παγκόσμιο Πόλεμο 1917-1918

- (Griechenland im Ersten Weltkrieg 1917-1918). Athen 2005
- Leppin, Hartmut: Die Kirchenväter und ihre Zeit. Von Athanassios bis Gregor dem Großen. München 2006
- Leppin, Volker: Geschichte der christlichen Kirchen. Von den Aposteln bis heute. München 2010
- Lepsius, Johannes: Bericht über die Lage des armenischen Volkes in der Türkei. Potsdam 1916, unveränderte Neuauflage. Bad Schussenried 2011
- Lilie, Ralph-Johannes: Byzanz. Geschichte des Oströmischen Reiches. München 2003
- Liman von Sanders: Fünf Jahre Türkei. Berlin 1919
- Manos, Helene: Zu Hamburg in der „Fremde“ ? Eine Kritik der griechischen Emigrationsideologie. Hamburg 2001
- Marantzidis, Nikos: Γιασασίν Μιλλέτ. Ζήτη το Έθνος. Προσφυγιά, κατοχή και εμφύλιος: Εθνοτική ταυτότητα και πολιτική συμπεριφορά στους τουρκόφωνες ελληνορθόδοξους του δυτικού Πόντου (Es lebe die Nation. Flüchtlinge, Besatzung und Bürgerkrieg: Nationale Identität und politische Einstellung gegenüber den türkischsprachigen orthodoxen Griechen aus Westpontos). Heraklion 2001
- Meichanetsidis, Vasileios, Th: The Genocide of the Greeks of the Ottoman Empire 1913-1923: A Comprehensive Overview, in: Genocide Studies International: The Ottoman Genocides of Armenians, Assyrians and Greeks, Vol. 9, No. 1, Spring 2015
- Metzger, H.: Anatolien II. Vom Beginn des I. Jahrtausends v. Chr. bis zum Ende der römischen Epoche. Genf 1969
- Michaelsen, E.: Die „Austauschbarkeit“ im Sinne des griechisch-türkischen Vertrages vom 30. Januar 1923 und das Problem des Austausches von Minderheiten (Dissertation). Hamburg 1940
- Milioris, N.: Οι κρυπτοχριστιανοί (Die Kryptochristen) Athen 1962
- Mommsen, J. Wolfgang: Großmachtstellung und Weltpolitik 1870-1914. Die Außenpolitik des Deutschen Reichs. Frankfurt/Main 1993
- Morgenthau, Henry: Τα μυστικά του Βόσπορου (Die Geheimnisse vom Bosphorus). Athen 1989
- Münkler, Herfried: Der große Krieg. Die Welt 1914-1918. Berlin 2013
- Naimark, Norman M.: Flammender Hass. Ethnische Säuberungen im 20. Jahrhundert. München 2004
- Nikolaides, Kleanthes: Griechenlands Anteil an den Balkankriegen, I. Der Krieg gegen die Türkei, II. Der Krieg gegen Bulgarien. Wien und Leipzig 1914
- Norwich, John Julius: Byzanz, 3 Bde. Düsseldorf und München 1998
- Özgönül, Cem: Der Mythos eines Völkermordes. Eine kritische Betrachtung der Lepsiusdokumente sowie der deutschen Rolle in Geschichte und Gegenwart der „Armenischen Frage“. Köln 2006
- Ostrogorsky, Georg: Geschichte des byzantinischen Staates. München 1963
- Panaretos, Topalidis (Archimandrit): Ο Πόντος ανά τους αιώνες (Der Pontos durch die Jahrhunderte). Drama 1922
- Papadopoulos, Jakovos: Hellenen und Philhellenen in Hamburg. Hamburg 1995
- Papoulia, Basilike D.: Ursprung und Wesen der „Knabenlese“ im Osmanischen Reich. München 1963
- Pavlidis, E.: Πως και διατι εματαιώθη η Δημοκρατία του Πόντου (Wie und warum wurde die Demokratie von Pontos nicht eingerichtet). Athen 1956
- Pelagidis, St.: Το κρυπτοχριστιανικόν Ζήτημα του Πόντου (Die Frage der Kryptochristen in Pontos). Thessaloniki 1996
- Pogrom. Zeitschrift für bedrohte Völker. Türkei: Der verleugnete Völkermord an den Armeniern 1915-1918. Die deutsche Beteiligung. Heft 64. Göttingen 1979
- Pontiaka Fylla: Ποντιακά φύλλα (Pontische Blätter). Heft 2. Athen 1936
- Psathas, D.: Γη του Πόντου (Pontos). Athen 1966
- Puaux, R.: Ο θάνατος της Σμύρνης (Der Tod von Smyrna). Athen 1922
- Quiring, Manfred: Der vergessene Völkermord. Sotschi und die Tragödie der Tscherkessen. Berlin 2013
- Rafaillidis, Vasilis: Ιστορία (κωμικοτραγική) του Νεοελληνικού Κράτους 1830-1974 (Tragikomische Geschichte des neugriechischen Staates 1830-1974). Athen 1993
- Raddatz, Hans-Peter: Die türkische Gefahr? Risiken und Chancen. München 2004
- Ranke-Graves, Robert von: Griechische Mythologie. Quellen und Deutung. Hamburg 1985
- Richter, Heinz A.: Der Krieg im Südosten. Band 1. Gallipoli 1915. Wiesbaden 2013
- Rogg, Inga: Türkei, die unfertige Nation, Erdogans Traum vom Osmanischen Reich. Zürich 2018
- Runciman, Steven: Das Patriarchat von Konstantinopel. München 1970
- Geschichte der Kreuzzüge. München 1957-1960
- Sakayan, Dora: Smyrna 1922. Das Tagebuch des Garabed Hatscherian. Klagenfurt - Wien 2006
- Samouilidis, Christos: Ιστορία του Ποντιακού Ελληνισμού (Geschichte der Pontosgriechen) Athen 1986. Neuauflage: Thessaloniki 1992
- Schirrmacher, Thomas / Klingberg, Max/Warnecke, Martin: Jahrbuch. Verfolgung und Diskriminierung von Christen 2018. Bonn 2018
- Religionsfreiheit. Bonn 2018
- Schwertheim, Elmar: Kleinasien in der Antike. Von den Hethitern bis Konstantin. München 2011
- Shirinian, George, N. (Ed.): Genocide in the Ottoman Empire: Armenians, Assyrians and Greeks, 1913-1923. New York and Oxford 2017
- The Asia Minor Catastrophy and the Ottoman Greek Genocide: Essays on

- Asia Minor, Pontos and Eastern Thrace 1912-1923. Bloomington, Illinois: The Asia Minor Pontos Hellenic Research Center. Inc. 2012
- Skalieris, G.: Η Αυτοκρατορία της Τραπεζούντος (Das Kaiserreich von Trapezunt). Athen 1921
- Λαοί και φυλαί της Μικράς Ασίας (Völker und Stämme in Kleinasien). Athen 1922
- Smith, Michael Llewellyn: Το όραμα της Ιωνίας (Die Vision von Ionien). Athen 2004
- Steinbach, Udo: Geschichte der Türkei. München 2007
- Streit, G.: Der Lausanner Vertrag und der griechisch-türkische Bevölkerungsaustausch. Berlin 1929
- Strohmeier, Martin / Yalcin-Heckman, Lale: Die Kurden. München 2016
- Tagay, Sefik/Ortac, Serhat: Die Eziden und das Ezidentum. Hamburg 2016
- Tamcke, Martin: Christen in der islamischen Welt. Von Mohammed bis zur Gegenwart. München 2008
- Tanimanidis, P.: Η Εκκλησία του Πόντου (Die Kirche von Pontos). Pontiaki Estia. Thessaloniki 1983
- Ternon, Yves: Der verbrecherische Staat. Völkermord im 20. Jahrhundert. Hamburg 1996
- Todt, P. Kl.: Das Griechentum im Pontos und das Kaiserreich von Trapezunt, Hellenika. Bochum 1985
- Toynbee, Arnold: The Greeks and their Heritages. London 1981
- The Western Question in Greece and Turkey. A Study in the Contact of Civilisations. New York 1970
- Trotzki, Leo: Die Balkankriege 1912/13. Essen 1995
- Tsitselikis, K. (Hg.): Η ελληνοτουρκική ανταλλαγή πληθυσμών. Πτυχές μιας εθνικής αύγκρουσης (Der griechisch-türkische Bevölkerungsaustausch. Aspekte einer nationalen Auseinandersetzung). Seira Meleton kentrou Erevnon Meionotikon Omadon. Athen 2006
- Tsouloufis, Angelos: Η ανταλλαγή ελληνικών και τουρκικών πληθυσμών και η εκτίμηση των εκατέρωθεν εγκαταλειφθέντων περιουσιών (Der griechisch-türkische Bevölkerungsaustausch und die Einschätzung der jeweiligen verlassenen Eigentümer). Ekdoti Enoseos Smyrnaion. Athen 1989
- Vakalopoulos, Konstantinos: Διωγμοί και Γενοκτονία του Θρακικού Ελληνισμού. Ο πρώτος ξεριζωμός 1908-1917 (Vertreibungen und Völkermord an den Griechen Thrakiens. Die erste Entwurzelung). Thessaloniki 1998
- Vakalopoulos, Ap. / Maravelakis, M.: Αι προσφυγικά εγκαταστάσεις εν τη περιοχή Θεσσαλονίκης (Die Flüchtlingsiedlungen in der Gegend von Thessaloniki). Thessaloniki 1955. Neuaufgabe 1993
- Valavanis, G.: Σύγχρονος Ιστορία του Πόντου (Zeitgenössische Geschichte von Pontos). Athen 1925. Neuaufgabe Thessaloniki 1986
- Voyadzis, B.: Die Siedlungspolitik Griechenlands in der Nachkriegszeit. Leipziger Vierteljahresschrift für Südosteuropa. Leipzig 1939
- Wallach, Jehuda Lothar: Anatomie einer Militärhilfe. Die preußisch-deutschen Militärmissionen in der Türkei 1835-1919. Düsseldorf 1976
- Winkelmann, Friedhelm: Geschichte des frühen Christentums. München 2001
- Yalcin, Kemal: Die anvertraute Mitgift. Vertriebenenschicksale diesseits und jenseits der Ägäis. Hückelhofen 2001
- Yiannakopoulos, Georgios A.: Refugee Greece. Photographs from the Archive of the Centre for Asia Minor Studies. Athens 1992
- Yonan, Gabriele: Ein vergessener Holocaust. Göttingen - Wien 1989
- Υπουργείο Εθνικής Οικονομίας, Γενική Στατιστική Υπηρεσία της Ελλάδος: Πληθυσμός της Ελλάδος κατά την απογραφή της 15 - 16 Μαΐου 1928 (Ministerium der Nationalen Wirtschaft, Abteilung für Statistik. Die Bevölkerung Griechenlands bei der Volkszählung am 15. und 16. Mai 1928). Athen 1929
- Zouzoulas, St.: Ο Ελληνισμός του Πόντου (Der Hellenismus im Pontos). Athen 1982

Griechisch-türkische und türkisch-griechische Ortschaftsbezeichnungen

Griechische Bezeichnung	Türkische Bezeichnung	Türkische Bezeichnung	Griechische Bezeichnung
Adramyttio	Edremit	Akcaabad	Platana
Adrianoupoli (Adrianopel)	Edirne	Amasra	Amastris
Agios Stefanos (San Stefano)	Yesilköy	Amasya	Amaseia
Alexandreia (Alexandretta)	Iskendrum	Ankara	Ankyra
Aidini	Aydin	Antakya	Antiochia, (Antiochien)
Amaseia	Aydin	Aydin	Aidini
Amastris	Amasya	Bayburt	Vaiverdon
Amisos	Amasra	Bozcaada	Tenedos
Ankyra	Samsun	Bursa	Prousa
Athina (im Pontos)	Ankara	Canca	Tzanicha
Antiochia, (Antiochien)	Pazar	Divrigi	Tefriki
Argyroupolis	Antakya	Dumanli	Santa
Chalkedon (Kalchedon)	Gümüşhane	Edirne	Adrianoupoli (Adrianopel)
Erzigian	Kadiköy	Edremit	Adramyttio
Evros	Erzincan	Eregli	Herakleia Pontiki
Herakleia Pontiki	Maritza	Erzincan	Erzigian
Ikonion	Eregli	Erzurum	Theodosiupoli
Imera	Konya	Gelibolu,Gallipoli	Kallipolis
Imvros	Olucak	Giresun	Kerasounta
Inepoli	Gökceada	Gökceada	Imvros
Kaisareia	Olucak	Gümüşhane	Argyroupolis
Kallipolis	Gökceada	Izmit	Nikomedeia
Kastamoni	Inebolu	Inebolu	Inepoli
Kerasounta	Kayseri	Iskendrum	Alexandreia (Alexandretta)
Konstantinoupoli (Konstantinopel)	Gallipoli, Gelibolu	Istanbul	Konstantinoupoli (Konstantinopel)
Kotyora	Kastamonu	Istanbul	Konstantinoupoli (Konstantinopel)
	Giresun	Izmir	Smyrna
	Istanbul	Izmit	Nikää
	Ordu	Kadiköy	Chalkedon

Griechische Bezeichnung	Türkische Bezeichnung	Türkische Bezeichnung	Griechische Bezeichnung
Kromni	Yaglidere		(Kalchedon)
Matsouka	Macka	Kastamonu	Kastamoni
Melitini (Melitene)	Malatya	Kayseri Konya	Kaisareia Ikonion
Merzifounta	Merzifon	Macka	Matsouka
Lesvos (Mytilini)	Midilli	Malatya	Melitini (Melitene)
Mytilini (Lesvos)	Midilli		
Nikäa	Iznik	Maritza	Evros
Neokaisareia	Niksar	Merzifon	Merzifounta
Nikomedeia	Izmit	Midilli	Mytilini (Lesvos)
Nikopolis	Sebinkarahisar	Niksar	Neokaisareia
Ofis	Of	Of	Ofis
Oinoi	Ünye	Olucak	Imera
Platana	Akcaabat	Ordu	Kotyora
Pompioupoli	Tasköprü	Pazar	Athina (im Pontos)
Prousa	Bursa	Rize	Rizaion
Raidestos	Tekirdag	Samsun	Amisos
Rizaion	Rize	Sebinkarahisar	Nikopolis
Santa	Dumanli	Silivri	Sylimvria
Sevasteia (Sebasteia)	Sivas	Sinop	Sinopi (Sinope)
Sinopi (Sinope)	Sinop	Sivas	Sevasteia (Sebasteia)
Smyrna	Izmir	Sürmene	Sourmena
Sourmena	Sürmene	Tebriz	Tauris
Stavri	Ugurtas	Tasköprü	Pompioupoli
Sylimvria	Silivri	Tekirdag	Raidestos
Tauris	Tebriz	Tokat	Tokati
Tefriki	Divrigi	Tonya	Tonia
Tenedos	Bozcaada	Trabzon	Trapezounta (Trapezunt)
Theodosiupoli	Erzurum		
Tokati	Tokat	Ugurtas	Stavri
Tonia	Tonya	Ünye	Oinoi
Trapezounta (Trapezunt)	Trabzon	Yaglidere Yesilköy	Kromni Agios Stefanos (San Stefano)
Tzanicha	Canca		
Yosgati	Yozgat	Yozgat	Yosgati
Vaiverdon	Bayburt		

Autor



Loukas Lympelopoulos wurde in Delphi/Griechenland geboren, wo er auch aufgewachsen ist. Nach dem Abitur in Athen studierte er auf Lehramt an der Universität Hamburg. In seiner Schule war er unter anderem zuständig für den Unterricht in der Herkunftssprache Griechisch. Viele Jahre war er als Lehrbeauftragter an der Universität Hamburg und als Gastdozent am Institut für Lehrerfortbildung tätig. Außerdem hält er bundesweit bei verschiedenen Trägern Vorträge mit dem Schwerpunkt neue griechische Geschichte. Zu diesem Thema rezensiert er auch häufig Fachbücher.

Als Pontos wird in Griechenland seit der Antike das Gebiet am Schwarzen Meer im Nordosten der heutigen Türkei bezeichnet. Die Griechen ließen sich dort vermutlich bereits im 8. Jh. v. Chr. nieder.

Die Geschichte der Pontosgriechen ist zum Teil sehr leidvoll. Von 1916 bis 1923 wurden etwa 353 000 von ihnen zusammen mit den anderen Christen im Osmanischen Reich Opfer eines vom türkischen Nationalismus verübten Völkermordes.

Danach vereinbarten Athen und Ankara einen Bevölkerungszwangs austausch.

Kaum hatten die Ankömmlinge in Griechenland Fuß gefasst brach der Zweite Weltkrieg aus. Nach seinem Ende lag das Land in Trümmern. Der anschließende Bürgerkrieg zwischen den Rechten und Linken brachte den Menschen zusätzliches Leid.

Nach dem Bürgerkrieg begann die Auswanderung. Viele Pontosgriechen gingen nach Deutschland. Einige von ihnen kamen auch nach Hamburg. Zwischen der Hansestadt und Griechenland gab es bereits seit dem 19. Jh. viele Beziehungen.